„Haltet mich in gutem Gedenken“

Erinnerung an Oberurseler Opfer des Nationalsozialismus

Angelika Rieber und Eberhard Laeuen

„Haltet mich in gutem Gedenken“

Inhaltsverzeichnis

Grußwort (Bürgermeister Hans-Georg Brum) 7
Geleitwort (Annette Andernacht Vorsitzende der „Initiative Opferdenkmal“) 8

Autorenportraits, Dank 10

Vorgeschichte, Einführung (Angelika Rieber) 12

Biographien von Opfern jüdischer Herkunft
(Angelika Rieber)

Theodor Creizenach: Tod in einer Gefängniszelle 20

Familie Feinberg - Heilbronn: 22
„In Orschel nur, in deiner Erd, legt mich zur ewgen Ruh“
Alfred, Sophie, Abraham und Rosa Feinberg, Therese Heilbronn

Ludwig Wilhelm von Gans: 28
Das Uhrwerk der Christuskirche erinnert an den Spender

Genesungsheim der Eduard und Adelheid Kann-Stiftung: 30
„Der Erfolg hat sich insbesondere in der gesundheitlichen Kräftigung gezeigt“
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Genesungsheims, Oberschwester Emilie Kranz

Alfred Grünebaum: Nach Kowno verschleppt 34

Die Familien Grünebaum und Herzfeld: 36
Eng mit der Geschichte Oberursels verbunden
Ida Marchand und Emma Goldschmidt

Die sieben Töchter des Oberurselers Wolf Grünebaum 40
Adelheid Steigerwald, Johanna Sommer und Rosa Thörner

Henriette Seyferth, geb. Grünebaum: Nach Theresienstadt deportiert 46

Clara Herzfeld und ihre Tochter Mina: 48
„Onkel Hermann bemühte sich, die Zivilbevölkerung in Oberursel einzukleiden“

Leopold Hofmann: 50
„Er wünschte uns beim Abschied Lebewohl und alles Gute“

Sophie Katz: Hausangestellte bei der Industriellenfamilie Nassauer 52

Paul Katzenstein: Flucht nach Belgien 54

Friedrich Kahn: „Ich bitte um Mitteilung, ob die Auswanderung inzwischen erfolgt ist“ 56

Recha Mannheimer: 58
„Die Sicherungsanordnung ist erledigt. Akte weglegen“

Irene Kahn: „Hier haben wir im Augenblick ziemlich viele Aufregungen“ 60

Walter Mannheimer: Im Haushalt der Familie Kahn 62

Ermöglicht wurden Layout und Druck dieses Buches dank der Unterstützung folgender Institutionen:

- Initiative Opferdenkmal
- Stadtwerke Oberursel
- Frankfurter Sparkasse
- Naspa
- Hessische Landeszentrale für Politische Bildung
- und durch private Spenden

Umschlag:
Denkmal auf dem Hospitalplatz in Oberursel im Juli 2015
Entwurf des Denkmals: Juliane Nikolai
Gestaltung: Christine Jasmin Niederndorfer
Foto: Herbert Popp

Konzept und Gestaltung:
poppdesign, Herbert Popp
www.poppdesign.de

Bestellungen des Buches an:
Bücherstube Wildhage
Oberhöchstädter Straße 2-4
61440 Oberursel
info@buecherstube-wildhage.de

Impressum:
Verlag Spurensuche Oberursel
Bleibiskopfstraße 68, 61440 Oberursel
kontakt@spurensuche-oberursel.de

ISBN 978-3-00-050714-4

© 2015 Verlag Spurensuche Oberursel. Alle Rechte vorbehalten.

„Haltet mich in gutem Gedenken"
Erinnerung an Oberurseler Opfer des Nationalsozialismus

Herausgeberin: Angelika Rieber
Mit Beiträgen von: Angelika Rieber und Eberhard Laeuen
Grußwort von Hans-Georg Brum und Geleitwort von Annette Andernacht

In Zusammenarbeit mit der „Initiative Opferdenkmal"

Marjanna Mikolajczyk: „Der Polizei zugeführt zwecks Überweisung in ein Konzentrationslager" 64

Abraham und Lina Rapp: „... dass stets Eintracht und Duldsamkeit walte" 66

Bertha Röder: „Haltet mich in gutem Gedenken" 68

Zerline Rohrbach: „Zur Erörterung" vorgeladen 70

Walter und Elise Roth: Buchenwald, Baracke 39 72

Eugen Rothschild: „Anständig gebeten"? 74

Meta Schnitzlein: Die wiederholt nahegelegte Scheidung abgelehnt 76

Josef und Selma Schwarzschild: „Bescheidene, ruhige und einfache Menschen" 78

Josef Schwarzschild: „... durch Mörderhand umgebracht" 80

Familie Tachau: „Wirf alle Sorgen von dir" Albert und Tachau, Eugen Tachau 82

Familie Vos: „...weil er verschwiegen hatte, jüdischer Abstammung zu sein" Albert und Leopold Vos, Bertha und Johanna Hammelburg 84

Opfer politischer Verfolgung (Angelika Rieber)

Jacob Rexroth: „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens" 92

Lebensbilder von Opfern der NS-„Euthanasie" (Eberhard Laeuen)

Einführung 96
Krankenmorde in der NS-Zeit – die Vernichtung „lebensunwerten Lebens"

Lebensbilder 98
- Von der Wehrmacht nach Hadamar - Bernhard K. ist wehruntauglich
- Das Kind Theodor E. – vergast mit 14 Jahren
- „arbeitet ganz fleißig, ist sehr ansprachebedürftig" - die Geschichte der Anna H.
- Cäcilia Pagel – ihre Grablage ist heute eine Gedenkstätte
- „In polizeiliche Verwahrung genommen" – das Schicksal der Margaretha R.
- Das Los der Zivilinternierten Emilie W.

- **Namensliste der Opfer der „Euthanasie"** 112
- **Literatur und Quellen , Danksagungen** 113

Anhang zu den Kapiteln Biographien von Opfern jüdischer Herkunft und Opfer politischer Verfolgung

- Quellen 114
- Literatur zur Geschichte der Juden in Oberursel 117

Zeittafel Nationalsozialismus 118

Bürgermeister Hans-Georg Brum

Grußwort

Das Naziregime hat mit seiner Vernichtungsstrategie in ganz Deutschland grauenvolle Spuren hinterlassen. Auch in Oberursel lebten zur Zeit des Nationalsozialismus zahlreiche Menschen jüdischer Herkunft. Auch hier wurden Andersdenkende ausgegrenzt und verfolgt. Auch hier gab es Menschen, die im Verlauf der NS-Euthanasieaktionen ermordet wurden, weil sie als „Ballastexistenzen" angesehen wurden.

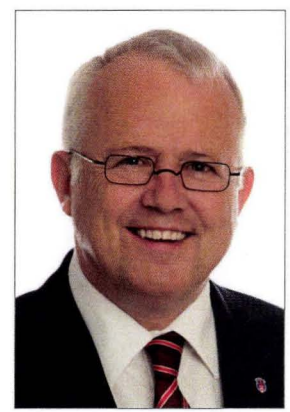
All diese schrecklichen Ereignisse passierten also nicht weit weg, sondern hier in Oberursel. Betroffen waren Menschen, die direkt unter uns lebten. Diese Einzelschicksale ergreifen uns. Sie machen deutlich, welches Unrecht der Faschismus über die Menschheit gebracht hat. Diese Menschen geben dem Grauen ein Gesicht, durch sie wird der Terror in seiner ganzen Unfasslichkeit fassbar.

Die Autoren des Buches, Eberhard Laeuen und Angelika Rieber, gehören zu den Initiatoren des Denkmals am Hospitalplatz. Seit Jahren forschen sie über die Opfer der „Euthanasie" und über die jüdischen Opfer aus Oberursel. Mit ihrer Forschung und diesem Erinnerungsbuch leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Geschichte unserer Stadt und fordern uns auf, uns mit dieser Vergangenheit auseinanderzusetzen und Fragen zu stellen.

Wir fragen uns immer wieder – WARUM? Wie konnte das damals passieren? Wieso wurde weggeschaut? Warum konnte niemand etwas dagegen tun?

Das fragen sich die nachwachsenden Generationen bis heute. Und gerade für sie ist ein solches Buch unverzichtbar. Es ist wichtig, dass die Schicksale der verfolgten Menschen dieser Stadt nicht in Vergessenheit geraten, dass immer wieder an Einzelne und Familien erinnert wird, die leben wollten, wie jeder andere auch, und es doch nicht durften, die ihr Hab und Gut, ihre Lieben und ihr ganzes Leben hinter sich lassen mussten, flohen oder am Ende ihr Leben auf grausame Art und Weise verloren.

Heute leben wir in Deutschland in Frieden, Demokratie und Freiheit, was Viele als selbstverständlich erachten. Die Mehrzahl der heutigen Bevölkerung hat die Schrecken des Faschismus und des Krieges nicht erlebt. Mit diesem Buch erinnern wir an die Opfer und wahren ihnen ein ehrendes Gedenken.



Zugleich soll dieses Buch die heute Lebenden aktiv ermuntern, sich für Menschenrechte und Frieden einzusetzen und rechtsradikalen Tendenzen, Faschismus und Krieg entschieden entgegenzutreten.

Hans-Georg Brum
Bürgermeister

Annette Andernacht, Vorsitzende des Vereins „Initiative Opferdenkmal“

Geleitwort

Als sich vor nunmehr über 30 Jahren in Oberursel mehrere politisch engagierte Gruppen zusammentaten in der Arbeitsgemeinschaft „Nie wieder 1933“, hätte keiner angenommen, dass diese AG ihre Arbeit über einen so langen Zeitraum fortsetzen würde. Anlass der Gründung war damals das Wiedererstarken neonazistischer Kräfte, dem man etwas entgegensetzen wollte. Uns allen war bewusst, dass auch die Aufarbeitung der Geschichte ein wesentlicher Bestandteil eines langfristigen und erfolgreichen Widerstands gegen diese Kräfte ist. Aus dieser Erkenntnis heraus entstand die Idee zu einem Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Oberursel. Damit sollte ein sichtbares Zeichen gegen jede Form des Rassismus und der Diskriminierung gesetzt werden. Zur Umsetzung dieses Plans wurde aus der AG heraus der Verein „Initiative Opferdenkmal“ gegründet.

Die Herausgeber dieses Buches, Angelika Rieber und Dr. Eberhard Laeuen, waren von Anfang an in der AG „Nie wieder 1933“ aktiv und gehören beide zu den Gründungsmitgliedern der „Initiative Opferdenkmal“, deren Vorsitzender Dr. Eberhard Laeuen von 2008 bis 2010 war.

Angelika Rieber hat bereits in den 1970er Jahren als Lehrerin für Geschichte in Frankfurt begonnen, mit Zeitzeugen zu arbeiten. Durch die Arbeit an ihrem 2004 veröffentlichten Buch: „Wir bleiben hier. Lebenswege Oberurseler Familien jüdischer Herkunft“ hat sie Kontakte geknüpft zu Überlebenden und zu Angehörigen von Oberurselern, die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden. So auch zu Ernst Röder, dessen Mutter in Auschwitz ermordet wurde. Er wünschte sich, dass es einen Ort der Erinnerung und Trauer für seine Mutter gebe. Dies gab neben anderem den Anstoß für die

Überlegung, in Oberursel ein Denkmal für die hiesigen Opfer des Nationalsozialismus zu errichten.

Die zentrale Aussage des Denkmals ist, dass eine Gesellschaft, die einen Teil der Gemeinschaft ausgrenzt, entrechtet, vertreibt und ermordet, einen tiefen Einschnitt in sich selbst erleidet. Am Ende stehen die Toten zwischen uns. Sie nicht zu verstecken, sondern sie zurückzuholen, ihnen einen Platz mitten unter uns zu geben, ist das Anliegen der „Initiative Opferdenkmal". Daher war von Anfang an geplant, die Namen der Opfer auf dem Denkmal zu nennen.

Bei den Opfern der NS-Euthanasie konnte dieser Anspruch nicht vollständig verwirklicht werden. Die in einzelnen Bundesländern noch gültigen Archivgesetze schränken die Nennung von Namen zum Teil erheblich ein. Jahrelang wurden die Euthanasieverbrechen nicht als nationalsozialistisches Unrecht anerkannt. Hier hat in den letzten Jahren ein Umdenkungsprozess stattgefunden. Es ist zu hoffen, dass in den kommenden Jahren auch die Rechtsprechung entsprechend weiterentwickelt wird.
Es ist das Verdienst des vorliegenden Buches, alle Oberurseler Opfer unabhängig vom Anlass ihrer Verfolgung in einem Werk gemeinsam zu betrachten. Dies war und ist auch ein Grundkonsens in der „Initiative Opferdenkmal". Jedes Opfer hat ein individuelles Schicksal durchlaufen. Allen gemeinsam ist, dass sie durch das nationalsozialistische Regime ermordet wurden.

Die Namen auf der Glasplatte des Denkmals sollen neugierig machen auf die Geschichte dieser Menschen. Mit dem nunmehr vorliegenden Buch eröffnet sich für alle Interessierten die Möglichkeit, mehr zu erfahren. Hier wird den Namen eine Lebensgeschichte zugeordnet, die Menschen und ihr Schicksal werden nachvollziehbar.
Die einzelnen Biographien berühren insbesondere durch ihren lokalen Bezug. So wird die Erfüllung des Wunsches, die Verfolgten „in guter Erinnerung zu behalten", leichter ermöglicht.
Lebensläufe sind ein faszinierendes Thema, dem sich die beiden Autoren behutsam nähern. Neben den sorgfältig recherchierten Fakten aus den Archiven sind viele Informationen eingeflossen, die ihnen von Angehörigen, Freunden, Nachbarn gegeben wurden. Bis kurz vor der Drucklegung dieses Buches konnten noch neue Schicksale erforscht und dokumentiert werden. Es ist davon auszugehen, dass in der Zukunft weitere Erkenntnisse gewonnen werden können, und ich bin mir sicher, dass die beiden Autoren hier weiter tätig sein werden. Das vorgelegte Gedenkbuch ist somit kein Abschluss des Themas, sondern ein wichtiger Etappenschritt in der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte.



Im Namen des Vereins „Initiative Opferdenkmal" danke ich Angelika Rieber und Dr. Eberhard Laeuen für die unermüdliche Recherche. Sie haben den Ermordeten im Gedenken wieder einen Platz in unserer Mitte verschafft.

August 2015
Annette Andernacht
Vorsitzende des Vereins „Initiative Opferdenkmal"

Autoren



Bild: Herbert Popp

Angelika Rieber, 1951 geboren, forscht seit Ende der 1970er Jahre über jüdische Familien. Sie hat das Projekt „Jüdisches Leben in Frankfurt" aufgebaut und ist Vorsitzende des gleichnamigen Vereins. Seit ihrem Umzug nach Oberursel 1983 forscht sie auch über die jüdische Geschichte der Taunusstadt. 2004 erschien ihr Buch „Wir bleiben hier. Lebenswege Oberurseler Familien jüdischer Herkunft", das auch einen Beitrag von Eberhard Laeuen enthält. Angelika Rieber gehört zu den Initiatoren des Oberurseler Denkmalprojektes. 2014 wurde die Historikerin für ihre Beiträge zur Erforschung der jüdischen Geschichte und zur christlich-jüdischen Verständigung mit dem Saalburgpreis des Hochtaunuskreises ausgezeichnet.

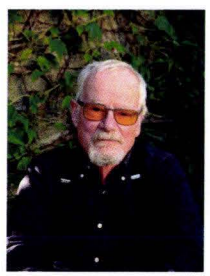


Bild: Eike Laeuen

Eberhard Laeuen, Jahrgang 1935, gehört zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft „Nie wieder 1933", in der er seit 1981 mitarbeitet. Der promovierte Jurist war maßgeblich an der Entstehung des Denkmalprojektes am Hospitalplatz und an der Gründung des Vereins „Initiative Opferdenkmal Oberursel" beteiligt und war dessen erster Vorsitzender. Seit zehn Jahren beschäftigt er sich mit den Schicksalen der mit Oberursel verbundenen Opfer der NS-Euthanasie.

Dank

Dieses Buch ist nicht allein am heimischen Schreibtisch entstanden. Viele Personen und Institutionen haben auf vielfältige Weise zu der Erinnerung an die Oberurseler Opfer der NS-Zeit und zum Entstehen des Gedenkbuches beigetragen und mit Informationen, Erinnerungen und Materialien die Erforschung der Schicksale dieser Menschen unterstützt.

Danken möchte ich insbesondere:
- den Archiven, die ich immer wieder mit Anfragen auf Trab halte, vor allem Frau Bott vom Stadtarchiv Oberursel, den Mitarbeitern des Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden, des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt am Main sowie der vielen anderen Archive und Lokalinitiativen, die in den Quellennachweisen genannt sind

- Bernd Ochs, der mich bei der Suche nach Fotos tatkräftig unterstützt hat

- Helmut Lind, der bei der „Übersetzung" von Urkunden sowie bei der Finanzierung des Buches eine große Hilfe war

- den Familien, die mit ihren persönlichen Erinnerungen, Fotos und Dokumenten zur Entstehung dieses Buches beigetragen haben

- Georgette Brock, Elke Möbert, Hans-Christian Otto-Hrovat, Gerlind Schmidt und Karin Spielmann, die mir mit ihrer kritisch-konstruktiven Durchsicht und Korrektur des Manuskripts zur Seite standen

Dank sagen möchte ich all denjenigen, die mich mit Rat und Tat begleitet und immer wieder nachgefragt haben, mir mit Anregungen und Anmerkungen Anstöße gegeben, mich motiviert, mir ihr Ohr geliehen und mir Rückenstärkung gegeben haben.

Besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft „Nie wieder 1933" bzw. der „Initiative Opferdenkmal". Uns verbindet nicht nur das Ziel der würdigen Erinnerung an die Oberurseler Opfer, sondern ebenso die jahrelange gemeinsame Arbeit an dem Denkmalprojekt. Wichtig war mir auch die Unterstützung durch die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hochtaunus und die Gruppe der Oberurseler Stadtführerinnen und Stadtführer.

Die Rückenstärkung des Oberurseler Bürgermeisters Hans-Georg Brum war für die Realisierung des Buchprojektes sehr hilfreich.

Dank der Zuwendungen der Initiative Opferdenkmal, der Stadtwerke Oberursel, der Naspa, der Frankfurter Sparkasse und der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung Wiesbaden konnte das Buchprojekt auch finanziell gesichert werden.

Eberhard Laeuen möchte ich nicht nur für die jahrelange konstruktive Zusammenarbeit danken, sondern auch für die berührenden Lebensbilder der Opfer der NS-Euthanasie, Ergebnis seiner jahrelangen Recherchen zu diesem schwierigen Thema.

Schließlich möchte ich Herbert Popp Dank sagen, der mit der Gestaltung des Buches einen wesentlichen Beitrag zur würdigen Erinnerung an die Oberurseler Opfer der NS-Zeit geleistet hat.

Wie die Idee zu einem Denkmal und diesem Gedenkbuch entstand

Vorgeschichte

Angelika Rieber

Das vorliegende Gedenkbuch steht in engem Zusammenhang mit dem Denkmal am Hospitalplatz, das an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Oberursel erinnert.

Einer der Ursprünge dieses Gedenkprojektes ist die Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Nie wieder 1933". Anlass für diese parteiübergreifend und viele Vereine umfassende Initiative war der 40. Jahrestag der Wannseekonferenz. Die Oberurseler Arbeitsgemeinschaft hatte sich nicht nur zum Ziel gesetzt, an dieses Ereignis und dessen mörderische Konsequenzen zu erinnern, sondern sich auch mit Intoleranz und Vorurteilen in der Gegenwart auseinanderzusetzen.

Die Auseinandersetzung mit jüdischer Geschichte entwickelte sich im Laufe der 1990er Jahre zu einem der inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeitsgemeinschaft mit Veranstaltungen zu verschiedenen Anlässen, beispielsweise der Aufführung einer Szenischen Lesung anlässlich des 60. Jahrstages des Novemberpogroms oder Stadtführungen „Auf den Spuren jüdischen Lebens in Oberursel", die inzwischen in das Führungsprogramm der Stadt integriert sind.

Mit der Vorstellung des Buches „Wir bleiben hier. Lebenswege Oberurseler Familien jüdischer Herkunft" im März 2004 im Gymnasium in Oberursel und der Einladung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wurde einer breiten Öffentlichkeit und vor allem Schülerinnen und Schülern Gelegenheit geboten, sich mit den Schicksalen früherer jüdischer Nachbarn auseinanderzusetzen.

Einer der eingeladenen Zeitzeugen, Ernst Röder, dessen Mutter 1943 in Auschwitz ermordet worden war, äußerte während des Besuches den Wunsch, mit einem Gedenkstein an seine Mutter zu erinnern. Der Gedanke war schon länger präsent, denn mit jedem der recherchierten und aufbereiteten Schicksale wurde deutlicher, dass ein Ort würdigen Andenkens fehlte.

Die AG „Nie wieder 1933" griff diesen Wunsch auf und setzt sich seit dieser Zeit dafür ein, mit einem Denkmal an die Oberurseler zu erinnern, die während der NS-Zeit verfolgt und ermordet wurden. Gemeinsam mit der Stadt hat die Arbeitsgemeinschaft einen Platz für das Denkmal ausgewählt und einen Ideenwettbewerb zu dessen Gestaltung ausgeschrieben. Eine Jury entschied sich für den Entwurf der Oberurseler Schülerin Juliane Nikolai. Sie hatte mit ihrem Entwurf die Idee, die Spaltung der Gesellschaft darzustellen: Auf der einen Seite die Mehrheit der Gesellschaft und auf der anderen Seite die Verfolgten, die durch systematische Ausgrenzung isoliert, vertrieben und ermordet wurden. Zwischen diesen beiden Gruppen der Gesellschaft steht eine Glastafel mit den Namen der Opfer, die einerseits die Trennung und Spaltung verdeutlicht, andererseits durch ihre Transparenz eine Verbindung herstellt. Die Namen werden von beiden Seiten zu lesen sein, denn die Erinnerung an die Menschen, die aus unserer Mitte gerissen wurden, hat für beide Seiten Bedeutung.

Die in der Glasscheibe eingravierten Namen bringen die Opfer wieder nach Oberursel zurück, in die Stadt, mit der sie einst verbunden waren. Die Opfer erhalten mit dem Denkmal einen Ort, der eine würdige Erinnerung an sie ermöglicht.

Zur Realisierung des Projektes wurde 2008 der Verein „Initiative Opferdenkmal e.V." gegründet. Der Entwurf des Denkmals wurde dank des großen persönlichen Einsatzes der Mitglieder des Vereins in den vergangenen zehn Jahren Schritt für Schritt allein durch Spenden aus der Bevölkerung finanziert und umgesetzt. Im Juli 2015 ist die letzte Figur dieses Denkmals aufgestellt worden. Aus Anlass der Fertigstellung des Denkmals soll nun mit dem vorliegenden Gedenkbuch das Schicksal der Opfer ausführlicher festgehalten werden, an die das Denkmal erinnert. Denkmal und Gedenkbuch sind daher eng miteinander verbunden.

Einführung

„Haltet mich in gutem Gedenken"

Angelika Rieber

Wer waren die jüdischen Oberurseler, die Opfer von Rassismus und Intoleranz wurden? Was hat sie mit dieser Stadt verbunden? Was haben sie erlebt und erlitten? Welche Wege und Auswege haben sie gesucht, um der Verfolgung zu entgehen?

Ziel dieses Gedenkbuches ist es, den Opfern einen Namen und ein Gesicht zu geben. Es soll nicht nur an den tragischen Tod dieser Menschen erinnern, sondern vor allem an das Leben, das sie verloren haben. Mit den in diesem Buch vorgestellten Biographien werden, soweit möglich, die Lebensgeschichten der Verfolgten und ihrer Familien nachgezeichnet, ihre Geschichte erzählt. Sie beschreiben die Betroffenen zuallererst als Menschen, nicht nur als Opfer des Holocaust.

Jede einzelne Biographie zeigt eine individuelle Lebensgeschichte, keine gleicht der anderen. Auch wenn sich die einschränkenden, entwürdigenden und lebensbedrohenden Gesetze als roter Faden durch die Geschichte ziehen, so waren doch die einzelnen Personen und Familien auf höchst unterschiedliche Weise davon betroffen. Ihre Biographien zeigen vielfältige Lebenswege und Überlebensversuche, gelungene und gescheiterte. Sie zeigen Entscheidungen, die das Überleben ermöglichten, und Fehlentscheidungen, die das Leben kosteten. So flüchteten einige Oberurseler nach Holland, Belgien und Frankreich, nicht weit genug. Hilde Mannheimer entschloss sich, in Belgien unterzutauchen, und überlebte, während ihr Bruder Walter deportiert wurde. Die Brüder Albert und Leopold Vos versuchten sich zu schützen, indem sie ihre jüdische Herkunft verbargen. Beide wurden Opfer des Rassenwahns. Während Rosa Thoerner durch die Scheidung von ihrem christlichen Ehemann dessen Schutz verlor, überlebten die beiden Schwestern, deren Ehemänner die Scheidung abgelehnt hatten. Wer im Gau Frankfurt lebte, hatte jedoch als jüdischer Partner in einer „Mischehe" kaum eine Chance. Meta Schnitzlein, Bertha Röder, Zerline Rohrbach und Josef Schwarzschild wurden 1943 Opfer einer gezielten Maßnahme gegen jüdische „Mischehepartner".

Die Schicksale der Verfolgten verweisen auch immer auf das Verhalten der Mitglieder der Mehrheit der Gesellschaft. Die Biographien jüdischer Oberurseler zeigen die unterschiedlichsten Facetten möglicher Verhaltensweisen dieser Gruppe. Sie beschreiben Täter, Mitläufer, Wegschauer, Schweigende, Beobachter, Helfer und Menschen, die Widerstand leisteten. Auch diese Vielfalt von Verhaltensmöglichkeiten bringt das Denkmal durch die unterschiedlich gestalteten Figuren zum Ausdruck.

Das Gedenkbuch möchte informieren, Interesse wecken, Fragen beantworten und wird neue, weitergehende Fragen aufwerfen. Es möchte zum Nachdenken anregen und berühren, jedoch nicht überwältigen oder sprachlos machen.

Welchen Personenkreis umfasst dieses Gedenkbuch?

Diktatorische und reaktionäre Regime wie der NS-Staat bauen darauf auf, dass sie Feindbilder schaffen. Sie legitimieren ihre Herrschaft damit, dass sie behaupten, sie müssten sich gegen äußere oder innere Feinde zur Wehr setzen, um das Land oder die

„Volksgemeinschaft" zu schützen. Dabei greifen sie bestehende, oft jahrhundertelange Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber Minderheiten auf, wie beispielsweise den Antisemitismus. Kommunisten und andere politische Gegner, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle oder Angehörige anderer Volksgruppen wurden von den Nationalsozialisten als Feinde der Gesellschaft deklariert und verfolgt, die Opfer der „Euthanasie" als „unnütze Esser" denunziert, und es wurde ihnen das Recht auf Leben abgestritten. Diesen Menschen, die während der NS-Zeit systematisch verfolgt und ermordet wurden, ist das Denkmal am Hospitalplatz gewidmet.

Eberhard Laeuen recherchiert seit zehn Jahren die Schicksale von Opfern der „Euthanasie", während sich meine Forschung mit den Opfern jüdischer Herkunft beschäftigt. Noch am Anfang steht die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den Schicksalen politischer Gegner. Insofern ist dieses Gedenkbuch ein Zwischenschritt, der die bisherigen Ergebnisse der Arbeit vorstellt und Impulse für die weitere Forschung geben soll.

Wie hoch ist die Zahl der Opfer?

Wie viele Oberurseler wurden Opfer der Verfolgung? Diese immer wieder gestellte Frage ist nicht einfach zu beantworten. Bei den Recherchen stößt man immer wieder auf neue Namen. Manchmal stellt sich sogar heraus, dass jemand doch überlebt hat wie Ida Grünebaum, die zunächst vom Bundesarchiv als Opfer des Holocaust genannt wurde. Dank einer Nichte wissen wir heute, dass Ida Grünebaum sich in Belgien erfolgreich verstecken konnte.
Was die Nennung der Zahl der Opfer zudem erschwert, ist die Tatsache, dass die Menschen sehr mobil waren und nicht ihr ganzes Leben in Oberursel verbracht haben. Daher sind die in diesem Gedenkbuch vorgestellten Personen und Familien auf jeweils unterschiedliche Weise mit der Taunusstadt verbunden. Berücksichtigt sind nicht nur Menschen, die in Oberursel geboren sind bzw. dort lebten, als sie verhaftet oder in den Tod getrieben wurden. Auch diejenigen, die längere Zeit hier gewohnt haben und von anderen Orten aus deportiert wurden, wie Ludwig von Gans oder Recha Mannheimer, werden hier vorgestellt. Darüber hinaus wurden Personen hinzugenommen, die während der NS-Zeit nur wenige Monate in Oberursel lebten, wie die Geschwister Mannheimer, soweit die kurze Wohndauer, wie in diesem Fall, durch die Umstände der damaligen Zeit bedingt war.
Nach dem gegenwärtigen Forschungsstand sind uns insgesamt etwa 70 Opfer nationalsozialistischer Verfolgung bekannt, die mit Oberursel verbunden waren.

Welche Quellen wurden für das Gedenkbuch ausgewertet?

Die Forschungsarbeit gleicht in vielen Fällen einem Puzzle. Aus vielen kleinen Teilen entsteht ein Bild von den Menschen, die ermordet oder in den Tod getrieben wurden. Für die Forschung über die Schicksale der Opfer jüdischer Herkunft bzw. der politischen Opfer wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen erschlossen und ausgewertet: Informationen aus dem Oberurseler Stadtarchiv, dem Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden, dem Bundesarchiv und weiteren Archiven, von Initiativen und Lokalforschern, Zeitzeugenberichte, private Dokumente und Fotos von Nachkommen, Nachbarn oder Schulkameraden sowie Korrespondenz mit Zeitzeugen und ihren Nachkommen u.a.m.

Während für einige Personen eine Vielzahl von Informationen zu finden war, ist es in anderen Fällen, trotz aller Recherchen und Anfragen bei den verschiedensten Institutionen, kaum gelungen, über die Geburts- und Todesdaten hinauszukommen. Viele Fragen bleiben daher offen.

Da sich die Forschung nicht nur hier, sondern überall weiter entwickelt, kann es sein, dass neue Informationen hinzukommen, Todesdaten, - orte bzw. -umstände korrigiert werden müssen. Ein wichtiger Teil der Recherchen ist daher auch der rege Austausch von Daten und Informationen mit Archiven.

Einige Namen von Opfern waren lange nicht bekannt. Theodor Creizenach beispielsweise war ursprünglich auf keiner Liste von Opfern des Holocaust zu finden. Dass Jacob Rexroth Opfer des politischen Terrors wurde, stellte sich eher durch Zufall heraus. Warum waren sie vorher nicht bekannt? Beide starben in der Untersuchungshaft. Sie waren auf keiner Deportationsliste zu finden, gegen sie lag kein Gerichtsurteil bzw. Todesurteil vor. Sie wurden Opfer von Kriminalisierungskampagnen. Erst gezielte Recherchen brachten ihre Schicksale und die anderer Oberurseler ans Tageslicht.

Wie ist das Erinnerungsbuch gestaltet?

Trotz der jeweils unterschiedlichen Materiallage ist es das Anliegen dieses Erinnerungsbuchs, allen mit Oberursel verbundenen Opfern einen Platz in unserem Gedächtnis einzuräumen. Dazu ist für jede Lebensgeschichte ein ähnlicher Umfang, etwa eine Doppelseite, vorgesehen, unabhängig davon, wie viel Material zu den einzelnen Personen zur Verfügung steht. Da es über einige der Oberurseler schon ausführliche Veröffentlichungen gibt, sind in den Quellenhinweisen zum jeweiligen Text und der Literaturliste zur Geschichte jüdischer Oberurseler im Anhang Hinweise darauf zu finden, wo man sich weiter informieren kann.
Jeder Text ist, soweit vorhanden, mit Fotos und Dokumenten illustriert. Nicht in allen Fällen ist es gelungen, ein Foto zu finden. Wir hoffen, dass dieses Buch dazu beiträgt, ergänzendes Material zu erhalten und zu finden, das in eine nächste Auflage eingearbeitet werden kann.

Jede Biographie ist eine abgeschlossene Lebensgeschichte, das Erinnerungsbuch ein Lesebuch. Allgemeine historische Informationen, die zum Verständnis des geschichtlichen Hintergrunds beitragen, können in den jeweiligen Texten nur ansatzweise beschrieben werden. Gelegentlich gibt es Querverweise zu anderen Lebensgeschichten. Historische Zusammenhänge und Abläufe bzw. die Erklärung einzelner Begriffe sind am Ende des Buches in einer Zeittafel zu finden.

Todesursachen - Todesumstände

Ist die Entwicklung in Oberursel ähnlich wie in anderen Orten verlaufen? Betrachtet man die Liste der Opfer jüdischer Herkunft genauer, zeigen sich durchaus einige Besonderheiten.

Dass es schon vor der NS-Zeit keine eigene jüdische Gemeinde mehr gab, wie dies in Oberursel der Fall war, ist nicht ungewöhnlich, vor allem für eine Kleinstadt vor den Toren Frankfurts. Aus vielen kleineren Orten zogen aufstrebende jüdische Kaufleute wie die Mitglieder der Familie Herzfeld aus Oberursel in die Großstadt, die ihnen ein größeres Spektrum beruflicher Möglichkeiten bot.

Auffällig ist, dass es schon vor der Jahrhundertwende eine hohe Mobilität gab. Einzig die Mitglieder der Familie Heilbronn/Feinberg (5 Personen) sind in Oberursel geboren und von dort aus deportiert worden. Viele gebürtige Oberurseler zogen in andere Orte, sei es aus beruflichen oder privaten Gründen, und wurden von dort aus deportiert (14 Personen). Andere zogen vor 1933 nach Oberursel. Einige von ihnen lebten in den ersten drei Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts nur kurze Zeit in der Taunusstadt (8 Personen).

In vielen Fällen hat der Umzug von bzw. nach Oberursel etwas mit der Diskriminierung und Verfolgung zu tun. Paul Katzenstein floh im März 1933 nach Belgien, die Mitglieder der Familie Kahn/Mannheimer zogen 1935 in die anonymere Großstadt. Manche waren während der NS-Zeit nur vorübergehend in Oberursel oder konnten aufgrund der politischen Bedingungen nicht bleiben wie die Geschwister Mannheimer oder Sophie Katz, die hier als Hausangestellte arbeiteten, oder die Beschäftigten des Genesungsheims in Oberstedten.

Die Familie Schnitzlein war zum Umzug nach Oberursel gezwungen, weil Anton Schnitzlein seinen Anspruch auf eine Firmenwohnung verloren hatte. Seine Frau stammte aus einer jüdischen Familie. Auch Marjanna Mikolajczyk kam erst 1935 nach Oberursel. Neben den Mitgliedern der Familie Feinberg/Heilbronn hatten sieben weitere Personen ihren Wohnsitz in Oberursel, als sie ermordet bzw. in den Tod getrieben wurden (Creizenach, Kahn, Mikolajczyk, Röder, Rohrbach, Rothschild und Schnitzlein).

Weiterhin fällt auf, dass nur etwa die Hälfte der Genannten im Rahmen der Deportationen von Oktober 1941 bis Ende 1942 in die Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt und ermordet wurde. In allen anderen Fällen gibt es vielfältige weitere Hintergründe für den gewaltsamen Tod der Betroffenen.

Eugen Rothschild, Friedrich Kahn und Henry Wolfskehl kamen beispielsweise im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom 1938 zu Tode. Mehrere der Opfer wurden wegen angeblicher Vergehen festgenommen und kriminalisiert. Irene Kahn wurde verhaftet, weil sie einer politischen Widerstandsgruppe angehörte.

Unter den Opfern gibt es mehr Frauen als Männer. In den Nachbarorten ist dies ebenso der Fall. In Bad Homburg beispielsweise sind im Gedenkbuch des Bundesarchivs unter den Opfern des Holocaust 111 Männer und 164 Frauen genannt.
Bemerkenswert ist auch die hohe Anzahl von Christen jüdischer Herkunft, von jüdischen „Mischehepartnern" und von „Halbjuden" unter den Opfern. Es handelt sich um 18 Personen. Tatsächlich ist dies ein besonders hoher Anteil, der auch schon bei dem Ergebnis der Volkszählung von 1939 deutlich wurde. Danach hatte Oberursel den höchsten Anteil von Christen jüdischer Herkunft in Hessen.

Erinnern und Gedenken

Das Gedenkbuch erinnert an die Menschen, die deportiert und ermordet oder in den Tod getrieben wurden. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass es Angehörige oder Nachbarn gab, denen die Flucht ins Ausland gelungen ist. Einige von ihnen haben den Verlust der Heimat nie verwunden, waren verbittert, starben früh. Etliche jedoch suchen das Gespräch und die Begegnung mit Menschen im heutigen Deutschland. Für sie ist es von großer Bedeutung, dass in der Stadt, mit der sie selbst, die Eltern oder Großeltern einst verbunden waren, an das Schicksal ihrer Angehörigen erinnert wird. Insofern sind das Denkmalprojekt und das Gedenkbuch sowohl an die Angehörigen und Nachfahren der Opfer gerichtet als auch an die heute in Oberursel lebenden Menschen.
„Wir kommen nach Auschwitz. So Gott will, komme ich wieder. Wenn nicht, haltet mich in gutem Gedenken." Dies waren die letzten Zeilen von Bertha Röder an ihre Kinder, bevor sie in das Vernichtungslager deportiert wurde. Das Erinnerungsbuch möchte Bertha Röder und die anderen Opfer „in gutem Gedenken halten".

Geheime Staatspolizeistelle in Frankfurt am Main

Vorladung

Ihrer Vernehmung als Zeuge — Zur Erörterung

— erneut —, am Donnerstag 8 um

19 43 in der Zeit zwischen

Staatspolizeistelle in Frankfurt a. M., Lindenstraße 27,

Vorladung zu erscheinen.

Strafanstalt — Zuchthaus — Straf-Untersuchungs- — Gerichtsgefängnis

Ffm. Preungesheim

Haft K. Nr.

Eingeliefert — Gestellt:

am 24. 2. 39 93, 15.00 Uhr

von U.Gefs. Ffm.

(Zuname)

geb. am 7.12.62. in Hanau Wohnort

Religion: Jud Beruf: Rentner

(mit Straße u. Haus-Nr.) Ffm.-Friedbergerlandstr. 69

Ehefrau: Adele Wohnung:

Verwandte: Ehefrau: Adele T. wie oben Kinder:

(Eltern, Vormund)

Größe: 1.70 Bart: gr. Sohn Augen: hl. grau Kinn: rund

Gestalt: mittel Gesicht: knochig Nase: groß Mund: mittel Zähne: lücke

Haar: Glatze Stirn: hoch Ohren: groß Sprache: dtsch Bes. Kennzeichen: keine

Vorstrafen: — Geldstrafe, — Haft, — Gefängnis, — Zuchthaus; P.-A. Bl.

Nr. der Zugangsliste: 974/38

Unterbringung in der Anstalt: Tatgenossen:

Lfd. Nr.	Strafvollstreckungsbehörde, Aktenzeichen und Datum des Ersuchens	Tag des Urteils	Genaue Bezeichnung der Straftaten	Strafdauer Jahre	Monate	Wochen	Tage	a) Art der Haft b) Nebenstrafen	Berechn. der Strafhaft Beginn Tag	Mon.	Jahr	Ende Tag	Mon.	Jahr	Austritt aus der Anstalt a) Zeit b) Grund	Entlassungs-Verfügung Behörde Aktenz.	Tag
			Unterschl	1	6	-	-	a) Geld	8.	2.	39.	27.	6.		a) 40.		
			Urkunden	-	-	-	10.00	b) Std.	0.00			5.00			b)		
1	St. A. Ffm. 3 Ls.	31. 1.	fälschg.				50	a) Ers.	27.	6.	40.	16.	8.		a) 40.		
								b)		5.00		5.00			b)		

---

nicht nachsenden, sondern an Absender zurückerbeten!

Adresse zurückerbeten!

Frei durch Ablösung Reich!

Geheime Staatspolizei · Staatspolizeistelle Frankfurt (Main) · Briefstempel

An

Herrn

Ra

Zuletzt

10.5.61

Ober

in Frankfurt a.

Hausstandskarte Staatsangehörigkeit ist — nicht — nachgewiesen durch

V. Stadt Oberursel. Staatsangehörigkeit

J

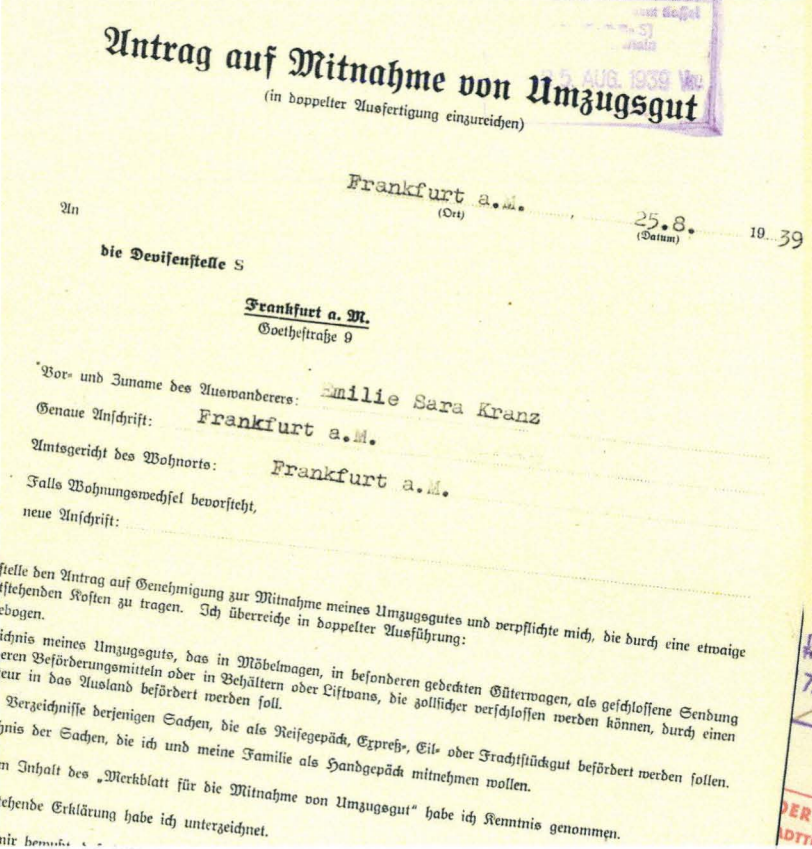
Namen Vornamen Stand oder Gewerbe Religion Ort, Kreis

Haushaltungsvorstand:

1) Feinberg

Ehefrau: (Geburtsname)

Laut Mitteilung



Antrag auf Mitnahme von Umzugsgut
(in doppelter Ausfertigung einzureichen)

Frankfurt a.M. (Ort), 25.8. (Datum) 19 39

An die Devisenstelle S

Frankfurt a. M.
Goethestraße 9

Vor- und Zuname des Auswanderers: Emilie Sara Kranz
Genaue Anschrift: Frankfurt a.M.
Amtsgericht des Wohnorts: Frankfurt a.M.
Falls Wohnungswechsel bevorsteht, neue Anschrift:

stelle den Antrag auf Genehmigung zur Mitnahme meines Umzugsgutes und verpflichte mich, die durch eine etwaige stehenden Kosten zu tragen. Ich überreiche in doppelter Ausführung:
ebogen.
ichnis meines Umzugsguts, das in Möbelwagen, in besonderen gedeckten Güterwagen, als geschlossene Sendung eren Beförderungsmitteln oder in Behältern oder Liftvans, die zollsicher verschlossen werden können, durch einen eur in das Ausland befördert werden soll.
Verzeichnisse derjenigen Sachen, die als Reisegepäck, Expreß-, Eil- oder Frachtstückgut befördert werden sollen.
nis der Sachen, die ich und meine Familie als Handgepäck mitnehmen wollen.
n Inhalt des „Merkblatt für die Mitnahme von Umzugsgut" habe ich Kenntnis genommen.
ehende Erklärung habe ich unterzeichnet.

Devisenstelle S) Frankfurt/Main 7. OKT. 1941

aussergerichtlichen Kosten des Antragstellers fallen dem Nachlass zur Last.

G r ü n d e:

Der Ingenieur Georg Theodor Hoffmann in Darmstadt, Liebigstrasse 13 1/2, hat beantragt, seinen obengenannten Sohn für tot zu erklären.

Der Verschollene wurde als Jude im Spätherbst 1941 von Darmstadt deportiert. Im Jahre 1943, etwa Anfang Februar, schrieb er an den Zeugen Paul Rosenthal, Darmstadt, Osannstr.11, eine Karte aus dem Lager Piasky bei Lublin (Polen), wonach er der jüdischen Lagerpolizei angehörte. Seither fehlt jede Nachricht. Weder bei der Jüdischen Gemeinde Darmstadt, noch beim Sonderstandesamt Arolsen ist über den Verschollenen etwas vermerkt. Das am 6. November 1950 erlassene Aufgebot war bis 1. Februar 1951 befristet. Damit waren die Voraussetzungen der Todeserklärung gem. § 7 des Verschollenheitsgesetzes als gegeben anzusehen. Die Feststellung des Todeszeitpunktes beruht auf § 9 Abs. 3d, die Kostenentscheidung auf § 34 des Verschollenheitsgesetzes.

Darmstadt, den 22. Februar 1951
Amtsgericht, Abt. 4

Vfg.:
2 - FEB. 1951
1. Ausfertigung des Beschl. zustellen an
a) Antragsteller
ausgewiesen durch: Ausweis d. Da
ausgestellt am 23.11.25 von
ausgestellt am von
s Nr. ausgestellt am von
Ider stellen den Meldepflichtigen dar.
te I ist von dem Meldepflichtigen — ~~von dem gesetzlichen Vertreter des Melde-~~ dig vollzogen.
— Zweifel an seiner Person oder Staatsangehörigkeit. ~~Das Personenfeststellungs-~~

Geburtsurkunde

Oberursel (Taunus)
Hoffmann
1907
Taunus)
rg Theodor Hoffmann, Ingenieur, evangelis
(Taunus), Hohemarkstrasse 25.
Hoffmann geborene Löbstein, israelitis
ft bei ihrem Ehemann.
ntragung:
Taunus), den 17. Januar 19 39
Der Standesbeamte
Gebühr 0,60 RM

Biographien von Opfern jüdischer Herkunft

Angelika Rieber

ir ausländische Staatsangehörige:
chung des Antrages auf Mitnahme von Umzugsgut ausländischer Staatsangehöriger ist die Abgabe ng und einer Erklärung über im Ausland befindliche Vermögenswerte nicht erforderlich.

ebaum, ehörd- ver-

der Veräusserungsgegenwert der Möbelstücke für »Sperrkonto» stimmt ist, eine Sicherungsanordnung aber bislang nicht vorgt, geben wir Ihnen von dieser Angelegenheit hiermit Kenntnis der Anheimgabe, gegen die Kontoinhaberin eine Sicherungsdnung zu erlassen, sofern dies für erforderlich erscheint. st werden wir den Betrag von RM 325.- nach Eingang sperren.
ei noch nicht gesicherten Konten
e in der Anlage Ihres
nthaltenen

RM 786,30.

t ge- sse den. einem Einlage-

Kennzeichen:
Darmstadt, den 26 Okt 1946
Behörde Mil. Reg.
Beamter: B.A.
t Zutreffendes ist zu streichen.

Von der Ausstellungsbehörde auszufüllen!
1. Der Kennkartenbewerber hat die erforderlichen Unterschriften und die erforderlichen Fingerabdrücke gegeben.
Kennummer:
2. Er hat an Inlandsausweisen abgegeben:

Empfangsbestätigung.
Mir ist heute eine Kennkarte ausgehändigt worden.
den 13. Nov 1946
(Unterschrift)

desamt Oberursel(
Leopold H o f f m a n n
am 3.April 1907 geboren.
Oberursel(Taunus)
Vater: Ingenieur Georg Theodor Hoffmann
Mutter: Marie Hoffmann geborenen Löbstein.
Änderungen der Eintragung:



Theodor Creizenach, (1896-1939), Germanist und Historiker, privat

Tod in einer Gefängniszelle

Theodor Creizenach

Lange Zeit war das Schicksal von Theodor Creizenach nicht bekannt. Er gehörte weder zu den Opfern der Deportationen noch wurde gegen ihn ein Gerichtsurteil verhängt. Theodor Creizenach starb am 24. Juni 1939 in einem Polizeigefängnis, angeblich hat er Selbstmord begangen.

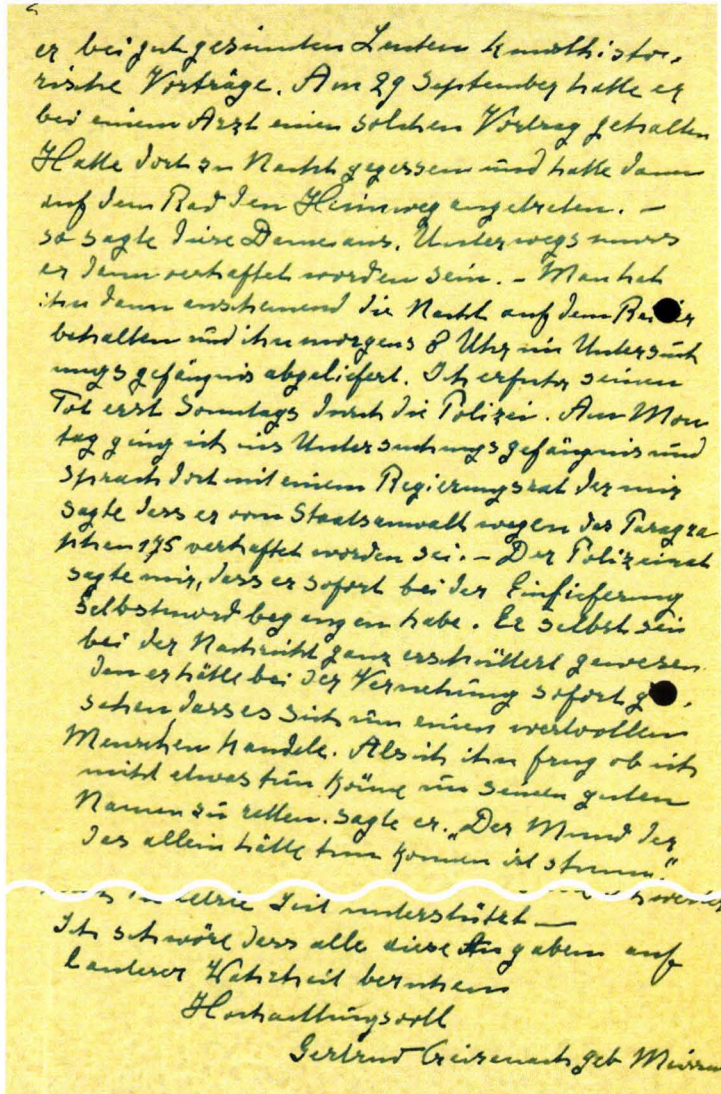
„Frankfurter Verein der Reformfreunde"

Die Vorfahren der Oberurseler Familie Creizenach sind eng mit der Geschichte Frankfurts verbunden. Theodor Creizenach (1818-1877), bekannter Goethe- und Dante-Forscher, gründete 1842 den „Frankfurter Verein der Reformfreunde", der eine Reform des Judentums forderte. Mit seinen Ideen entfernte sich Creizenach immer weiter vom traditionellen Judentum und entschloss sich 1854, zum Christentum überzutreten.

Seinen Sohn, den Kaufmann Ferdinand Creizenach, zog es 1900 mit seiner Familie an den Taunusrand nach Oberursel in die Austraße 1. Ferdinand Creizenachs Ehefrau Gertrud stammte aus einer christlichen Familie. Nach der Naziterminologie handelte es sich dabei um eine „Mischehe". Die beiden Kinder des Ehepaars, die Tochter Elisabeth (1894) und der Sohn Theodor (1896) wurden beide in der Christuskirche in Oberursel konfirmiert.

„Der Verstorbene wurde am genannten Tage um 21.45 Uhr zuletzt lebend gesehen"

Theodor Creizenach gehörte zu der Generation junger Männer, die direkt nach der Schulzeit 1915 als Soldaten eingezogen wurden. Erst 1920 kehrte er aus französischer Gefangenschaft zurück. Der Oberurseler studierte Geschichte, Deutsch und Philosophie und wurde 1928 mit einer Dissertation über das Thema „Deutsches Reich und deutscher Staat in den Anschauungen der Franzosen" promoviert. Damit trat er als Historiker in die Fußstapfen seines berühmten Großvaters, dessen Namen er trug.



Brief von Gertrud Creizenach an die Betreuungsstelle des Obertaunuskreises, in dem sie die ihr bekannten Umstände des Todes ihres Sohnes schildert, HHStAW

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten bedeutete für Theodor Creizenach das berufliche Aus. So wurde er als „Halbjude" 1933 von allen Ämtern des Vereins für Geschichte und Landeskunde in Frankfurt entbunden. Um den Lebensunterhalt für seine Mutter und sich zu sichern, gab der Oberurseler privaten Fremdsprachenunterricht.
Am 24. Juni 1939 wurde Theodor Creizenach nach einer Vorlesung und dem Besuch einer befreundeten Familie aus bislang nicht bekannten Gründen auf dem Weg nach Hause verhaftet und in das Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße in Frankfurt am Main gebracht. Dort wurde er nach Angaben der Polizei kurz nach seiner Einlieferung



Grab von Henry Wolfskehl auf dem Jüdischen Friedhof in der Rat-Beil-Straße in Frankfurt am Main, Foto: Majer Szanckower

erhängt in seiner Zelle vorgefunden. Erst zwei Tage später wurde Theodor Creizenachs Mutter darüber informiert. „Der Verstorbene wurde am genannten Tage um 21.45 Uhr zuletzt lebend gesehen", so die drei Tage später ausgestellte Todesurkunde.

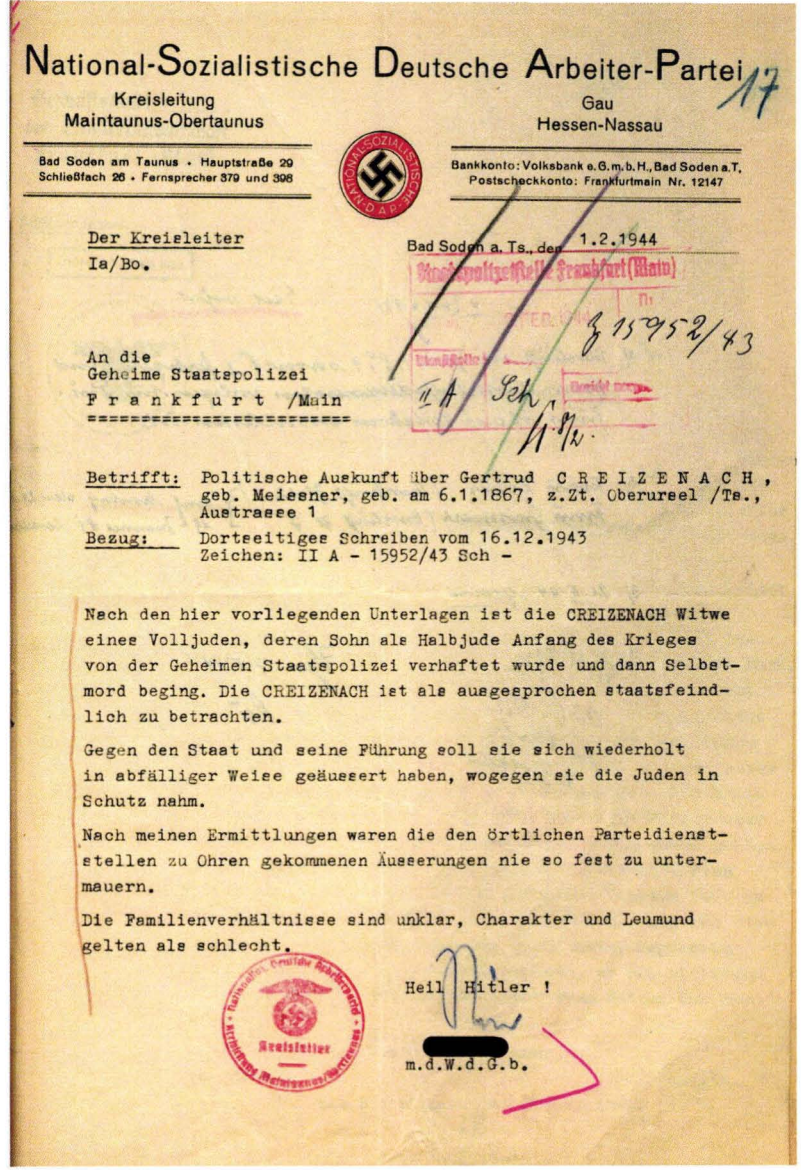
Flucht nach England

Theodor Creizenachs Schwester Elisabeth Wolfskehl überlebte. Ihr gelang es 1939 mit ihren beiden Kindern nach England zu flüchten. Neben ihrem Bruder hatte sie auch noch den gewaltsamen Tod ihres Mannes zu beklagen. Henry Wolfskehl wurde im November 1938 in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Dort wurde er bewusstlos aufgefunden und in das psychiatrische Krankenhaus in Jena gebracht, wo er am 30. November 1938 starb.

„Die C. hat Gerüchte verbreitet"

Gertrud Creizenach blieb alleine in Oberursel zurück. Ihr Mann war bereits 1928 verstorben, Sohn und Schwiegersohn waren unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen, die Tochter und die Enkelkinder lebten in England. Zusätzlich zu all diesen Schicksalsschlägen musste Gertrud Creizenach noch erleben, dass sie 1943 wegen einer „defaitistischen Äußerung" denunziert und angeklagt wurde. „Die C. hat Gerüchte über die SS (Zacken) verbreitet", wurde auf einer Gestapo-Karteikarte vom 5. Januar 1944 vermerkt.

Laut Urteil des Sondergerichtes des Frankfurter Oberlandesgerichtes vom 5. Juli 1944 wurde Gertrud Creizenach zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, doch ihr Anwalt konnte verhindern, dass sie die Haft antreten musste. 1953 starb Gertrud Creizenach im Alter von 86 Jahren, verbittert, wie Zeitzeugen berichteten.



National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei

Kreisleitung
Maintaunus-Obertaunus

Bad Soden am Taunus · Hauptstraße 29
Schließfach 26 · Fernsprecher 379 und 398

Gau
Hessen-Nassau

Bankkonto: Volksbank e.G.m.b.H., Bad Soden a.T.
Postscheckkonto: Frankfurt/main Nr. 12147

17

Der Kreisleiter
Ia/Bo.

Bad Soden a. Ts., den 1.2.1944

Kriminalpolizeistelle Frankfurt (Main)

An die
Geheime Staatspolizei
F r a n k f u r t /Main

II A Sch

Betrifft: Politische Auskunft über Gertrud C R E I Z E N A C H , geb. Meiesner, geb. am 6.1.1867, z.Zt. Oberursel /Ts., Austrasse 1

Bezug: Dorteeitiges Schreiben vom 16.12.1943
Zeichen: II A - 15952/43 Sch -

Nach den hier vorliegenden Unterlagen ist die CREIZENACH Witwe eines Volljuden, deren Sohn als Halbjude Anfang des Krieges von der Geheimen Staatspolizei verhaftet wurde und dann Selbstmord beging. Die CREIZENACH ist als ausgesprochen staatsfeindlich zu betrachten.

Gegen den Staat und seine Führung soll sie sich wiederholt in abfälliger Weise geäuesert haben, wogegen sie die Juden in Schutz nahm.

Nach meinen Ermittlungen waren die den örtlichen Parteidienststellen zu Ohren gekommenen Äusserungen nie so fest zu untermauern.

Die Familienverhältnisse sind unklar, Charakter und Leumund gelten als schlecht.

Kreisleiter

Heil Hitler !

[redacted]

m.d.W.d.G.b.

Stellungnahme der NSDAP an die Gestapo zu der Denunziation von Gertrud Creizenach wegen einer „defaitistischen Äußerung", HHStAW

Theodor Creizenach
30. August 1896 in Frankfurt am Main – 24. Juni 1939 in Frankfurt am Main

Henry Wolfskehl
24. Dezember 1878 in Frankfurt am Main – 30. November 1938 in Jena



Marktplatz 7, das Wohnhaus der Familie Heinbronn-Feinberg am „Malerwinkel" 1940, Sammlung B. Ochs



Siegmund Heilbronn (Mitte) mit seinen Nachbarn beim Kartenspielen, Stadtarchiv Oberursel



Werbung für die Branntwein- und Liqueur-Fabrik von Siegmund Heilbronn, Stadtarchiv Oberursel



Grab von Siegmund Heilbronn auf dem jüdischen Friedhof in Oberursel, Foto: Angelika Rieber

„In Orschel nur, in deiner Erd legt mich zur ewgen Ruh"

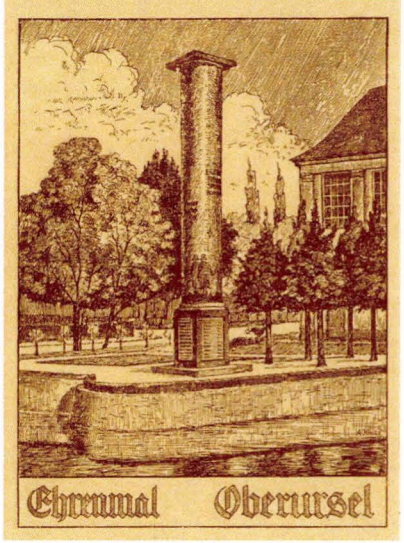
Familie Feinberg - Heilbronn

Viele Oberurseler kannten und schätzten die Familien Feinberg und Heilbronn, die mitten in der Altstadt am Marktplatz wohnten und dort bis 1937 ein Geschäft führten. Die Geschwister Heilbronn waren Klassenkameraden, Nachbarn, man kaufte bei ihnen ein. Viele Oberurseler hat das Schicksal der Familienmitglieder in besonderer Weise bewegt.

„O mei Orschel"

Siegmund Heilbronn, 1845 in Oberursel geboren, erwarb 1871 das Anwesen am sogenannten Malerwinkel und gründete dort eine „Essig-, Branntwein- und Liqueur-Fabrik". Anschaulich belegt eine Skizze, die Sigmund Heilbronn in einer Stammtischrunde zeigt, wie die Familie durch nachbarschaftliche und freundschaftliche Kontakte in das gesellschaftliche Leben der Stadt eingebunden war.
Siegmund Heilbronn und seine Frau Amalie hatten fünf Kinder. Der Sohn Julius verstarb bereits 1906, Heinrich fiel als Soldat im Ersten Weltkrieg, die beiden Töchter Therese und Rosa wurden 1942 deportiert. Einzig Adolf Heilbronn gelang die Flucht in die Vereinigten Staaten.

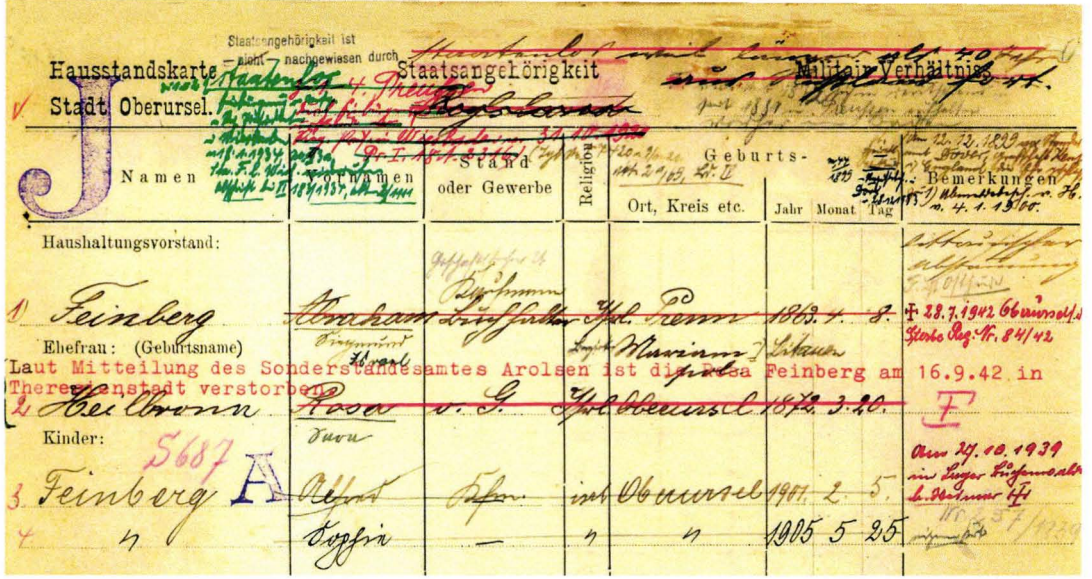
Nach dem Tod von Sigmund Heilbronn 1919 ging das Haus in den Besitz der Kinder über.
Die beiden Schwestern, Rosa und Therese, blieben in dem Haus, während der Sohn Adolf Heilbronn zunächst nach Frankfurt am Main, später nach Nürnberg zog. Von dort emigrierte er über Belgien in die Vereinigten Staaten.
Rosa Heilbronn hatte 1899 den aus Litauen stammenden Abraham Feinberg geheiratet. 1901 und 1905 wurden die Kinder Alfred und Sophie geboren. Beide besuchten das Gymnasium bzw. das Lyzeum in Oberursel. Die Familie Feinberg war, wie Zeitzeugen berichteten, sehr religiös. Als letzter Vorsteher der kleinen jüdischen Gemeinde betreute Abraham Feinberg die Synagoge in der Weidengasse, die allerdings nur noch an hohen Feiertagen genutzt wurde. Wie sehr sich Rosa Feinberg mit der Taunusstadt, in der sie aufgewachsen war, verbunden fühlte, zeigt ein Gedicht, das sie in Anlehnung an Friedrich Stoltze verfasst hatte. Hier drei Strophen:



Ehrenmal zum Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkriegs, sign. A. Knolle, Sammlung B. Ochs



Namen der Kriegsopfer am Sockel des Denkmals, darunter Heinrich Heilbronn, Foto: Angelika Rieber



Hausstandskarte der Familie Feinberg, Stadtarchiv Oberursel

O mei Orschel

O Orschel, du mein Heimatort,
Wie lieb ich dich so sehr.
Ich mecht von dir jo net mehr fort,
Wenns noch so schön wo wär.

In Orschel, wo mein Vatterhaus steht,
Wo unsere Vorfahrn hann gelebt,
Der Ort, wo meine Wiege stand.
In Orschel nur sein mer bekannt.

Un wenn ich emol alt und mied
Soll schließe die Aage zu,
In Orschel nur, in deiner Erd
Legt mich zur ewgen Ruh.





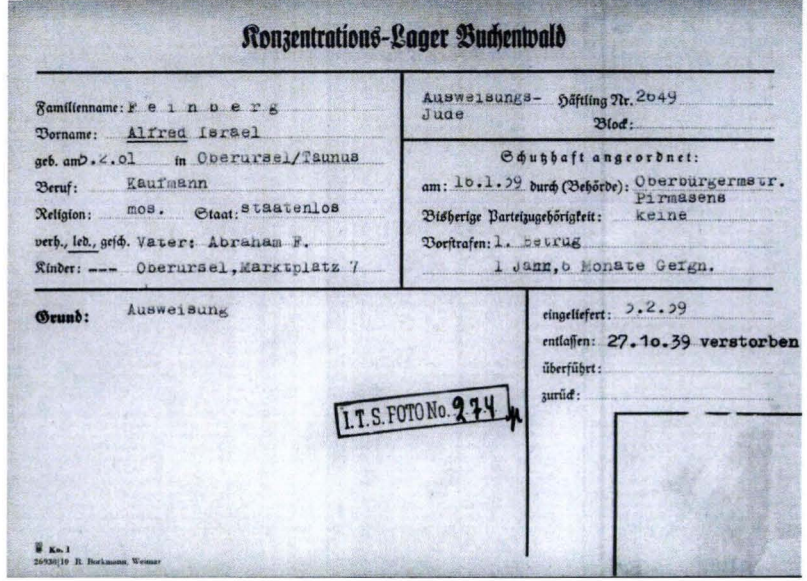
Adolf Heilbronn und seine Frau Blanka, Stadtarchiv Nürnberg

Staatenlos

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten veränderte sich das Klima innerhalb der Stadt zunehmend. Die Schulkinder wurden von Lehrern aufgefordert, den Kontakt mit der jüdischen Familie zu meiden. Ein Oberurseler Junge, der Abraham Feinberg Hilfe anbot, um einen schweren Handkarren zu ziehen, kassierte am nächsten Tag Prügel von seinen Klassenkameraden. Dem aus Litauen stammenden Abraham Feinberg wurde 1934 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Erneut war er staatenlos, ebenso seine Kinder. Ein Jahr vor dem Novemberpogrom 1938 entschloss er sich zur Aufgabe des Geschäftes. Von den Ausschreitungen und Verhaftungen während der „Kristallnacht" blieb die Familie zwar verschont, nicht jedoch von der Angst. „Jetzt werden sie sicher auch hierher kommen", befürchtete Therese Heilbronn laut Zeugenaussagen.



Primaner des Gymnasiums Oberursel, Abschlussklasse 1921,
Alfred Feinberg in der Mitte ohne Mütze, Schulleiter Dr. Israel in der vorderen Reihe,
Schularchiv des Gymnasiums Oberursel



Konzentrations-Lager Buchenwald

Familienname: Feinberg
Vorname: Alfred Israel
geb. am 2.2.01 in Oberursel/Taunus
Beruf: Kaufmann
Religion: mos. Staat: staatenlos
verh., led., gesch. Vater: Abraham F.
Kinder: --- Oberursel, Marktplatz 7

Ausweisungs- Häftling Nr. 2649
Jude
Block:

Schutzhaft angeordnet:
am: 10.1.39 durch (Behörde): Oberbürgermstr. Pirmasens
Bisherige Parteizugehörigkeit: keine
Vorstrafen: 1. Betrug
1 Jahr, 6 Monate Gefgn.

Grund: Ausweisung

eingeliefert: 5.2.39
entlassen: 27.10.39 verstorben
überführt:
zurück:

I.T.S. FOTO No. 974

Karteikarte für Alfred Feinberg aus dem Konzentrationslager Buchenwald,
IST Archives – Konzentrationslager Buchenwald



Grabstein für Alfred Feinberg auf dem jüdischen
Friedhof in Oberursel, Foto: Angelika Rieber

Alfred Feinberg: Häftlings-Nr. 2649

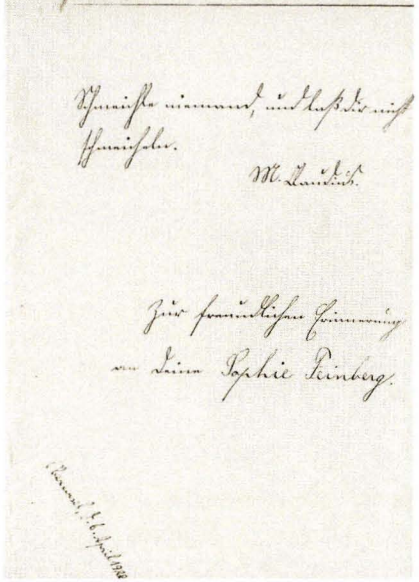
Alfred Feinberg saß zu dieser Zeit bereits seit einem Jahr in Haft. Er wurde einer Unterschlagung bezichtigt. In dieser Zeit gab es eine gezielte Kriminalisierungskampagne gegen Juden und gegen christliche Ehepartner aus „Mischehen", die nicht zu einer Scheidung bereit waren. Ihnen wurden diverse Vergehen angelastet wie Unterschlagungen, „Rassenschande" oder Homosexualität. In vielen Fällen kamen die Betroffenen bereits in der Untersuchungshaft zu Tode. Ein Gerichtsurteil, das die Unschuld hätte belegen können, erübrigte sich damit. Laut Archivunterlagen ging es im Falle von Alfred Feinberg um die Begleichung eines Geldbetrags. Die Eltern waren, dies belegen Dokumente, bereit, den Betrag zu übernehmen, waren hierfür jedoch von einer Freigabe der „Devisenstelle" abhängig. In der Zwischenzeit war Alfred Feinberg vom Gefängnis in das Konzentrationslager Buchenwald verlegt worden, wo er am 27. Oktober 1939 starb.
Ein unscheinbarer Stein auf dem jüdischen Friedhof in Oberursel, heute angelehnt an das Grab von Ferdinand Grünebaum, erinnert an den Oberurseler, der im Konzentrationslager zu Tode kam. Auf Anfrage wurde den Eltern „Asche des Sohnes" zugeschickt.

Sophie Feinberg: für tot erklärt

Über Sophie Feinberg ist bislang nur wenig bekannt. Ein Klassenfoto zeigt sie mit ihren Schulfreundinnen des Lyzeums, darunter auch Nissa Feinberg, Tochter einer ebenfalls aus Litauen stammenden Familie, und Lotte Valentin, verheiratete Kopp. Sie hat ihr Poesiealbum aufgehoben. Darin findet sich auch ein Eintrag von Sophie Feinberg:

„Schmeichle niemand,
und lass dir nicht schmeicheln
(M. Claudius)
Zur freundlichen Erinnerung
an Deine Sophie Feinberg
Oberursel, d. 6. April 1922"

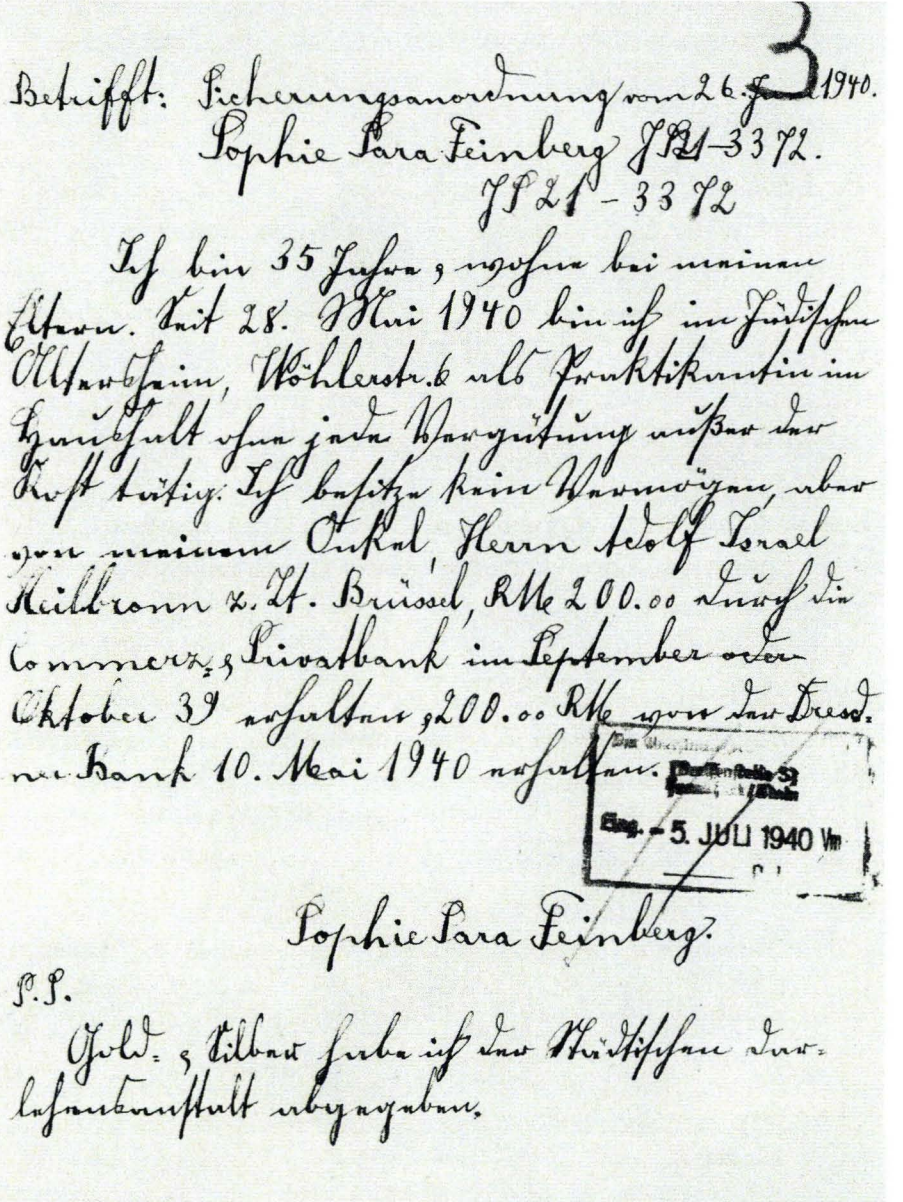
Zeitzeugen berichteten, Sophie Feinberg sei eine sehr gebildete Frau gewesen und habe acht Sprachen gesprochen. Belegt ist, dass die Oberurselerin ab dem 26.5.1940 als



Eintrag von Sophie Feinberg in das Posiealbum von Lotte Valentin vom 6. April 1922, privat



Klassenfoto des Lyzeums Obeursel mit Sophie Feinberg (vorne, zweite von rechts), Nissa Feinberg (stehend, zweite von links) und Lotte Valentin (vorne Mitte), privat



Betrifft: Sicherungsanordnung vom 26.6.1940.
Sophie Sara Feinberg JP21-3372.
JP21-3372

Ich bin 35 Jahre alt, ledig bei meinen Eltern. Seit 28. Mai 1940 bin ich im Jüdischen Altersheim, Wöhlerstr. 6 als Praktikantin im Haushalt ohne jede Vergütung tätig. Ich besitze kein Vermögen, aber von meinem Onkel, Herrn Adolf Israel Heilbronn z.Zt. Brüssel, RM 200.00 durch die Commerz- u. Privatbank im September oder Oktober 39 erhalten. 200.00 RM gaben die Dresdner Bank 10. Mai 1940 zurück.

Eing. - 5. JULI 1940 Vm

Sophie Sara Feinberg.

P.S.

Gold- u. Silber Sachen habe ich der Kultusgemeinde Frankfurt abgegeben.

Schreiben von Sophie Feinberg an die „Devisenstelle" Frankfurt am Main vom 6.8.1940, HHStAW

Praktikantin im Jüdischen Altersheim in der Wöhlerstraße in Frankfurt am Main beschäftigt war. Dies teilte sie der „Devisenstelle" in einem Schreiben mit, in dem sie auch darüber informierte, dass sie von ihrem Onkel Adolf Heilbronn Unterstützung erhalten hatte. Interessant ist auch ihr Vermerk unter PS, sie habe ihr Gold und Silber abgegeben. Dabei handelte es sich nicht nur um Schmuck, sondern vor allem um religiöse Gegenstände wie silberne Leuchter, Weinbecher oder Channukaleuchter. Im Zuge der „Verordnung zum Einsatz des jüdischen Vermögens" vom 3. Dezember 1938 war der jüdischen Bevölkerung die Zwangsablieferung von Gold und Silbergegenständen auferlegt worden. Schwerer noch als der materielle Verlust wog vermutlich der ideelle Wert dieser Kultgegenstände.

Die Kontakte Sophie Feinbergs zu den Eltern und der Tante waren durch ihre Tätigkeit im Altersheim massiv erschwert, denn seit dem September 1941 erfolgten starke Einschränkungen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Juden, die im April 1942 noch weiter verschärft wurden.

Am 10.6.1942 wurde Sophie Feinberg, laut Einwohnermeldedatei, „von Amts wegen" zum „Sammellager Bad Homburg v.d.H." abgemeldet. Im Onlinegedenkbuch des Bundesarchivs findet sich der Hinweis, dass Sophie Feinberg vermutlich in Sobibor ermordet wurde. Da ihr Todesdatum nicht bekannt ist, wurde sie für tot erklärt.

Abraham Feinberg: eines natürlichen Todes gestorben?

Zunehmend hatte sich die Lebenssituation der Familie, vor allem seit Beginn des Zweiten Weltkriegs, verschlechtert. Bis zur Emigration von Adolf Heilbronn 1938 konnte die Familie noch mit Zuwendungen des Bruders rechnen, doch danach wurden diese immer spärlicher. Die Feinbergs waren auf Zuschüsse der Jüdischen Wohlfahrtspflege angewiesen. Um den Grabstein von Alfred Feinberg finanzieren zu können, musste die Familie Möbel verkaufen. Auch die Beschaffung von Lebensmitteln war erschwert. Unterstützung erhielt die Familie von Nachbarn, die zu ihnen hielten und Lebensmittel brachten. Neben der wirtschaftlichen Not machte den Familienmitgliedern auch die zunehmende Stigmatisierung zu schaffen. Nach der „Verordnung über die Kennzeichnung von Juden" vom 1. September 1941 mussten sie in der Öffentlichkeit einen gelben Stern tragen.

Laut Sterbeurkunde ist Abraham Feinberg, der letzte Vorsteher der kleinen jüdischen Gemeinde, am 28. Juli 1942 eines natürlichen Todes gestorben. Der Standesbeamte vermerkte: „Eingetragen auf mündliche Anzeige der Schwägerin, Therese Sara Heilbronn, ohne Beruf, Oberursel (Taunus). Die Anzeigende ist bekannt. Sie erklärte, dass sie von dem Sterbefall aus eigener Wissenschaft unterrichtet sei."

Ein Zeitzeuge konnte über weitere Einzelheiten des Todesfalles berichten. Danach wurde Abraham Feinberg, damals bereits 79 Jahre alt, an einem kalten Tag in „die Bach" gestoßen. Von den Folgen des Sturzes habe sich Abraham Feinberg nicht mehr erholt und sei wenig später gestorben. Möglicherweise lag der Todeszeitpunkt sogar früher und wurde erst später gemeldet. Unklar bleibt auch, auf welche Weise Abraham Feinbergs Leichnam zum jüdischen Friedhof in der Eckenheimer Landstraße in Frankfurt am Main transportiert wurde, denn laut einer Anweisung der Reichsbahndirektion vom 3. Juli 1942 war der Transport der Leichen von Juden verboten. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnte ein Grabstein für Abraham Feinberg gesetzt werden, der gleichzeitig auch an seine deportierten Angehörigen erinnert.

Rosa Feinberg und Therese Heilbronn: „Wir werden morgen früh abgeholt"

Nach dem Tod von Abraham Feinberg im Juli 1942 waren seine Ehefrau Rosa und ihre Schwester Therese Heilbronn „untröstlich", berichtete eine Zeitzeugin. Die beiden Frauen hatten offensichtlich zunehmend Angst vor der „Abschiebung". Den Menschen damals war sehr wohl bewusst, dass die als „Evakuierung" gekennzeichneten Deportationen sie nicht nur aus ihrer gewohnten Umgebung herausrissen, sondern in ein ungewisses Schicksal führten. Die Tatsache, dass sie von Angehörigen nichts mehr hörten, versetzte sie in Unruhe, ohne dass sie wirklich wussten, was ihnen bevorstand.
Am 28. August 1942 wurden die beiden Frauen deportiert. Viele Oberurseler können sich an die Deportation und die Tage davor lebhaft erinnern. Frau Hehner, Mieterin im Haus der Familien Feinberg und Heilbronn, berichtete, dass die beiden Schwestern einen Tag vor dem Abtransport fragten, ob sie sich den Handwagen leihen könnten, um damit ihr Gepäck zum Bahnhof zu bringen. Das Einzige, was die beiden Frauen noch aufrechterhielt, war die Hoffnung, die bereits im Juni 1942 deportierte Tochter bzw. Nichte Sophie wiederzusehen.

Therese Heilbronn und Rosa Feinberg verließen Oberursel nicht unbemerkt. Die beiden verabschiedeten sich vorher von zahlreichen Nachbarn und Freunden. Ob sie einfach Abschied von den ihnen vertrauten Menschen nehmen wollten, ob sie auf das Unrecht, das ihnen angetan wurde, aufmerksam machen wollten, ob sie die Hoffnung hatten, den drohenden Abtransport damit noch verhindern zu können, wissen wir nicht. Die Schilderungen der Zeitzeugen vermitteln aber den Eindruck, dass sich dieser Abschied tief im Gedächtnis vieler Oberurseler eingegraben hat. „Es war traurig. Die ganze Nachbarschaft hat zugeschaut."

Am 28. August gegen Mittag wurden Therese Heilbronn und Rosa Feinberg abgeholt. Viele Oberurseler hatten Zeit ihres Lebens vor Augen, wie die beiden Frauen, begleitet von „einem Mann in Uniform", über den Marktplatz, die Weidengasse und durch die ganze Stadt, einen Leiterwagen hinter sich herziehend, zum Bahnhof gebracht wurden.



Gedenkplakette zur Erinnerung an Abraham Feinberg, den letzten Vorsteher der jüdischen Gemeinde, am Haus Am Marktplatz 7, Foto: Angelika Rieber



Rosa Feinberg und Therese Heilbronn, privat

Die beiden Frauen hätten wieder und wieder ungläubig den Kopf geschüttelt und sich umgeschaut, als sie zum letzten Mal aus ihrem Haus und über den Marktplatz gingen. Rosa Feinberg wurde nicht, wie sie es sich gewünscht hatte, in Oberursel beerdigt. Sie starb zwei Wochen nach dem Abtransport, am 16. September 1942, in Theresienstadt. Ihre Schwester Therese wurde einen Monat nach der Deportation am 27. September 1942 in Treblinka ermordet.

„Meine innigste Anteilnahme"

Nach der Deportation der beiden Frauen wurde das ganze Hab und Gut der Familie versteigert. Ein Zeitzeuge berichtete, am Tag vor der Versteigerung seien die „Damen der Nazigrößen dünn in das Haus der Feinberg/Heilbronns hinein und dick wieder heraus gekommen".

Adolf Heilbronn, der als einziges Mitglied der Familie überlebt hatte, erkundigte sich nach dem Ende des Krieges, was mit seinen beiden Schwestern und mit ihrem Besitz geschehen sei. Im Nachkriegs-Bürgermeister Kappus fand er einen Ansprechpartner, der ihm nicht nur Auskunft über die Ereignisse während der NS-Zeit gab, sondern ihm auch seine Anteilnahme aussprach.

Abraham Feinberg
8. April 1863 in Prenn/Litauen – 28. Juli 1942 in Oberursel

Alfred Feinberg
5. Februar 1901 in Oberursel – 27. Oktober 1939 in Buchenwald

Rosa Feinberg, geborene Heilbronn
20. März 1872 in Oberursel – 16. September 1942 in Theresienstadt

Sophie Feinberg
25. Mai 1905 in Oberursel – für tot erklärt, Sobibor

Therese Heilbronn
15. Oktober 1876 in Oberursel – 27. September 1942 in Treblinka



Familie von Gans 1915, Archiv Angela von Gans



Ansichtspostkarte der Villa Gans auf der Kestenhöhe, undatiert, Sammlung Bernd Ochs

Das Uhrwerk der Christuskirche erinnert an den Spender

Ludwig Wilhelm von Gans

Die Villa Gans in der Königsteiner Straße ist nicht nur Oberurselern bekannt. Ursprünglich wurde das im englischen Landhausstil konzipierte Haus auf der „Kestenhöhe", so genannt wegen des dortigen Kastanienhains, 1909 für Ludwig von Gans und seine Familie erbaut. Es war luxuriös ausgestattet, der Park mit exotischen Baumarten und Baumzüchtungen aus aller Welt angelegt.

Ludwig Wilhelm von Gans stammte aus einer bekannten jüdischen Familie und wurde 1869 in Frankfurt am Main geboren als jüngster Sohn des Fabrikanten Fritz Gans, Mitbegründer der Cassella Farbwerke. Wie sein Bruder Paul studierte Ludwig Chemie und arbeitete zunächst im väterlichen Unternehmen. Geschäftsreisen führten ihn durch den Balkan bis nach Izmir. Ludwig von Gans gründete 1897 ein eigenes Chemieunternehmen, die Firma Pharma-Gans, die zunächst in Frankfurt am Main beheimatet war. Später verlegte er den Sitz nach Oberursel in den Zimmersmühlenweg 21. Die erfolgreiche Firma stellte u.a. Seren für Impfstoffe und Insulin her. Auch auf sozialem Gebiet zeichnete sich der Fabrikant aus. Seit 1912 gab es für die Beschäftigten eine Gewinnbeteiligung.

Das Uhrwerk der Christuskirche erinnert an den Spender

1910 zog Ludwig von Gans mit seiner Familie nach Oberursel. Bekannt wurde er dort für sein Engagement in der Kommunalpolitik. Aus der Festschrift zum 50jährigen Jubiläum des Lyzeums 1916 geht hervor, dass Ludwig von Gans eine seidengestickte Schulfahne als Festgeschenk stiftete. Von 1913 bis 1919 war der Oberurseler Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Die Familienmitglieder, Ludwig von Gans, seine Frau Elisabeth und die vier Kinder Herbert, Armin, Marguerite und Gertrude gehörten der evangelischen Christuskirchengemeinde an. Dort wurde 1917 der Sohn Arnim getauft und 1925 die Tochter Gertrude konfirmiert. Marguerite heiratete 1922 in Oberursel.

Die Verbundenheit mit der Christuskirche zeigte Ludwig von Gans durch eine großzügige Spende für das Uhrwerk im Glockenturm.



Evangelische Christuskirche in Oberursel, rechts Ehrenmal für die Opfer des 1. Weltkriegs, Sammlung Bernd Ochs

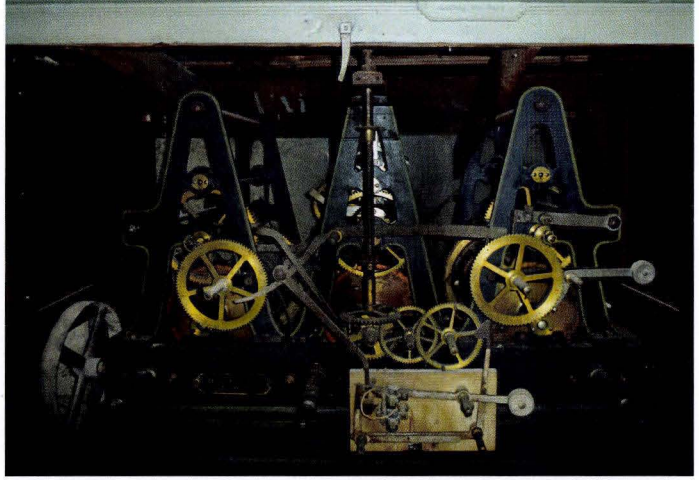
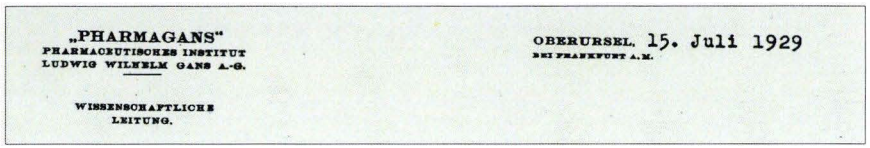




Foto von Hansa-Luftbild 1929 mit der Firma Gans rechts unten, Stadtarchiv Oberursel



Uhrwerk der Christuskirche und Gedenkplakette für Ludwig von Gans oberhalb des Uhrwerks, Foto: Angelika Rieber


„PHARMAGANS"
PHARMACEUTISCHES INSTITUT
LUDWIG WILHELM GANS A.-G.

WISSENSCHAFTLICHE
LEITUNG.

OBERURSEL, 15. Juli 1929
BEI FRANKFURT A.M.

Briefkopf der Firma Pharma-Gans, privat

1928 endete die Zeit der Familie Gans in Oberursel. Hintergrund waren ein verloren gegangener Patentstreit der Firma mit den Cassella-Werken bzw. den IG Farben sowie die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Die Firma ging in Konkurs, die Villa wurde verkauft. Ludwig von Gans kehrte wieder in seine Geburtsstadt Frankfurt am Main zurück.

„Reichsschulungsburg Kestenhöhe"

1934 wurde die Villa Gans von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) erworben, die dort am 20. Oktober 1935 die „Reichsschulungsburg Kestenhöhe" einweihte. Unmittelbar nach dem Krieg wurde die Villa als „Country Club" für höhere Offiziere der amerikanischen Armee genutzt. Ab 1953 gehörte das Anwesen dann dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der hier ein „Haus der Gewerkschaftsjugend" etablierte. Gegenwärtig entsteht dort ein Hotel.

Suizid nach der Befreiung aus Theresienstadt

Neben dem Verlust seines Vermögens stellten die politischen Veränderungen in Deutschland einen weiteren tiefen Einschnitt im Leben von Ludwig von Gans dar.

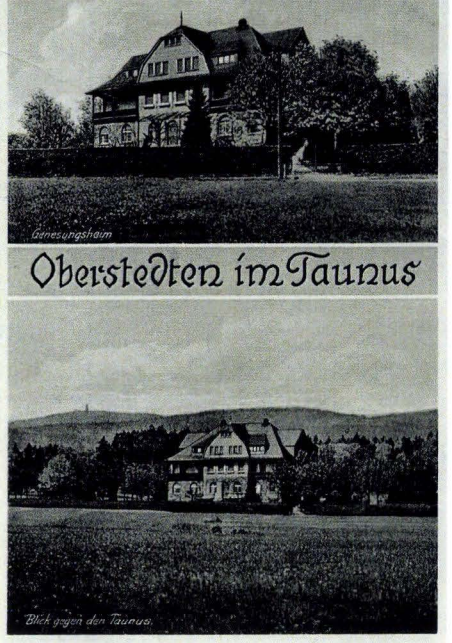
1938 entschloss er sich zur Emigration in die Schweiz. Ein längerer Besuch bei Bekannten in Dänemark kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde ihm zum Verhängnis. Dort wurde er nach der Besetzung Dänemarks verhaftet und am 6. Oktober 1943 im Alter von 74 Jahren nach Theresienstadt deportiert.

Als das Schwedische Rote Kreuz ihn zusammen mit anderen dänischen Juden aus der Haft in Theresienstadt befreite, war Ludwig von Gans halb verhungert und durch die Haftbedingungen geistig verwirrt. Man brachte ihn am 15. April 1945 zunächst nach Schweden und dann nach Dänemark zurück. Er bemühte sich, eine Rückwanderungserlaubnis durch die Militärregierung zu erhalten, was ihm jedoch nicht gelang. In Kopenhagen starb Ludwig von Gans 1946, eineinhalb Jahre nach der Freilassung aus dem Lager, durch Suizid.

Ludwig Wilhelm von Gans
6. August 1869 in Frankfurt am Main – 19. Oktober 1946 in Kopenhagen



Angestellte des Erholungsheims der Kann-Stiftung in Oberstedten, Ruth Berlove (links), ihre Schwester Gustl (rechts), privat



Ansichtspostkarte, 1938 geschrieben, Sammlung Bernd Ochs

„Der Erfolg hat sich insbesondere in der gesundheitlichen Kräftigung gezeigt“

Genesungsheim der Eduard und Adelheid Kann-Stiftung in Oberstedten

Ganz in der Nähe des Gotischen Hauses in Bad Homburg befindet sich heute die bundesweit bekannte Reformhaus-Fachakademie. Erbaut wurde das Haus 1909/1910 als „Genesungsheim Oberstedten“. Die Gründerin der Stiftung für ein „Rekonvaleszentenheim“ war die Frankfurterin Flora Geisenheimer, geborene Kann, die das Erholungsheim zum Andenken an ihre Eltern errichten ließ und nach ihnen benannte. Schon vor der Gründung hatte Flora Geisenheimer mehrere Grundstücke in der Frankfurter Umgebung besichtigt. Für Oberstedten sprachen sowohl die gute Verkehrsanbindung als auch die Lage „an einem erhöhten Punkt im schönsten Teile des Taunus“. Feierlich eröffnet wurde das Erholungsheim am 15. September 1910. Neben der Stifterin und Vertretern der jüdischen Gemeinden aus Homburg und Frankfurt nahmen auch politische Vertreter Homburgs und Oberstedtens an der Einweihungsfeier teil. Die Weiherede hielt Rabbiner Dr. Kottek.

Drei Jahre später berichteten mehrere Artikel der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ davon, der Erfolg der Kur habe sich „insbesondere in der gesundheitlichen Kräftigung gezeigt“. (31. März 1913) Anfangs öffnete das Heim nur in den Sommermonaten und erfreute sich „eines solchen Zuspruchs, dass die sämtlichen Betten während der ganzen Zeit belegt waren. Es war eine Freude zu sehen, wie sich die sämtlichen Pfleglinge draußen erholt haben und wie sie gekräftigt wieder zu ihrem Beruf zurückkehren konnten.“ (12. September 1913)

Im selben Jahr musste die Stiftung jedoch mehrere Todesfälle vermelden, des Kassierers der Verwaltung, Benny Oppenheimer, und des Stiftungsvorsitzenden, Leopold Hirschler. Ein Neffe der Stifterin, Eduard Schnapper, der sich mit großem Engagement für die Realisierung des Vorhabens seiner Tante eingesetzt hatte, starb durch einen Autounfall.

Die Eduard und Adelheid Kann-Stiftung widmete sich insbesondere auch der Armenfürsorge. Das Rechtsamt der Stadt Frankfurt bezeichnete 1939 den Zweck der Stiftung „Unterstützung armer Israeliten, die sich nach einer Krankheit auf dem Wege der Genesung befinden“ .



Anzeige für das Genesungsheim in Oberstedten, „Der Israelit. Ein Zentralorgan für das orthodoxe Judentum" vom 18.10.1934



Ruth Berlove mit Sohn Marc und Tochter Leila Liebman an der Gedenktafel zur Erinnerung an das frühere Genesungsheim; Ruth Berlove, geb. Scharlack, und ihre Schwester Gustel hatten dort einige Monate in der Diät-Küche des Heimes gearbeitet. Foto: Angelika Rieber

Mit Kriegsbeginn im August 1914 wurde der Kurbetrieb bis zum Kriegsende 1918 unterbrochen. Die Stiftung überließ das Genesungsheim der Reservelazarettverwaltung in Bad Homburg.

„Das Heim bleibt im Winter geöffnet"

1924 fand eine grundlegende Renovierung des Genesungsheimes statt. Ab 1928 warb das Erholungsheim auch für Winterkuren, da man den „zahlreichen Erholungsbedürftigen, die in den Sommer- und Herbstmonaten infolge Vollbelegung des Heimes abgewiesen werden mussten, Gelegenheit zur Kur" bieten wollte. Hervorgehoben wird, dass das Heim mit Zentralheizung ausgestattet sei und durch eine neue Kraftpostlinie eine hervorragende Verkehrsanbindung besitze. („Der Israelit" vom 6.9.1928)
Anzeigen im „Gemeindeblatt der Israelitischen Gemeinden Frankfurt" vom Juli 1933 sowie in der Zeitschrift der „Der Israelit" vom 18. Oktober 1934 warben für gemütliche und modern eingerichtete Ein- und Zweibettzimmer mit fließendem Wasser und Zentralheizung in schönster Lage am Wald, geschlossener Veranda, angenehmen Aufenthaltsräumen, einem großen Park und der Gelegenheit zu Liegekuren. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass das Heim rituelle Verpflegung bot. Die Anzeige informierte darüber, dass das Heim nun auch im Winter geöffnet blieb.
Der Beginn der Naziherrschaft wirkte sich auf vielfache Weise auf den Kurbetrieb aus. 1935 kam es zu antisemitischen Ausschreitungen gegen das Heim. Vor dem Haus hatte sich „eine Ansammlung gebildet", es wurden Steine geworfen, wenige Tage später Schüsse gegen das Haus gerichtet. Wenige Monate vor dem Novemberpogrom 1938 gab es im Mai des Jahres nach Zeugenaussagen einen erneuten Angriff, bei dem die Patienten nachts aufs freie Feld gejagt wurden. Danach wurde das Heim geschlossen.

In den folgenden Jahren wurde das Gebäude für verschiedene Zwecke genutzt. 1945 bis 1954 war das Clementine-Kinderkrankenhaus dort untergebracht. Seit 1956 gehört das Anwesen der Reformhaus-Fachakademie.
Um an die Geschichte des Hauses zu erinnern, wurde auf Initiative der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hochtaunus 1990 eine Gedenktafel am Haupthaus angebracht.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Genesungsheims

Das Erholungsheim beschäftigte mehrere Angestellte, über die noch weitere Recherchen notwendig sind. Bekannt ist, dass es eine Oberschwester gab. In den Anfangsjahren leiteten Anna Ettlinger und Ida Eliese Holz das Heim, in den 30er Jahren hatte Emilie Cäcilie Kranz die Leitung des Erholungsheims übernommen. Von den weiteren Angestellten sind zwar einige Namen bekannt, jedoch nur in einigen wenigen Fällen auch ihr weiterer Lebensweg und ihr Schicksal.

Ida Holz

Die am 11. Juli 1875 in Karlsruhe geborene Ida Holz arbeitete in den Anfangsjahren als Schwester im Genesungsheim. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie dann wieder im Krankenhaus der Israelitischen Gemeinde in Frankfurt tätig. Von dort wurde sie am 19. August 1942 mit dem Transport XII/1 nach Theresienstadt deportiert. Dort starb sie am 5. Dezember 1942 im Alter von 67 Jahren.

Erna Heimberg

Die Krankenschwester Erna Heimberg, am 11. Januar 1889 in Madfeld geboren, war die letzte Oberin des jüdischen Krankenhauses in der Gagernstraße in Frankfurt am Main. Wann und wie lange sie im Genesungsheim in Oberstedten arbeitete, ist nicht genau bekannt. Nach einer Angabe des Stadtarchivs Oberursel war sie 1938 offensichtlich Oberin des Heimes in den letzten Monaten vor der Schließung.
Erna Heimberg bemühte sich um eine Emigration nach Palästina, die jedoch scheiterte. Am 15. September 1942 wurde sie nach Theresienstadt deportiert und von dort am 15. Mai 1944 in das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie vermutlich ermordet wurde.

Max Kaufmann

Der Bäcker Max Kaufmann stammte aus Sennfeld in Baden, wo er am 24. Oktober 1903 geboren wurde. 1932 zog er nach Oberstedten, wo er zunächst in der Pfarrstraße 4 lebte, später in der Hauptstraße 16. Laut Unterlagen des Stadtarchivs Oberursel hat er im Genesungsheim der Kann-Stiftung gearbeitet. Am 26. April 1938 verzog Max Kaufmann nach Hannover, wo er am 10. Juli 1941 in das dortige Gerichtsgefängnis überstellt wurde. Danach verliert sich die Spur. Laut Standesamt Arolsen starb er am 2. Januar 1944 im Konzentrationslager Auschwitz III /Monowitz.

Ernestine Latterbaum

Die Hausangestellte Ernestine Latterbaum wurde am 22. Januar 1915 in Offenbach geboren und war polnische Staatsangehörige. Sie lebte vom Mai 1937 bis zur Schließung des Heimes im Mai 1938 in Oberstedten. Am 28. Oktober 1938 wurde sie im Rahmen der „Polenaktion" nach Polen abgeschoben. Etwa 17 000 jüdische Polen wurden im Rahmen dieser überraschenden Aktion gewaltsam aus Deutschland ausgewiesen. Im Sommer 1939 wurde Ernestine Latterbaum in Polen inhaftiert. Ihr Todesdatum ist nicht bekannt.
Auch Johanna Lindheimer, Henriette Löwenstein, Therese Neumann und Regina Tannenbaum, die in den 20er Jahren einige Monate im Jüdischen Erholungsheim gearbeitete hatten, wurden Opfer des Holocaust.



Schwester Emilie Kranz (Mitte) mit Max Scharlack (rechts), dem Vater von Ruth und Gustel, privat

„Die Seele des Heimes"

Oberschwester Emilie Kranz

Emilie Kranz sei die „Seele des Heimes" gewesen, berichtete Ruth Berlove, geborene Scharlack, eine ehemalige Frankfurterin, die auf Einladung der Stadt ihre frühere Heimat besuchte. Einer ihrer sehnlichsten Wünsche war es, nach Oberstedten zu fahren. Ruth Scharlack und ihre Schwester Gustl hatten dort einige Monate als Lehrlinge in der Diätküche des Genesungsheims der Eduard und Adelheid Kann-Stiftung gearbeitet. Immer wieder fragte sie nach Schwester Emilie, die auf einem Bild zusammen mit dem Vater zu sehen ist. Was ist mit ihr geschehen?

„Dort erwachte ihr Interesse für den Beruf einer Krankenschwester"

Nur wenig wissen wir über Emilie Kranz und ihr Schicksal. Am 25. September 1887 wurde sie in Berlin geboren. Als Kind sei sie länger krank gewesen. Dies habe sie bewogen, Krankenschwester zu werden, berichtete ihre Schwester Selma. „Mit 13 Jahren erkrankte sie schwer und musste längere Zeit in ein Krankenhaus eingewiesen werden.

Dort erwachte ihr Interesse für den Beruf einer Krankenschwester. Ihr Wunsch, Krankenschwester zu werden, verstärkte sich noch, als sie unsere krebskranke Mutter drei Jahre lang Tag für Tag pflegte." 1925, nach dem Tod der Mutter, kam Emilie Kranz aus Berlin nach Frankfurt am Main, wo sie im Jüdischen Krankenhaus ihre Ausbildung zur Krankenschwester begann. Dort lebte sie bis 1933 im Schwesternhaus in der Bornheimer Landwehr. Nach Oberstedten kam Emilie Kranz 1933, wo sie zunächst nur im Sommer arbeitete. Vom 2. Mai 1934 bis zum 13. Januar 1938 lebte sie dort ganzjährig und war als Oberschwester im Genesungsheim tätig.

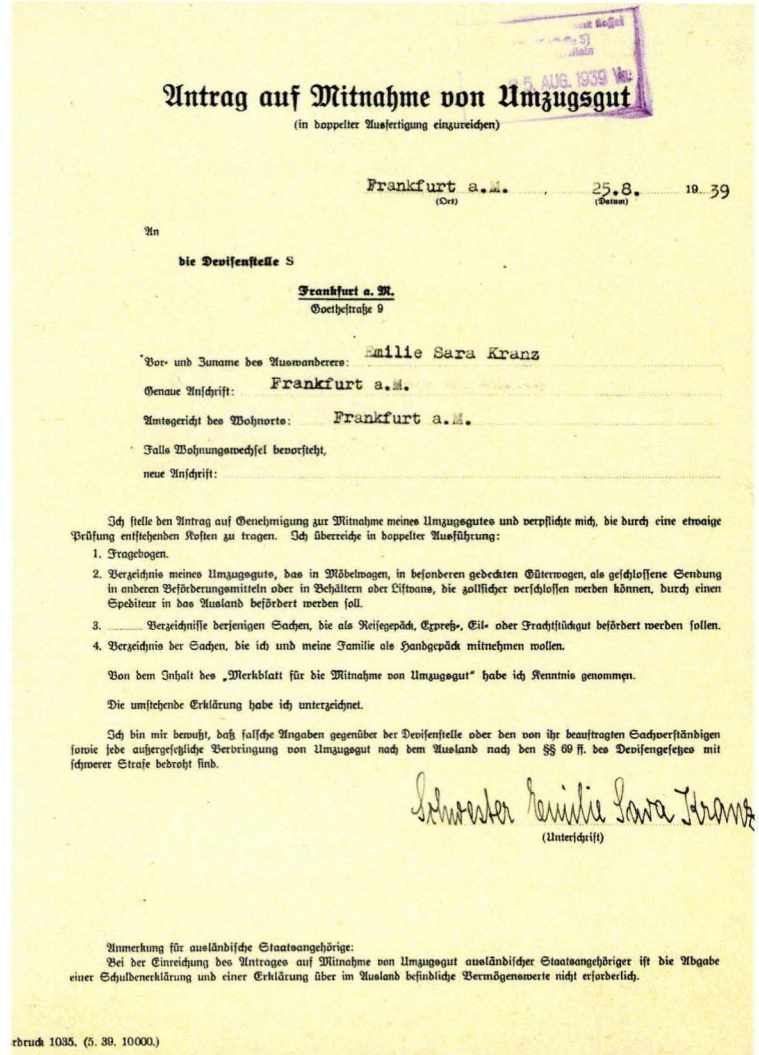
„...dass sie jetzt nach Riga abtransportiert würde"

1938 ging Emilie Kranz wieder zurück nach Frankfurt und arbeitete dort bis zu ihrer Deportation 1942 im Krankenhaus der Israelitischen Gemeinde in der Gagernstraße. Archivunterlagen belegen, dass sie sich um eine Emigration bemühte. Am 25. August 1939 stellte die Krankenschwester einen Antrag auf Mitnahme von Umzugsgut. Sie wolle nach England auswandern, so schreibt sie in dem Formular. Der Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 verhinderte jedoch die geplante Ausreise aus Deutschland.

Am 24. September 1942 wurde Emilie Kranz mit dem zehnten großen Deportationszug von Frankfurt aus „nach Osten" gebracht. Es war einer der letzten Massentransporte aus Frankfurt, mit dem 237 Juden, darunter auch die Krankenschwestern, Ärzte, Heimleiterinnen und Angestellten der ehemaligen Jüdischen Gemeinde Frankfurts verschleppt wurden. Vermutlich wurden sie zwei Tage später in Raasiku in Estland erschossen. Emilie Kranz hatte noch versucht, ihre Schwester Selma in Berlin zu treffen. „In diesem Gespräch teilte meine Schwester mir mit, dass sie jetzt nach Riga abtransportiert würde, und gab mir die Zeit an, in der der Transportzug am Anhalter Bahnhof in Berlin ankommen würde. Als ich dort zur angegebenen Zeit erschien, wollte kein Beamter etwas von einem Sondertransportzug aus Frankfurt am Main wissen. Ich ging daher auch noch zum Potsdamer Bahnhof, erhielt dort aber die gleiche Auskunft..."

„Wer kann Auskunft geben?"

Selma Weidner hat ihre Schwester nicht wiedergesehen. Zusammen mit dem Vater, der Theresienstadt überlebt hatte, gab sie Suchanzeigen auf. „Wer kann Auskunft geben über Schwester-Oberin Emilie Kranz ... Um Auskunft bittet: Der Vater, aus Theresienstadt zurückgekehrt, sowie die Schwester, Frau Selma Weidner."



Antrag auf Mitnahme von Umzugsgut

(in doppelter Ausfertigung einzureichen)

Frankfurt a.M. (Ort) 25.8. (Datum) 19 39

An

die Devisenstelle S

Frankfurt a. M.
Goethestraße 9

Vor- und Zuname des Auswanderers: Emilie Sara Kranz

Genaue Anschrift: Frankfurt a.M.

Amtsgericht des Wohnorts: Frankfurt a.M.

Falls Wohnungswechsel bevorsteht, neue Anschrift:

Ich stelle den Antrag auf Genehmigung zur Mitnahme meines Umzugsgutes und verpflichte mich, die durch eine etwaige Prüfung entstehenden Kosten zu tragen. Ich überreiche in doppelter Ausführung:

1. Fragebogen.
2. Verzeichnis meines Umzugsgute, das in Möbelwagen, in besonderen gedeckten Güterwagen, als geschlossene Sendung in anderen Beförderungsmitteln oder in Behältern oder Liftvans, die zollsicher verschlossen werden können, durch einen Spediteur in das Ausland befördert werden soll.
3. ..... Verzeichnisse derjenigen Sachen, die als Reisegepäck, Expreß-, Eil- oder Frachtstückgut befördert werden sollen.
4. Verzeichnis der Sachen, die ich und meine Familie als Handgepäck mitnehmen wollen.

Von dem Inhalt des „Merkblatt für die Mitnahme von Umzugsgut" habe ich Kenntnis genommen.

Die umstehende Erklärung habe ich unterzeichnet.

Ich bin mir bewußt, daß falsche Angaben gegenüber der Devisenstelle oder den von ihr beauftragten Sachverständigen sowie jede außergesetzliche Verbringung von Umzugsgut nach dem Ausland nach den §§ 69 ff. des Devisengesetzes mit schwerer Strafe bedroht sind.

Schwester Emilie Sara Kranz
(Unterschrift)

Anmerkung für ausländische Staatsangehörige:
Bei der Einreichung des Antrages auf Mitnahme von Umzugsgut ausländischer Staatsangehöriger ist die Abgabe einer Schuldenerklärung und einer Erklärung über im Ausland befindliche Vermögenswerte nicht erforderlich.

rdruck 1035. (5. 39. 10000.)

Antrag auf Mitnahme von Umzugsgut vom 25.8.1939, Quelle: HHStAW

Emilie Kranz hatte noch verzweifelt versucht, in die USA auszuwandern. Sie schrieb an die Scharlacks und bat sie, ihr bei der Emigration zu helfen. Gerade erst in der neuen Heimat angekommen, hatte der herzkranke Max Scharlack, Vater von Gustel und Ruth, alle Hände damit zu tun, seine eigene Familie über Wasser zu halten. „Wir waren arm", erzählte die Tochter. Sein Leben lang hätten den Vater jedoch Schuldgefühle verfolgt, dass er der Krankenschwester nicht habe helfen können. Heute erinnert eine kleine Namenstafel am Börneplatz in Frankfurt an die „Seele des Heimes" und an ihr Schicksal.

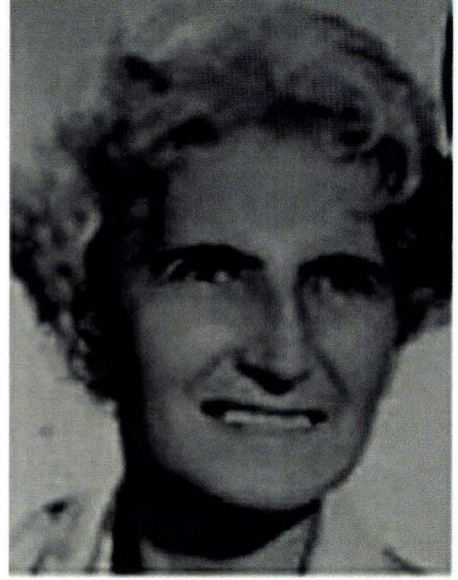
Emilie Cäcilie Kranz
25. September 1887 in Berlin – September 1942 Raasiku



Haus in der Lessingstraße 2 in Oberursel, privat



Gedenkstätte Fort IX in Kowno/Kaunas, Foto: Angelika Rieber



Liesel Grünebaum, geb. Dreydel, privat

Nach Kowno verschleppt

Alfred Grünebaum

Nach Riga sollte der Transport gehen, der am 22. November 1941 von Frankfurt am Main aus abfuhr. In Wirklichkeit traf der Deportationszug am 24. November 1941 in Kowno/Kaunas ein. Dort wurden alle Deportierten am folgenden Tag ermordet. Auch Alfred Grünebaum gehörte zu der Gruppe von Frankfurter Juden, die 1941 dorthin verschleppt wurden.

1899 wurde Alfred Grünebaum als dritter Sohn des Ehepaars Gerson und Rosa Grünebaum in Frankfurt am Main geboren. Dort war er bis zum Novemberpogrom 1938 als Textilkaufmann tätig. 1924 heiratete Alfred Grünebaum Liesel Dreydel und zog 1925 mit ihr nach Oberursel, wo das Ehepaar in der Lessingstraße 2 wohnte. Am 26. Juli 1926 wurde die Tochter Anneliese geboren.

Drei Jahre später zog die Familie wieder zurück nach Frankfurt in die Eschersheimer Landstraße 305. Anneliese ging in die Ludwig-Richter-Schule am Lindenbaum, so wie auch Anne Franks Schwester Margot. 1935 musste Anneliese zum Philantropin, eine jüdische Schule, wechseln. Der Ehe ihrer Eltern, Alfred und Liesel Grünebaum, war kein Glück beschert. Sie wurde 1937 geschieden.

Die 11jährige Anneliese wurde im selben Jahr mit einem Kindertransport in die USA geschickt, die Mutter folgte ein Jahr später. Alfred Grünebaums Bruder Jakob (Jack) war bereits 1933 nach Prag ausgewandert, 1937 in die USA.

Antrag abgelehnt

Alfred Grünebaum blieb in Deutschland und wurde ebenso wie sein Bruder Arthur im November 1938 verhaftet und ins KZ Buchenwald gebracht, von wo er am 3. Februar 1939 wieder entlassen wurde. Seine geplante Auswanderung nach England scheiterte an den restriktiven Bestimmungen der Behörden, die den Aufbau einer neuen Existenz behinderten. So wurde sein Antrag, die Nähmaschinen seiner Firma mitzunehmen, abgelehnt. Vielleicht blieb Alfred Grünebaum auch in Deutschland, weil er seine Eltern nicht alleine lassen wollte. Zwei Tage vor dem Beginn der Deportationen am 19. Oktober 1941 starb der Vater, möglicherweise durch Suizid. Zur selben Zeit wurde ein generelles Auswanderungsverbot erlassen, so dass Alfred Grünebaum Deutschland nicht mehr verlassen konnte.

„In den Osten" verschleppt

Innerhalb eines Jahres wurden fast alle damals noch in Deutschland lebenden Juden „in den Osten" verschleppt und ermordet. Nur wenige überlebten den Holocaust. Während der erste Deportationszug am 19. Oktober 1941 nach Lodz ging, der zweite am 11. November 1941 nach Minsk, sollte der dritte Transport vom 22. November 1941 nach Riga gebracht werden. Früh morgens am 22. November 1941 wurde Alfred Grünebaum von Gestapobeamten zur Frankfurter Großmarkthalle gebracht, von wo



Anneliese Grünebaum in Frankfurt, privat



Anneliese Grünebaum, später Ann G. Davis, 1940 in den USA, privat

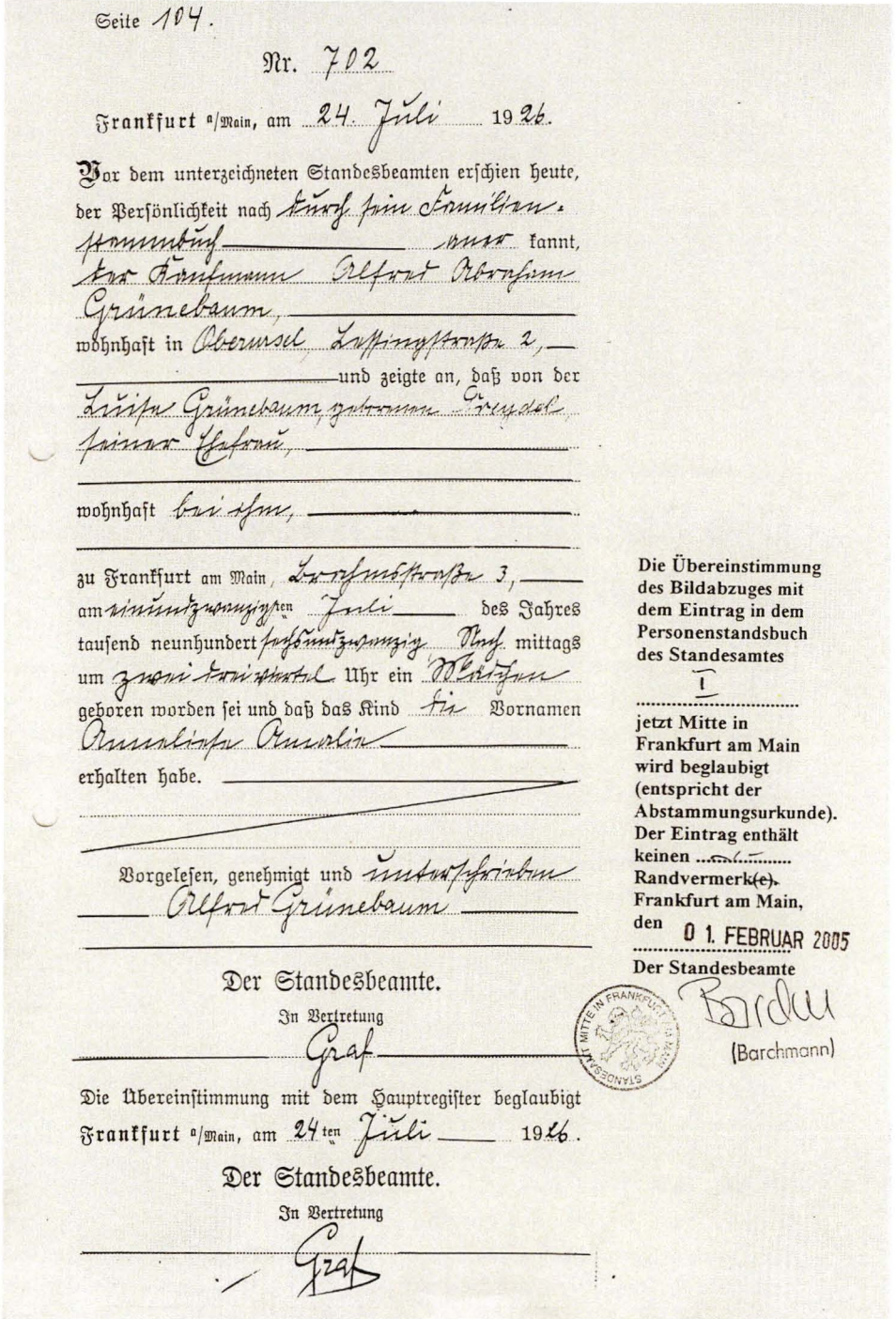
aus der Zug startete. Der Zug kam nie in Riga an, sondern wurde nach Kowno/Kaunas umgeleitet. Sechs Kilometer mussten die etwa tausend Menschen von dort aus durch die Stadt zum Fort IX laufen, um dort die Nacht in den Zellen der Festung zu verbringen. Am folgenden Tag, dem 25. November 1941, zwangen die Bewacher die Menschen zum „Morgensport" in der eiskalten Luft. Versteckte Schützen eröffneten das Feuer aus Maschinengewehren. Keiner der Verschleppten konnte diesem Massaker entkommen. Auch Alfred Grünebaums Bruder Artur und dessen Frau Lilly wurden 1941 nach Minsk deportiert und ermordet, ebenso seine Mutter Rosa, die nach Theresienstadt verschleppt wurde, wo sie am 11. April 1943 starb.

Rückkehr nach Frankfurt

Liesel Dreydel, die Mutter von Anneliese, heiratete wieder. Mit ihrem Mann kehrte sie 1960 nach Frankfurt am Main zurück, ebenso wie Alfreds Bruder Jack, den es 1969 wieder in die alte Heimat zurückzog.

Ann Davis, ehemals Anneliese Grünebaum, blieb in den USA und schenkte sechs Kindern das Leben. Anlässlich der Verlegung von Stolpersteinen für Alfred Grünebaum und seine Eltern Gerson und Rosa kamen auch drei Nachkommen der 2007 verstorbenen Ann Davis nach Frankfurt, um an ihre deportierten Vorfahren zu erinnern.

Alfred Grünebaum
30. November 1899 in Frankfurt am Main – 25. November 1941 in Kowno



Seite 104.

Nr. 702

Frankfurt a/Main, am 24. Juli 1926.

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach durch sein Familienstammbuch mir bekannt, der Kaufmann Alfred Abraham Grünebaum, wohnhaft in Oberursel Leopoldstraße 2, und zeigte an, daß von der Lina Grünebaum, geborenen Freudenthal, seiner Ehefrau, wohnhaft bei ihm, zu Frankfurt am Main, Bockenheimerstraße 3, am neunundzwanzigsten Juli des Jahres tausend neunhundertsechsundzwanzig Vorm. mittags um zwei viertel Uhr ein Mädchen geboren worden sei und daß das Kind die Vornamen Anneliese Annelies erhalten habe.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben
Alfred Grünebaum

Der Standesbeamte.
In Vertretung
Graf

Die Übereinstimmung mit dem Hauptregister beglaubigt
Frankfurt a/Main, am 24ten Juli 1926.

Der Standesbeamte.
In Vertretung
Graf

Die Übereinstimmung des Bildabzuges mit dem Eintrag in dem Personenstandsbuch des Standesamtes I jetzt Mitte in Frankfurt am Main wird beglaubigt (entspricht der Abstammungsurkunde). Der Eintrag enthält keinen Randvermerk(e). Frankfurt am Main, den 01. FEBRUAR 2005
Der Standesbeamte
Barchmann
(Barchmann)

STANDESAMT I MITTE IN FRANKFURT AM MAIN

Geburtsurkunde von Anneliese Grünebaum, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main



Ackergasse 28, hier lebten Jakob und Jettchen Grünebaum mit ihren Kindern. 1890 wurde das Anwesen verkauft. Es wurde später als Margerethenhof bekannt. Postkarte aus dem Jahr 1913, Sammlung B. Ochs

Eng mit der Geschichte Oberursels verbunden

Die Familien Grünebaum und Herzfeld

Die Familien Grünebaum und Herzfeld sind eng mit der Geschichte Oberursels verbunden – und miteinander. Henriette, genannt Jettchen Herzfeld, eine der Töchter von Heymann (Haimann) Herzfeld, heiratete Jakob Grünebaum. Die Familie lebte in der Ackergasse 28, dem Haus, das später als Margarethenhof bekannt war. Jettchen und ihr Mann Jakob sind auf dem Jüdischen Friedhof in Oberursel beerdigt.
Das Ehepaar hatte nach den vorliegenden Unterlagen vier Kinder, die Söhne Bernhard, Wilhelm und Hermann sowie die Tochter Jeanette. Über ihre weiteren Lebenswege ist bislang nur wenig bekannt. Belegt sind jedoch die Schicksale der Töchter von Bernhard Grünebaum. Der 1843 in Oberursel geborene Pferdehändler lebte mit seiner Familie in der Frankfurter Straße 5, die nach der Eingemeindung von Bommersheim 1929 zur Allee wurde. Nur wenige Jahre später, während der NS-Zeit, wurde die Straße wiederum umbenannt in Adolf-Hitler-Allee. In der Nachkriegszeit erhielt sie erneut einen anderen Namen und wurde zur Adenauerallee.
Verheiratet war der Oberurseler Bernhard Grünebaum mit Jeanette, genannt Sana, geborene Cahn. Das Ehepaar hatte, wie ein Stammbaum von Familienmitgliedern zeigt, zwei Söhne, Jacob und Max, sowie drei Töchter: Jenny (1868), Ida (1876) und Emma (1880).



Grabstein für Haimann Herzfeld, gestorben am 28.11.1874, auf dem jüdischen Friedhof in Oberursel, Foto: Angelika Rieber

Tod in der Heilanstalt Weilmünster

Jenny Grünebaum

Über Jenny (Jenni) Grünebaums Schicksal gibt der Stammbaum der Familie Herzfeld Auskunft. Dort ist vermerkt, sie sei in der Heilanstalt in Idstein verstorben. Erste Nachfragen beim Landeswohlfahrtsverband 2008 ergaben, dass sie tatsächlich bis Ende 1936 in der Landesheilanstalt war und von dort vermutlich in das Kreisaltersheim in Bad Homburg entlassen wurde. Jenny Grünebaum konnte jedoch weder in den Einwohnermeldekarteien von Bad Homburg noch von Oberursel ermittelt werden.
Ob es sich bei dieser Eintragung um eine gezielte Fehlinformation bzw. um eine bewusst lückenhafte Erfassung der Patientendaten durch die Heilanstalt handelt, um Nachforschungen über die Schicksale von Angehörigen zu erschweren, ist nicht erwiesen.
Neue Forschungsergebnisse geben nun Aufschluss darüber, dass Jenny Grünebaum am 10. November 1938 im Alter von 70 Jahren in Weilmünster gestorben ist.



Erinnerungsplakette für Jenny Grünebaum auf dem Gedenkfriedhof in Weilmünster, Foto: Axel Riedel, Vitos Weilmünster

Die Oberurselerin starb vor dem Beginn des als „Euthanasie" bekannten systematischen Mordprogramms der Nationalsozialisten. Die Umstände, unter denen die Patienten der Landesheilanstalten zwischen 1933 und 1940 zu Tode kamen, bedürfen noch weiterer Forschungen. Fest steht, dass sich nach 1933 die Lebenssituation der Patientinnen und Patienten systematisch verschlechterte. Bereits 1937 begann die Sterblichkeit deutlich zu steigen. Unter den Opfern bis 1940 befinden sich laut Informationen der Gedenkstätte überdurchschnittlich viele jüdische Patientinnen und Patienten. Ob es sich dabei um ein vorgezogenes „Euthanasie"-Programm handeln könnte, lässt sich erst folgern, wenn weitere Recherchen und Erkenntnisse vorliegen. Um an die Opfer der menschenverachtenden Politik der Nationalsozialisten zu erinnern, wurde 2003 ein Gedenkfriedhof auf dem Gelände der Landesheilanstalt in Weilmünster eingerichtet, auf dem sich die Gräber von über 3 100 Opfern aus den Jahren 1937 – 1945 befinden. Nur wenige Lebensgeschichten der früheren Patientinnen und Patienten sind bislang bekannt.



Ansichtspostkarte, 1910 geschrieben, Haus links: Frankfurter Straße 5, heute Adenauerallee, Sammlung Bernd Ochs

„Wohnsitzverlegung nach Theresienstadt“

Ida Marchand

Ida Grünebaum, die jüngere Schwester von Jenny, wurde am 22. Oktober 1876 in Oberursel geboren. Sie war mit dem Kaufmann Siegfried Marchand verheiratet und lebte seit der Jahrhundertwende in Rostock. Das Ehepaar hatte zwei Töchter, Irene (1907) und Ruth (1914), und zwei Söhne, Kurt (1903) und Erich (1906).



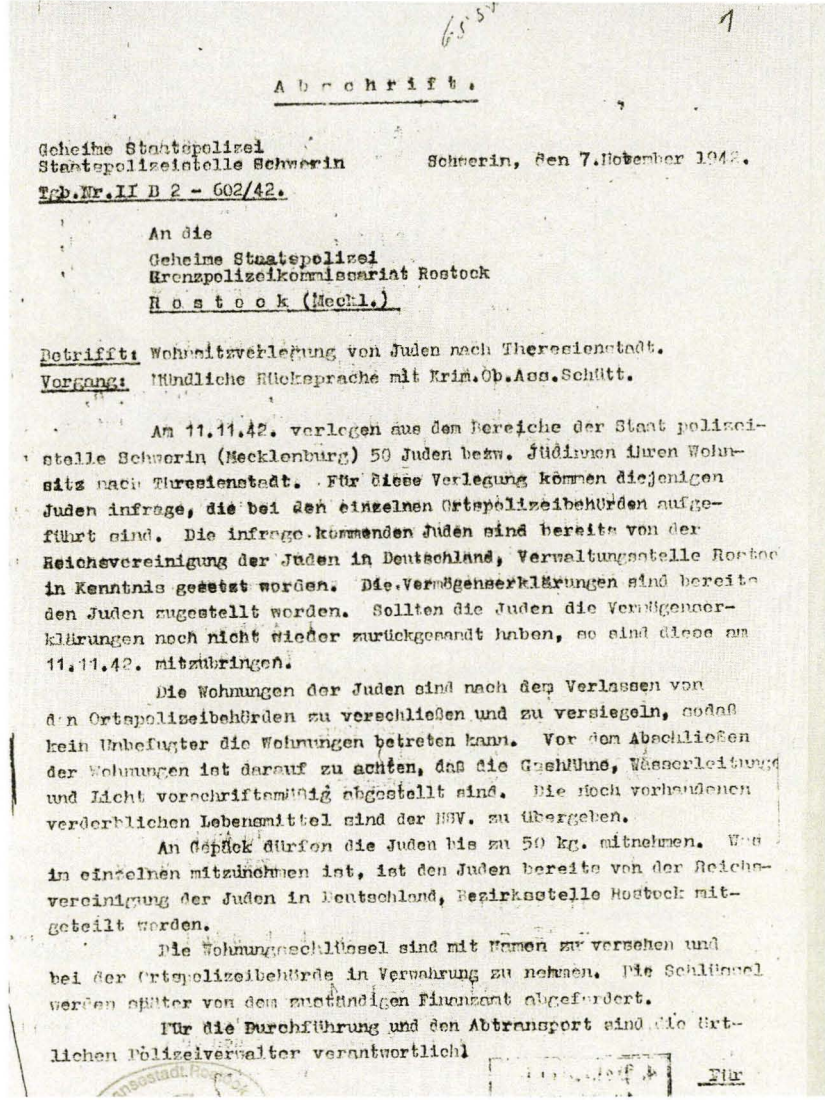
Foto des Gedenkblattes für Ida Marchand, ausgefüllt von ihrer Tochter Ruth Jakobsohn, Yad Vashem, Database Shoa Victim`s Names

Siegfried Marchand führte am Hopfenmarkt 20, heute Kröpeliner Straße, ein Schuhgeschäft. Der Rostocker war in der Jüdischen Gemeinde aktiv, seine Tochter Ruth engagierte sich im Jüdischen Jugendbund.

Dringlichkeitsbescheinigung

Ruth Marchand entschloss sich Ende 1934, ein Jahr nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten, nach Palästina auszuwandern. Von ihrer Schwester Irene ist bekannt, dass sie 1935 beim Polizeiamt der Seestadt Rostock in Rostock einen Antrag auf „Erteilung einer Dringlichkeitsbescheinigung zur Mitnahme von Mk. 50.- ins Ausland“ stellte. Irene Marchand hatte vor, ihre Schwester zu besuchen, die in Palästina ihr erstes Kind erwartete. Sowohl die klimatischen Bedingungen als auch „die Umstellung an sich“, so Irene Marchand in dem Antrag, machten ihren Besuch dringend erforderlich. Da ihr Arbeitgeber eine Bürgschaft von 800 Mark beim Konsulat hinterlegt hatte, „als Sicherheit, dass die Rückreise tatsächlich erfolgt“, wurde der Besuch in Palästina schließlich genehmigt. Irene und ihren beiden Brüdern Kurt und Erich gelang später die Flucht in die USA.

Ihr Vater Siegfried Marchand wurde am 10. November 1938 verhaftet und in das Zuchthaus Altstrelitz verschleppt. Nach seiner Entlassung verschlechterte sich der Zustand von Siegfried zunehmend. Er starb 75jährig im November 1940.



Abschrift.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Schwerin — Schwerin, den 7. November 1942.
Tgb.Nr.II B 2 - 602/42.

An die
Geheime Staatspolizei
Grenzpolizeikommissariat Rostock
Rostock (Meckl.)

Betrifft: Wohnsitzverlegung von Juden nach Theresienstadt.
Vorgang: Mündliche Rücksprache mit Krim.Ob.Ass.Schütt.

Am 11.11.42. verlegen aus dem Bereiche der Staatspolizeistelle Schwerin (Mecklenburg) 50 Juden bezw. Jüdinnen ihren Wohnsitz nach Theresienstadt. Für diese Verlegung kommen diejenigen Juden infrage, die bei den einzelnen Ortspolizeibehörden aufgeführt sind. Die infrage kommenden Juden sind bereits von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Verwaltungsstelle Rostock in Kenntnis gesetzt worden. Die Vermögenserklärungen sind bereits den Juden zugestellt worden. Sollten die Juden die Vermögenserklärungen noch nicht wieder zurückgesandt haben, so sind diese am 11.11.42. mitzubringen.

Die Wohnungen der Juden sind nach dem Verlassen von den Ortspolizeibehörden zu verschließen und zu versiegeln, sodaß kein Unbefugter die Wohnungen betreten kann. Vor dem Abschließen der Wohnungen ist darauf zu achten, daß die Gas-, Wasserleitung und Licht vorschriftsmäßig abgestellt sind. Die noch vorhandenen verderblichen Lebensmittel sind der NSV. zu übergeben.

An Gepäck dürfen die Juden bis zu 50 kg. mitnehmen. Was in einzelnen mitzunehmen ist, ist den Juden bereits von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bezirksstelle Rostock mitgeteilt worden.

Die Wohnungsschlüssel sind mit Namen zu versehen und bei der Ortspolizeibehörde in Verwahrung zu nehmen. Die Schlüssel werden später von dem zuständigen Finanzamt abgefordert.

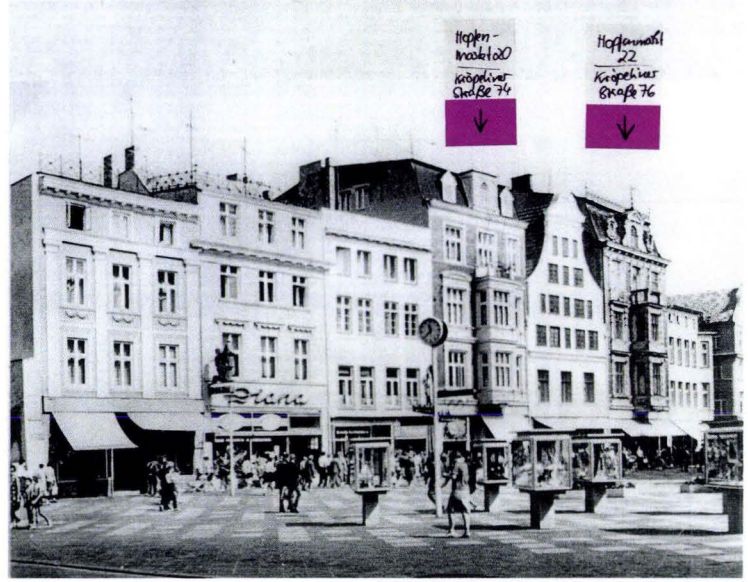
Für die Durchführung und den Abtransport sind die örtlichen Polizeiverwalter verantwortlich!

Für

Schreiben der Gestapo Schwerin an die Gestapo Rostock vom 7. November 1942, Betreff: „Wohnsitzverlegung von Juden nach Theresienstadt“, Stadtarchiv Rostock



Ruth, Tochter von Ida Marchand, rechts, Leiterin des Jüdischen Jugendbundes Rostock 1934, Max Samuel-Haus in Rostock



Hopfenmarkt in Rostock, dort befanden sich das Schuhgeschäft sowie die Wohnung der Familie Marchand, Stadtarchiv Rostock

„Die Schlüssel werden später von dem zuständigen Finanzamt abgefordert"

Ida Marchand wurde am 11. November 1942 von Rostock aus mit einem Transport in Richtung Berlin nach Theresienstadt deportiert. Zu diesem Zeitpunkt lebte sie in der Horst-Wessel-Straße. Das Horst Wessel-Lied war als Kampflied der SA bekannt. In einem Schreiben der Geheimen Staatspolizei Schwerin an die Gestapo Rostock wird die Deportation verharmlosend als „Wohnsitzverlegung von Juden nach Theresienstadt" umschrieben. Genauestens wird in dem Dokument vermerkt, wie die Wohnungen der Deportierten hinterlassen werden sollten: „Die Wohnungen der Juden sind nach dem Verlassen von den Ortspolizeibehörden zu verschließen und zu versiegeln, sodaß kein Unbefugter die Wohnungen betreten kann. Vor dem Abschließen der Wohnungen ist darauf zu achten, dass die Gashähne, Wasserleitungen und Licht vorschriftsmäßig abgestellt sind. Die noch vorhandenen verderblichen Lebensmittel sind der NSV zu übergeben. … Die Wohnungsschlüssel sind mit Namen zu versehen und bei der Polizeibehörde in Verwahrung zu nehmen. Die Schlüssel werden später von dem zuständigen Finanzamt abgefordert."

Dieses Schreiben macht deutlich, wie viele Institutionen in den Prozess der „Wohnsitzverlegung" eingebunden waren. Unbemerkt haben die jüdischen Bewohner die Stadt jedenfalls nicht verlassen. Ein Zeitzeuge, damals 13 Jahre alt, erinnerte sich an Ida Marchand und daran, dass er sich einen Tag vor der Deportation von seiner eigenen Großmutter, die ebenfalls jüdischer Herkunft war, verabschiedete. Er initiierte, dass Stolpersteine an seine Großmutter Ida Levy und an Ida Marchand erinnern.

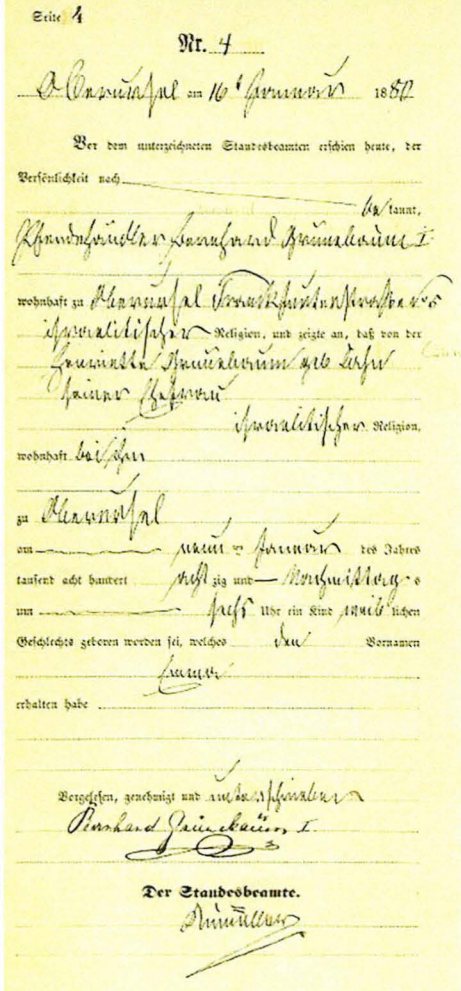
Die gebürtige Oberurselerin starb am 11. August 1944 in Theresienstadt.

Die Passage nach Kolumbien war schon gebucht

Emma Goldschmidt

Emma Grünebaum wurde am 9. Januar 1880 in Oberursel geboren. Sie heiratete den Viehhändler Hugo Goldschmidt und lebte mit ihm und den beiden Töchtern Dora (1903) und Irma (1904) in Frankfurt am Main. Hugo Goldmann war Viehkommissionär am Städtischen Vieh- und Schlachthof. Nach dem Tod des Mannes führte Emma Goldschmidt den Betrieb zusammen mit ihrem Schwiegersohn Hermann Liefmann weiter, dem Ehemann von Dora. Aufgrund der sich verändernden Situation mussten Emma Goldschmidt und Hermann Liefmann 1935 die dortige Viehagentur am Frankfurter Vieh- und Schlachthof schließen, wie auch die anderen jüdischen Betriebe. Endgültig wurde der Betrieb am 31. Januar 1937 eingestellt.

Die Tochter Dora Liefmannn wohnte mit ihrer Familie in Frankfurt im Sandweg 28. Nachdem ihrem Mann die Ausübung seines Berufes nicht mehr möglich war, entschlossen sich Dora und Hermann Liefmann 1938 mit den beiden Kindern Lore (1926) und Herbert (1935) nach Kolumbien auszuwandern. Dort lebten sie in Bogota unter ärmlichen Bedingungen. Erschwert wurde der Aufbau einer neuen Existenz durch die Tatsache, dass Hermann Liefmann gleich nach der Auswanderung herzkrank wurde. Er starb 1953 im Exil in Bogota im Alter von 59 Jahren.



Seite 4

Nr. 4

Oberursel am 16 Januar 1880

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach bekannt,

Rentner Isaak Grünebaum I.

wohnhaft zu Oberursel israelitischer Religion, und zeigte an, daß von der Frau Rentner Grünebaum geb. Lesser israelitischer Religion, wohnhaft hierher

zu Oberursel

am sechzehnten Januar des Jahres tausend acht hundert achtzig und Mittags um 12 Uhr ein Kind männlichen Geschlechts geboren worden sei, welches den Vornamen Isaak erhalten habe.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Reinhard Grünebaum I.

Der Standesbeamte.

Geburtsurkunde von Emma Grünebaum, Stadtarchiv Oberursel

Emma Goldschmidt entschloss sich im Januar 1939, zunächst zu ihrer 1935 nach Holland ausgewanderten Tochter Irma zu ziehen, die in Diepenveen bei Deventer lebte. Emma Goldschmidt hatte eigentlich geplant, ihrer Tochter Dora nach Kolumbien zu folgen. Allein aus diesem Grund hatte sie eine Aufenthaltserlaubnis für Holland erhalten, denn sie konnte vorweisen, dass sie bereits eine Passage nach Kolumbien gebucht hatte.

Nach der Besetzung Hollands am 10. Mai 1940 war jedoch nicht mehr an eine Auswanderung nach Kolumbien zu denken. Emma Goldschmidt verlor am 25. November 1941 nach der „11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz" die deutsche Staatsangehörigkeit, wurde also staatenlos.

Mitte November 1942 wurde Emma Goldschmidt in Westerbork interniert und von dort aus am 8. Dezember1942 nach Auschwitz deportiert. Als offizielles Todesdatum ist der 10. Dezember 1942 angegeben.
Kurz zuvor, im Oktober 1942, hatte ihre Tochter Irma den Witwer Ernest Adolf Müller geheiratet. Der Zigarettenfabrikant war ein wohlhabender Mann. Beide kamen, wie Emma Grünebaum, am 16. November 1942 ins Lager Westerbork. Dort wurde Irmas Ehemann krank und starb im Februar 1943. Ernest Müller wurde auf dem jüdischen Friedhof in Assen begraben. Seine Frau Irma wurde laut Angaben der Gedenkstätte Westerbork später in das Lager Vught gebracht und von dort aus im November 1943 nach Auschwitz deportiert. Als Sterbedatum ist der 31. Januar 1944 genannt.



Dritte Maſtvieh-Ausſtellung zu Frankfurt a. M.
vom 25.-28. Mai 1933

Ehren-Urkunde

Auf Grund der Entſcheidung des Preisgerichts wurde zuerkannt:

Den 8 Ausſtellern der Viehagentur Hugo Goldſchmidt Inh. Hermann Liefmann in Frankfurt a. M. zwei Bronzene Staatspreismünzen, ein Siegerpreis, elf 1. Preiſe, neun 2. Preiſe, drei 3. Preiſe und 15 Anerkennungen

Frankfurt am Main, am 28. Mai 1933

Das Kuratorium der Maſtvieh-Ausſtellung

Ehrenurkunde für die Viehagentur Hugo Goldschmidt, HHStAW

„§ 1. Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsangehöriger sein. Der gewöhnliche Aufenthalt im Ausland ist dann gegeben, wenn sich ein Jude im Ausland unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er dort nicht nur vorübergehend verweilt.
§ 3. (1) Das Vermögen des Juden, der die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund dieser Verordnung verliert, verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich. Dem Reich verfällt ferner das Vermögen der Juden, die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung staatenlos sind und zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben oder nehmen."
(2) Das verfallene Vermögen soll zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen.
Quelle: „11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz", veröffentlicht in: Deutsches Reichsgesetzesblatt Nr. 133 vom 26. November 1941, S. 722ff

Emma Goldschmidt, geb. Grünebaum
9. Januar 1880 in Oberursel – 7. Dezember 1942 in Auschwitz

Ida Marchand, geborene Grünebaum
23. Oktober 1876 in Oberursel – 11. August 1944 in Theresienstadt



Wolf Grünebaum als Feuerwehrmann, Festschrift zum 55jährigen Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr zu Oberursel, 1920

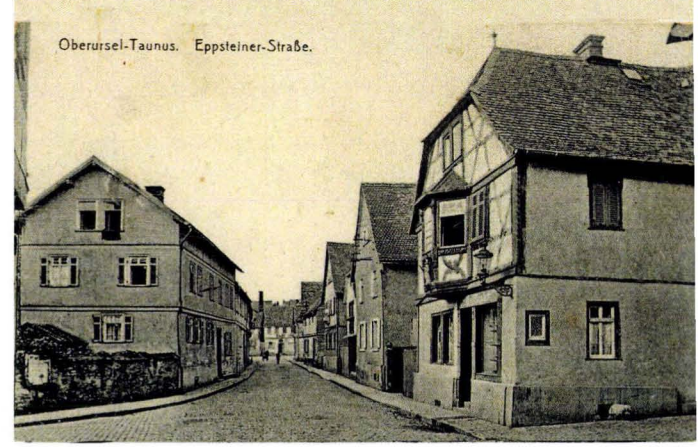
Die sieben Töchter des Oberurselers Wolf Grünebaum

Wolf Grünebaum war kein Unbekannter in Oberursel. Der Viehhändler gehörte zu den Begründern der Freiwilligen Feuerwehr. Eine Festschrift von 1920 würdigt ihn in einer Bildunterschrift als „Gründer, Ehrenmitglied und jetzt noch aktives Mitglied". In einem Zeitungsartikel aus dem Jahr 1918, kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs, wird über Wolf Grünebaums „seltene Ehrung" berichtet: „Am Sonntag, 3. November 1918, konnte die Freiwillige Feuerwehr eine seltene Ehrung vornehmen. Herr Wolf Grünebaum zählte zu denjenigen, die im Jahre 1865 die Freiwillige Feuerwehr ins Leben riefen. Er war in den 53 Jahren stets ein eifriges und tätiges Mitglied. Stets pflichtgetreu und eingedenk des schönen Spruches ‚Alle für Einen, einer für Alle', hat er sowohl bei Übungen als auch, wenn es galt, Hab und Gut gegen das verheerende Element zu schützen, immer seinen Mann gestanden."



Wolf Grünebaum, privat

Wolf Grünebaum, 1842 in Oberursel geboren, lebte mit seiner Familie in der Eppsteiner Straße 13, damals Homburger Straße. In erster Ehe war er verheiratet mit Therese Mainzer aus Oberursel. Nach dem Tod seiner Frau heiratete er Karoline Grünebaum aus Dreieichenhain.



Eppsteiner Straße, Haus der Familie Grünebaums: zweites Haus von rechts, Ansichtspostkarte, 1924 geschrieben, Sammlung Bernd Ochs

Seine Töchter Adelheid (1871), Jenny (1873), Johanna (1876) und der Sohn Ferdinand (1878) entstammten seiner ersten Ehe, die Töchter Ida (1888), Selma (1890), Rosa (1892) und Frieda (1898) der zweiten Ehe. Wolf Grünebaum starb am 1. November 1920 und nach „mit großer Geduld ertragenem Leid", so die Todesanzeige. Er wurde auf dem jüdischen Friedhof in Oberursel beerdigt.

Wolf Grünebaums einziger Sohn Ferdinand kam als Kriegsverletzter aus dem Ersten Weltkrieg zurück. Ferdinand Grünebaum heiratete am 18. Februar 1922 Lina Berberich aus Groß-Krotzenburg. Der Ehe war kein langes Glück beschert. Nur wenige Wochen nach der Hochzeit starb der Oberurseler im Alter von 43 Jahren nach der Rückkehr von einer Reise an Lungenentzündung. Sein Grab ist ebenfalls auf dem Friedhof unterhalb des Schwimmbades zu finden. Lina Grünebaum kehrte nach dem Tod des Mannes wieder nach Groß-Krotzenburg zurück.
1931 heiratete sie den aus Rimbach stammenden Kaufmann Jakob Westheimer. Die beiden lebten zunächst in Rimbach und zogen im Oktober 1939 nach Aschaffenburg. Von dort aus wurde das Ehepaar laut Meldekartei des Stadtarchivs Aschaffenburg ins „Generalgouvernement" verschleppt. Das Bundesarchiv gibt an, dass sie am 25. April 1942 nach Krasystaw deportiert und von dort vermutlich in Vernichtungslager gebracht wurden. Lina Westheimer und ihr Mann Jakob wurden für tot erklärt.



Todes-Anzeige.

Nach 10 tägiger Ehe und kurzem Krankenlager starb heute Nacht mein lieber Mann, unser lieber Bruder, Schwager, Schwiegersohn, Vetter und Onkel

Herr Ferdinand Grünebaum.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Lina Grünebaum geb. Berberich
Johanna, Selma und Frieda Grünebaum.

Oberursel (Taunus), Großkrotzenburg, 2. März 1922.

Die Beerdigung findet am Freitag den 3. März 1922, 2 Uhr vom Trauerhause Eppsteinerstr. 13 aus statt.

821

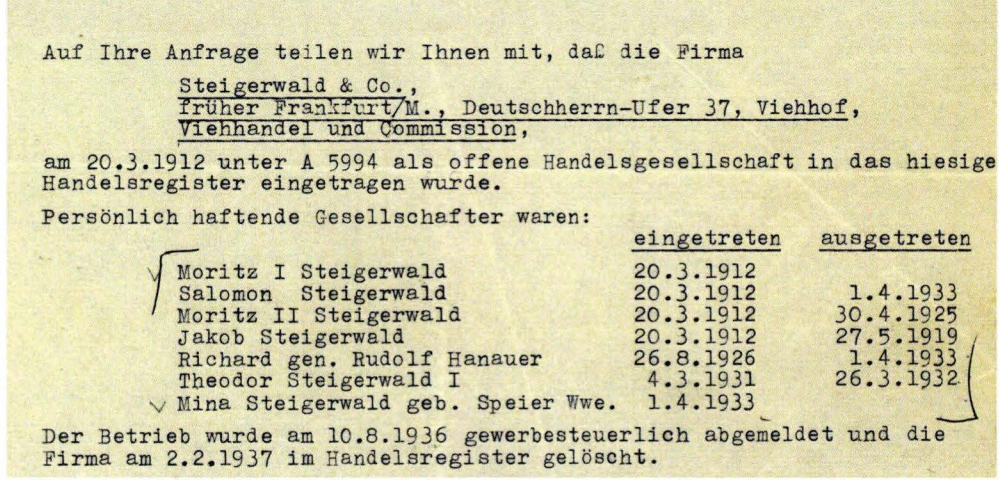
Todesanzeige für Ferdinand Grünebaum im Oberurseler Bürgerfreund vom 2.3.1922, Stadtarchiv Oberursel



Stolpersteine für Moritz und Adelheid Steigerwald an ihrem letzten selbstgewählten Wohnsitz in Frankfurt am Main, Ostendstraße 49


Steigerwald & Co.
Vieh - Agentur
Frankfurt a. M.- Viehhof. Telefon Spessart 713.
Privat - Telefon Carolus 44876, 42989, 44325

Visitenkarte der Viehagentur Steigerwald, HHStAW


Auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß die Firma

Steigerwald & Co.,
früher Frankfurt/M., Deutschherrn-Ufer 37, Viehhof,
Viehhandel und Commission,

am 20.3.1912 unter A 5994 als offene Handelsgesellschaft in das hiesige Handelsregister eingetragen wurde.

Persönlich haftende Gesellschafter waren:

	eingetreten	ausgetreten
Moritz I Steigerwald	20.3.1912	
Salomon Steigerwald	20.3.1912	1.4.1933
Moritz II Steigerwald	20.3.1912	30.4.1925
Jakob Steigerwald	20.3.1912	27.5.1919
Richard gen. Rudolf Hanauer	26.8.1926	1.4.1933
Theodor Steigerwald I	4.3.1931	26.3.1932
Mina Steigerwald geb. Speier Wwe.	1.4.1933	

Der Betrieb wurde am 10.8.1936 gewerbesteuerlich abgemeldet und die Firma am 2.2.1937 im Handelsregister gelöscht.

Auszug aus einem Schreiben der Industrie- und Handelskammer vom 12.7.1956, HHSTAW

Suizid des Ehemanns am Tag der Deportation

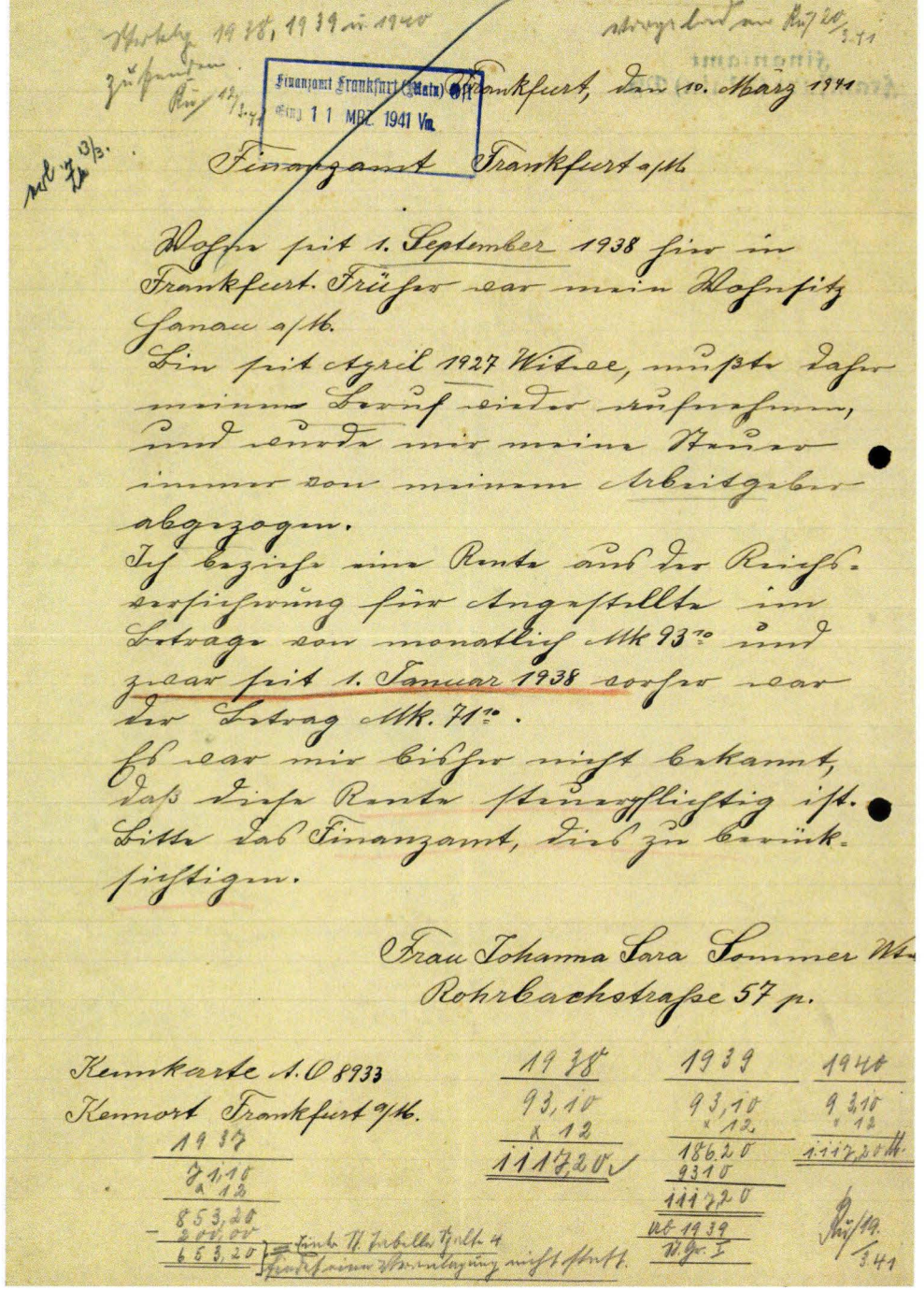
Adelheid Steigerwald

Adelheid, genannt Adele Steigerwald war eine der Töchter des Oberurseler Viehhändlers Wolf Grünebaum und dessen erster Frau Therese, geb. Mainzer, und wurde 1871 in Oberursel geboren.
Sie heiratete den Viehkommissionär Moritz Steigerwald, der bis 1936 zusammen mit seinem Bruder Salomon sowie dessen Sohn Theodor ein Geschäft beim städtischen Schlacht- und Viehhof am Deutschherrnufer in Frankfurt am Main betrieb. Die Geschäfte liefen gut. Das Unternehmen verkaufte rund 100 bis 200 Kälber in der Woche. Nach dem Tod von Salomon Steigerwald wurde die Schwägerin Mina Teilhaberin im Familienunternehmen. Aufgrund der zunehmenden Diskriminierungen mussten die Inhaber die erfolgreiche Viehhandels-Agentur 1935/36 aufgeben, wie die anderen jüdischen Betriebe am Schlachthof.

Die Steigerwalds wohnten in der Ostendstraße 49 in Frankfurt am Main. Das Ehepaar Adelheid und Moritz Steigerwald hatte mehrere Kinder. Bertha, Selma, Ludwig und Rosa konnten in die USA fliehen. Den Geschwistern gelang es nicht mehr, die Eltern und die Schwester Tilly zu retten. Die letzten Jahre lebten Adelheid und Moritz Steigerwald unter der Adresse Im Sachsenlager 20. Adelheid Steigerwald wurde von dort am 18. August 1942 nach Theresienstadt deportiert. Ihr Mann verübte nach den vorliegenden Unterlagen am Tag des Transportes Suizid. Ein Grabstein auf dem Jüdischen Friedhof in der Eckenheimer Landstraße erinnert an sein Schicksal. Adelheid Steigerwald starb am 16. März 1944 in Theresienstadt.
Die Tochter Tilly Baer konnte nicht mehr rechtzeitig fliehen. Nach der Emigration der Geschwister und ihres Mannes hatte sie zeitweise bei ihren Eltern in Frankfurt gelebt. Tilly Baer wurde vermutlich am 22. Oktober 1941 von Köln aus nach Lodz deportiert und am 7. Mai 1942 im Vernichtungslager Chelmno ermordet.
Auch der Neffe Theodor und seine Mutter Mina, Mitinhaber der Viehagentur Steigerwald, wurden Opfer des Holocaust.
Zur Erinnerung an Adelheid Steigerwald und ihren Mann Moritz, ebenso wie für ihren Neffen Theodor und dessen Mutter Mina, wurden 2013 und 2014 Stolpersteine gelegt. Mitglieder und Freunde der „Initiative Opferdenkmal" sind Paten der Stolpersteine für Adelheid und Moritz Steigerwald.



Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in der Eckenheimer Landstraße,
Foto: Majer Szanckower



Schreiben von Johanna Sommer vom 10. März 1941 an die „Devisenstelle", HHStAW

„Vorschlag einer neuen Sicherungsanordnung"

Johanna Sommer

Adelheids jüngere Schwester Johanna, geboren 1876, wurde ebenfalls Opfer der Deportationen. Die Oberurselerin heiratete am 17. Januar 1923 in Hanau Carl (Gerschon) Sommer. Ihr Mann stammte aus Sprendlingen und war langjähriger Mitarbeiter der Hanauer Firma Mainzer & Bruchfeld. Die Ehe blieb kinderlos. Nach nur vier Jahren Ehe starb Carl Sommer 1927 in Hanau. Er ist auf dem dortigen jüdischen Friedhof beerdigt.

Nach dem Tod des Mannes arbeitete Johanna Sommer wieder als Angestellte. 1933 musste sie jedoch erneut ihren Beruf aufgeben, wie sie der „Devisenstelle" mitteilte. Ab 1936 bezog sie eine kleine Rente. Bis 1938 lebte sie laut Hanauer Adressbuch unter derselben Adresse wie ihre Schwägerin Lina Sommer.

Im September 1938 zog Johanna Sommer nach Frankfurt, wo auch ihre Schwester Adelheid Steigerwald lebte. Dort wohnte sie unter wechselnden Adressen, in der Elkenbachstraße, der Rohrbachstraße und zuletzt im Sandweg 42 im Frankfurter Ostend. Interessant ist der Schriftwechsel von Johanna Sommer mit der „Devisenstelle". Diese Institutionen waren ursprünglich nach der Weltwirtschaftskrise eingerichtet worden, um Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern. Nun dienten diese „Devisenstellen" als Instrument zur systematischen Beraubung der jüdischen Bevölkerung. Nach einer Verordnung vom 26. April 1938 musste die jüdische Bevölkerung Geldguthaben und andere Werte mit einer „Vermögenserklärung" offenlegen. Auf dieser Grundlage wurden von den „Devisenstellen" sogenannte „Sicherungskonten" angelegt, über die die Betroffenen nicht mehr frei verfügen konnten. Nach der „11. Verordnung zum

STADTSPARKASSE
FRANKFURT AM MAIN
– KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS –

MÜNDELSICHER

HAUPTGESCHÄFT PLATZ DER S.A.
HAUPTZWEIGSTELLEN IN ALLEN STADTTEILEN

FERNSPRECHER: NR. 20986 - REICHSBANK-GIRO-KONTO
POSTSCHECK-KONTO: FFM. 3 - POSTSCHLIESSFACH 245

STAHLKAMMER

[Devisenstelle S] Frankfurt/Main Eing. 17. OKT. 1941

An die

Devisenstelle S

Frankfurt am Main
Goethestrasse 9

IHRE ZEICHEN	IHR SCHREIBEN VOM	UNSERE ZEICHEN	TAG
		40/-Zi/Rö-	15.Oktober 1941

BETRIFFT: Vorschlag einer neuen Sicherungsanordnung.

Die jüdische Witwe Johanna Sara S o m m e r , geb. Grünebaum, Frankfurt a.M., Rohrbachstrasse Nr.57, pt.lks, hat mit behördlicher Genehmigung Möbelstücke ihrer Wohnungseinrichtung verkauft. Der

RM 325.-

ausmachende Erlös derselben soll auf das seither noch nicht gesicherte, bei unserer Hauptzweigstelle Friedbergerlandstrasse geführte Sparkonto Nr.11317 der Vorgenannten eingezahlt werden. Es handelt sich hier nur um ein kleines Konto mit einem Einlagebestand von

RM 786,30.

Da der Veräusserungsgegenwert der Möbelstücke für »Sperrkonto» bestimmt ist, eine Sicherungsanordnung aber bislang nicht vorliegt, geben wir Ihnen von dieser Angelegenheit hiermit Kenntnis mit der Anheimgabe, gegen die Kontoinhaberin eine Sicherungsanordnung zu erlassen, sofern dies für erforderlich erscheint. Vorerst werden wir den Betrag von RM 325.- nach Eingang auf dem Konto sperren.
Auch bei noch nicht gesicherten Konten werden wir selbstverständlich die in der Anlage Ihres Rundschreibens vom 20.10.39 (S V/Si/A Allg.) enthaltenen Richtlinien beachten.

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN
-Körperschaft des öffentlichen Rechts-

Annahme von Spar- und Mündelgeldern — Abholung von Spareinlagen aus dem Hause — Depositen-, Kontokorrent-, Scheck- und Giro-Verkehr — Aufbewahrung, Verwaltung sowie An- und Verkauf von Wertpapieren — Stahlkammer — Vermietung von Schrankfächern. — Gewährung von Hypotheken und Krediten.

Sp. 6 50000 3. 38 A. Fl.

Schreiben der Stadtsparkasse an die „Devisenstelle“ mit dem „Vorschlag einer neuen Sicherungsanordnung“ vom 15. Oktober 1941, HHStAW

Finanzamt Ffm.- Ost — Frankfurt a/M.22.10.42
Vollstr.Stelle III

22/1189

An den
Teilbezirk 22/1189
im H a u s e

Betr.: Eink.St.III/42 Johanna Sara Sommer, Ffm.Rohrbachstr.57

Pflichtige ist am 15.9.42 nach Theresienstadt ausgesiedelt. Ich bitte die Vorauszahlungen auf Ø RM festzusetzen.

Im Auftrage
[redacted]

Internes Schreiben des Finanzamtes, dass Johanna Sara Sommer „nach Theresienstadt ausgesiedelt“ sei, HHStAW

Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941“ wurde schließlich auf dieser Grundlage das Vermögen der „im Ausland befindlichen“ Juden, zu denen auch die Deportierten gezählt wurden, zugunsten des Reiches eingezogen.

Da Johanna Sommer nur eine kleine Rente aus der Angestelltenversicherung bezog, erübrigte sich eine solche „Sicherungsanordnung“. Als sie jedoch, möglicherweise in Not, Möbel verkaufte und den Erlös von 325 Mark auf ihr Konto einzahlte, wurde die Bank sofort aktiv mit dem „Vorschlag einer neuen Sicherungsanordnung“. Das Ergebnis war, dass Johanna Sommer am 30. Oktober 1941 zur Einrichtung eines Sicherungskontos verpflichtet wurde. Monatlich wurden ihr 160 Mark aus ihrem eigenen Vermögen zugebilligt.

Johanna Sommer wurde zusammen mit ihrer Schwägerin Lina Sommer am 15. September 1942 nach Theresienstadt „ausgesiedelt“ , wie in einem Brief des Finanzamtes vom 22. Oktober 1942 formuliert, und von dort ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo sie vermutlich am 16. Mai 1944 den Tod fand.



Von links: Frieda, Ida, Selma und Rosa Grünebaum, privat

Scheidungsdruck

Rosa Thörner

Zwei der sieben Töchter von Wolf Grünebaum hatten christliche Gastwirte geheiratet: Selma und Rosa. Auch Frieda und Jenny lebten in sogenannter „Mischehe". Die Schwestern Jenny, Selma und Frieda überlebten die NS-Zeit. Einerseits spielte dabei eine Rolle, dass in ihren Wohnorten nicht ähnlich radikal gegen jüdische „Mischehepartner" vorgegangen wurde wie im Gau Frankfurt am Main. Zum anderen hielten ihre Ehemänner dem Scheidungsdruck, dem sie ausgesetzt waren, stand. Im Januar/Februar 1945 drohte den Schwestern jedoch der „Arbeitseinsatz" in Theresienstadt. Von Frieda ist bekannt, dass sie während der Kriegsjahre als Arbeiterin verpflichtet wurde. Vor dem „Arbeitseinsatz" meldete sie sich krank, mit Erfolg. „Die G. wurde gem. Erl. d. RSHA vom 19. Januar 1945 nicht zum geschlossenen Arbeitseinsatz gebracht, weil sie nach amtsärztlichen Gutachten nicht arbeitsfähig ist", so die knappe Meldung auf der Gestapo-Karteikarte. Ihre Schwestern konnten den Abtransport ebenso durch Krankmeldungen verhindern. Auch sie mussten während der NS-Zeit zahlreiche Diskriminierungen und Erniedrigungen erleben. Als die Schwester Selma eine ähnlich lautende Vorladung erhielt, erlitt sie einen Nervenzusammenbruch.

Auch die Schwester Ida konnte dem Holocaust entgehen. Sie floh nach Belgien, wo sie im Untergrund überlebte. Später kehrte sie nach Düsseldorf zurück, wo sie bis zu ihrem Tod 1972 lebte und arbeitete.

Heimlich hat er sich nachts ins Haus seiner Frau geschlichen

Rosa Grünebaum hatte 1920 den Gastwirt Bernhard Thörner geheiratet und lebte mit ihm in Osnabrück. Bernhard Thoerner war katholisch, seine Frau anfangs Mitglied der Synagogengemeinde. Später ließ sich Rosa Thörner taufen und änderte ihren Namen in Hilde.

Der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft wirkte sich massiv auf das Leben des Ehepaars aus. In der Gaststätte von Bernhard Thörner ging die örtliche Nazi-Prominenz ein und aus und setzte den Gastwirt massiv unter Druck. „Judenhure" wurde die Großmutter laut Zeitzeugenaussagen genannt. Um seine Existenz und das Leben seines Sohnes zu retten, ließ sich Bernhard Thörner zwar scheiden, sorgte jedoch weiter für seine Frau. Heimlich habe er sich nachts ins Haus seiner Frau geschlichen, um sie möglichst unbemerkt besuchen zu können, hat der Enkel von Zeitzeugen erfahren. In seinem Testament, das Bernhard Thörner im Juni 1941 aufgesetzt hatte, verpflichtete er seinen 1921 geborenen Sohn Wolf, der Mutter eine monatliche Rente zu zahlen und ihr Wohnrecht in einem seiner Häuser zu garantieren. Rosa Thörner lebte in einem Haus in dem Stadtteil „Wüste". Sie ist also buchstäblich „in die Wüste" geschickt worden, so der Enkel Wolfgang.

„plötzliches Herzversagen"

Zwar konnte Bernhard Thörner seiner Frau wenigstens in begrenztem Umfang zur Seite stehen, retten konnte er sie damit nicht. Nach Informationen des Bundesarchivs wurde Rosa Thörner nach Theresienstadt deportiert und von dort nach Auschwitz. Ihr Todesdatum ist nicht bekannt. Laut Angaben von Yad Vashem starb Rosa Thörner am 3. Juli 1943 in Auschwitz. Seine Frau sei an plötzlichem Herzversagen gestorben, so die Nachricht an Bernhard Thörner. In dem Schreiben wurde die Familie aufgefordert, unverzüglich die Kosten der Beerdigung zu erstatten. Auch Rosas Sohn Wolf war Verfolgungen ausgesetzt und musste um sein Leben bangen. Er wurde während des Krieges im „Arbeitserziehungslager" Ohrbeck und im Lager Wintjenburg interniert.



Bernhard und Rosa-Hilde Thörner, privat

Schweigen

„Es waren traumatische Erlebnisse für meinen Vater. Er konnte kaum darüber reden", berichtet der Enkel von Rosa und Sohn von Wolf Thörner. Wolfgang Thörner nahm 2009 an der Verlegung eines Stolpersteins für seine Großmutter in Osnabrück teil und erinnerte in einer Ansprache an sie. Das, was der Enkel über die Geschichte der Familie in Osnabrück weiß, stammt von Mitarbeitern seines Großvaters. Über die Familie seiner Großmutter aus Oberursel wusste er bislang nur wenig. Dennoch wurde sein Vater möglicherweise durch Erzählungen von Rosa Thörner über ihren Vater, Wolfgangs Urgroßvater, geprägt. Wie sein Großvater Wolf Grünebaum aus Oberursel war auch Wolf Thörner bei der Freiwilligen Feuerwehr engagiert.

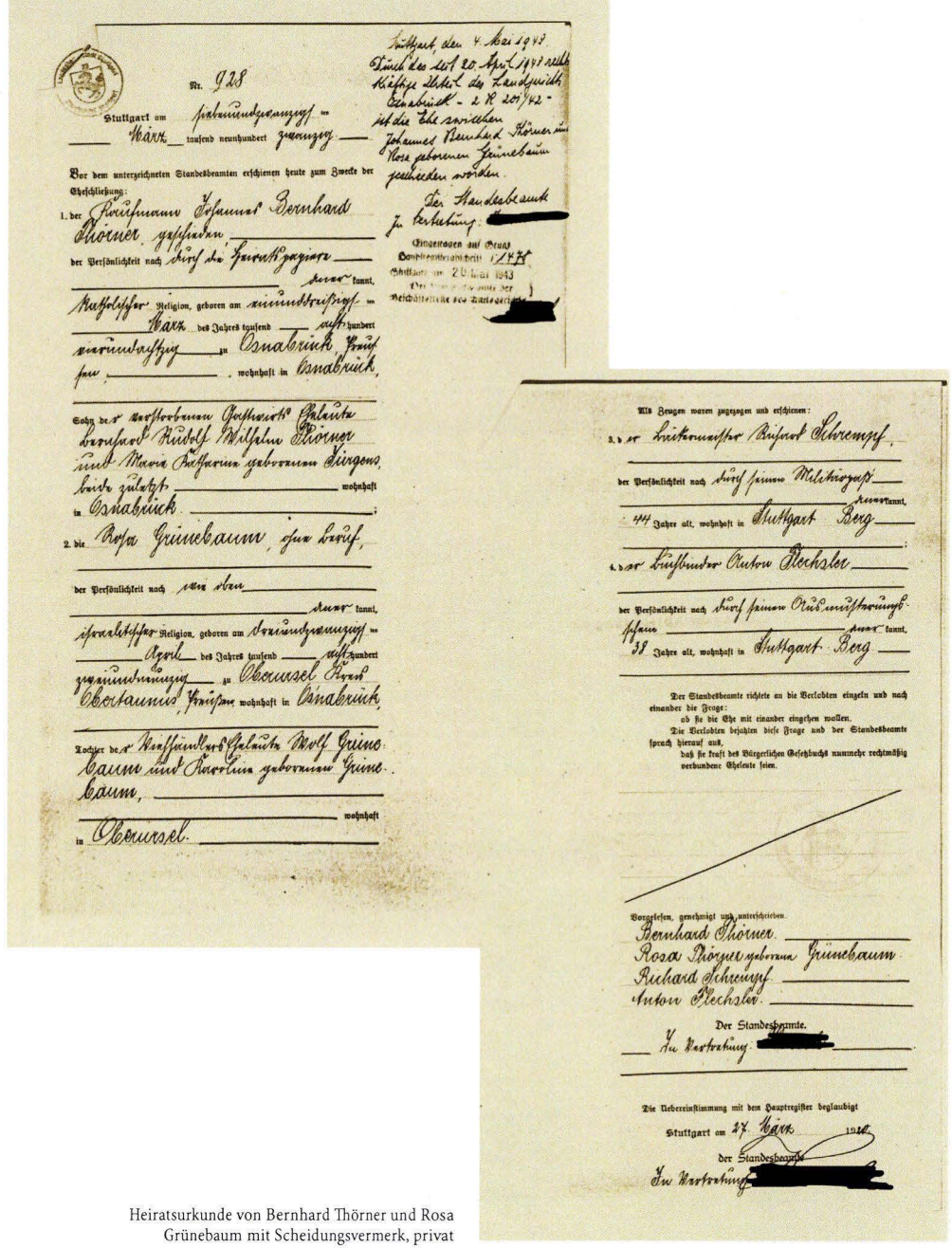
In seiner Ansprache bei der Verlegung des Stolpersteins für Rosa Thörner ging der Enkel nicht nur auf die traurigen Geschehnisse in der Vergangenheit ein. Er hob vor allem hervor, wie wichtig es sei, aus der Vergangenheit zu lernen und sich mit den drängenden Fragen der Gegenwart auseinanderzusetzen.

Lina Westheimer, geborene Berberich, verwitwete Grünebaum
13. Juli 1895 in Groß-Krotzenburg – 25. April 1942 nach Krasnystaw für tot erklärt

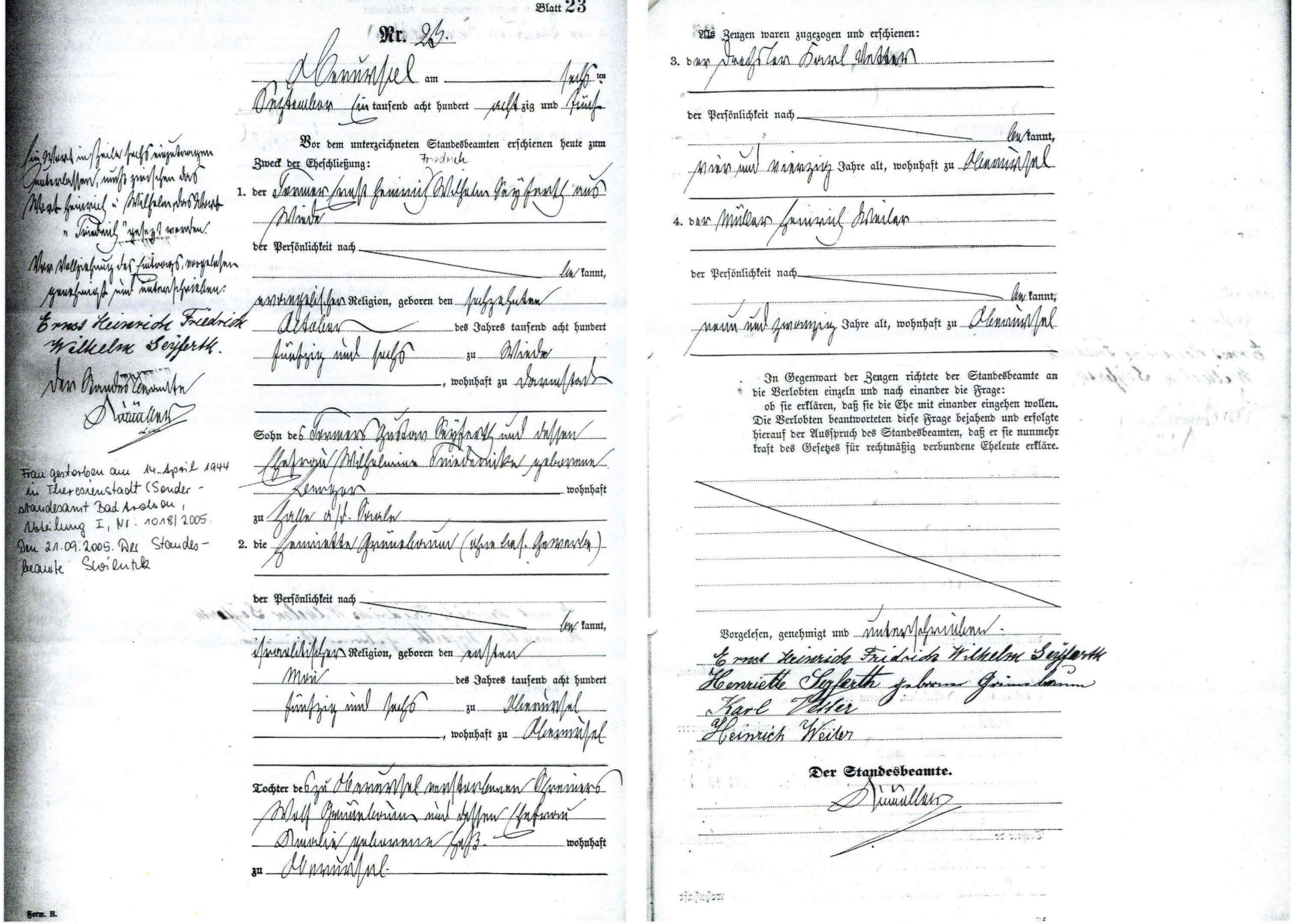
Adelheid Steigerwald, geborene Grünebaum
29. September 1871 in Oberursel – 16. März 1944 in Theresienstadt

Johanna Sommer, geborene Grünebaum
11. Februar 1876 in Oberursel – 16. Mai 1944 in Auschwitz

Rosa Thörner, geborene Grünebaum
23. April 1892 in Oberursel – 3. Juli 1943 in Auschwitz



Heiratsurkunde von Bernhard Thörner und Rosa Grünebaum mit Scheidungsvermerk, privat



Blatt 23

Nr. 23.

Oberursel am [illegible] ten
Dreitausend tausend acht hundert sechs zig und fünf

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschienen heute zum Zweck der Eheschließung:

1. der Tagelöhner Ernst Heinrich Friedrich Wilhelm Seyferth evangelischer Religion, geboren den [illegible] des Jahres tausend acht hundert fünfzig und sechs zu Oberursel, wohnhaft zu Oberursel

Sohn des Tagelöhners Johann Georg Seyferth und dessen Ehefrau Wilhelmine Friederike geborene Zimmer wohnhaft zu Stadt Oberursel

2. die Henriette Grünebaum (ohne Beruf) jüdischer Religion, geboren den [illegible] des Jahres tausend acht hundert fünfzig und sechs zu Oberursel, wohnhaft zu Oberursel

Tochter des Gütlers Oberursel mosaischen Glaubens Moses Grünebaum und dessen Ehefrau Bernhardine geborene Hess wohnhaft zu Oberursel

Als Zeugen waren zugezogen und erschienen:

3. der Landwirt Conrad Abraham der Persönlichkeit nach bekannt, volljährig, wohnhaft zu Oberursel

4. der Müller Heinrich Schreiber der Persönlichkeit nach bekannt, volljährig, wohnhaft zu Oberursel

In Gegenwart der Zeugen richtete der Standesbeamte an die Verlobten einzeln und nach einander die Frage:
ob sie erklären, daß sie die Ehe mit einander eingehen wollen.
Die Verlobten beantworteten diese Frage bejahend und erfolgte hierauf der Ausspruch des Standesbeamten, daß er sie nunmehr kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erkläre.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.
Ernst Heinrich Friedrich Wilhelm Seyferth
Henriette Seyferth geborene Grünebaum
Karl Peter
Heinrich Weiter

Der Standesbeamte.

Form. B.

Ein Gesuch um Befreiung von der Beibringung des Taufscheines, sowie des Attests hinsichtlich des Wohnsitzes der Braut ist nicht erforderlich.

Von Vollziehung der Trauung, wozu sich gemeinschaftlich mit unterschreiben:
Ernst Heinrich Friedrich Wilhelm Seyferth.
Der Standesbeamte
Stöckel

Frau gestorben am 14. April 1944 in Theresienstadt (Sonderstandesamt Bad Arolsen, Abteilung I, Nr. 1018/2005. Den 21.09.2005. Der Standesbeamte Stoikowski

Heiratsurkunde von Henriette Seyferth, geborene Grünebaum, mit Todesvermerk,Stadtarchiv Oberursel

„Nach Theresienstadt deportiert“

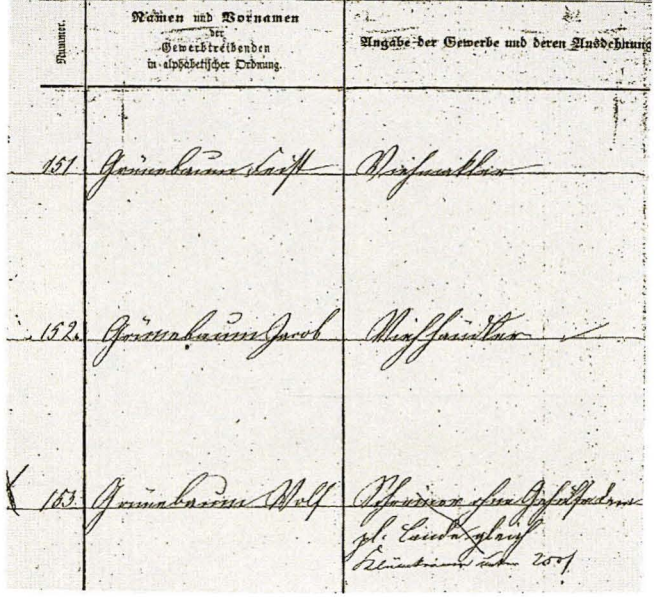
Henriette Seyferth

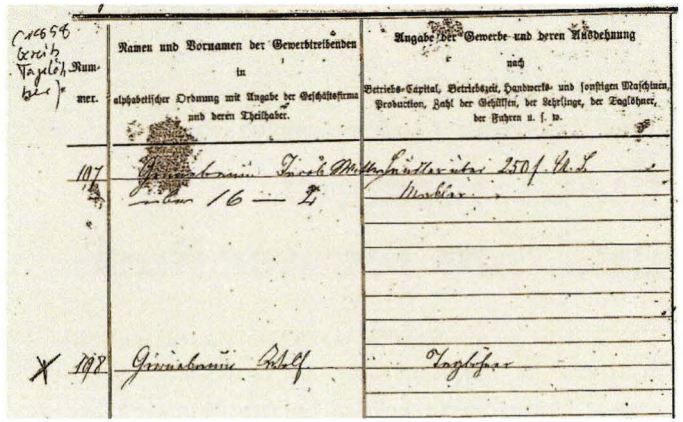
Von Henriette Seyferth (Seyfarth) wissen wir bislang sehr wenig. Sie wurde am 1. Mai 1856 in Oberursel geboren. Ihr Vater war Wolf Grünebaum, die Mutter Amalie, geborene Hess. Henriettes Vater ist nicht identisch mit dem Viehhändler Wolf Grünebaum aus der Eppsteiner Straße. Er war laut Gewerbekataster von 1854-56 Schreiner ohne Gehilfe, später Kleinkrämer mit einem Einkommen unter 200 Gulden Jahresumsatz und seit 1858 Tagelöhner.

Überliefert ist die Heiratsurkunde von Henriette Grünebaum. Sie ehelichte am 6. September 1885 in ihrer Geburtsstadt Ernst Heinrich Friedrich Wilhelm Seyferth. Zwei Oberurseler waren als Trauzeugen zugegen, der Müller Heinrich Weiler und der Drechsler Karl Vetter. Der Ehemann war evangelischer Religion, Henriette Grünebaum israelitisch.

1886 wurde die Tochter Bertha in Darmstadt geboren. Offensichtlich wurde sie jüdisch erzogen, denn sie wird in Dokumenten als „Geltungsjüdin“ geführt. 1900 zog die Familie nach Kalk am Rhein.

Bekannt ist weiterhin der letzte Wohnort von Henriette Seyferth vor der Deportation nach Theresienstadt. Sie lebte in Köln-Ehrenfeld in der Thebäerstraße 2. Von dort wurde sie im Juli 1943 mit dem Transport III/9 nach Theresienstadt deportiert. Die gebürtige Oberurselerin starb laut Häftlingsliste des Lagers am 14. April 1944. Heute erinnert ein Stolperstein in Köln an das Schicksal von Henriette Seyferth.





Auszüge aus den Gewerbekastern 1854/56 und 1864/1866, Stadtarchiv Oberursel XV, 36 Bd. 9

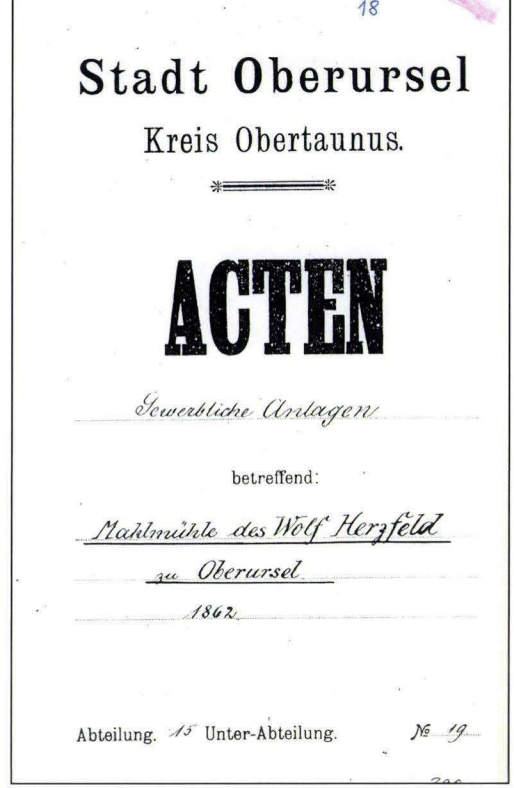
Henriette Seyferth, geborene Grünebaum
1. Mai 1856 in Oberursel – 14. April 1944 in Theresienstadt



Familienfoto Herzfeld/Stern: Mitte stehend: Siegfried Herzfeld, davor seine Frau Sarah und der Sohn Wilhelm, rechts: Siegfried Herzfelds Bruder Hermann, auf der linken Bildseite sind die Geschwister von Sarah Herzfeld, geborene Stern, zu sehen, privat



Weidengasse, links die Herzfeldsche Mühle, Sammlung Bernd Ochs



18

Stadt Oberursel

Kreis Obertaunus.

ACTEN

Gewerbliche Anlagen

betreffend:

Mahlmühle des Wolf Herzfeld

zu Oberursel

1862.

Abteilung. 15 Unter-Abteilung. № 19

Deckblatt einer Akte aus dem Stadtarchiv Oberursel

„Onkel Hermann bemühte sich, die Zivilbevölkerung in Oberursel einzukleiden“

Clara Herzfeld und ihre Tochter Rosi

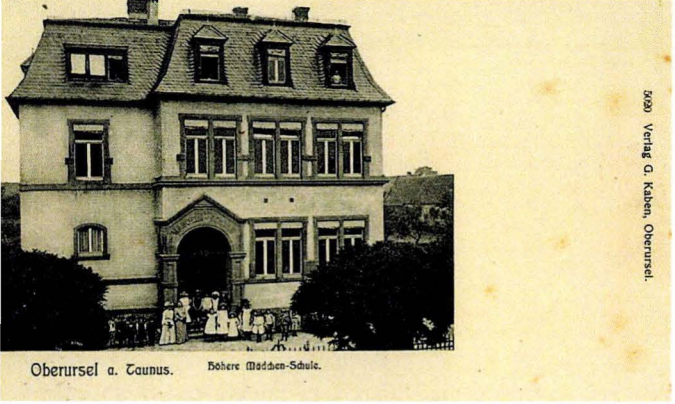
Eng ist die Familie Herzfeld mit der Oberurseler Geschichte verbunden. Zahlreiche Gräber der Herzfelds belegen dies. Wolf Herzfeld (1825-1883) war in der Taunusstadt als Mühlenbesitzer bekannt. 1855 kaufte er ein Haus in der Weidengasse/Ecke Schlenkergasse in Oberursel und betrieb dort eine Schleifmühle.

Sein Enkel Wilhelm beschrieb ihn in seinen Lebenserinnerungen als eindrucksvolle Persönlichkeit. „Geistig war der Großvater außerordentlich rege, von angeborener Milde und Herzensgüte. Zwei Jahrzehnte fungierte er als Gemeindeältester, bekleidete profane Ehrenämter u.a. Landtagsabgeordneter, auch in der Kreis- und Heimatstadt als Beigeordneter.“

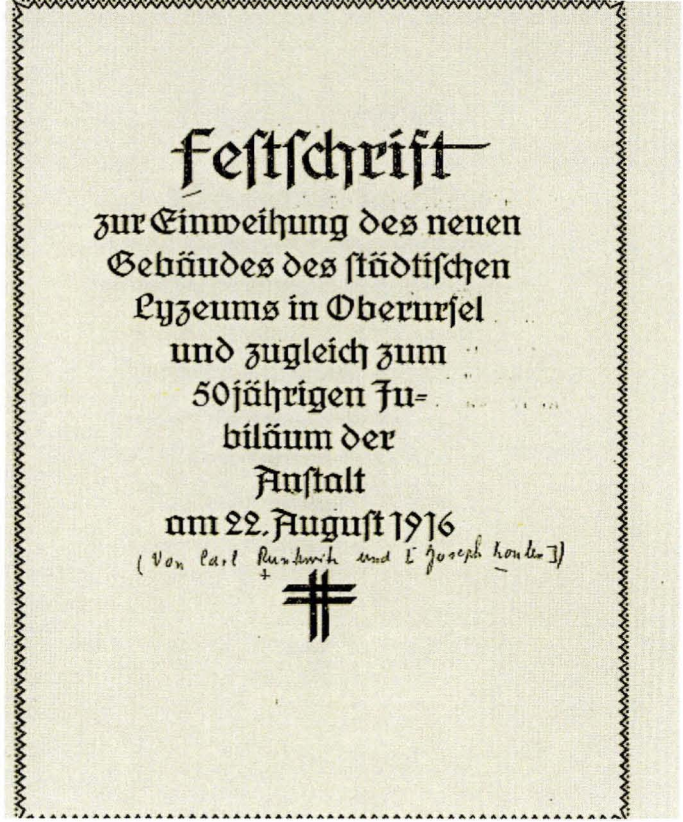
Seine beiden Söhne Siegfried und Hermann zog es später nach Frankfurt am Main. Siegfried Herzfelds Sohn Wilhelm beschreibt seinen Onkel Hermann als Lebemann und streitlustig. 1907 bis 1910 kehrte der Kaufmann Hermann Herzfeld wieder nach Oberursel zurück, wo er mit seiner Familie, seiner Ehefrau Clara und den Töchtern Minna (1897) und Rosi (1893), in der Feldbergstraße 32 lebte. Die beiden Mädchen besuchten das Lyzeum in der Oberhöchstädter Straße, wo sie in einer Festschrift erwähnt werden.

In seiner Geburtsstadt führte Hermann Herzfeld ein Textilgeschäft. Im Adressbuch der Stadt Oberursel von 1908 ist der folgende Eintrag zu finden: „Herzfeld, Hermann, Tuche, Herren- u. Knabenkonfektion“. Sein Neffe Wilhelm kommentierte ironisch, Onkel Hermann bemühe sich, die Zivilbevölkerung in Oberursel einzukleiden.

Da Hermann Herzfeld, so der Neffe, wohl mit seinem Hausbesitzer Streit hatte, „musste er wieder den strategischen Rückzug nach Frankfurt antreten“. Onkel Hermann scheint Wilhelm Herzfeld in vielfacher Weise in sehr lebendiger Erinnerung geblieben zu sein. „Ohne Zigarre sah man ihn überhaupt nicht. Samstags wurde sie durch zwei



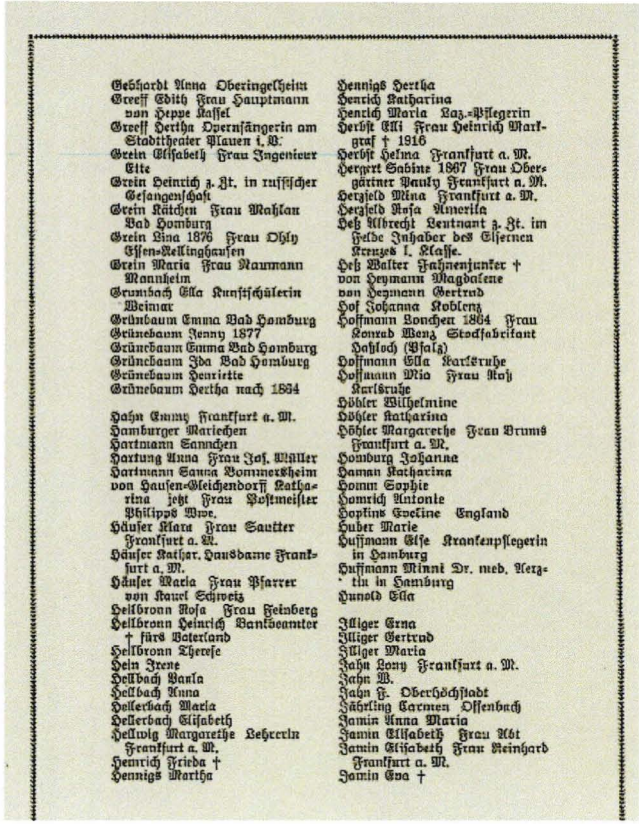
Lyzeum Oberursel, die Höhere Mädchenschule, in der Oberhöchstädter Straße, Stadtarchiv



Festschrift

zur Einweihung des neuen Gebäudes des städtischen Lyzeums in Oberursel und zugleich zum 50jährigen Jubiläum der Anstalt am 22. August 1916

(Von Carl Runkwitz und Joseph Kondert)



Gebhardt Anna Oberingelheim
Greeff Edith Frau Hauptmann von Heppe Kassel
Greeff Bertha Opernsängerin am Stadttheater Plauen i. V.
Grein Elisabeth Frau Ingenieur Elte
Grein Heinrich z. Zt. in russischer Gefangenschaft
Grein Käthchen Frau Mahlau Bad Homburg
Grein Lina 1876 Frau Ohly Essen-Rellinghausen
Grein Maria Frau Naumann Mannheim
Grumbach Ella Kunstschülerin Weimar
Grünbaum Emma Bad Homburg
Grünebaum Jenny 1877
Grünebaum Emma Bad Homburg
Grünebaum Ida Bad Homburg
Grünebaum Henriette
Grünebaum Bertha nach 1834

Hahn Emmy Frankfurt a. M.
Hamburger Mariechen
Hartmann Sannchen
Hartung Anna Frau Jos. Müller
Hartmann Sanna Bommersheim
von Hausen-Gleichendorff Katharina jetzt Frau Postmeister Philipps Wwe.
Häuser Klara Frau Sautter Frankfurt a. M.
Häuser Kathar. Hausdame Frankfurt a. M.
Häuser Maria Frau Pfarrer von Kanel Schweiz
Heilbronn Rosa Frau Feinberg
Heilbronn Heinrich Bankbeamter † fürs Vaterland
Heilbronn Therese
Hein Irene
Hellbach Paula
Hellbach Anna
Hellerbach Maria
Hellerbach Elisabeth
Hellwig Margarethe Lehrerin Frankfurt a. M.
Hemrich Frieda †
Hennigs Martha
Hennigs Hertha
Henrich Katharina
Henrich Maria Laz.-Pflegerin
Herbst Elli Frau Heinrich Markgraf † 1916
Herbst Helma Frankfurt a. M.
Herbert Sabine 1867 Frau Obergärtner Mauly Frankfurt a. M.
Herzfeld Mina Frankfurt a. M.
Herzfeld Rosa Almerika
Heß Albrecht Leutnant z. Zt. im Felde Inhaber des Eisernen Kreuzes I. Klasse.
Heß Walter Fahnenjunker † von Heymann Magdalene von Heymann Gertrud
Hof Johanna Koblenz
Hoffmann Lorchen 1864 Frau Konrad Menz Stockfabrikant Haßloch (Pfalz)
Hoffmann Ella Karlsruhe
Hoffmann Mia Frau Rob Karlsruhe
Höhler Wilhelmine
Höhler Katharina
Höhler Margarethe Frau Brums Frankfurt a. M.
Homburg Johanna
Haman Katharina
Homm Sophie
Homrich Antonie
Hopkins Evelina England
Huber Marie
Huffmann Else Krankenpflegerin in Hamburg
Huffmann Minni Dr. med. Aerztin in Hamburg
Hunold Ella

Illiger Erna
Illiger Gertrud
Illiger Maria
Jahn Lony Frankfurt a. M.
Jahn W.
Jahn F. Oberhöchstadt
Jährling Carmen Offenbach
Jamin Anna Maria
Jamin Elisabeth Frau Abt
Jamin Elisabeth Frau Reinhard Frankfurt a. M.
Jamin Ena †

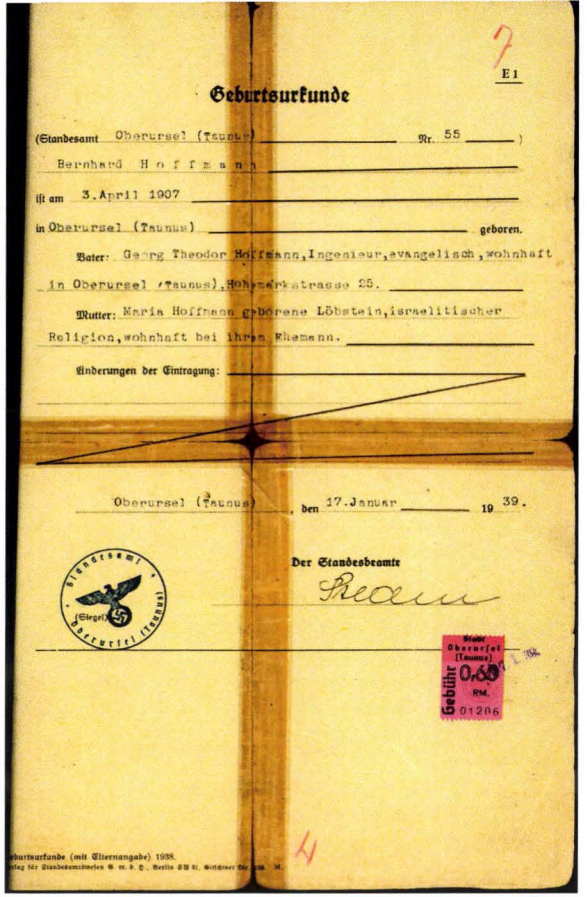
Aus: Festschrift des Lyzeums Oberursel von von 1916; darin werden Mina und Rosa Herzfeld als ehemalige Schülerinnen genannt, Stadtarchiv Oberursel

große Rollen Kautabak ersetzt, die ihn von Freitagabend bis Samstagabend begleiteten. Ein Leben lang gab er uns zu lachen, noch mehr, wenn Vater von seinen Jugendstreichen erzählte." 1929 starb Hermann Herzfeld.

Über das weitere Leben seiner Ehefrau Clara Herzfeld, geb. May, 1879 in Groß-Karben geboren, ist nur wenig bekannt. Während es der Tochter Minna gelang, in die USA zu emigrieren, blieben Clara Herzfeld und ihre Tochter Rosi in Frankfurt am Main. Aus Archivunterlagen geht hervor, dass die beiden 1941 in der Berger Straße 15 und später der Elkenbachstraße 6 in Frankfurt lebten. Von Clara Herzfeld wissen wir, dass sie am 1. September 1942 nach Theresienstadt deportiert wurde. Ihr Todesdatum dort ist der 28. November 1942. Rosi Herzfeld wurde unbekannten Datums deportiert und ermordet.

Clara Herzfeld, geborene May
11. September 1871 in Groß-Karben – 28. November 1942 in Theresienstadt

Rosi Herzfeld
10. Juni 1893 in Frankfurt am Main – Deportationsziel unbekannt



Geburtsurkunde

E1

(Standesamt Oberursel (Taunus) Nr. 55)

Bernhard H o f f m a n n

ist am 3. April 1907

in Oberursel (Taunus) geboren.

Vater: Georg Theodor Hoffmann, Ingenieur, evangelisch, wohnhaft in Oberursel (Taunus), Hohemarkstrasse 25.

Mutter: Maria Hoffmann geborene Löbstein, israelitischer Religion, wohnhaft bei ihrem Ehemann.

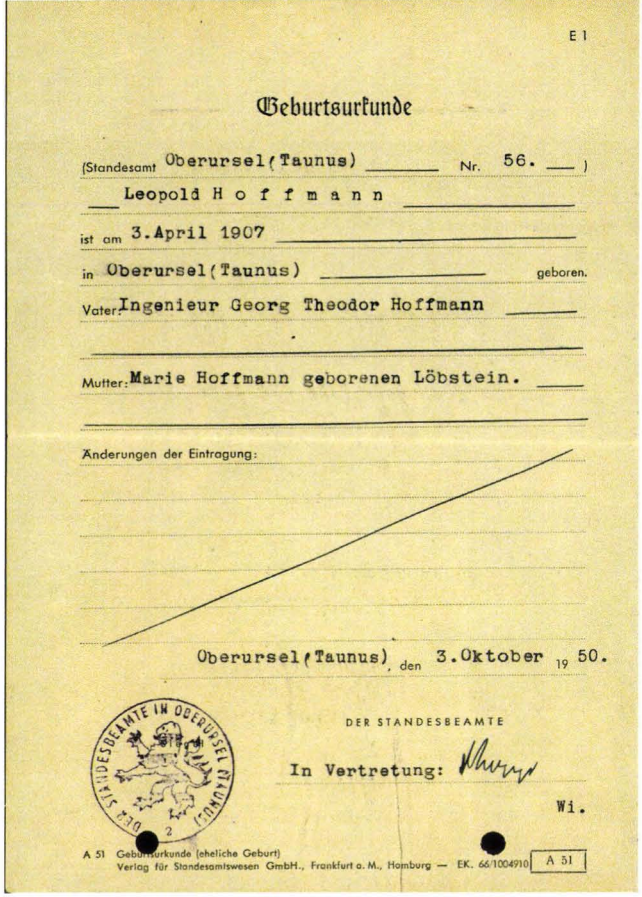
Änderungen der Eintragung:

Oberursel (Taunus), den 17. Januar 19 39.

Der Standesbeamte

Gebühr 0,50 RM 01206

Geburtsurkunde von Bernhard Hofmann, HHStAW



E 1

Geburtsurkunde

(Standesamt Oberursel (Taunus) Nr. 56.)

Leopold H o f f m a n n

ist am 3. April 1907

in Oberursel (Taunus) geboren.

Vater: Ingenieur Georg Theodor Hoffmann

Mutter: Marie Hoffmann geborenen Löbstein.

Änderungen der Eintragung:

Oberursel (Taunus), den 3. Oktober 19 50.

DER STANDESBEAMTE

In Vertretung:

Wi.

A 51 Geburtsurkunde (eheliche Geburt) Verlag für Standesamtswesen GmbH., Frankfurt a. M., Homburg — EK. 66/1004910 A 51

Geburtsurkunde von Leopold Hofmann, HHStAW

„Er wünschte uns beim Abschied Lebewohl und alles Gute“

Leopold Hoffmann

Nur kurze Zeit lebte die Familie Hoffmann in Oberursel. 1906 zogen Georg und Marie Hoffmann von Stettin in die Taunusstadt und wohnten zunächst in der Feldbergstraße, dann in der Hohemarkstr. 25. Dort wurden am 3. April 1907 die Zwillinge Leopold und Bernhard geboren. Noch im selben Jahr zog die Familie nach Frankfurt am Main. Ab 1914 lebten die Hoffmanns in Darmstadt. Der Oberingenieur Georg Hoffmann war evangelischer Christ, seine Ehefrau Marie, geb. Loebstein, stammte aus einer jüdischen Familie.

Die Gesetze der Nazizeit definierten die beiden Söhne später als „Mischlinge 1. Grades“. Da Leopold Hoffmann im Gegensatz zu seinem Zwillingsbruder Bernhard Mitglied der jüdischen Gemeinde war, wurde er als „Geltungsjude“ bezeichnet. Daraus resultierte, dass sich die Schicksale der beiden Zwillingsbrüder während der NS-Zeit stark unterschieden. Da die Mutter bereits 1930 verstorben war, musste sie die Verfolgungen während der NS-Zeit nicht erleben.

Aus dem Militärdienst entlassen

Bernhard Hoffmann hatte in Darmstadt das Realgymnasium besucht und dann eine kaufmännische Ausbildung absolviert. Während der NS-Zeit hatten beide Brüder große Probleme, eine angemessene Anstellung zu finden. Mit Unterstützung des Vaters gelang es Bernhard Hofmann jedoch, in Berlin eine Stelle als Automobilverkäufer zu finden.

Am 15. Januar 1940 wurde der junge Mann zur Wehrmacht nach Fürstenberg an der Oder eingezogen, im Mai desselben Jahres aber wieder entlassen, denn mit einem Erlass vom 8. April 1940 durften „Mischlinge 1. Grades“ nicht mehr Soldaten sein. Glücklicherweise nahm sein Arbeitgeber Bernhard Hoffmann nach der Entlassung aus dem Militärdienst wieder in die Firma auf. Nachdem dieses Unternehmen 1943 ausgebombt worden war, ging Hoffmann aufs Land in die Niederlausitz, von wo er nach dem Einmarsch der russischen Truppen im April 1945 zu Fuß nach Darmstadt zurücklief.

„... dass er niemals etwas Unrechtes getan hat“

Sein Bruder Leopold blieb während der NS-Zeit in Darmstadt. Dort wurde er während des Novemberpogroms 1938 verhaftet und nach Buchenwald gebracht, wo er die Häftlingsnummer 29774 erhielt. Am 2. Dezember 1938 wurde er wieder entlassen. Da er „Geltungsjude“ war, waren ihm nun fast alle Berufsmöglichkeiten verschlossen. So musste er seinen Lebensunterhalt als Kohlenarbeiter und Traktorfahrer verdienen. Leopold Hofmann war der Annahme, dass er „trotz aller Behinderungen in Darmstadt sicherer leben könne, in der fälschlichen Meinung, dass ihm nichts passieren würde,

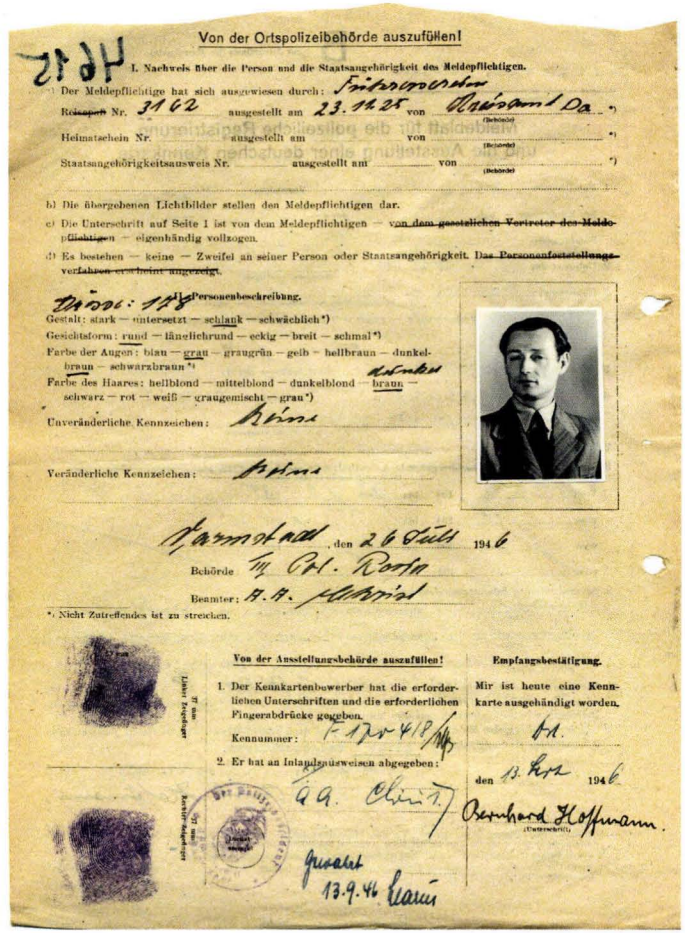
weil man ja von ihm wisse, dass er niemals etwas Unrechtes getan hat", so sein Bruder Bernhard.

„Vor den Nazis war er nicht sicher"

Im Herbst 1941 wurde Leopold Hoffmann von der Gestapo verhaftet. Sein Arbeitsgeber schilderte 1950, welchen Schikanen der Darmstädter in den Kriegsjahren ausgesetzt war.

„Am vorletzten Tag seines Abtransportes (es war im Spätherbst des Jahres 1941) kam er mit einem kleinen Handköfferchen zu uns, um Abschied zu nehmen. Er sagte, dass er noch mit anderen Juden fort müsse, und dass die Nazis ihm bei der Durchsuchung seiner Wohnung seine ersparten 200 Mark und seine vollen Einmachgläser weggenommen hätten.
Weil er einen Judenstern tragen musste, nannten wir ihn Jüdche. Von uns wurde er gut behandelt, weil er es verdiente.
Vor den Nazis war er nicht sicher. Eines Tages kam er zur Arbeitsstelle wieder zurück und meldete, dass er sein Kohlentransport-Kraftfahrzeug habe stehen lassen müssen, weil ihm die Nazis am Kapellplatz den Führerschein abgenommen hätten.
Er wünschte uns beim Abschied Lebewohl und alles Gute.
Seit diesem Tag haben wir nichts mehr von ihm gehört."

Anfang Februar 1943 schickte Leopold Hoffmann nach Aussagen eines weiteren Zeugen noch aus dem Lager Piaski eine Postkarte an einen jüdischen Freund, an Dr. Rosenthal, vormals Leiter einer medizinischen Klinik. Hoffmann war laut dieser Karte bei der jüdischen Ordnungspolizei des Lagers. Dies sei die letzte Nachricht von ihm gewesen. Mögliches Sterbedatum von Leopold Hofmann im Ghetto Piaski ist daher der 1. März 1943.



Von der Ortspolizeibehörde auszufüllen!

I. Nachweis über die Person und die Staatsangehörigkeit des Meldepflichtigen.

1) Der Meldepflichtige hat sich ausgewiesen durch: Führerschein
Reisepaß Nr. 3162 ausgestellt am 23.11.25 von Hauptamt Da
Heimatschein Nr. ausgestellt am von
Staatsangehörigkeitsausweis Nr. ausgestellt am von

b) Die übergebenen Lichtbilder stellen den Meldepflichtigen dar.

c) Die Unterschrift auf Seite 1 ist von dem Meldepflichtigen — ~~von dem gesetzlichen Vertreter des Meldepflichtigen~~ — eigenhändig vollzogen.

d) Es bestehen — keine — Zweifel an seiner Person oder Staatsangehörigkeit. ~~Das Personenfeststellungsverfahren erscheint angezeigt.~~

Größe: 178 cm Personenbeschreibung.

Gestalt: stark — untersetzt — schlank — schwächlich*)
Gesichtsform: rund — länglichrund — eckig — breit — schmal*)
Farbe der Augen: blau — grau — graugrün — geib — hellbraun — dunkelbraun — schwarzbraun*) dunkelbraun
Farbe des Haares: hellblond — mittelblond — dunkelblond — braun — schwarz — rot — weiß — graugemischt — grau*)
Unveränderliche Kennzeichen: keine
Veränderliche Kennzeichen: keine

Darmstadt, den 26 Juli 1946
Behörde Kr. Pol. Darmstadt
Beamter: H.A. Hübrich

*) Nicht Zutreffendes ist zu streichen.

Von der Ausstellungsbehörde auszufüllen!

1. Der Kennkartenbewerber hat die erforderlichen Unterschriften und die erforderlichen Fingerabdrücke gegeben.
Kennummer: F 17 r 419
2. Er hat an Inlandsausweisen abgegeben: 29. Okt.

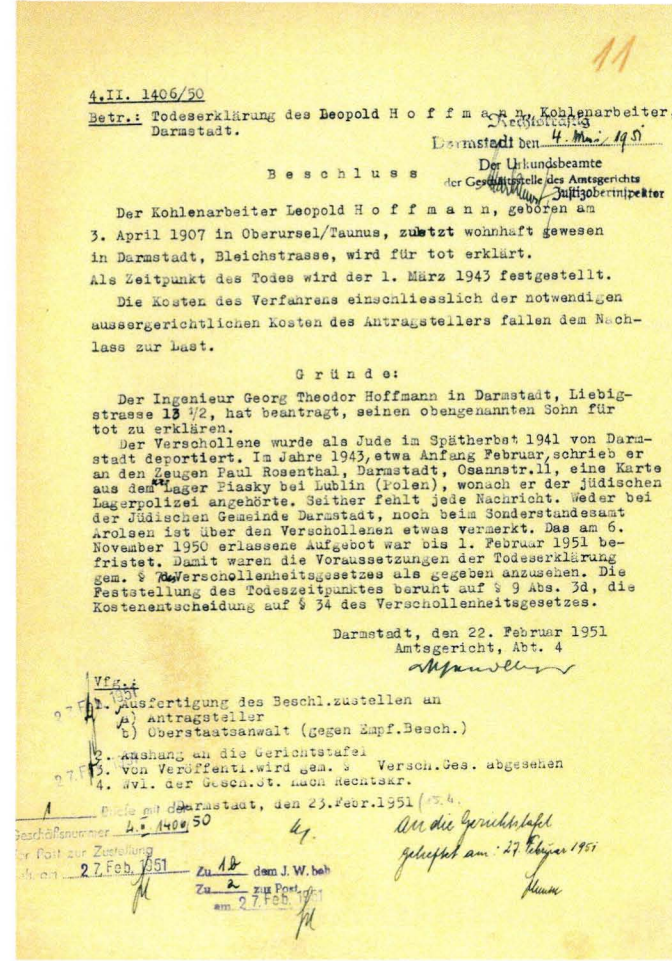
Empfangsbestätigung.

Mir ist heute eine Kennkarte ausgehändigt worden.

den 13. Aug 1946
Bernhard Hoffmann
(Unterschrift)

gesucht 13.9.46

Meldekarte von Bernhard Hoffmann für die polizeiliche Registrierung und die Ausstellung einer deutschen Kennkarte vom Juli 1946, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, H3 4615



11

4.II. 1406/50

Betr.: Todeserklärung des Leopold H o f f m a n n, Kohlenarbeiter, Darmstadt.

Darmstadt den 4. Mai 1951

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts
Justizoberinspektor

B e s c h l u s s

Der Kohlenarbeiter Leopold H o f f m a n n, geboren am 3. April 1907 in Oberursel/Taunus, zuletzt wohnhaft gewesen in Darmstadt, Bleichstrasse, wird für tot erklärt.
Als Zeitpunkt des Todes wird der 1. März 1943 festgestellt.
Die Kosten des Verfahrens einschliesslich der notwendigen aussergerichtlichen Kosten des Antragstellers fallen dem Nachlass zur Last.

G r ü n d e:

Der Ingenieur Georg Theodor Hoffmann in Darmstadt, Liebigstrasse 13 1/2, hat beantragt, seinen obengenannten Sohn für tot zu erklären.
Der Verschollene wurde als Jude im Spätherbst 1941 von Darmstadt deportiert. Im Jahre 1943, etwa Anfang Februar, schrieb er an den Zeugen Paul Rosenthal, Darmstadt, Osannstr.11, eine Karte aus dem Lager Piasky bei Lublin (Polen), wonach er der jüdischen Lagerpolizei angehörte. Seither fehlt jede Nachricht. Weder bei der Jüdischen Gemeinde Darmstadt, noch beim Sonderstandesamt Arolsen ist über den Verschollenen etwas vermerkt. Das am 6. November 1950 erlassene Aufgebot war bis 1. Februar 1951 befristet. Damit waren die Voraussetzungen der Todeserklärung gem. § des Verschollenheitsgesetzes als gegeben anzusehen. Die Feststellung des Todeszeitpunktes beruht auf § 9 Abs. 3d, die Kostenentscheidung auf § 34 des Verschollenheitsgesetzes.

Darmstadt, den 22. Februar 1951
Amtsgericht, Abt. 4

Vfg.:
1. Ausfertigung des Beschl. zustellen an
a) Antragsteller
b) Oberstaatsanwalt (gegen Empf.Besch.)
2. Anhang an die Gerichtstafel
3. Von Veröffentl. wird gem. § Versch.Ges. abgesehen
4. Wvl. der Gesch.St. nach Rechtskr.

Darmstadt, den 23.Febr.1951
Geschäftsnummer 4. 1406/50
Zur Post zur Zustellung 27. Feb. 1951
Zu 1a dem J.W. beh
Zu 2 zur Post am 27. Feb. 1951
An die Gerichtstafel geheftet am 27. Februar 1951

Todeserklärung für Leopold Hofmann, Staatsarchiv Darmstadt, H 14 Darmstadt F 1495

Auch eine Schwester der Mutter, Anna Meyer, wurde Opfer des Holocaust, während ihre Töchter Blanka und Friedel aus Theresienstadt befreit werden konnten, ebenso wie eine weitere Tante. Dem Onkel Heinrich Loebstein war die Flucht nach England gelungen.

Leopold Hofmann
3. April 1907 in Oberursel – 1. März 1943 im Ghetto Piaski



Die Belegschaft des Sensenwerks 1935 mit den beiden Inhabern Adolf Gregory (mit Hut in der Hand) und Walter Nassauer (1. Reihe, 2. von links), Stadtarchiv Oberursel



Sensenwerk, Postkarte, Stadtarchiv Oberursel

Hausangestellte bei der Industriellenfamilie Nassauer

Sophie Katz

Drei Jahre lang lebte die aus Guxhagen bei Melsungen stammende Sophie Katz in Oberursel. Von 1936-1938 arbeitete sie im Haushalt der Familie Nassauer. Der Vater der jungen Frau, Lehmann Katz, war von Beruf Buchbinder. Er führte in Guxhagen einen Kolonialwarenladen, verbunden mit einer Buchbinderei. Seine Ehefrau Selma, geborene Levi, stammte aus Breidenbach bei Biedenkopf. Das Ehepaar hatte drei Kinder: die 1920 geborene Sophie, den Sohn Albert (1922) und die Tochter Margot (1926).

Hausangestellte bei der Familie Nassauer

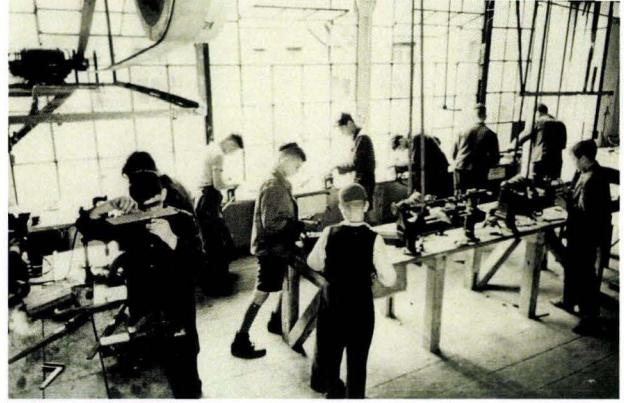
1936 kam Sophie Katz nach Oberursel, wo sie im Haushalt der Industriellenfamilie Nassauer arbeitete. Franz Walter Nassauer war seit 1910 zusammen mit Adolf Gregory Mitinhaber der Firma Sensenwerke in der Hohemarkstraße. Seine Frau war ausgebildete Ärztin und Leiterin eines Altersheims.

Die Firma gehörte zu den wenigen Werken in Deutschland, die Sensen und Sicheln herstellten. Auf dem Gelände des Werkes gab es einfache Arbeiterwohnungen.

Offensichtlich gab es nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 Probleme mit der Rohstoffzuteilung, die sowohl mit der Wiederaufrüstung Deutschlands als auch mit der Tatsache zu tun hatten, dass Walter Nassauer jüdischer Herkunft war. 1938 musste Walter Nassauer seinen Anteil an der Firma verkaufen und entschloss sich zur Emigration in die USA. Die Auflistung der Gegenstände, die das Ehepaar mitnahm, die „Umzugsgutliste", offenbart, dass die Nassauers einmal wohlhabend gewesen waren. Die unter der Rubrik „Herrenzimmer" aufgeführte Literatur zeigt, welche Bedeutung deutsche Literatur und Kultur für das Ehepaar hatten. Walter Nassauer gelang es in den USA nicht mehr Fuß zu fassen. Er war nicht arbeitsfähig und wurde von seinem Bruder Paul finanziell unterstützt. Der Zwangsverkauf seiner Firma, die Auswanderung und der Verlust der geliebten Heimat brachen ihm das Herz.Walter Nassauer starb 1942 im Alter von 62 Jahren.



Das Haus von Lehmann Katz in der Untergasse in Guxhagen (links),
Archiv der Gedenkstätte Breitenau



Anlernwerkstatt in der Fischerfeldstraße in Frankfurt am Main, Sammlung
Projekt Jüdisches Leben in Frankfurt



Pass von Walter Nassauer,
HHStAW

Nach Auschwitz deportiert

Mit der Emigration der Familie Nassauer in die USA verlor Sophie Katz ihre Stelle in Oberursel. Sie kehrte zu ihrer Familie nach Guxhagen zurück und lebte zeitweise in Kassel.

Zusammen mit den Eltern und ihrer Schwester Margot zog sie 1940 nach Berlin. Von dort aus wurde die Familie am 3. Februar 1943 nach Auschwitz deportiert. Als mögliches Todesdatum nennt das Bundesarchiv den 20. Februar 1943. Auch die beiden Brüder von Lehmann Katz und ihre Familien wurden deportiert und ermordet.

Flucht nach England

Albert Katz war der Einzige der Familie, der überlebte. Er besuchte zunächst die jüdische Volksschule in Guxhagen. Nach deren Auflösung 1934 wechselte er zur evangelischen Volksschule. Da die Berufsmöglichkeiten für jüdische Jugendliche zunehmenden Beschränkungen unterworfen waren, wurde im April 1936 die „Anlernwerkstatt" in Frankfurt am Main in der Fischerfeldstraße 13 eingerichtet. Dort erhielten die Jugendlichen eine gewerbliche oder eine hauswirtschaftliche Ausbildung, die ihnen die Auswanderung erleichtern und eine Lebensperspektive in ihrem Zufluchtsland verschaffen sollte. Albert Katz besuchte zwei Jahre lang die Anlernwerkstatt und wurde dort als Schreiner ausgebildet. Im Mai 1939 gelang es ihm, nach England zu fliehen. Er konnte in einer Möbelfabrik in London arbeiten, bis er 1940 zusammen mit anderen Emigranten aufgrund seiner deutschen Herkunft interniert und nach Australien gebracht wurde. Dort erhielt Albert Katz 1942 ein letztes Lebenszeichen seiner Familie aus Berlin.

Sophie Katz
26. Februar 1920 in Guxhagen – 20. Februar 1943 in Auschwitz

Durchschlag.

Der Oberfinanzpräsident
- Devisenstelle -

Ma.

Frankfurt a/M., den 14.März 1940
Bethmannstr.19

(Im Schriftwechsel anzugeben)
Sachgebiet: IIIc/Di.
Nr.: 6884
Akte: Katzenstein

Frau
[redacted]
Kassel
Yorkstr.14

Durchschlag an den
Herrn Oberfinanzpräsidenten
(Devisenstelle)
Kassel

zur Kenntnisnahme.
Ffm., 14.März 1940
Im Auftrage

Der Oberfinanzpräsident Kassel (Devisenstelle) Eing. 15. MRZ. 1940

Genehmigungsbescheid

Betrifft Ihr Antrag vom 28.9.39

Ich erteile Ihnen die Genehmigung

I. Mieten, ~~Zinsen und andere Vermögenserträgnisse~~*) aus den nachstehend verzeichneten Vermögenswerten

des Paul Katzenstein, Liège (Belgien)

- . -

(Anschrift des ausl. Grundstückeigentümers bezw. Gläubigers)

a)*) in bar,
b)*) auf einem bei einer inländischen Devisenbank geführten, auf Ihren Namen lautenden Konto,
c)*) ~~auf einem bei einer inländischen Devisenbank geführten Verwaltungskonto des Ausländers~~
entgegenzunehmen, ohne daß die zur Zahlung Verpflichteten ihrerseits einer besonderen Genehmigung zur Leistung bedürfen.

Vermögenswerte

(Bezeichnung des Grundstücks, bei Schuldverhältnissen Name und Anschrift des inländischen Schuldners, Art der Forderung und Höhe der Forderung, Beteiligung usw.)

1. Kassel, Garten am Fackelteich,
2. " Wiese beim kleinen Forst
3. " Garten beim kleinen Forst
4. - . -
5. - . -

II. Aus den vereinnahmten Beträgen dürfen Sie zu Gunsten des Ausländers an Inländer solche Zahlungen leisten, die zur Verwaltung der vorgenannten Vermögenswerte erforderlich sind.

III. Alle sonstigen Zahlungen werden durch diese Genehmigung nicht gedeckt; hierfür sind besondere Genehmigungen erforderlich.

IV. **Diese Genehmigung gilt bis auf Widerruf; sie ist nicht übertragbar und wird mit den umstehenden Auflagen erteilt.**

Die eingereichten Belege sind wieder beigefügt.

Im Auftrage
gez.Unterschrift.

*) Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen.

Vordruck Dev. III 3 Nr. 19 Gr. B - Frankfurt/Main **Rückseite beachten!**

Genehmigung eines Grundstücksverkaufs 1940 durch die „Devisenstelle", HHStAW



Von 1930 bis 1933 lebte Paul Katzenstein in der Lindenstraße 4, zweites Haus von links, Ansichtspostkarte, 1906 geschrieben, Sammlung Bernd Ochs

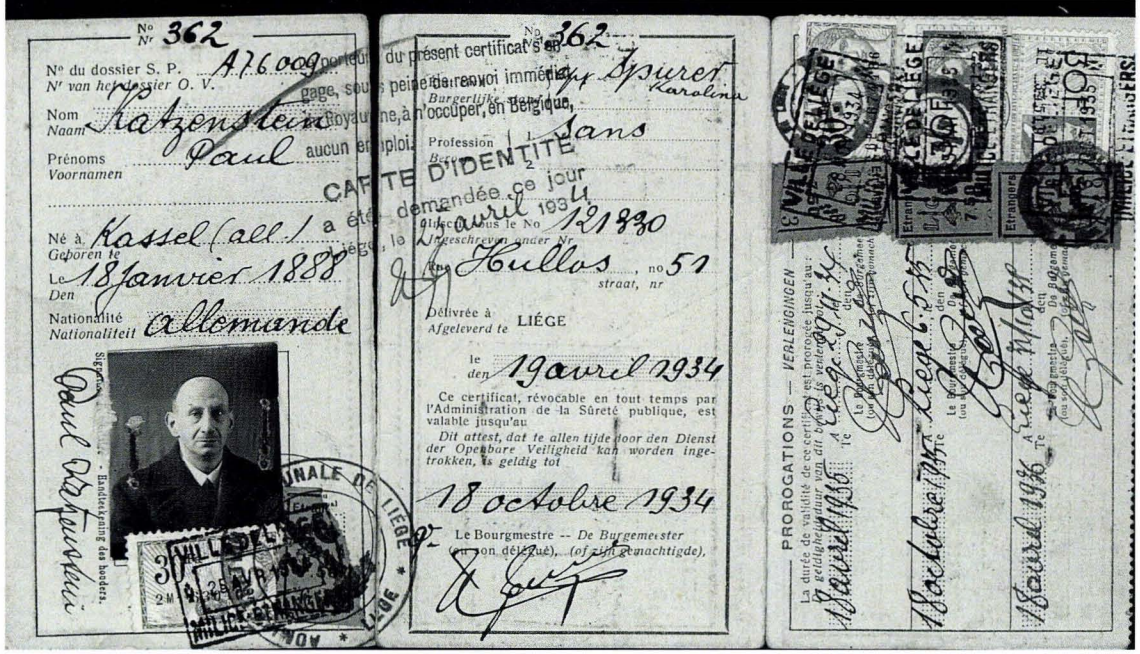
Flucht nach Belgien

Paul Katzenstein

Drei Jahre lebte Paul Katzenstein in Oberursel, bevor er über Aachen nach Belgien floh. Der Kaufmann wurde am 18. Januar 1888 in Kassel geboren. Seine Eltern waren der Maschinenfabrikant Joseph Katzenstein und Louise Franziska, geb. Mayer. Über Paul Katzenstein und seine Familie ist bislang nur wenig bekannt. 1930 zog der Kaufmann von Frankfurt kommend nach Oberursel und wohnte dort in der Lindenstraße 4. Nur einen Monat nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten floh er über Aachen nach Belgien. Die genauen Hintergründe dieser Flucht sind nicht bekannt.

Paul Katzenstein lebte dort mit seiner Frau in Lüttich/Liège. Caroline Spürer stammte aus Wambel, heute zu Dortmund gehörend. Dokumente weisen auf die prekäre finanzielle Situation des Ehepaars hin. Die jüdische Gemeinde setzte sich tatkräftig dafür ein, dass der Flüchtling aus Deutschland in Belgien bleiben konnte. Paul Katzenstein plante den Vertrieb eines radiumbasierten Gerätes zur Behandlung verschiedener Erkrankungen. Ob er damit erfolgreich war, lässt sich mit den vorliegenden Unterlagen nicht belegen.

Aufschlussreich ist ein im Hessischen Hauptstaatsarchiv überlieferter Schriftwechsel, wonach Paul Katzenstein Grundstücke, die sich im Besitz der Familie befanden, an die Stadt Kassel verkaufte. Vertreten wurden Paul Katzenstein und seine Schwester Erna von der Rechtsanwältin Elisabeth Selbert, die in dem Dokument „als gerichtlich bestellte Abwesenheitspflegerin für die mit unbekanntem Aufenthalt abwesenden Eigentümer" genannt wird. Die Juristin und Politikerin Elisabeth Selbert wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als eine der „Mütter des Grundgesetzes" bekannt. Der Ober-

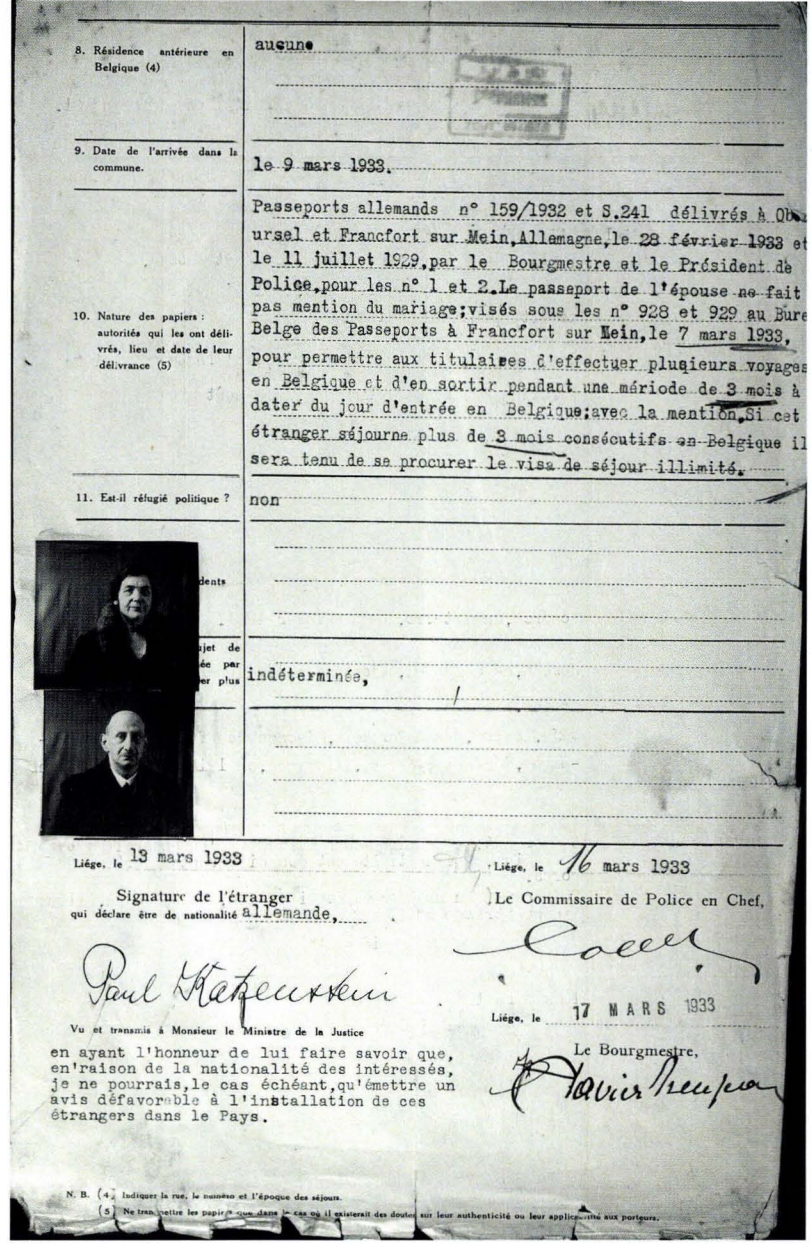


Fremdenpass für Paul Katzenstein, Algemeen Rijksarchief, Brüssel, A76009

bürgermeister gestattete den Verkauf. Diese Genehmigung war erforderlich auf Grund „§ 8 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" vom 3. Dezember 1938 und war Teil der staatlich verordneten Beraubung der jüdischen Bevölkerung. Der Kaufpreis wurde auf ein Sperrkonto bei einer „Devisenbank" eingezahlt, durfte also „nicht unmittelbar dem Veräußerer ausgezahlt werden". Damit konnte Paul Katzenstein den Verkauf des Grundstückes nicht zur Verbesserung seiner finanziellen Situation nutzen.

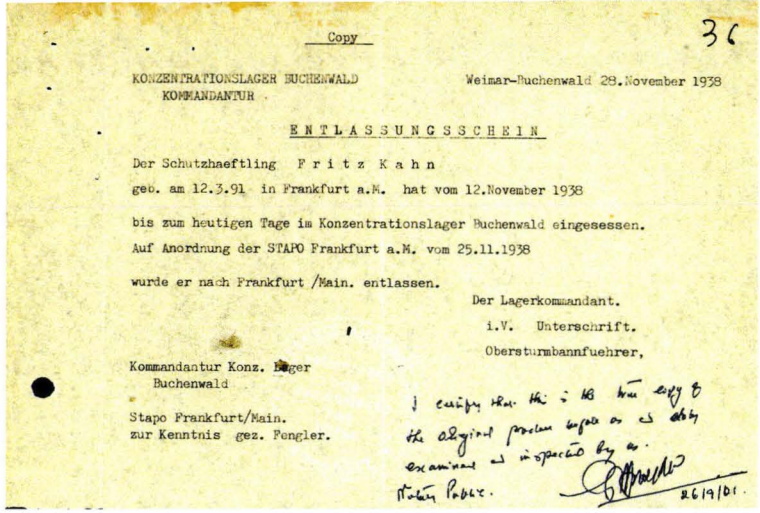
Im Rahmen des „Westfeldzugs" im Mai/Juni 1940 wurde das neutrale Belgien von deutschen Truppen besetzt. Erneut waren Paul Katzenstein und seine Frau Verfolgungen ausgesetzt. Im September 1942 verlor er die deutsche Staatsbürgerschaft und ein Jahr später, am 22. September 1943, wurde er verhaftet. Über das Zwischenlager Mechelen/Maline wurde Paul Katzenstein am 25. März 1944 nach Auschwitz deportiert. Die frühere Militärkaserne in Mechelen in Flandern wurde während der deutschen Besetzung ab Juli 1942 als Sammellager für Juden genutzt. Von dort aus wurde die jüdische Bevölkerung in die Vernichtungslager deportiert. Seit 1995 gibt es in Mechelen/Maline eine Gedenkstätte und ein Museum. Paul Katzensteins Todesdatum in Auschwitz ist laut Angaben der Stadtverwaltung Liège/Lüttich der 12. August 1944.

Caroline Katzenstein-Spürer überlebte. Nach den Unterlagen des Algemeen Rijksarchiefs in Brüssel war sie Protestantin und deutsche Staatsbürgerin. Sie blieb nach dem Zweiten Weltkrieg in Belgien.



Caroline Katzenstein, geb. Spürer, Algemeen Rijksarchief, Brüssel A 76009

Paul Katzenstein
18. Januar 1888 in Kassel – über Mechelen/Maline 1944 nach Auschwitz deportiert, 12. August 1944



Copy

KONZENTRATIONSLAGER BUCHENWALD
KOMMANDANTUR

Weimar-Buchenwald 28.November 1938

ENTLASSUNGSSCHEIN

Der Schutzhaeftling Fritz Kahn
geb. am 12.3.91 in Frankfurt a.M. hat vom 12.November 1938
bis zum heutigen Tage im Konzentrationslager Buchenwald eingesessen.
Auf Anordnung der STAPO Frankfurt a.M. vom 25.11.1938
wurde er nach Frankfurt /Main. entlassen.

Der Lagerkommandant.
i.V. Unterschrift.
Obersturmbannfuehrer,

Kommandantur Konz. Lager
Buchenwald

Stapo Frankfurt/Main.
zur Kenntnis gez. Fengler.

Kopie des Entlassungsscheins aus dem Konzentrationslager Buchenwald, HHStAW



Totenschein

I. Vom Arzt auszufüllen

1. a) Bei bekannten Toten: Name und Vorname: Kahn, Fritz Israel
Alter: 47 Jahre; Wohnung: Oberursel, Alt-Königstr. 10
b) Bei unbekannten Toten: Geschlecht: männlich*) — weiblich*)
Ungefähres Alter: ____ Jahre; Erkennungsmerkmale:

2. An welchem Ort ist die Todesfeststellung erfolgt? (Straße, Hausnummer oder Stelle genau angeben)
Institut für gerichtliche u. soziale Medizin der Universität Berlin

3. Natürliche Todesursache:
a) Grundleiden (Deutsche Bezeichnung):
(Wissenschaftliche Bezeichnung):
b) Begleitkrankheiten:
c) Nachfolgende Krankheiten:
d) Welches der vorgenannten Leiden hat den Tod unmittelbar herbeigeführt? a b c

4. War der Unterzeichnete der behandelnde Arzt? Ja — nein. Wenn nicht, wer hat den Verstorbenen behandelt?

5. Unbekannte Todesursache (Vermutliche Todesursache):

6. Unnatürliche Todesursache:
a) Bei Unfall Art des Unfalls:
Hinzugetretene Todesursachen:
b) Gewaltsame Todesursachen? Hieb, Stich, Schuß, Vergiftung: Unmittelbare Todesursache
c) Selbstmord? Erhängen, Erschießen, Ertränken, Vergiftung:
Ist die Mitwirkung einer dritten Person ausgeschlossen?
d) Welche Verletzungen oder äußere Anzeichen eines gewaltsamen Eingriffs einer anderen Person wurden festgestellt?

7. ~~Der Tod ist eingetreten~~*) — am 3. 1. 39 um 19 30 Uhr.
Die Leiche ist aufgefunden**)

8. Bemerkungen:

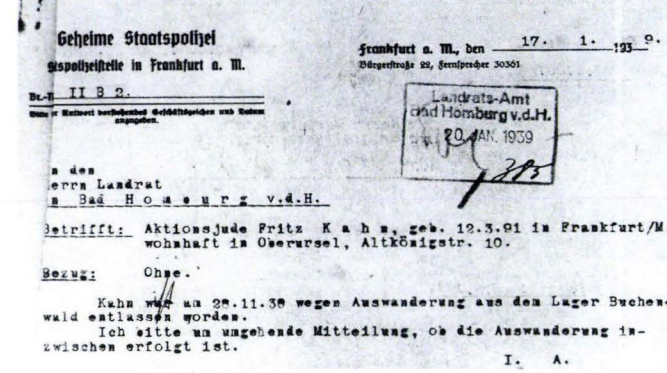
*) Nichtzutreffendes streichen. **) Nur anzugeben, wenn der [illegible] nicht mehr lebend war.

Berlin, den 5. 1. 1939

Eigenhändige Unterschrift (möglichst unter Stempelwiedergabe) a. Hallermann

Wohnung des Arztes: [illegible] Fernsprechanschluß: 42 5709

Totenschein für Friedrich Kahn, HHStAW



Geheime Staatspolizei
Stapoleitstelle in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., den 17. 1. 1939

Dr.-Nr. II B 2.

Landrats-Amt
Bad Homburg v.d.H.
20. JAN. 1939

An den
Herrn Landrat
in Bad Homburg v.d.H.

Betrifft: Aktionsjude Fritz Kahn, geb. 12.3.91 in Frankfurt/M. wohnhaft in Oberursel, Altkönigstr. 10.

Bezug: Ohne.

Kahn wurde am 28.11.38 wegen Auswanderung aus dem Lager Buchenwald entlassen worden.
Ich bitte um ungehende Mitteilung, ob die Auswanderung inzwischen erfolgt ist.

I. A.

Anfrage der Geheimen Staatspolizei vom 17.1.1939, HHStAW

„Ich bitte um Mitteilung, ob die Auswanderung inzwischen erfolgt ist“

Friedrich Kahn

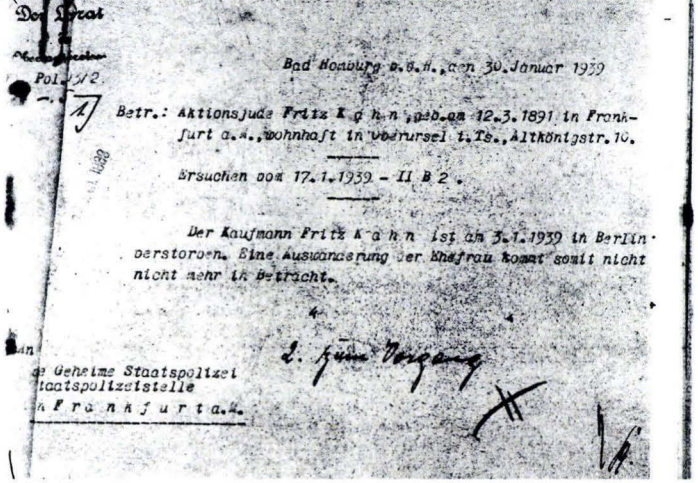
Die Bankiersfamilie Kahn in der Altkönigstraße in Oberursel war als gastfreundlich bekannt. Es gab dort, so berichteten Zeitzeugen, rauschende Feste. Häufig wurden die Nachbarskinder zu Butterbrot und Kakao in die Villa der Familie eingeladen. Besonderen Eindruck hatte ein beheiztes Storchennest hinterlassen.

Nicht weit entfernt von dem Haus der Kahns befindet sich der jüdische Friedhof in der Altkönigstraße. Ein Zeitzeuge konnte sich an die Beerdigung von Bernhard Kahn erinnern. Im Gedächtnis geblieben sind ihm spannend und gleichzeitig fremd erscheinende Rituale und Gesänge. Bernhard, genannt Berle Kahn starb am 29. Mai 1934 in Frankfurt am Main, möglicherweise durch Freitod, so das Stadtarchiv Oberursel. Mehrere Jahre hatte Berle Kahn bei seinem Sohn Friedrich in der Altkönigstraße gelebt. Noch zu seinem 75. Geburtstag erschien im Januar 1931 ein Artikel in der Zeitschrift „Der Israelit“, der die körperliche und geistige Frische des Jubilars hervorhob. „Herr Kahn ist Mitglied im Vorstand der hiesigen Israelitischen Religionsgemeinde und nimmt noch regen Anteil an allen Interessen derselben. Möge ihm noch ein schöner Lebensabend beschieden sein.“

„Mein Mann bat, mich zu verschonen, da ich keine Jüdin sei“

Einschneidende Folgen im Leben der Bankiersfamilie hatten die Ereignisse im November 1938. Ottilie Kahn berichtete später, ihr Mann sei an diesem Tag ungewohnt früh nach Hause gekommen. Das Büro der Gebrüder Lissmann in der Goethestraße in Frankfurt am Main, in welchem Friedrich Kahn arbeitete, sei verwüstet worden. Einige Stunden später kam ein mit Äxten bewaffneter Stoßtrupp in die Villa der Kahns in Oberursel, brach die Eingangstüre auf, zerstörte die Wohnungseinrichtung und drehte die Wasserhähne auf. „Mein Mann bat, mich zu verschonen, da ich keine Jüdin sei.“ Ottilie Kahn gelang es, mit der Tochter zu ihrer Mutter zu flüchten. Friedrich Kahn, der Stunden später auch dorthin kam, wurde verhaftet, in „Schutzhaft“ genommen, wie es hieß. Drei Wochen lang war der Oberurseler im Konzentrationslager Buchenwald interniert. Freigelassen wurde er unter der Bedingung, dass er binnen kürzester Frist Deutschland verlassen sollte. Ottilie Kahn hatte in der Zwischenzeit alle notwendigen Papiere für die Auswanderung beschafft.

Physisch und psychisch war Friedrich Kahn schwer angeschlagen. „Seelisch war er total erledigt. Seine eine Hand war lahm geschlagen und sein Rücken zeigte auch Spuren von Schlägen“, berichtete die Ehefrau über die Verfassung ihres Mannes nach der KZ-Haft. Hinzu kam die nervenaufreibende Vorbereitung der Auswanderung. Zur Regelung der Finanzierung der Flucht aus Deutschland fuhr Friedrich Kahn nach



Bad Homburg v.d.H., den 30. Januar 1939

Betr.: Aktionsjude Fritz K a h n, geb. am 12.3.1891 in Frankfurt a.M., wohnhaft in Oberursel i.Ts., Altkönigstr. 10.

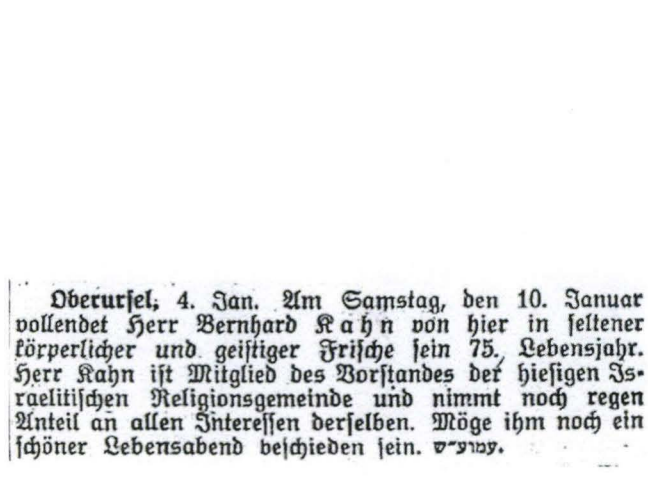
Ersuchen vom 17.1.1939 - II B 2.

Der Kaufmann Fritz K a h n ist am 3.1.1939 in Berlin verstorben. Eine Auswanderung der Ehefrau kommt somit nicht mehr in Betracht.

2. zum Vorgang

Die Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle
Frankfurt a.M.

Antwort des Landrats an die Gestapo vom 30. Januar 1939, HHStAW



Oberurſel, 4. Jan. Am Samstag, den 10. Januar vollendet Herr Bernhard K a h n von hier in ſeltener körperlicher und geiſtiger Friſche ſein 75. Lebensjahr. Herr Kahn iſt Mitglied des Vorſtandes der hieſigen Israelitiſchen Religionsgemeinde und nimmt noch regen Anteil an allen Intereſſen derſelben. Möge ihm noch ein ſchöner Lebensabend beſchieden ſein. עמ"ש

Artikel zum 75. Geburtstag von Berle Kahn, „Der Israelit" vom 8. Januar 1931

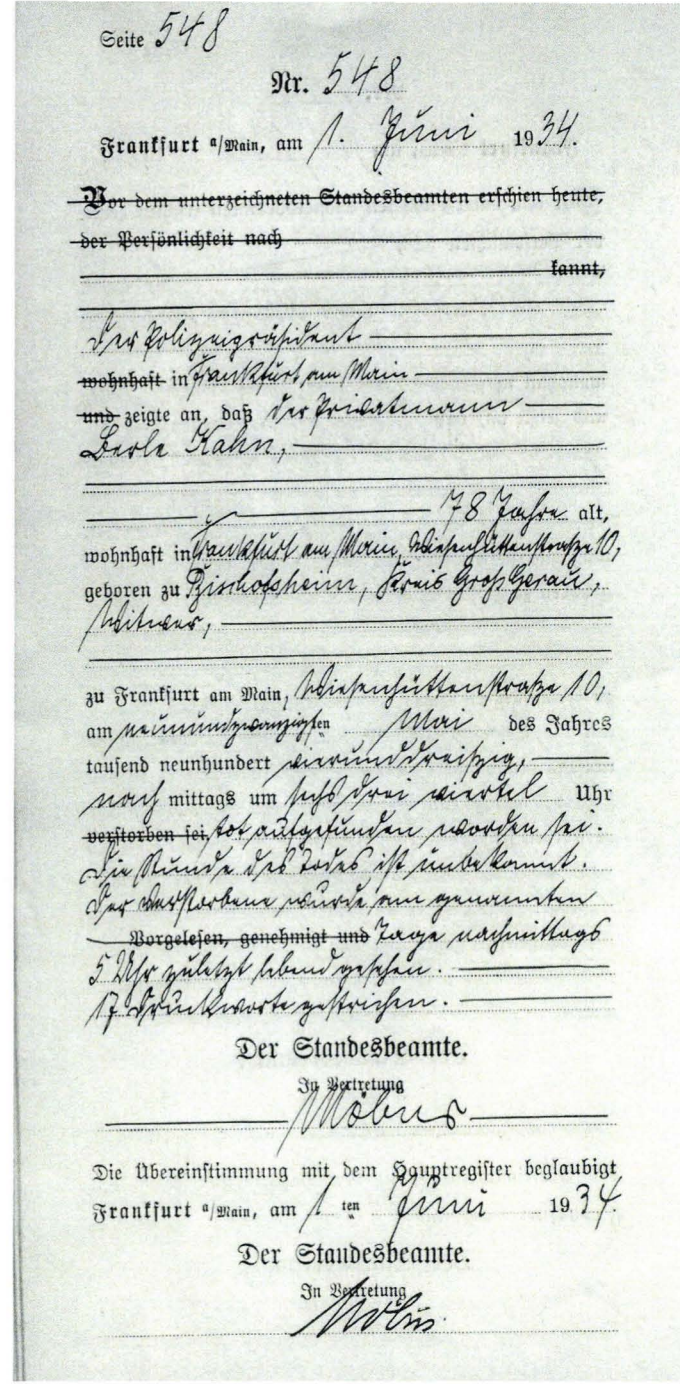
Berlin. Dort wurde er am 3. Januar 1939 tot aufgefunden. Im Totenschein wird Freitod durch eine Überdosis von Schlafmitteln vermerkt.

Anzunehmen ist, dass der Oberurseler durch die politischen Umstände und die traumatischen Erfahrungen in Buchenwald verzweifelt war und auf diese Weise in den Tod getrieben wurde.

Eine Auswanderung der Ehefrau kommt somit nicht mehr in Betracht

Welcher Druck auf die aus dem Konzentrationslager entlassenen Häftlinge ausgeübt wurde, zeigt ein Briefwechsel zwischen der Gestapo Frankfurt und dem Landrat des Obertaunuskreises. Am 17. Januar 1939 bat die Gestapo um Mitteilung, ob die Auswanderung inzwischen erfolgt sei. Da der Oberurseler in der Zwischenzeit verstorben war, komme, so der Landrat, „eine Auswanderung der Ehefrau somit auch nicht mehr in Betracht". Ottilie Kahn zog es jedoch nach diesen traurigen Erfahrungen vor, das Land zu verlassen. Sie veranlasste die Beerdigung ihres Mannes in Straßburg und kehrte von dort nicht wieder nach Deutschland zurück.

Friedrich Kahn
12. März 1891 in Frankfurt am Main – 3. Januar 1939 in Berlin



Seite 548

Nr. 548

Frankfurt a/Main, am 1. Juni 1934.

~~Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach bekannt,~~

Der Polizeiobersekretär
~~wohnhaft~~ in Frankfurt am Main
~~und~~ zeigte an, daß der Privatmann
Berle Kahn,
78 Jahre alt,
wohnhaft in Frankfurt am Main, Schumannstraße 10,
geboren zu Bischofsheim, Kreis Großgerau,
Hessen,

zu Frankfurt am Main, Schumannstraße 10,
am einundzwanzigsten Mai des Jahres
tausend neunhundert einunddreißig,
vorm mittags um fünf Uhr einviertel
~~verstorben sei~~ tot aufgefunden worden sei.
Die Leiche des Toten ist besichtigt.
Der Tod scheint durch Selbstmord eingetreten
~~Vorgelesen, genehmigt und~~ Tag nachmittags
5 Uhr festgestellt worden sein.
17 Schreibworte gestrichen.

Der Standesbeamte.
In Vertretung
Möbus

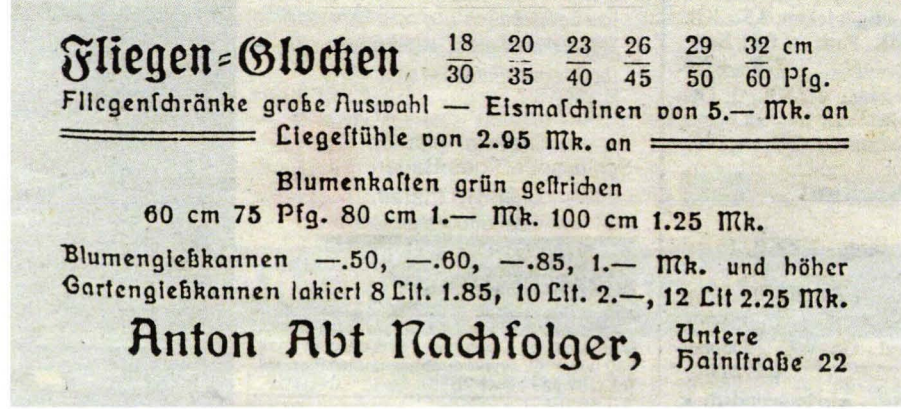
Die Übereinstimmung mit dem Hauptregister beglaubigt
Frankfurt a/Main, am 1ten Juni 1934.

Der Standesbeamte.
In Vertretung
Möbus

Sterbeurkunde von Berle Kahn, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt



Recha Mannheimer mit ihren drei Nichten Irene, Leonie und Helga, privat



Geschäftsanzeige für das Haushaltswarengeschäft von Recha Mannheimer von 1932, Stadtarchiv Oberursel

„Die Sicherungsanordnung ist erledigt, Akte weglegen“

Recha Mannheimer

Recha Mannheimers Haushalts- und Spielwarengeschäft in der Unteren Hainstraße war den Oberurselern sehr vertraut. „Dort haben wir einen großen Teil unseres Taschengelds in Spielwaren investiert“, berichtet der Oberurseler Hans Stoll, damals ein Schuljunge. 1918 zogen die Witwe Recha Mannheimer und ihre Schwester Rosalie Kahn von Frankfurt nach Oberursel, wo sie das Haushaltswarengeschäft von Anton Abt in der Unteren Hainstraße übernahmen. In einer Anzeige in einem Stadtplan von 1931 warb Recha Mannheimer für ein breites Sortiment. Sie führe ein „großes Lager in Wirtschafts-Geschirren: Glas-, Porzellan-, Email, Korbwaren, Haushalts- und Küchengeräten, Spielwaren“. Eine andere Anzeige wirbt für Sommer-Utensilien. Um sozial schwachen Familien der Kleinstadt erschwingliche Produkte anzubieten, führte Recha Mannheimer auch Waren zweiter Wahl.

Mit im Haus lebten drei Nichten, Kinder von Josef Kahn, einem Bruder von Recha und Rosalie. Josef Kahn starb 1920 und ist auf dem Friedhof in Oberursel beerdigt, ebenso wie seine Frau Betty. So wuchsen die drei elternlosen Mädchen, Irene (1910), Helga (1912) und Leonie (1913), bei ihren Tanten in Oberursel auf.

„Im Ganzen ist so eine gedrückte Stimmung bei uns“

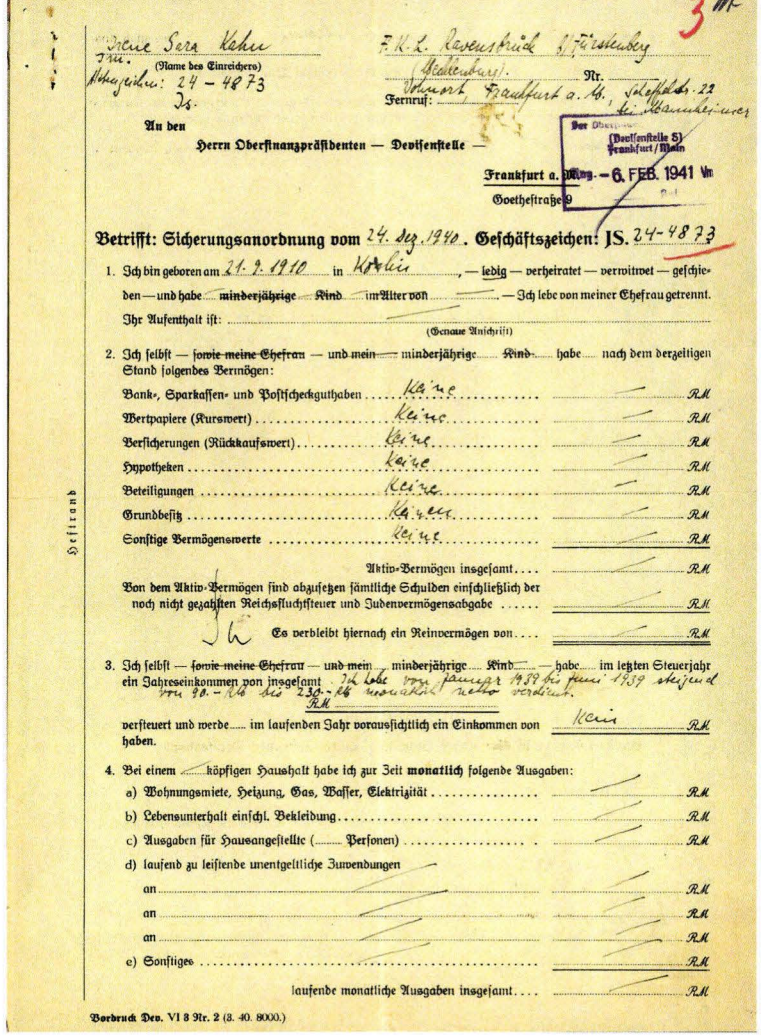
Nach dem Aprilboykott 1933 wurde das Klima für die jüdischen Geschäftsinhaberinnen zunehmend unfreundlicher. Der Boykott jüdischer Geschäfte wühlte die Familienmitglieder auf. „Hier haben wir im Augenblick ziemlich viele Aufregungen. Du hast wahrscheinlich in den Zeitungen von dem Boykott jüdischer Geschäfte gelesen, als Abwehrmaßnahme gegen die Auslandshetze. Meine Tanten haben hier ein Geschäft und ab morgen steht eine Wache davor, den Leuten zu sagen, was sie alle schon wissen, dass das ein jüdisches Geschäft sei, und sie vor dem Betreten warnen.“ Dies schrieb Leonie ihrem Freund Lajos am 31.3.33. Tante Recha sei sehr besorgt, teilte sie ihm am 17.8.1935 mit. „Im Ganzen ist so eine gedrückte Stimmung bei uns.“ Einen Monat später sprach sie von geschäftlichen Problemen. 1935 entschloss sich Recha Mannheimer aufgrund des wachsenden politischen Drucks des Umfeldes das Geschäft in der Unteren Hainstraße zu verkaufen, und zog mit der Familie nach Frankfurt am Main in die Scheffelstraße. Den Tanten schien der Umzug gut zu tun. „Überhaupt sehen beide sehr viel besser aus als in Oberursel, und sie haben sich ganz gut eingelebt.“ (24.12.35) Leonie lobte die neue Wohnung in höchsten Tönen, die Weitläufigkeit und das „wunderbare Bad mit Handbrause“. Ein früherer Verkäufer hatte den Laden und das Haus in der Unteren Hainstraße übernommen. Mit ihm hielten die Kahn-Mannheimers weiterhin Kontakt.

Die Familie bricht auseinander

Zur Ruhe kam Recha Mannheimer jedoch nicht. Die Nichten Helga und Leonie entschlossen sich, nach England auszuwandern. Irene wurde 1939 verhaftet. Die Versuche, ihr zu helfen und durch eine Kaution eine Freilassung zu erwirken, blieben erfolglos. Außerdem war Schwester Rosalie krank. Da Recha Mannheimers Geld auf einem



Hauhaltswarengeschäft von Recha Mannheimer und Rosalie Kahn in der Unteren Hainstraße 22; in dem Fenster oben sind die drei Nichten Irene, Leonie und Helga zu sehen, privat



Irene Sara Kahn
(Name des Einreichers)
Aktenzeichen: 24 - 4873
Js.

F.K.L. Ravensbrück b/Fürstenberg
Gefängnis
Nr.
Fernruf: Amt Frankfurt a.M., Scheffelstr. 22 bei Mannheimer

An den
Herrn Oberfinanzpräsidenten — Devisenstelle —

Vor Oberfinanzpräsident (Devisenstelle S) Frankfurt/Main

Frankfurt a. Main, 6. FEB. 1941 Vm
Goethestraße 9

Betrifft: Sicherungsanordnung vom 24. Sep. 1940. Geschäftszeichen: JS. 24-4873

1. Ich bin geboren am 21. 9. 1910 in Koblenz, — ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — und habe ~~minderjährige~~ Kind im Alter von — Ich lebe von meiner Ehefrau getrennt.
Ihr Aufenthalt ist: (Genaue Anschrift)

2. Ich selbst — ~~sowie meine Ehefrau~~ — und mein — ~~minderjährige~~ Kind — habe nach dem derzeitigen Stand folgendes Vermögen:

Bank-, Sparkassen- und Postscheckguthaben	keine	RM
Wertpapiere (Kurswert)	keine	RM
Versicherungen (Rückkaufswert)	keine	RM
Hypotheken	keine	RM
Beteiligungen	keine	RM
Grundbesitz	keines	RM
Sonstige Vermögenswerte	keine	RM
Aktiv-Vermögen insgesamt		RM
Von dem Aktiv-Vermögen sind abzusetzen sämtliche Schulden einschließlich der noch nicht gezahlten Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe		RM
Es verbleibt hiernach ein Reinvermögen von		RM

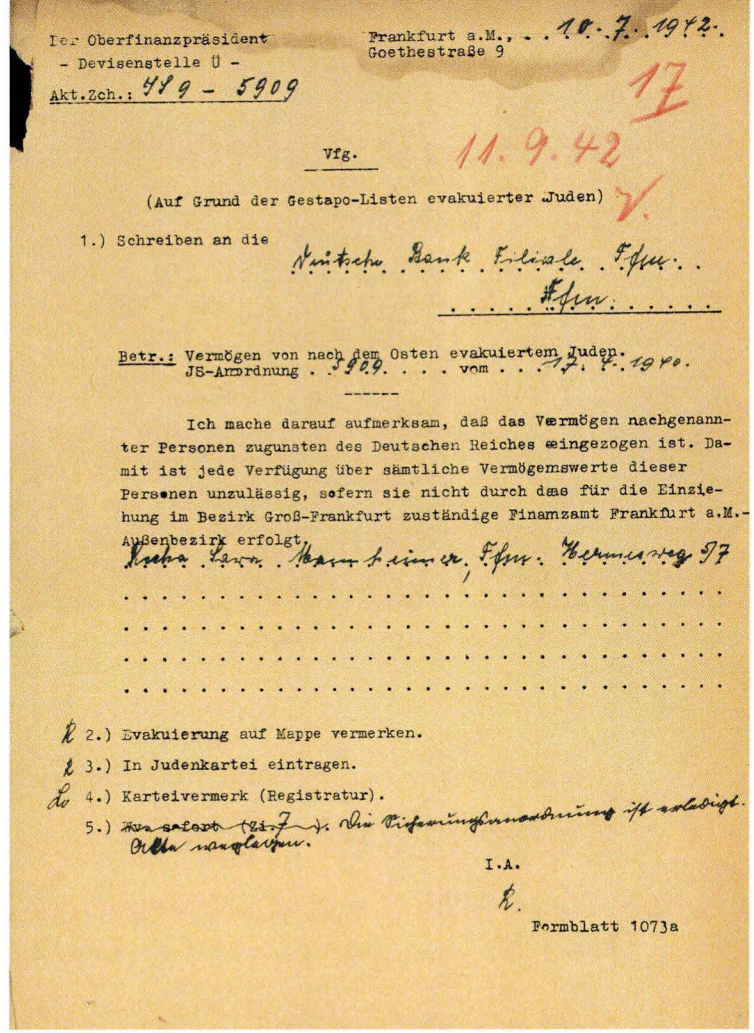
3. Ich selbst — ~~sowie meine Ehefrau~~ — und mein — ~~minderjährige~~ Kind — habe im letzten Steuerjahr ein Jahreseinkommen von insgesamt Ich habe von Januar 1939 bis Juni 1939 stetig von 90.- RM bis 230.- RM monatlich netto verdient. RM
versteuert und werde im laufenden Jahr voraussichtlich ein Einkommen von kein RM haben.

4. Bei einem ~~köpfigen~~ Haushalt habe ich zur Zeit **monatlich** folgende Ausgaben:

a) Wohnungsmiete, Heizung, Gas, Wasser, Elektrizität	RM
b) Lebensunterhalt einschl. Bekleidung	RM
c) Ausgaben für Hausangestellte (... Personen)	RM
d) laufend zu leistende unentgeltliche Zuwendungen	
an	RM
an	RM
an	RM
e) Sonstiges	RM
laufende monatliche Ausgaben insgesamt	RM

Vordruck Dev. VI 8 Nr. 2 (8. 40. 8000.)

Schreiben der „Devisenstelle" bezüglich einer Sicherungsanordnung an Irene Sara Kahn, Konzentrationslager Ravensbrück, HHStAW



Der Oberfinanzpräsident
- Devisenstelle Ü -
Akt.Zch.: 419 - 5909

Frankfurt a.M., 10. 7. 1942.
Goethestraße 9

Vfg. 11.9.42

(Auf Grund der Gestapo-Listen evakuierter Juden)

1.) Schreiben an die Deutsche Bank Filiale Ffm. Ffm.

Betr.: Vermögen von nach dem Osten evakuiertem Juden.
JS-Anordnung 5909 vom 24. 9. 1940.

Ich mache darauf aufmerksam, daß das Vermögen nachgenannter Personen zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen ist. Damit ist jede Verfügung über sämtliche Vermögemswerte dieser Personen unzulässig, sofern sie nicht durch das für die Einziehung im Bezirk Groß-Frankfurt zuständige Finamzamt Frankfurt a.M.-Außenbezirk erfolgt.

Recha Sara Mannheimer, Ffm. Hermannstr. 97

2.) Evakuierung auf Mappe vermerken.
3.) In Judenkartei eintragen.
4.) Karteivermerk (Registratur).
5.) ~~Nach sofort Ein~~ 7 d. Die Sicherungsanordnung ist erledigt. Akte weglegen.

I.A.

Formblatt 1073a

Letztes Blatt der „Devisenakte" von Recha Mannheimer, wonach das Vermögen der „nach dem Osten evakuierten" Juden zugunsten des Reiches eingezogen wurde. Am Schluss der Vermerk: „Die Sicherungsanordnung ist erledigt. Akte weglegen.", HHStAW

„Sicherungskonto" festlag, musste sie die Behörden bitten, ihr Geld aus ihrem eigenen Vermögen zu bewilligen, denn sie hatte hohe Zahlungen für eine Operation ihrer Schwester und Anschaffungen für die Auswanderung ihrer Nichten zu leisten.

Am 2. Oktober 1940 starb Rosalie. Aus den Handakten der Staatsanwaltschaft geht hervor, dass sie an diesem Tag unweit der Wohnung in der Scheffelstraße zusammengebrochen war. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod durch Herzschlag feststellen.

Wie einsam sich Recha Mannheimer nun fühlte, können wir nur erahnen. Die Deportation blieb ihr nicht erspart. Am 18. August 1942 wurde Recha Mannheimer mit einem der großen Transporte von Frankfurt aus in das Durchgangs- und Konzentrationslager Theresienstadt und von dort aus am 26. September 1942 nach Treblinka verschleppt. „5. Die Sicherungsanordnung ist erledigt. Akte weglegen", so lautet die Eintragung des Finanzbeamten auf dem letzten Blatt der „Devisenakte", wonach das Vermögen der „nach dem Osten evakuierten Juden" zugunsten des Reiches eingezogen wurde.



Josef und Betty Kahn mit ihren Töchtern Irene, Leonie und Helga, privat



Irene, Leonie und Helga Kahn, privat

„Hier haben wir im Augenblick ziemlich viele Aufregungen“

Irene Kahn

Seit 1918 lebten Irene, Leonie und Helga Kahn bei ihrer Tante Recha in Oberursel. Eine Oberurselerin erinnerte sich daran, dass sie Nachhilfe bei einer der Schwestern erhielt. Diese habe sie auch häufig mit Jugendliteratur versorgt. Die Schwestern besuchten das Philantropin, die liberale jüdische Schule in der Hebelstraße in Frankfurt. Die Mädchen liebten den Taunus, gingen dort oft Wandern, unternahmen Radausflüge. Fotos zeigen drei fröhliche junge Frauen, die, so Leonie in einem ihrer Briefe an ihren Freund Lajos, unter dem strengen Regiment ihrer Tanten standen. Die lebenslustigen Schwestern trafen sich mit Freunden, gingen ins Theater, ins Kino oder zum Tanzen.

Verunsicherung

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 beeinflusste das Leben der Kahn-Schwestern unmittelbar, jedoch auf unterschiedliche Weise. Briefe dokumentieren, welchen Diskriminierungen die jungen Frauen ausgesetzt waren, wie sie sich angesichts der ständig sich verschärfenden Maßnahmen fühlten und wie sie den Bedrückungen zu begegnen suchten. „Schreib mir doch, was du denkst“, bat Leonie Kahn aus Oberursel ihren Freund im März 1933, zwei Monate nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Die Schwestern traf der politische Machtwechsel und die antisemitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten in einer Zeit des Lebens, in der sie ihre Zukunft gestalten wollten. „Aufregungen“ blieben den jungen Frauen daher nicht erspart.

Irene studierte seit 1930 Geschichte, Germanistik, Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main. Aufgrund der politischen Bedingungen entschloss sie sich, 1933/34 zwei Semester in Paris zu verbringen. Zwar wollte Irene lieber im Ausland bleiben, konnte dies jedoch aufgrund der einschränkenden Devisenbestimmungen nicht. So war sie gezwungen, wieder nach Frankfurt zurückzukehren, um dort ihr Studium mit einer Dissertation zu beenden. Tatsächlich fand sie einen Professor, bei dem sie ihre Doktorarbeit schreiben konnte. Irene reichte im Frühjahr 1936 ihre Doktorarbeit ein und bereitete sich nun auf ihr Examen vor, doch sie fiel im Dezember 1936 durch die Prüfung. Der Dekan brach die Prüfung, zu der er verspätet gekommen war, nach fünf Minuten ab und meinte, es sei wohl zwecklos. Irene fühlte sich gut vorbereitet und vom Dekan, den sie am nächsten Tag noch einmal mit dem Sachverhalt konfrontierte, ungerecht behandelt. Verzweifelt dachte sie über einen Weg nach, die Prüfung unter anderen Bedingungen noch einmal zu wiederholen. Schließlich schaffte sie es, einen Prüfer in Basel zu finden. Dort gelang es ihr ohne Probleme, ein Jahr später ihren Doktortitel zu erwerben.

„fortgesetzte Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat"

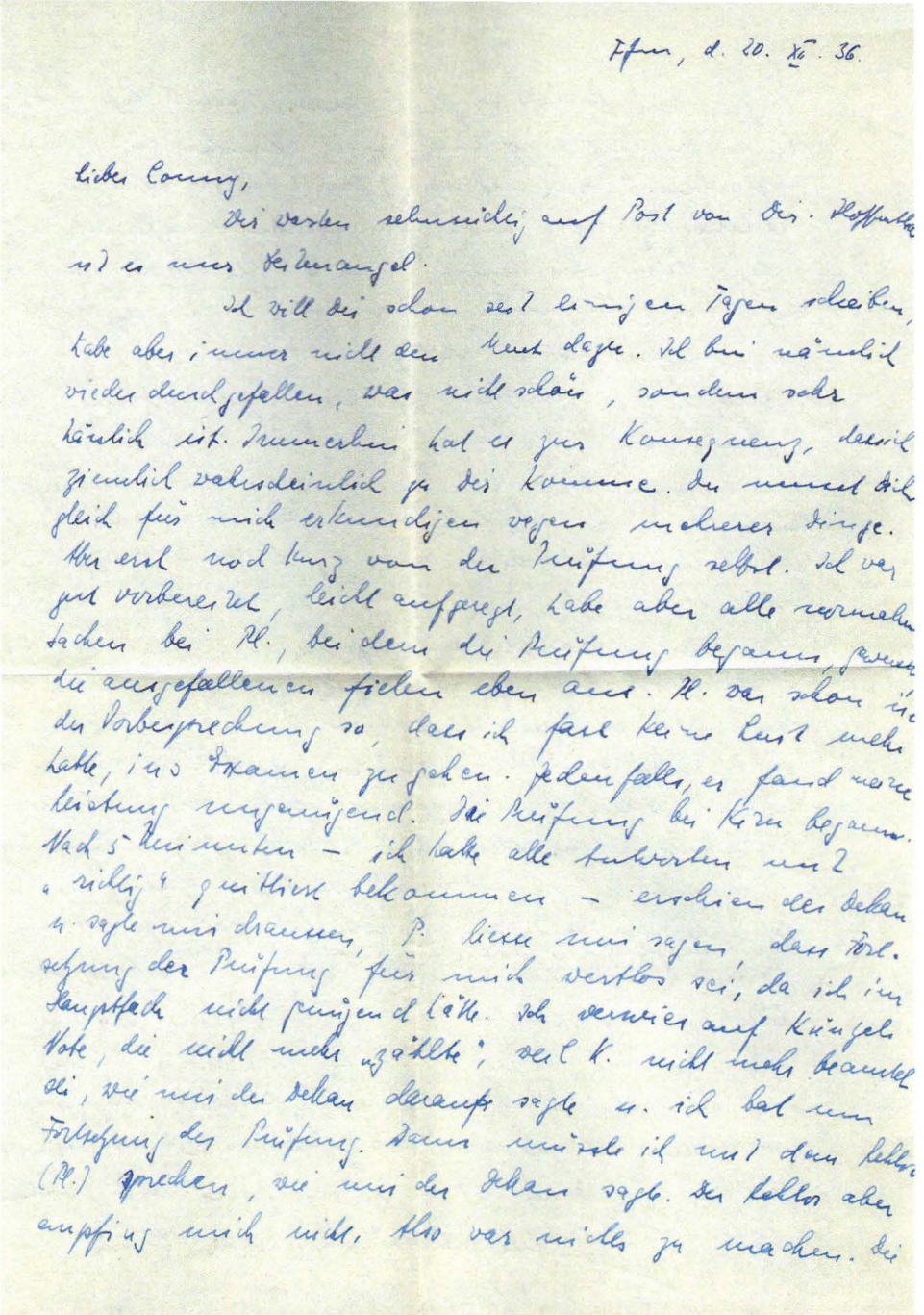
Schon länger beschäftigten sich die Kahn-Schwestern mit der Frage der Auswanderung. Immer wieder werden in den Briefen Freunde und Verwandte erwähnt, die auswanderten bzw. die Auswanderung vorbereiteten oder sich Rat holten. Leonie verließ Deutschland im Sommer 1937. Helga folgte ihrer Schwester zwei Jahre später.

Mehrfach stand auch Irene vor der Frage, ins Ausland zu gehen. Zunächst hatte sie sich aus ökonomischen Gründen entscheiden müssen, ihre Dissertation in Deutschland zu schreiben. Dann verzögerten sich ihre Auswanderungspläne, da sie zunächst in Basel ihren in Frankfurt versagten Abschluss nachholen musste. Mitten in den Vorbereitungen für ihre Auswanderung wurde Irene Kahn am 2. Juni 1939 verhaftet und vor Gericht gestellt. Vorgeworfen wurden ihr „fortgesetzte Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat". Laut Gerichtsurteil hatte Irene Kahn während ihres Studiums in Basel mit dorthin emigrierten Vertretern der SAP (Sozialistische Arbeiter-Partei) Kontakte geknüpft und diese über die Situation in Deutschland informiert. Außerdem sei Irene Kahn daran beteiligt gewesen, Angehörige von Emigranten mit Geldern aus Basel finanziell zu unterstützen und zur – teilweise illegalen – Flucht zu verhelfen.

Verzweifelt versuchte Recha Mannheimer mithilfe eines Anwalts, Irene Kahns Freilassung zu erwirken, ohne Erfolg. Ein Jahr lang wurde sie von dem Anwalt immer wieder vertröstet. Nach Verbüßen der durch das Gericht verhängten einjährigen Haftstrafe wurde Irene Kahn nicht wieder freigelassen, sondern direkt ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gebracht, wo sie am 24. März 1942 in der Tötungsstätte Bernburg ermordet wurde.

Irene Kahn
21. September 1910 in Köslin - 24. März 1942, Bernburg a. d. Saale, Tötungsanstalt

Recha Mannheimer, geborene Kahn
27. August 1867 in Rieneck - 26. September 1942, Treblinka, Vernichtungslager



Ffm, d. 20. XII. 36.

Liebe Conny,

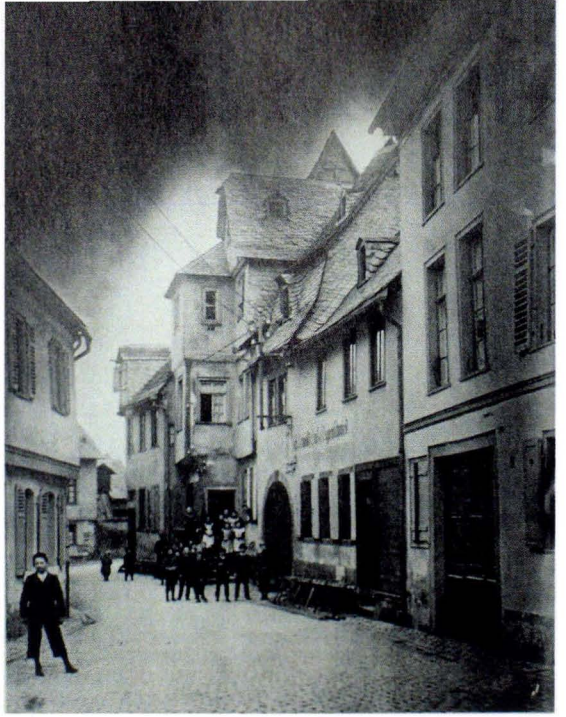
Dir vielen schönen auf Post von Dir. Hoffentlich
ist es nur Zeitmangel.

Ich will Dir schon seit einigen Tagen schreiben,
habe aber immer nicht den Kopf dazu. Ich bin nämlich
wieder durchgefallen, was nicht schön, sondern sehr
ärgerlich ist. Immerhin hat es zur Konsequenz, dass ich
ziemlich wahrscheinlich zu Dir komme. Du musst Dich
gleich für mich erkundigen wegen mehrerer Dinge.
Ich erst noch kurz von der Prüfung selbst. Ich war
gut vorbereitet, leidlich aufgelegt, habe aber alle normalen
Sachen bei K., bei dem die Prüfung begann, gewusst,
die ausgefallenen fielen eben aus. K. war schon in
der Vorbesprechung so, dass ich fast keine Lust mehr
hatte, ins Examen zu gehen. Jedenfalls, es fand meine
Leistung ungenügend. Die Prüfung bei Kern begann.
Nach 5 Minuten – ich hatte alle Autoren und
richtig & gnädigst bekommen – erschien der Dekan
u. sagte mir draußen, P. liess mir sagen, dass Fortsetzung der Prüfung für mich zwecklos sei, da ich im
Hauptfach nicht genügend hätte. Ich verwies auf Kügels
Note, die mir mehr zählte; weil K. mich noch beauftragt
hat, wie mir der Dekan darauf sagte u. ich bat um
Fortsetzung der Prüfung. Dann müsste ich mit dem Leiter
(P.) sprechen, wie mir der Dekan sagte. Der Leiter aber
empfing mich nicht, also war nichts zu machen. Ich

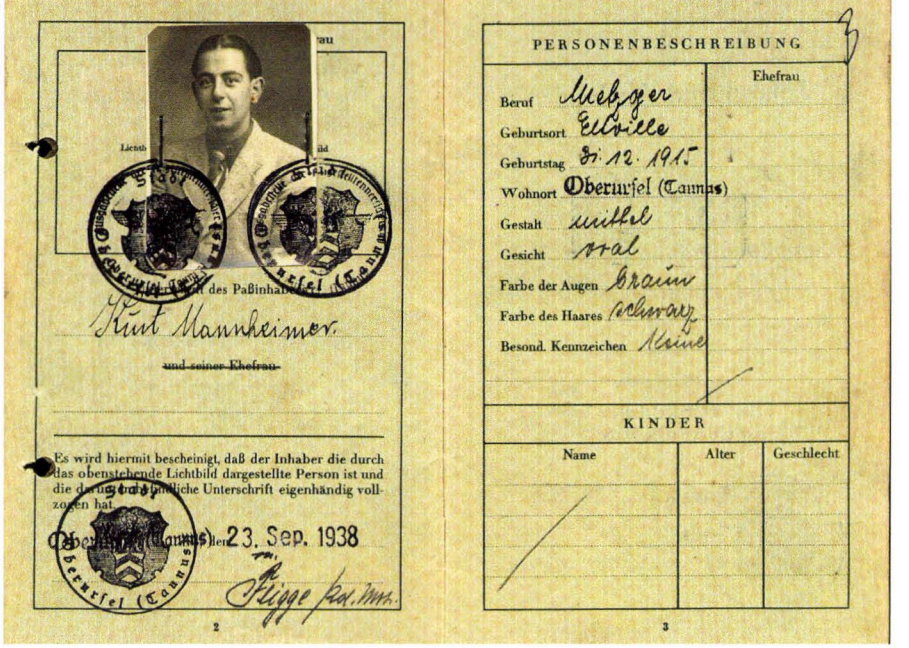
Brief von Irene Kahn an ihre Schwester Leonie (Lonny) vom 20.12.1936, privat



Walter Mannheimer im katholischen Kindergarten in Eltville, privat



Im vierten Haus rechts hatte die Familie Mannheimer ihre Metzgerei in Eltville, Löhergasse 22, privat



Reisepass für Kurt Mannheimer, ausgestellt in Oberursel, HHStAW

Im Haushalt der Bankiersfamilie Kahn

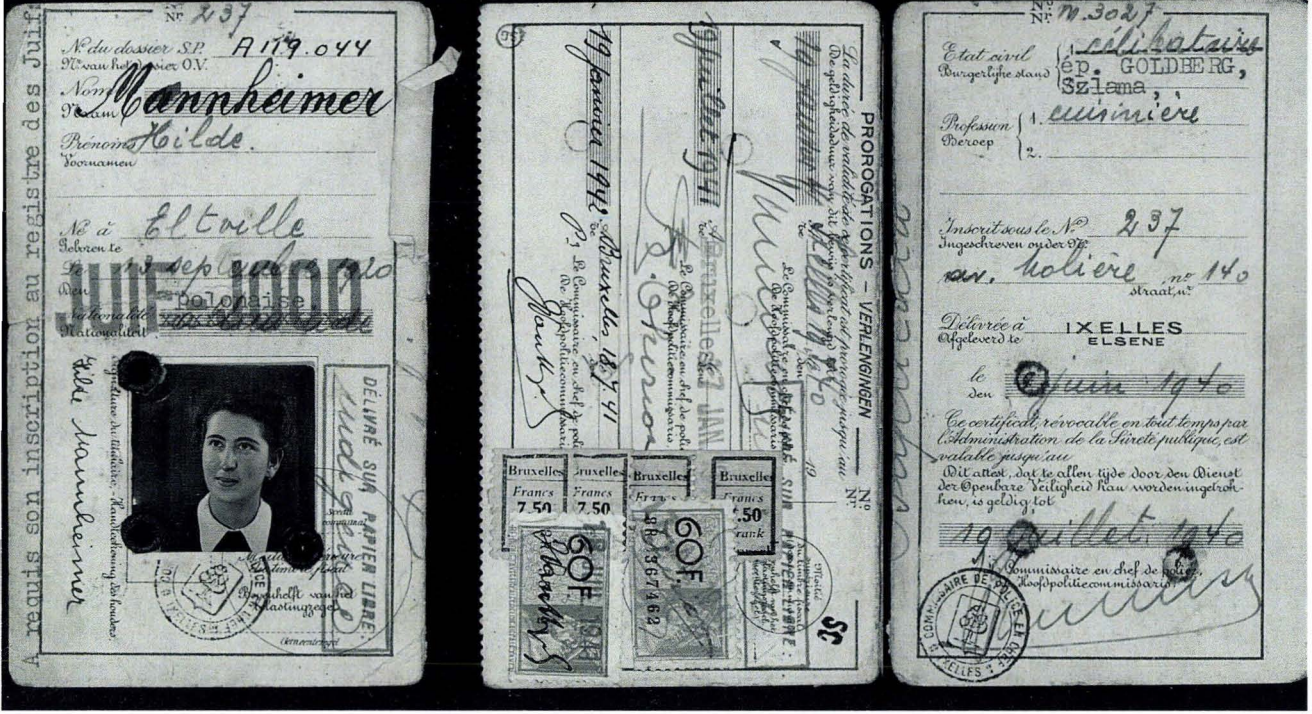
Walter Mannheimer

Walter Mannheimer (1919) und seine Geschwister Hilde (1920) und Kurt (1915) arbeiteten in den dreißiger Jahren zeitweilig im Haushalt des Bankiers Friedrich Kahn in der Altkönigstraße 10 in Oberursel. Kurt war zweieinhalb Jahre (1936-1938) als Hausdiener in Oberursel beschäftigt, seine Schwester Hilde arbeitete ein halbes Jahr als Hausgehilfin, wahrscheinlich als Kindermädchen, Walter war im Sommer 1938 für einige Monate als Koch bei den Kahns tätig.

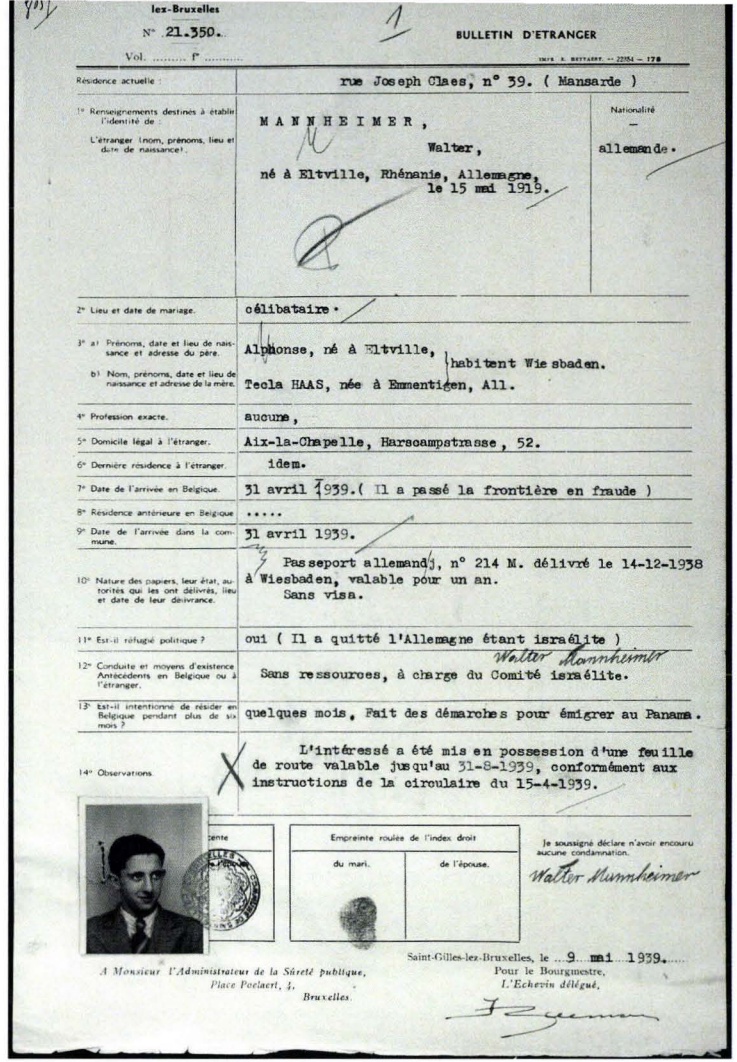
Schon der Großvater hatte eine Metzgerei in Eltville

Die drei Geschwister waren Kinder des Metzgermeisters Alfons Mannheimer (1886) und seiner Frau Bertha und wuchsen in Eltville auf. Walter besuchte dort die Volksschule und wurde später im Hotel Kronprinz in Wiesbaden als Koch ausgebildet. 1929 starb Bertha Mannheimer, Mutter von acht Kindern. Der Vater heiratete wieder. Seine zweite Frau, Thekla Haas (1894), stammte aus Emmendingen.

Die Mannheimers waren seit Jahrzehnten in Eltville ansässig. Schon der Großvater hatte dort eine Metzgerei betrieben. Gleich zu Beginn der NS-Zeit musste die Familie jedoch den Boykott jüdischer Geschäfte und erste Schikanen erleben. So berichtet der Lokalforscher Karl-Heinz Wahl, bereits in der Nacht vom 30. Januar 1933 seien Fensterscheiben bei den Mannheimers eingeworfen worden. Die Familie entschloss sich daraufhin, nach Wiesbaden zu ziehen. Dort eröffnete Alfons Mannheimer wieder eine Metzgerei, später einen koscheren Mittagstisch. Walter Mannheimer war als Koch für diesen Mittagstisch tätig.



Ausweis Hilde Mannheimer, verheiratete Goldberg, Quelle: Algemeen Rijksarchief, Brüssel, A 119044



Walter Mannheimer, Antrag auf Ausstellung eines Fremdenpasses in Belgien, Quelle: Algemeen Rijksarchief, Brüssel, A 353321

Flucht und Deportation

Aufgrund der sich verschärfenden antisemitischen Maßnahmen beschäftigten sich die Geschwister Mannheimer zunehmend mit Auswanderungsplänen. 1937 entschloss sich Hilde, nach Belgien zu emigrieren. Ihr Bruder Kurt folgte ein Jahr später. Von Belgien aus wanderte er in die USA aus, ebenso sein Bruder Ernst. Ein weiterer Bruder, Fritz (Micha), emigrierte nach Palästina.

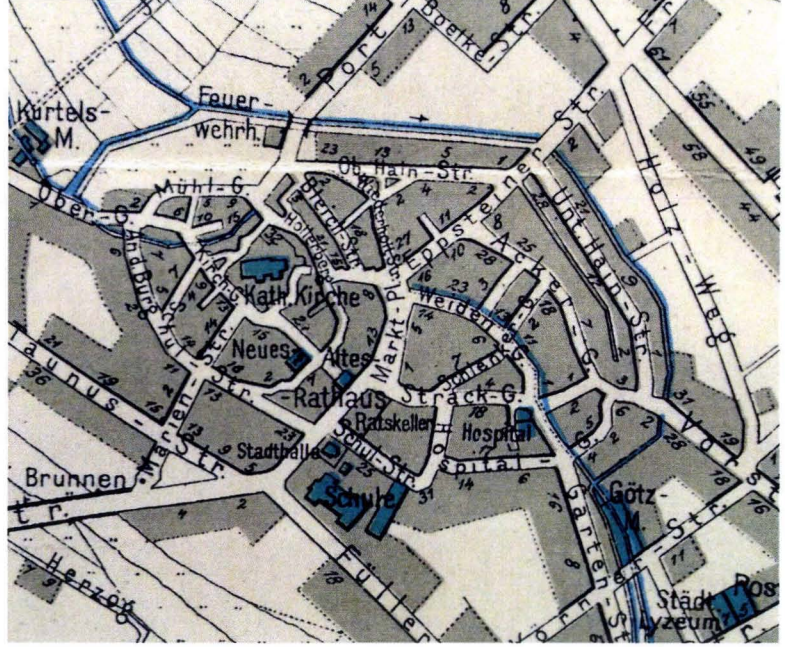
Walter Mannheimer gelang es, 1939 über Aachen und von dort über die „grüne Grenze" nach Belgien zu fliehen. Dort lebte er in Brüssel, bis er 1943 verhaftet und über das belgische Zwischenlager Mechelen/Manlines am 31. Juli 1943 nach Auschwitz deportiert wurde und dort starb.
Hilde Mannheimer heiratete 1940 in Belgien und konnte dort versteckt überleben.
Die Eltern, Alfons und Thekla Mannheimer, und die Brüder Alfred (1914), Günther (1925) und Otto (1924) wurden im Juni 1942 von Wiesbaden aus deportiert und in Majdanek und Sobibor ermordet.

Hilde Mannheimer, verheiratete Goldberg, kehrte seit 1958 immer wieder nach Deutschland zurück, um in Eltville das Grab ihrer früh verstorbenen Mutter zu besuchen. Bis 1983 lebte sie in Brüssel, zuletzt in Israel. Am 1. Januar 2007 starb sie in Kfar Saba in Israel.

Walter Mannheimer
15. Mai 1919 in Eltville – 31. Juli 1943 in Auschwitz



Bleichstraße in Oberursel, Foto: Angelika Rieber



Stadtplan von Oberursel von 1931, Stadtarchiv Oberursel

„Der Polizei zugeführt zwecks Überweisung in ein Konzentrationslager“

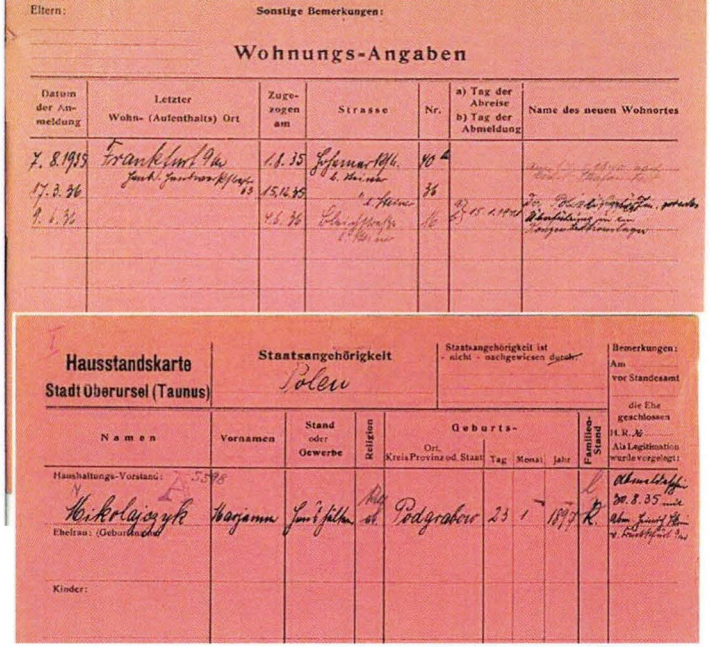
Marjanna Mikolajczyk

Marjanna Mikolajczyk stammte aus dem heutigen Polen. Sie wurde am 23. Januar 1897 in Podgrabow geboren. Über ihr Leben gibt es nur Bruchstücke von Informationen. Im August 1935 zog sie laut Einwohnermeldekarte zusammen mit Heinrich Steiner, aus Frankfurt kommend, nach Oberursel. Unter der Rubrik „Stand und Gewerbe“ wird sie als Haushälterin geführt. Zunächst wohnte sie in der Hohemarkstraße 40, später 36, und ab 4. Juni 1936 bis zu ihrer Verhaftung 1940 in der Bleichstraße 16. Ob es bei dem Umzug nach Oberursel einen Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze am 1. September 1935 gibt, steht als Frage im Raum.

Die Karteikarte weist einige Besonderheiten auf. So wurde Mikolajzyk zunächst unter dem Buchstaben N als Nikolajczyk eingeordnet. Ihre Religionsangabe wurde mehrfach korrigiert von evangelisch zu katholisch, ebenso gibt es Korrekturen bei der Rubrik Familienstand.

Bemerkenswert ist auch ein im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden dokumentierter Schriftwechsel mit der „Devisenstelle“. Über das deutsche Konsulat erhielt Marjanna Mikolajczyk (hier: Majanne/Marianne Nikolajczyk u.a.) die Mitteilung, dass ihr 500 Zloty aus dem Verkauf des Hauses der Eltern zustanden. Da es sich hierbei um eine ausländische Währung handelte, musste die „Devisenstelle“ eingeschaltet werden. Nun geriet die Oberurselerin in den Strudel devisenrechtlicher Verwicklungen. Der neue Besitzer des Hauses der Eltern zahlte ihr offensichtlich nicht den zustehenden Betrag. Dann ging es um die Freigabe und Auszahlung des Geldes. Zunächst war ein Oberurseler Konsulent aktiv geworden, dann wurde die Angelegenheit einem Rechtsanwalt übergeben. Später musste ein Anwalt in Polen eingeschaltet werden. Marjanna Mikolajczyk war jedoch nicht in der Lage, den erforderlichen Vorschuss für ihn zu bezahlen, da sie nur über ein monatliches Einkommen von 45 Mark verfügte.

Am 25. August 1939, kurz vor dem deutschen Überfall auf Polen, stellte die „Devisenstelle“ fest: „Wegen der gegenwärtigen politischen Lage in Polen erübrigt sich eine Anfrage nach dem Stand des in Polen offenbar anhängigen Prozessverfahrens.“



Eltern: Sonstige Bemerkungen:

Wohnungs-Angaben

Datum der Anmeldung	Letzter Wohn- (Aufenthalts) Ort	Zugezogen am	Strasse	Nr.	a) Tag der Abreise b) Tag der Abmeldung	Name des neuen Wohnortes
7.8.1935	Frankfurt/M.	1.1.35	Hermannstr.	40		
17.3.36		15.4.35		38		
9.6.36		26.36		16		

Hausstandskarte
Stadt Oberursel (Taunus)

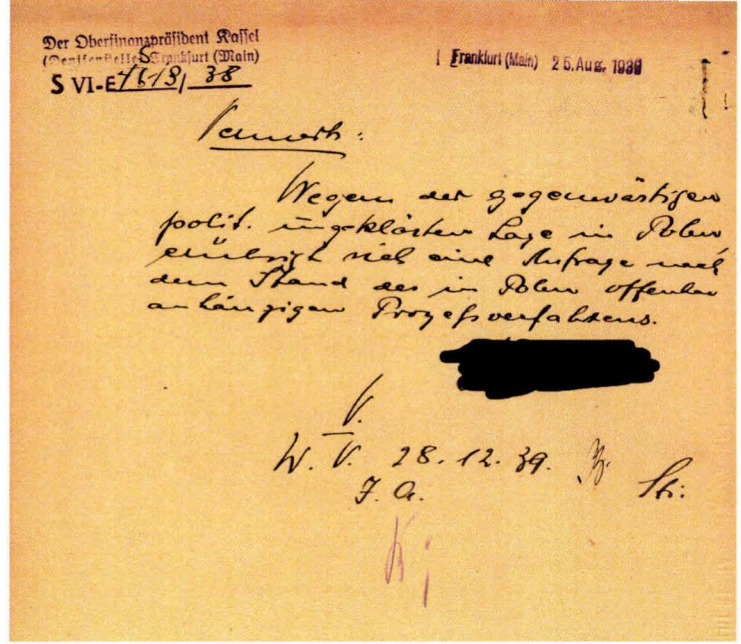
Staatsangehörigkeit: Polen

Staatsangehörigkeit ist - nicht - nachgewiesen

Bemerkungen: Am vor Standesamt die Ehe geschlossen H.R.-Nr. Als Legitimation wurde vorgelegt:

Namen	Vornamen	Stand oder Gewerbe	Religion	Geburts- Ort, Kreis, Provinz od. Staat	Tag	Monat	Jahr	Familien-Stand
Haushaltungs-Vorstand:								
Mikolajczyk	Marjanna	Fräulein	röm. kath.	Podgrabow	23	1	1897	K.
Ehefrau: (Geburtsname)								
Kinder:								

Einwohnermeldekartei für Marjanna Mikolajczyk, Stadtarchiv Oberursel



Der Oberfinanzpräsident Kassel
(Devisenstelle Frankfurt (Main))
S VI-E 4613/38

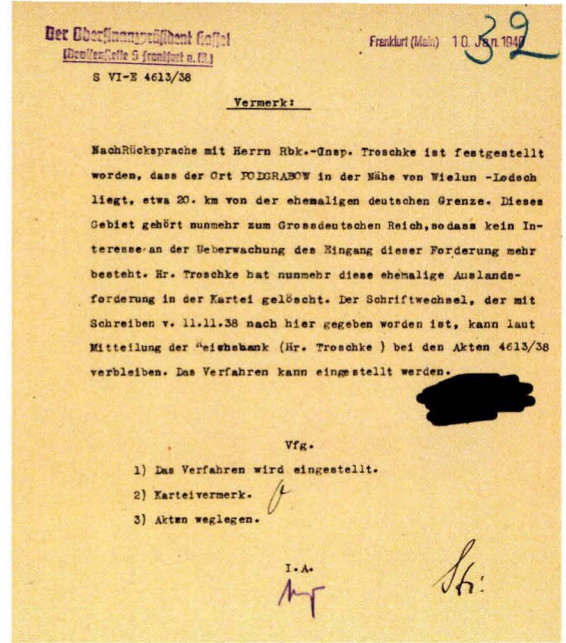
Frankfurt (Main) 25. Aug. 1938

Vermerk:

Wegen der gegenwärtigen polit. ungeklärten Lage in Polen erübrigt sich eine Anfrage nach dem Stand des in Polen offenen anhängigen Prozessverfahrens.

[redacted]

V.
W. V. 28. 12. 39.
I. A.



Der Oberfinanzpräsident Kassel
(Devisenstelle) Frankfurt a. M.

Frankfurt (Main) 10. Jan. 1940

S VI-E 4613/38

Vermerk:

Nach Rücksprache mit Herrn Rbk.-Insp. Troschke ist festgestellt worden, dass der Ort PODGRABOW in der Nähe von Wielun -Lodsch liegt, etwa 20. km von der ehemaligen deutschen Grenze. Dieses Gebiet gehört nunmehr zum Grossdeutschen Reich, sodass kein Interesse an der Ueberwachung des Eingang dieser Forderung mehr besteht. Hr. Troschke hat nunmehr diese ehemalige Auslandsforderung in der Kartei gelöscht. Der Schriftwechsel, der mit Schreiben v. 11.11.38 nach hier gegeben worden ist, kann laut Mitteilung der Reichsbank (Hr. Troschke) bei den Akten 4613/38 verbleiben. Das Verfahren kann eingestellt werden.

[redacted]

Vfg.
1) Das Verfahren wird eingestellt.
2) Karteivermerk.
3) Akten weglegen.

I.A.

Vermerk der „Devisenstelle", der Herkunftsort von Marjanna Mikolajczyk gehöre nun zum Großdeutschen Reich, HHStAW

Ein halbes Jahr später, am 10. Januar 1940, vermerkt die „Devisenstelle": „Nach Rücksprache mit Herrn Rbk.-Insp. T… ist festgestellt worden, dass der Ort Podgrabow in der Nähe von Wielun-Lodsch liegt, etwa 20 km von der ehemaligen deutschen Grenze. Dieses Gebiet gehört nunmehr zum Großdeutschen Reich, sodass kein Interesse an der Überwachung des Eingangs dieser Forderung mehr besteht." Da das Devisenverfahren mit dieser Mitteilung eingestellt wurde, wissen wir nicht, ob es Marjanna Mikolajczyk gelungen war, den ihr zustehenden Geldbetrag zu erhalten. In der Korrespondenz mit der „Devisenstelle" wird deutlich, dass die Frau aus einfachsten Verhältnissen stammte. Der Konsulent erwähnt in einem Schreiben, sie sei Analphabetin. Außerdem betont er, sie sei nicht mit Heinrich Steiner verheiratet.

Ob sich nach der Besetzung Polens neue Erkenntnisse über die Herkunft der Frau ergaben, ist denkbar, jedoch nicht belegt.
Aus Unterlagen des Stadtarchivs Oberursel geht hervor, dass Marjanna Mikolajczyk am 14. Mai 1940 verhaftet und in die Strafanstalt Höchst gebracht wurde. Mit Datum 15. Januar 1941 wird weiterhin vermerkt: „Der Polizei zugeführt zwecks Überführung in ein KZ". Auffällig sind die Korrekturen dieses Eintrags. Die Oberurselerin wurde nach Ravensbrück gebracht, wo sie ab dem 15. März 1941 als politischer Häftling, Jüdin, geführt wurde und die Häftlingsnummer 5740 erhielt. Von der Gedenkstätte wird sie mit dem Nachnamen Steiner geführt. Tatsächlich zeigen neue Dokumente des Internationalen Suchdienstes, dass Marjanna Mikolajczyk zu einem bislang nicht bekannten Zeitpunkt mit Heinrich Steiner verheiratet war, der damit möglicherweise versuchte, sie zu schützen. Handschriftlich ist auf dem Dokument vermerkt „Jew". Ein anderes Dokument nennt als Grund ihrer Verhaftung „§ 242". Diese Generalklausel ordnete damals alle Gesetze und Maßnahmen dem „herrschenden Volksempfinden" und der nationalsozialistischen Weltanschauung unter. Bislang ist offen, ob damit eventuell die Tatsache gemeint war, dass die Oberurselerin wohl jüdischer Herkunft war.
Unter welchen Umständen und wann Marjanna Mikolajczyk zu Tode kam, ist nicht bekannt. Sie gilt als verschollen.

Marjanna Mikolajczyk
23. Januar 1897 in Podgrabow – für tot erklärt, Ravensbrück



Mitglieder der Familie Rapp 1918 bei einem Kuraufenthalt in Bad Brückenau
(hinten Mitte: Irma Rapp, dritte von links unten ihre Mutter Betty), Sammlung Angelika Rieber



Geschäft von Feist Rapp am Marktplatz, Stadtarchiv Groß-Umstand

„... dass stets Eintracht und Duldsamkeit walte..."

Abraham und Lina Rapp

Die aus Groß-Umstadt stammende Familie Rapp ist auf unterschiedliche Weise mit Oberursel verbunden. Lina und Abraham Rapp wohnten zwei Jahre lang, von 1927 bis 1929, in Oberursel. Dass sie in den Taunusort zogen, dürfte kein Zufall gewesen sein, denn es gab verwandtschaftliche Bande zur Oberurseler Familie Herzfeld. Wilhelm, ein Enkel von Wolf Herzfeld, hatte die Groß-Umstädterin Irma Rapp geheiratet, eine Cousine von Abraham.

„Am Samstag und an israelitischen Feiertagen streng geschlossen"

In Groß-Umstadt betrieb Abraham Rapp ab 1911 zusammen mit seinem Bruder Julius ein von seinem Vater gegründetes Kaufhaus, das unter dessen Namen „Feist Rapp" bekannt war. Jahrelang war Abraham Rapp, so die Tochter Meta Marx, Delegierter des Kreises Dieburg bei der Handelskammer Offenbach.
Seit ihrer Heirat mit dem Kaufmann Abraham Rapp lebte die 1872 in Sommerhausen in Unterfranken bei Ochsenfurth geborene Lina Adler in Groß-Umstadt. Wilhelm Herzfeld beschreibt in seinen Lebenserinnerungen viele Begegnungen mit Verwandten, unter anderem auch in Groß-Umstadt. Dabei ist er bei seinen Beschreibungen nicht gerade zimperlich. Lina sei „eine hübsche und muntere Person", freilich ein wenig rundlich.

Die Mitglieder der Rapps waren nicht nur in der jüdischen Gemeinde aktiv, sondern auch fest ins gesellschaftliche Leben der Stadt eingebunden. Dies belegt eine Danksagung des Vorstandes der israelitischen Gemeinde für die rege Beteiligung der Groß-Umstädter Bevölkerung an der Einweihung der neuen Synagoge. Ein Foto zeigt die Brüder Julius und Abraham Rapp im Kreise der Mitglieder des Männergesangsvereins von Groß-Umstadt. 1921 verkauften Abraham und Julius Rapp das Geschäft an die Brüder Wolf. Abraham Rapp betätigte sich nun als Händler für Wäsche und Textilwaren.

„Der Dampfer ist noch nicht bestätigt"

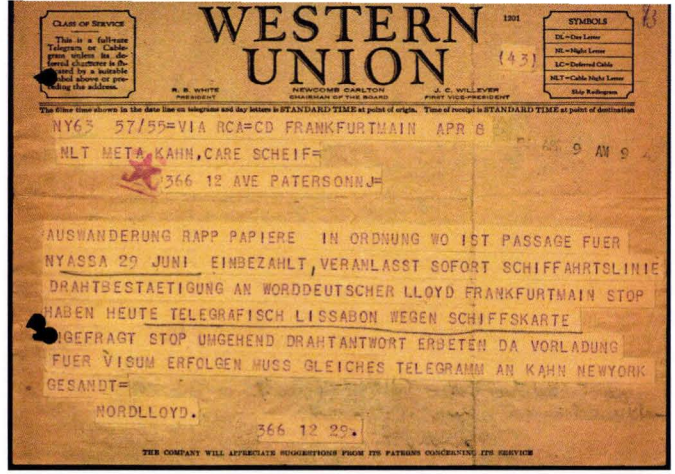
1927 verließ das Ehepaar Groß-Umstadt und zog nach Oberursel, wo die beiden zweieinhalb Jahre in der Damaschkestraße 4 lebten, bevor sie sich in Frankfurt am Main in der Hansaallee 13 niederließen. Von 1929 bis 31. Dezember 1938 war Abraham Rapp dort als Gewerbetreibender eingetragen mit der Adresse Bettinastraße 48. Ende 1938 wurde ihm der Gewerbeschein entzogen im Zuge der „Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben". Das Ehepaar musste eine „Sicherungsanordnung" unterzeichnen, wonach ihm kein freier Zugang zum eigenen Vermögen mehr gewährt war.
Das Ehepaar erkundigte sich nun nach Auswanderungsmöglichkeiten. Den beiden Töchtern Meta und Else war bereits die Flucht in die Vereinigten Staaten gelungen. Trotz aller Probleme, sich in ihrer neuen Heimat eine Existenz aufzubauen, bemühten sie sich nach Kräften, den Eltern bei den Auswanderungsbemühungen behilflich zu sein. Sie liehen sich Geld von Freunden, um deren Schiffspassage bezahlen zu können.



Männergesangsverein Groß-Umstadt 1910 mit Abraham und Julius Rapp, Männergesangsverein Groß-Umstadt


Abraham Israel Rapp
(Unterschrift des Ehemannes)
zugleich im Namen meine... minderjährige... Kinde...
Den Erklärungen meines Ehemannes schließe ich mich an.
Lina Sara Rapp
(Unterschrift der Ehefrau)
geborene Adler

Unterschrift von Abraham und Lina Rapp unter die „Sicherungsanordnung", HHStAW


WESTERN UNION
NY63 57/55=VIA RCA=CD FRANKFURTMAIN APR 8
MLT META KAHN,CARE SCHEIF=
366 12 AVE PATERSONNJ=
AUSWANDERUNG RAPP PAPIERE IN ORDNUNG WO IST PASSAGE FUER
NYASSA 29 JUNI EINBEZAHLT,VERANLASST SOFORT SCHIFFAHRTSLINIE
DRAHTBESTAETIGUNG AN WORDDEUTSCHER LLOYD FRANKFURTMAIN STOP
HABEN HEUTE TELEGRAFISCH LISSABON WEGEN SCHIFFSKARTE
GEFRAGT STOP UMGEHEND DRAHTANTWORT ERBETEN DA VORLADUNG
FUER VISUM ERFOLGEN MUSS GLEICHES TELEGRAMM AN KAHN NEWYORK
GESANDT=
NORDLLOYD.
366 12 29.

Eines der Telegramme von Meta Marx, um den Eltern Abraham und Lina Rapp die Flucht aus Deutschland zu ermöglichen, HHStAW

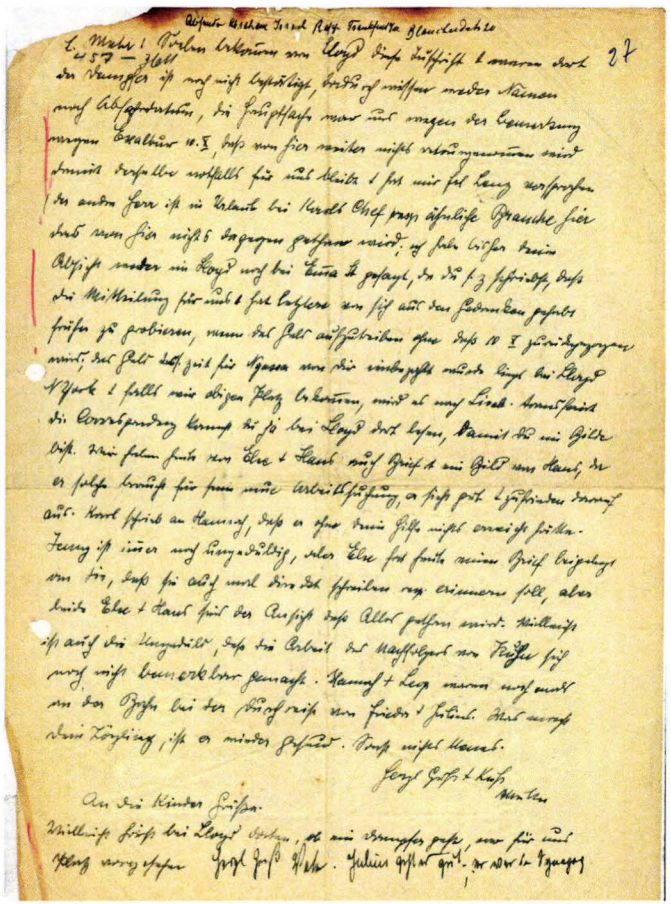
Ein Brief aus dem Jahr 1941 belegt, wie die Familienmitglieder verzweifelt versuchten, die Flucht von Abraham und Lina Rapp aus Deutschland zu ermöglichen. Zu dieser Zeit wohnte das Ehepaar in der Blanchardstraße in Bockenheim.

Am 10. Oktober 1941 sollten Abraham und Lina Rapp das Land verlassen, aber ein im Oktober erlassenes vollständiges Auswanderungsverbot machte es unmöglich, Deutschland auf legalem Weg zu verlassen. Lina und Abraham Rapp wurden mit dem ersten Transport von Frankfurt am Main aus am 19. Oktober 1941 nach Lodz/ Litzmannstadt deportiert. Todesdatum und Todesort sind nicht bekannt.
Auch Abrahams Bruder Julius Rapp, der nach dem Verkauf des Geschäftes nach Mainz gezogen war, wurde Opfer des Holocaust. Über die Umstände des Todes gibt es unterschiedliche Aussagen. Laut Gedenkbuch des Bundesarchivs wurde Julius Rapp zusammen mit seiner Frau von Darmstadt aus nach Theresienstadt deportiert. Eine Zeitzeugin berichtete allerdings, das Ehepaar habe vor der Deportation Suizid begangen.

Lina Rapp, geborene Adler
23. Februar 1872 in Sommerhausen/Unterfranken

Abraham Rapp
26. März 1866 in Groß-Umstadt.

Das Ehepaar wurde am 19. Oktober 1941 deportiert in das Ghetto Lodz/Litzmannstadt, Todesdatum unbekannt



Brief von Abraham Rapp 1941, der zeigt, wie verzweifelt Lina und Abraham Rapp versuchten, eine Schiffspassage zu erhalten, HHStAW



Bertha Cahn als junge Frau, privat

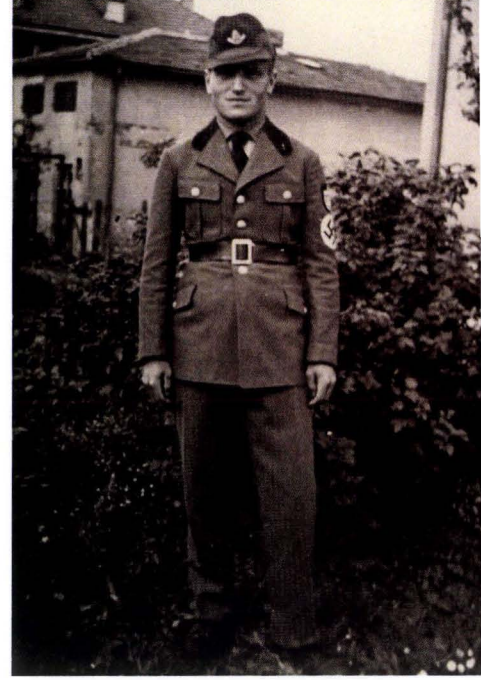
„Haltet mich in gutem Gedenken"

Bertha Röder

Stillschweigend sei sie gegangen, berichtete Ernst Röder über den Tag der Verhaftung seiner Mutter. Bertha Röder stammte aus einer jüdischen Familie und wurde 1888 in Lichtenau in Baden geboren. 1917 heiratete sie den Schlosser Johann Jakob Röder und lebte seither in der Siemensstraße 3 in Oberursel. Das Ehepaar hatte vier Kinder, die Söhne Richard (1917), Max (1919) und Ernst (1920) sowie die Tochter Alice (1921). Die Familie gehörte der altkatholischen Gemeinde an. 1933, nur wenige Monate nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten, starb Bertha Röders Mann. Auch wenn die Mitglieder der Familie unter den zunehmenden Diskriminierungsmaßnahmen litten, mussten sie bis 1943 keine einschneidenden Veränderungen erleben. Von den Deportationen 1941/42 waren die jüdischen Ehepartner in sogenannten „Mischehen" zunächst ausgenommen. Im Gau Frankfurt setzte 1943 jedoch eine gezielte Kampagne gegen die jüdischen „Mischehepartner" ein. Am 20. Mai 1943 erhielten Bertha Röder sowie zwei weitere Oberurselerinnen eine Vorladung zur Gestapo in Frankfurt am Main, wonach sie sich vier Tage später dort melden sollten. Der Sohn Richard erinnerte sich noch genau daran, dass seine Mutter den Kindern zunächst nichts von dem Schreiben der Gestapo erzählt hatte. Schließlich informierte Bertha Röder ihre Kinder und bat sie, niemandem etwas zu erzählen, berichtete der jüngere Bruder Ernst. Stillschweigend sei sie gegangen. Richard Röder begleitete seine Mutter nach Frankfurt, allerdings zunächst ohne Gepäck, da die Familienmitglieder die Hoffnung hatten, dass sie nach dem Verhör wieder nach Hause zurückkehren könnte.



Das Ehepaar Röder in der Siemensstraße in Oberursel Anfang der 30er Jahre, privat



Max Röder im Juni 1938, privat

Wir kommen nach Auschwitz

Die Oberurselerin wurde jedoch inhaftiert und in das Untersuchungsgefängnis in der Klapperfeldstraße in Frankfurt am Main gebracht, später dann in die Gutleutstraße. Jeden Montag durften die Kinder frische Wäsche bringen, konnten die Mutter jedoch nicht sprechen. Nur ein einziges Mal hatte Richard Röder Gelegenheit, sie kurz zu sehen. Beim Herausgehen aus dem Gefängnis hörte er plötzlich, wie jemand seinen Namen rief, und er konnte seine Mutter kurz am Fenster erblicken. Es war das letzte Mal, dass er sie sah.

Drei Monate brachte Bertha Röder im Gefängnis in Frankfurt zu, bis sie im September 1943 mit einem Sondertransport nach Auschwitz deportiert wurde. Den Abschiedsbrief zitierte ihr Sohn aus dem Gedächtnis: „Wir kommen nach Auschwitz. So Gott will, komme ich wieder. Wenn nicht, haltet mich in gutem Gedenken."
Bertha Röder kam nicht wieder zurück. Nachdem die Kinder monatelang nichts gehört hatten, erhielten sie 1944 ein Schreiben der Lagerkommandantur, das sie über den Tod der Mutter informierte.



Bertha Röder mit ihren Kindern im Februar 1935, privat



Bertha Röder, auf der Rückseite des Fotos, das im Wohnzimmer ihres Sohnes Richard Röder stand; dort war die Inschrift „Zur Erinnerung an meine liebe, gute Mutter" zu finden, privat

„Ihre Mutter, Bertha Sara Röder, geb. Cahn, geb. am 16.10.1888, ist am 19.10.1943 an den Folgen von allgemeiner Körperschwäche im hiesigen Krankenhaus gestorben. Die Leiche wurde im staatlichen Krematorium eingeäschert. Die Sterbeurkunden sind anliegend beigefügt.
Der Lagerkommandant."

„Meine Mutter hat es gewusst. Sie hat sich für uns geopfert." So empfand es Richard Röder. Die Trauer über den sinnlosen Tod saß tief. Fotos erinnerten die Brüder an die Mutter und an ihr Schicksal und hielten sie „in gutem Gedenken".

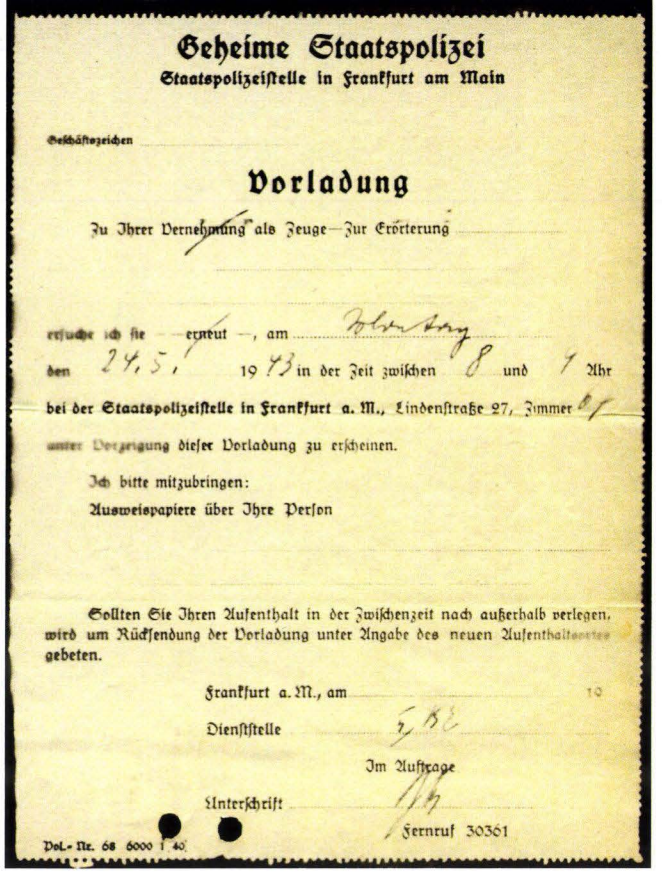
Aus dem Militärdienst entlassen

Auch Bertha Röders Kinder, „Mischlinge 1. Grades", waren insbesondere während der Kriegsjahre Diskriminierungen und Zwangsarbeit ausgesetzt. Zunächst wurden die jungen „Halbjuden" noch bis 1940 zum Militärdienst eingezogen, nach wenigen Wochen jedoch wieder entlassen.

Eine weitere Verschärfung der Situation trat ein, als die „Halbjuden" ab 1943 zu Zwangsarbeit eingezogen wurden. Ernst Röder wurde 1943 nach Merseburg geschickt, wo er zusammen mit Zwangsarbeitern aus verschiedenen Ländern schwerste Arbeit leisten musste.

Im Februar 1945 erhielten die übrigen „Mischlinge", so auch Richard Röder, die Aufforderung „zum geschlossenen Arbeitseinsatz in Theresienstadt". Die Geschwister Röder entschlossen sich, unterstützt von christlichen Freunden, unterzutauchen und überlebten so den Naziterror.

Bertha Röder, geborene Cahn
16. Oktober 1888 in Lichtenau/Baden – 19. Oktober 1943 in Auschwitz



Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle in Frankfurt am Main

Geschäftszeichen

Vorladung

Zu Ihrer Vernehmung als Zeuge — Zur Erörterung

ersuche ich sie — erneut —, am Montag

den 24.5. 1943 in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr

bei der Staatspolizeistelle in Frankfurt a. M., Lindenstraße 27, Zimmer 9

unter Vorzeigung dieser Vorladung zu erscheinen.

Ich bitte mitzubringen:

Ausweispapiere über Ihre Person

Sollten Sie Ihren Aufenthalt in der Zwischenzeit nach außerhalb verlegen, wird um Rücksendung der Vorladung unter Angabe des neuen Aufenthaltsortes gebeten.

Frankfurt a. M., am 19

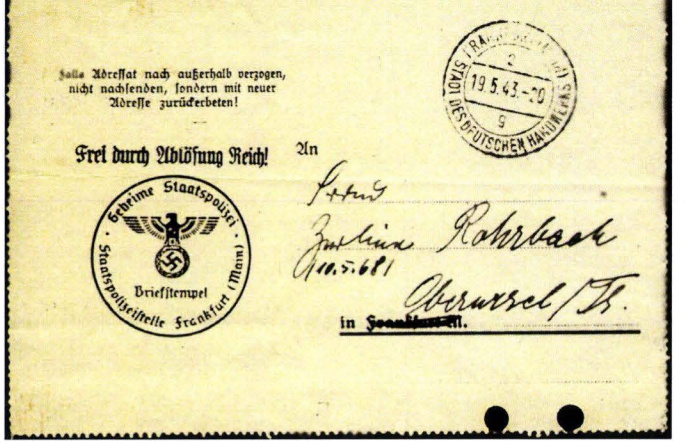
Dienststelle

Im Auftrage

Unterschrift

Fernruf 30361

Pol.-Nr. 68 6000 1.40



Falls Adressat nach außerhalb verzogen, nicht nachsenden, sondern mit neuer Adresse zurückerbeten!

Frei durch Ablösung Reich!

An

Geheime Staatspolizei Staatspolizeistelle Frankfurt (Main) Briefstempel

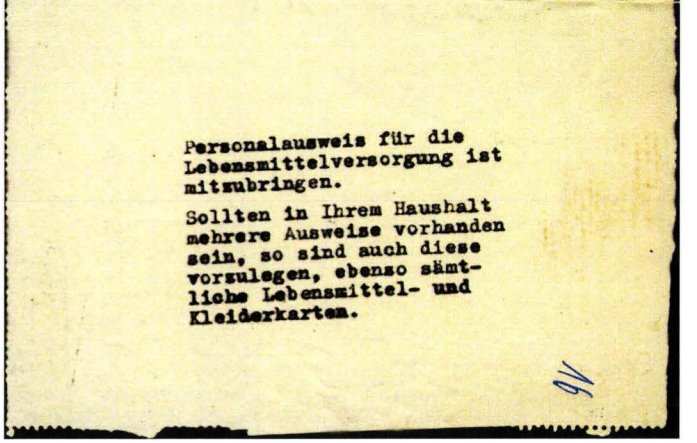
19.5.43-20

Zerline Rohrbach

10.5.68

Oberursel/Ts.

in Frankfurt a.M.



Personalausweis für die Lebensmittelversorgung ist mitzubringen.

Sollten in Ihrem Haushalt mehrere Ausweise vorhanden sein, so sind auch diese vorzulegen, ebenso sämtliche Lebensmittel- und Kleiderkarten.

Vorladung von Zerline Rohrbach zur Gestapo im Mai 1943, HHStAW

„Zur Erörterung" vorgeladen

Zerline Rohrbach

„Ohne Zweifel liegt Selbstmord vor", zu dieser Schlussfolgerung kam ein Polizeiprotokoll vom 23.5.1943. Wie kam es zu dieser Verzweiflungstat von Zerline Rohrbach?

In der Taunusstadt lebten damals viele Christen jüdischer Herkunft und Ehepaare in sogenannter „Mischehe", wie Zerline Rohrbach. Die Mehrzahl der jüdischen Partner war konvertiert und gehörte der Oberurseler Christuskirchengemeinde an. Von den Deportationen 1941/42 in die Vernichtungslager blieben die jüdischen „Mischehepartner" zunächst ausgenommen. Der Gau Frankfurt fiel jedoch durch besondere Härte auf und bereitete Anfang 1943 eine gezielte Verhaftungswelle vor.

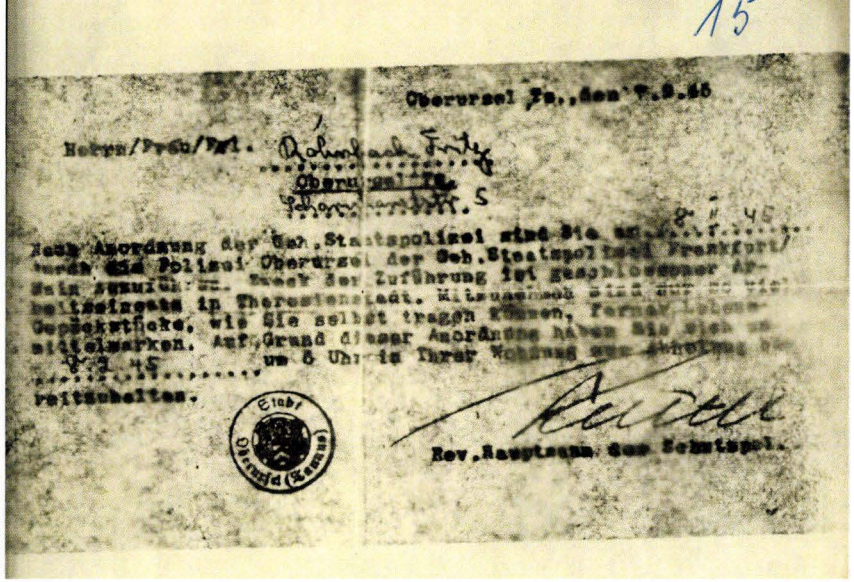
„Ohne Zweifel liegt Selbstmord vor"

Zerline Rohrbach, geborene Löwenstein, stammte aus einer jüdischen Familie und wurde am 10. Mai 1868 in Lollar bei Gießen geboren. Sie heiratete Ludwig Rohrbach, einen Christen, ebenfalls aus Lollar. Vor dem Umzug nach Oberursel lebte das Ehepaar mit den beiden Söhnen Ernst (1904) und Fritz (1906) in Frankfurt-Rödelheim. 1936 zog Familie Rohrbach nach Oberursel in die Scharnhorststraße 5, heute Im Wingert.

Im Februar 1943 starb Ludwig Rohrbach. Seit diesem Schicksalsschlag war Zerline Rohrbach sehr niedergeschlagen. In dieser Verfassung erhielt sie am 19. Mai 1943 ein Schreiben der Gestapo. Danach wurde sie zum 24. Mai 1943 zwischen 8 und 9 Uhr „zur Erörterung" vorgeladen. „Nach Erhalt der Nachricht war sie der Meinung, dass sie abgeschoben und nicht mehr nach Oberursel zurückkehren würde", so ihr Sohn. Wiederholt habe seine Mutter geweint.

Zerline Rohrbach setzte in ihrer Verzweiflung in der Nacht vom 22. Mai 1943 ihrem Leben ein Ende. Am Morgen danach fanden die Söhne ihre Mutter tot im Sessel ihrer Küche. Ein Untersuchungsprotokoll der Polizei beschreibt die Vorgänge in der Nacht:

„Am Sonntag, den 23.5.43 gegen 8 Uhr wurde die Jüdin Sara, genannt Zerline Rohrbach, geb. Löwenstein, geb. 10.5.68 zu Lollar, Kreis Gießen, wohnhaft hier, Scharnhorststraße 5, in ihrer Küche, im Sessel sitzend, tot aufgefunden. Die 4 Gashähne von dem vorhandenen Gasherd standen offen, Türen und Fenster waren geschlossen, so dass mit Bestimmtheit anzunehmen ist, dass sich die Rohrbach mit Gas vergiftet hat.



Oberursel Ts., den 7.2.45

Herrn/Frau/Frl. Rohrbach Fritz

Oberursel Ts.

Laufende Nr. 5

Auf Anordnung der Geh. Staatspolizei sind Sie aufgefordert worden, sich bei der Polizei-Oberursel der Geh. Staatspolizei Frankfurt/Main zum Zweck der Zuführung zu geschlossenem Arbeitseinsatz in Theresienstadt. Mitzunehmen sind nur die persönlichen Gegenstände, wie Sie selbst tragen können, ferner Lebensmittelmarken. Auf Grund dieser Anordnung haben Sie sich am 8.2.45 um 6 Uhr in Ihrer Wohnung zum Abholen bereitzuhalten.

Rev. Hauptsturm. der Schutzpol.

Stadt Oberursd (Taunus)

Aufforderung für Fritz Rohrbach vom 7. Februar 1945 zum „geschlossenen Arbeitseinsatz in Theresienstadt", HHStAW

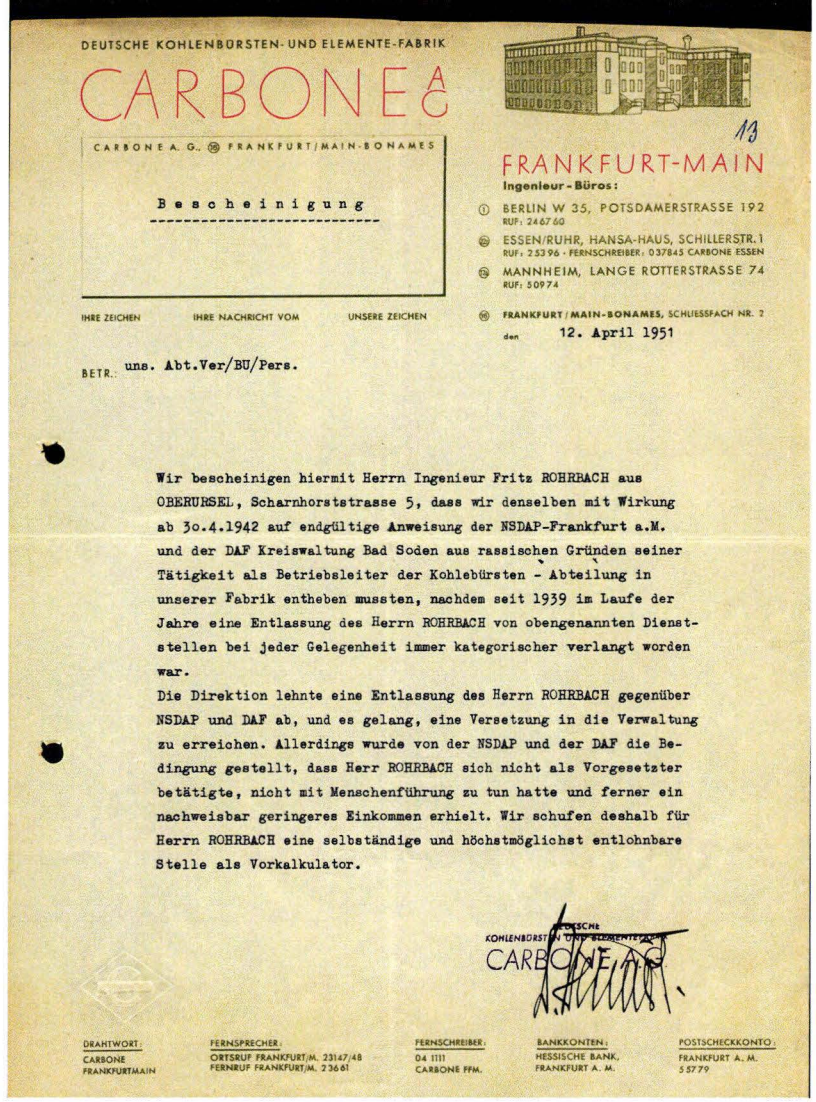
Nach den Aussagen der Söhne … ist Frau Rohrbach, nachdem sie am 19. Mai 1943 eine Vorladung der Geheimen Staatspolizei erhalten hat, sehr aufgeregt und ängstlich geworden. Ob die Gründe des Selbstmordes in dieser Aufregung zu suchen sind, ist nicht erwiesen, dürfte jedoch anzunehmen sein. Die Aussagen der beiden Söhne, die in Bezug auf Auffindung der Leiche von Herrn Dr. H… bestätigt wurden, sind glaubhaft. Ohne Zweifel liegt Selbstmord vor. Ich bitte um Ausstellung des Beerdigungsscheines."

„Zum Arbeitseinsatz nach Theresienstadt"

Auch die beiden Söhne von Zerline Rohrbach, „Mischlinge 1. Grades", waren während der Kriegsjahre Diskriminierungen und Zwangsarbeit ausgesetzt.
Fritz Rohrbach war bis 1942 Betriebsleiter bei der Firma Carbone in Frankfurt-Bonames. Auf Anweisung der NSDAP wurde er 1942 als Betriebsleiter abgesetzt und in der Verwaltung beschäftigt, wo er „nichts mit Menschenführung zu tun hatte".

Wie andere „halbjüdische" Oberurseler erhielt Fritz Rohrbach am 7. Februar 1945 die Aufforderung der Gestapo, sich am darauf folgenden Morgen um 6 Uhr „zur Abholung bereitzuhalten". „Zweck der Zuführung ist geschlossener Arbeitseinsatz in Theresienstadt."

Sein Bruder Ernst war schon vorher bei der Organisation Todt zwangsverpflichtet worden. Glücklicherweise fand der Alptraum bereits am nächsten Tag sein Ende. Nachdem



DEUTSCHE KOHLENBÜRSTEN- UND ELEMENTE-FABRIK

CARBONE A.G.

CARBONE A. G. (M) FRANKFURT/MAIN-BONAMES

Bescheinigung

IHRE ZEICHEN | IHRE NACHRICHT VOM | UNSERE ZEICHEN

FRANKFURT-MAIN
Ingenieur-Büros:
(1) BERLIN W 35, POTSDAMERSTRASSE 192 RUF: 246760
(2) ESSEN/RUHR, HANSA-HAUS, SCHILLERSTR. 1 RUF: 25396 · FERNSCHREIBER: 037845 CARBONE ESSEN
(3) MANNHEIM, LANGE ROTTERSTRASSE 74 RUF: 50974
(M) FRANKFURT/MAIN-BONAMES, SCHLIESSFACH NR. 2

den 12. April 1951

BETR. uns. Abt.Ver/BU/Pers.

Wir bescheinigen hiermit Herrn Ingenieur Fritz ROHRBACH aus OBERURSEL, Scharnhorststrasse 5, dass wir denselben mit Wirkung ab 30.4.1942 auf endgültige Anweisung der NSDAP-Frankfurt a.M. und der DAF Kreiswaltung Bad Soden aus rassischen Gründen seiner Tätigkeit als Betriebsleiter der Kohlebürsten - Abteilung in unserer Fabrik entheben mussten, nachdem seit 1939 im Laufe der Jahre eine Entlassung des Herrn ROHRBACH von obengenannten Dienststellen bei jeder Gelegenheit immer kategorischer verlangt worden war.
Die Direktion lehnte eine Entlassung des Herrn ROHRBACH gegenüber NSDAP und DAF ab, und es gelang, eine Versetzung in die Verwaltung zu erreichen. Allerdings wurde von der NSDAP und der DAF die Bedingung gestellt, dass Herr ROHRBACH sich nicht als Vorgesetzter betätigte, nicht mit Menschenführung zu tun hatte und ferner ein nachweisbar geringeres Einkommen erhielt. Wir schufen deshalb für Herrn ROHRBACH eine selbständige und höchstmöglichst entlohnbare Stelle als Vorkalkulator.

DEUTSCHE KOHLENBÜRSTEN- UND ELEMENTE-FABRIK CARBONE A.G.

DRAHTWORT: CARBONE FRANKFURTMAIN
FERNSPRECHER: ORTSRUF FRANKFURT/M. 23147/48 FERNRUF FRANKFURT/M. 23661
FERNSCHREIBER: 04 1111 CARBONE FFM.
BANKKONTEN: HESSISCHE BANK, FRANKFURT A. M.
POSTSCHECKKONTO: FRANKFURT A. M. 55779

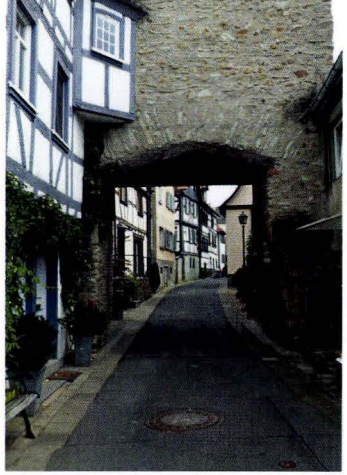
Bestätigung der Entlassung von Fritz Rohrbach als Betriebsleiter der Firma Carbone 1942 durch ein Schreiben der Firma 1951, HHStAW

die Gruppe zunächst in einem verschlossenen Wagen nach Frankfurt transportiert und in das Untersuchungsgefängnis in der Klapperfeldstraße gebracht worden war, wurde sie gegen Mittag wieder entlassen. Wenige Wochen später wurde Oberursel durch amerikanische Truppen befreit.

Zerline Rohrbach, geborene Löwenstein
10. Mai 1868 in Lollar bei Gießen – 23. Mai 1943 in Oberursel durch Suizid



Eichenstraße in Kronberg, das Elternhaus von Elise Roth, geborene Strauß, und Wohnhaus der Familie ab 1929, rechte Seite, Stadtarchiv Kronberg



Eichenstraße in Kronberg 2015 in umgekehrter Richtung, Foto: Angelika Rieber

Buchenwald, Baracke 39

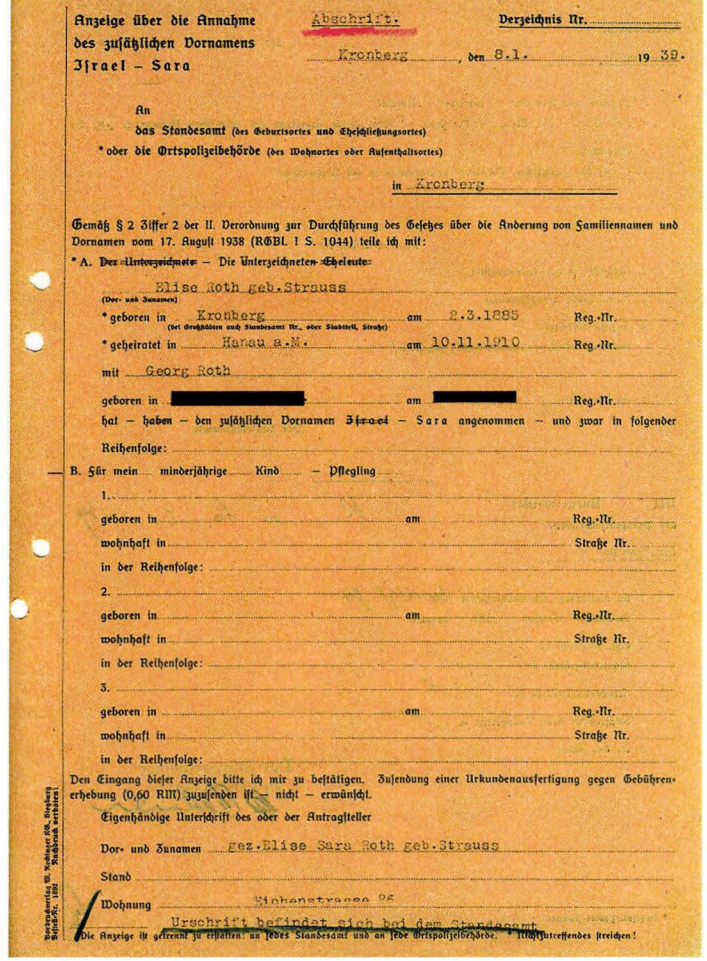
Walter und Elise Roth

Nur kurze Zeit lebte die Familie Roth in Oberursel. Hier wurde Walter Roth am 19. Juni 1914 geboren. Wenige Wochen nach seiner Geburt zog die Familie nach Schönberg, ab 1929 dann ins Elternhaus von Elise Roth in der Eichenstraße 26 in Kronberg. Elise Strauß hatte 1910 den aus Reichelsheim stammenden Georg Roth geheiratet. Das Ehepaar hatte vier Kinder: Anni (1911), Richard (1912), Walter (1914) und Edith (1920).

„Tarnung künftig ausgeschlossen"

Elise Roth war jüdischer Herkunft und jüdischer Religion, während ihr Ehemann Georg der evangelischen Kirche angehörte. Sie lebten somit in der Terminologie der Nationalsozialisten in „Mischehe". Georg Roth war Bäcker und als Kriegsversehrter aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt. Er starb 1936 im Alter von nur 56 Jahren.

Von Walter Roth ist laut Einwohnermeldekarte des Stadtarchivs Kronberg bekannt, dass er evangelischer Religion war. Somit galt er in der Naziterminologie als „Mischling 1. Grades", im Gegensatz zu Kindern aus „Mischehen", die der jüdischen Gemeinde angehörten und somit als „Geltungsjuden" bezeichnet wurden (siehe Leopold Hofmann).
Elises Bruder Sally Strauß war es im September 1938 gelungen, nach Kolumbien zu emigrieren. Seine Ehefrau konnte ihm noch in letzter Minute 1941 folgen.



Anzeige über die Annahme des zusätzlichen Vornamens
Israel – Sara

Abschrift.

Derzeichnis Nr.

Kronberg, den 8.1. 19 39.

An
das Standesamt (des Geburtsortes und Eheschließungsortes)
* oder die Ortspolizeibehörde (des Wohnortes oder Aufenthaltsortes)

in Kronberg

Gemäß § 2 Ziffer 2 der II. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938 (RGBl. I S. 1044) teile ich mit:

* A. ~~Der Unterzeichnete~~ – Die Unterzeichneten ~~Eheleute~~ –

Elise Roth geb. Strauss
(Vor- und Zunamen)

* geboren in Kronberg (bei Großstädten auch Standesamt Nr., oder Stadtteil, Straße) am 2.3.1885 Reg.-Nr.

* geheiratet in Hanau a.M. am 10.11.1910 Reg.-Nr.

mit Georg Roth

geboren in [redacted] am [redacted] Reg.-Nr.

hat – ~~haben~~ – den zusätzlichen Vornamen ~~Israel~~ – Sara angenommen – und zwar in folgender Reihenfolge:

B. Für mein minderjährige Kind – Pflegling

1.
geboren in am Reg.-Nr.
wohnhaft in Straße Nr.
in der Reihenfolge:

2.
geboren in am Reg.-Nr.
wohnhaft in Straße Nr.
in der Reihenfolge:

3.
geboren in am Reg.-Nr.
wohnhaft in Straße Nr.
in der Reihenfolge:

Den Eingang dieser Anzeige bitte ich mir zu bestätigen. Zusendung einer Urkundenausfertigung gegen Gebührenerhebung (0,60 RM) zuzusenden ist – nicht – erwünscht.

Eigenhändige Unterschrift des oder der Antragsteller

Vor- und Zunamen gez. Elise Sara Roth geb. Strauss

Stand

Wohnung Eichenstrasse 26

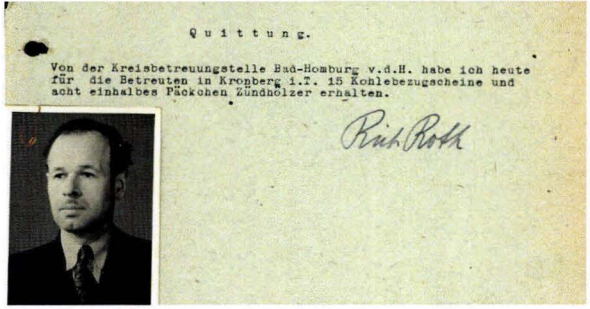
Urschrift befindet sich bei dem Standesamt

Die Anzeige ist getrennt zu erstatten an jedes Standesamt und an jede Ortspolizeibehörde. * Nichtzutreffendes streichen!

Anzeige über die Annahme des zusätzlichen Vornamens Sara, Stadtarchiv Kronberg

Über die Lebenswege der Familienmitglieder ist bislang nur wenig bekannt. Belegt ist, dass die Mitglieder der Familie Roth während der NS-Zeit zahlreichen Beschränkungen und Diskriminierungen ausgesetzt waren. So musste Elise Roth beispielsweise Anfang 1939 den zusätzlichen Vornamen Sara annehmen. Welche Intention der NS-Staat mit dieser Maßnahme verfolgte, wird in der Überschrift eines Artikels des Oberurseler Bürgerfreundes deutlich: „Tarnung künftig ausgeschlossen". Der Zusatzname diente der systematischen Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung.

Die Kinder von Elise Roth saßen „zwischen den Stühlen". Walter Roth diente zunächst ab 1939 als Soldat, wurde jedoch 1941 wegen seiner jüdischen Herkunft entlassen, ebenso sein Bruder Richard, der zwischenzeitlich, von 1930 bis 1936, in Oberursel gelebt hatte. Lebensbedrohlich wurde die Situation für die Familienmitglieder 1943. Walter und Elise Roth hätten, so berichteten Kronberger, versucht, in die Schweiz zu fliehen und seien gefasst worden. Von Elise Roth wissen wir, dass sie im Rahmen einer

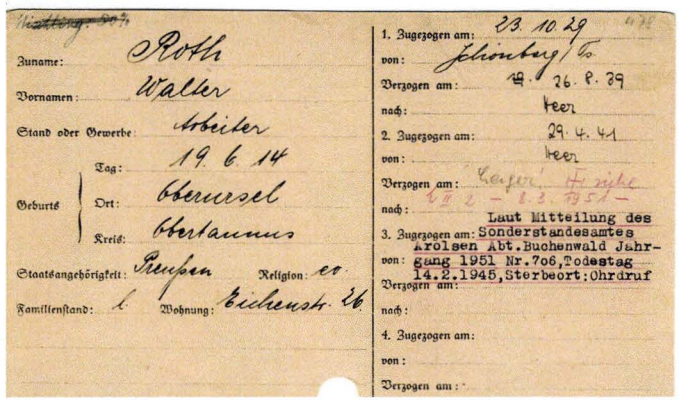


Quittung.

Von der Kreisbetreuungstelle Bad-Homburg v.d.H. habe ich heute für die Betreuten in Kronberg i.T. 15 Kohlebezugscheine und acht einhalbes Päckchen Zündhölzer erhalten.

Richard Roth

Richard Roth, Foto für die Betreuungsstelle des Obertaunuskreises, HHStAW



Zuname: Roth
Vornamen: Walter
Stand oder Gewerbe: Arbeiter
Geburts Tag: 19.6.14
Ort: Oberursel
Kreis: Obertaunus
Staatsangehörigkeit: Preußen Religion: ev.
Familienstand: l. Wohnung: Eichenstr. 26

1. Zugezogen am: 23.10.29
von: Schönberg/Ts.
Verzogen am: 26.8.39
nach: Leer
2. Zugezogen am: 29.4.41
von: Leer
Verzogen am: Leer, Hitzke
nach: 4 2 - 8 2 1951 -
3. Zugezogen am: Laut Mitteilung des Sonderstandesamtes Arolsen Abt. Buchenwald Jahrgang 1951 Nr. 706, Todestag 14.2.1945, Sterbeort: Ohrdruf
von:
Verzogen am:
nach:
4. Zugezogen am:
von:
Verzogen am:

Einwohnermeldekarte für Walter Roth, Stadtarchiv Kronberg

großangelegten Aktion der Gestapo im Gau Frankfurt gegen jüdische „Mischehepartner“ verhaftet und später nach Auschwitz gebracht wurde. Das Bundesarchiv nennt als Todesdatum den 8. November 1943.

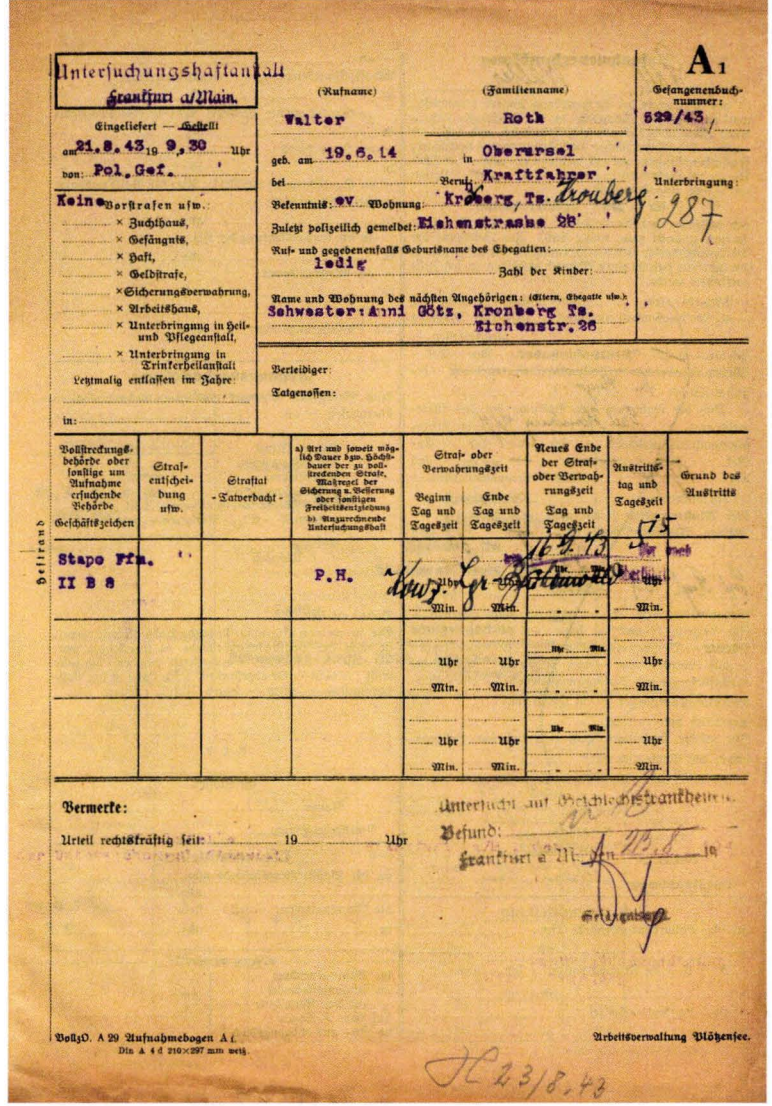
„Mischlinge 1. Grades“

Auch Elises Sohn Walter wurde Opfer des Holocaust. Er wurde, ebenso wie andere „Mischlinge“, am 21. August 1943 verhaftet und vier Wochen später ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Dort wurde er zunächst als politischer Gefangener geführt und war in Baracke 39, einem „politischen Block“, untergebracht. Von dort aus wurde Walter Roth am 9. Januar 1945 nach Ohrdruf verlegt, einem Nebenlager des Konzentrationslagers Buchenwald, wo er am 14. Februar 1945 ums Leben kam.

Seine Geschwister Anni, Edith und Richard überlebten den Holocaust. Edith emigrierte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die Schweiz. Ihr Bruder Richard, der ebenfalls vom Oktober 1944 bis 23. April 1945 zum „Arbeitseinsatz“ im Lager Abterode in Eisenach gezwungen worden war, wanderte 1948 in die USA aus, seine Schwester Anni folgte einige Jahre später. Heute erinnern Stolpersteine in der Eichenstraße in Kronberg an Elise Roth und ihren in Oberursel geborenen Sohn Walter.

Elise Roth, geb. Strauß
2. März 1885 in Kronberg – 8. November 1943 in Auschwitz

Walter Roth
19. Juni 1914 in Oberursel – 14. Februar 1945 in Ohrdruf



Untersuchungshaftanstalt Frankfurt a/Main.

A1

(Rufname) Walter (Familienname) Roth

Gefangenenbuchnummer: 529/43

Eingeliefert — Entlassen am 21.8.43 19 9,30 Uhr von: Pol. Gef.

geb. am 19.6.14 in Oberursel bei Beruf: Kraftfahrer

Bekenntnis: ev. Wohnung: Kronberg, Ts. Kronberg 287

Zuletzt polizeilich gemeldet: Eichenstraße 28

Keine Vorstrafen usw.
× Zuchthaus,
× Gefängnis,
× Haft,
× Geldstrafe,
× Sicherungsverwahrung,
× Arbeitshaus,
× Unterbringung in Heil- und Pflegeanstalt,
× Unterbringung in Trinkerheilanstalt
Letztmalig entlassen im Jahre:
in:

Ruf- und gegebenenfalls Geburtsname des Ehegatten: ledig Zahl der Kinder:

Name und Wohnung des nächsten Angehörigen: (Eltern, Ehegatte usw.) Schwester: Anni Götz, Kronberg Ts. Eichenstr. 26

Verteidiger:

Tatgenossen:

Vollstreckungsbehörde oder sonstige um Aufnahme ersuchende Behörde Geschäftszeichen	Strafentscheidung usw.	Straftat - Tatverdacht -	a) Art und soweit möglich Dauer bzw. Höchstdauer der zu vollstreckenden Strafe, Maßregel der Sicherung u. Besserung oder sonstigen Freiheitsentziehung b) Anzurechnende Untersuchungshaft	Straf- oder Verwahrungszeit Beginn Tag und Tageszeit	Straf- oder Verwahrungszeit Ende Tag und Tageszeit	Neues Ende der Straf- oder Verwahrungszeit Tag und Tageszeit	Austrittstag und Tageszeit	Grund des Austritts
Stapo Ffm. II B 3		P.H.						

Vermerke:

Urteil rechtskräftig seit: 19 Uhr

Befund: Frankfurt a/M. den 19 .

Vollzd. A 29 Aufnahmebogen A f. Din A 4 d 210×297 mm weiß

Arbeitsverwaltung Plötzensee.

Aufnahmebogen der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt für Walter Roth, HHStAW



Stolpersteine für Elise und Walter Roth vor dem Haus in der Eichenstraße in Kronberg, Foto: Angelika Rieber

„Anständig gebeten"?

Eugen Rothschild

Plötzlich war er weg. Daran erinnerten sich Zeitzeugen, die damals Kinder waren. Sie hatten noch sehr lebhaft die markante Erscheinung des Oberurselers vor Augen, der im Konzentrationslager Buchenwald den Tod fand.

Eugen Rothschild wurde am 1. Mai 1891 in Bensheim geboren und ist dort aufgewachsen. Er gehörte zu den Jugendlichen, die als Soldaten im Ersten Weltkrieg eingesetzt wurden. Der junge Mann war an der Front verschüttet worden und hatte gesundheitliche Beeinträchtigungen davongetragen. „Mein Vater unterhielt sich häufig mit Eugen Rothschild. Beide hatten als Soldaten am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Beide hatten ihre Gesundheit für das deutsche Vaterland geopfert!", so ein Zeitzeuge.

Seit 1924 lebte Eugen Rothschild in Oberursel, zunächst in der Hauffstraße 8, ab 1928 in der Erzbergerstraße 2, heute Herzbergstraße.
Wer war dieser Mann? Eine Zeitzeugin nannte ihn „Onkel Rothschild" und beschrieb ihn als herzlichen und hilfsbereiten Menschen. Gut erinnerte sie sich an einen Kirschbaum auf dessen Grundstück. „Onkel Rothschild reichte uns immer die ersten Kirschen und Äpfel über den Zaun."

Eugen Rothschild war nach den Schilderungen vieler Zeitzeugen eine schillernde und ungewöhnliche Gestalt. Viele haben noch sein Fahrrad vor Augen, voll mit Katzenaugen. Der Oberurseler arbeitete als Schlosser in der Ausbildungsabteilung der Firma Turner.



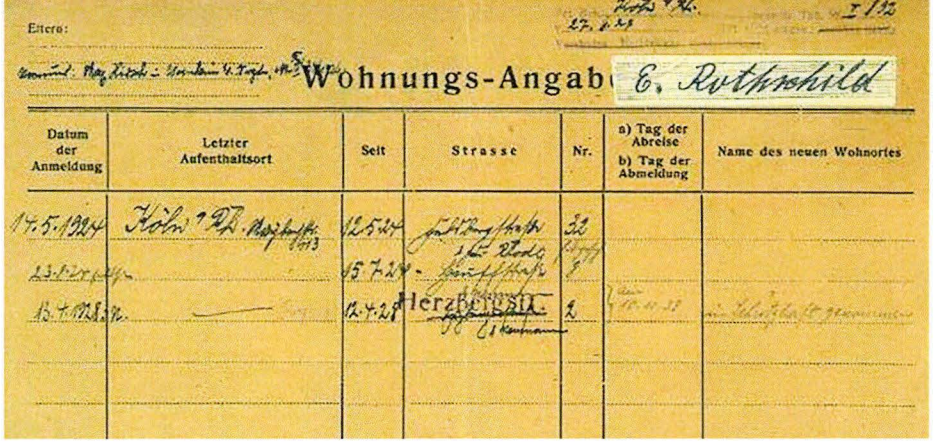
Stadtplan von Oberursel von 1931, Stadtarchiv Oberursel

„Wir hörten Eugen Rothschild schreien"

An die tragischen Ereignisse im November 1938 haben die damaligen Nachbarn noch lebendige Erinnerungen. „Wir hörten Radau gegenüber. Das Radio wurde aus dem Fenster geworfen. Wir hörten Eugen Rothschild schreien."
Vom Nebenhaus aus sah eine Zeitzeugin, was an diesem Abend geschah. „Als die Halbstarken ihn abgeholt haben, als sie ihn die Treppe hinunter geprügelt haben, das war eine schreckliche Nacht. Sie haben Eugen Rothschild gejagt wie ein Stück Vieh, aus der Haustüre hinaus und die Stufen herunter gestoßen, so dass er fiel."

Häftlings-Nummer 26194

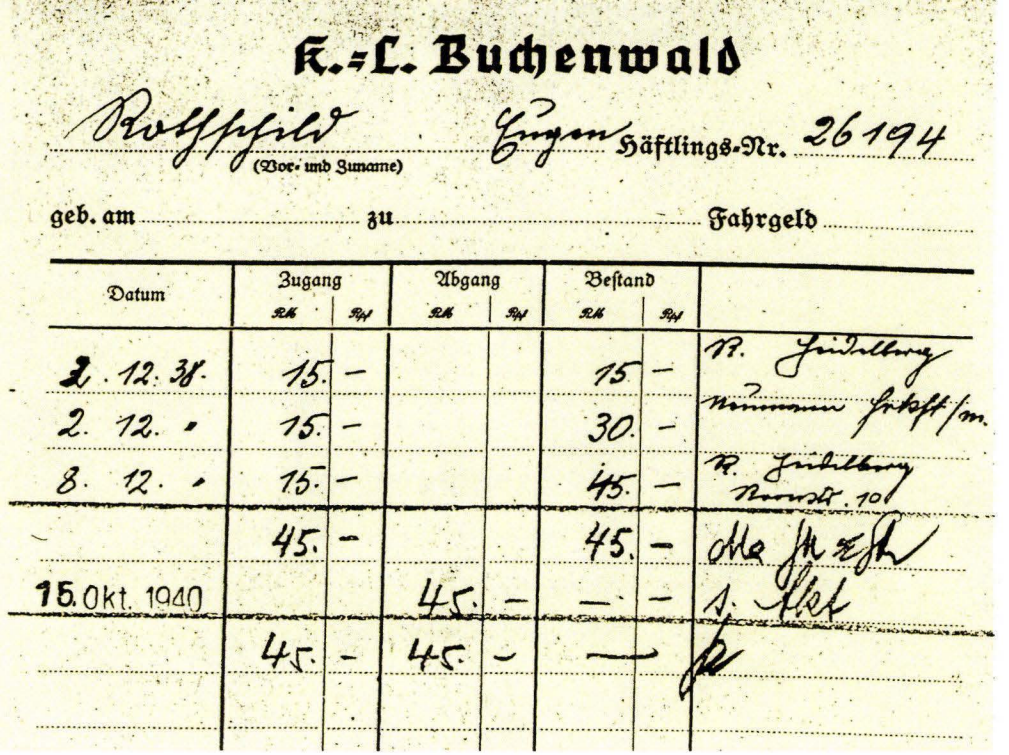
Der Oberurseler wurde Opfer der Ausschreitungen am 9. November 1938. „Der mit der Durchführung der ´Judenaktion` beauftragte Sturmführer der SA gab an, er habe der Polizei nur vier (von zwölf) Juden ´vorgeführt`, die anderen seien am nächsten Tag von der Polizei vorgeladen und festgenommen worden. Misshandlungen und Zerstörungen konnten ihm nicht nachgewiesen werden. Er selbst sagte aus, er habe keinen



Wohnungs-Angab E. Rothschild

Datum der Anmeldung	Letzter Aufenthaltsort	Seit	Strasse	Nr.	a) Tag der Abreise b) Tag der Abmeldung	Name des neuen Wohnortes
17.5.1924	Köln	12.5.24		32		
23.12.24		15.7.24		8		
15.7.25		12.4.28	Herzberg	2		

Meldekarte von Eugen Rothschild, Stadtarchiv Oberursel



K.-L. Buchenwald

Rothschild Eugen Häftlings-Nr. 26194

(Voe- und Zuname)

geb. am ..... zu ..... Fahrgeld .....

Datum	Zugang RM	Rpf	Abgang RM	Rpf	Bestand RM	Rpf	
2. 12. 38.	15.	–			15.	–	
2. 12. "	15.	–			30.	–	
8. 12. "	15.	–			45.	–	
	45.	–			45.	–	
15. Okt. 1940			45.	–	—	–	
	45.	–	45.	–	—		

Geldkartei aus dem Konzentrationslager Buchenwald, Gedenkstätte Buchenwald

Befehl zur Zerstörung gegeben, sondern vielmehr persönlich dafür gesorgt, dass jeder einzelne Jude ´anständig gebeten` wurde, mit zur Polizei zu gehen." So wird der verantwortliche Sturmführer im Entnazifizierungsverfahren zitiert.

Entgegen diesen Aussagen kam es in Oberursel, so auch im Fall von Eugen Rothschild, zu schweren Ausschreitungen und Misshandlungen. Mit welcher Brutalität die Täter am 9. November 1938 vorgingen, lässt sich mit Dokumenten belegen, die den Zustand des Hauses zum Zeitpunkt der Verkaufes 1939 beschreiben: „Die Haustüre zeigte zerschlagene Füllungen und Glasscheiben… im WC war das Sitzbecken beschädigt…. Eine Anzahl von Fensterscheiben war zerschlagen… Die Füllungen der Tür des WC waren zerschlagen."

„Als Kind hat mich die Sache mit dem Aquarium besonders beeindruckt. Das Aquarium hatte man aus dem Fenster geschmissen. Die Fische bzw. das, was von ihnen übrig geblieben war, lagen auf dem Boden. Es sah furchtbar aus.", erinnerte sich ein Zeitzeuge, damals ein kleiner Junge.

Ein Blick in die Wohnungs-Kartei des Stadtarchivs gibt Auskunft darüber, dass der Oberurseler am 10. November 1938 „in Schutzhaft genommen" und in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar verschleppt wurde. Dort erhielt er die Häftlings-Nummer 26194. Am 8. Dezember 1938 kam Eugen Rothschild im Lager zu Tode. Da er zuckerkrank war, hatte er im Konzentrationslager keine Überlebenschance.

Ein Zeitzeuge erinnert sich daran, welch eigenartige Erfahrung es war, als plötzlich eine vertraute Person aus dem Gesichtskreis verschwand. Nur hinter vorgehaltener Hand sei über das Verschwinden des Nachbarn gesprochen worden. Heute, so berichtete er, denken viele Oberurseler wieder an Eugen Rothschild. „Wir sprechen oft von ihm."

Eugen Rothschild
1. Mai 1891 in Bensheim – 8. Dezember 1938 in Buchenwald

IN DISSOLUTION - IN AUFLÖSUNG
I. G. FARBENINDUSTRIE AKTIENGESELLSCHAFT

Bescheinigung

Wir bestätigen hierdurch, dass nach den bei uns vorliegenden Unterlagen

Herr Anton Schnitzlein, geb. am 8.10.1888,

wohnhaft Oberursel a/Ts., Liebfrauenstrasse 21b, in seinem Anstellungsverhältnis zur I.G.Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Frankfurt a.M. im Jahre 1938 die Handlungsvollmacht entzogen wurde, weil er mit einer Jüdin verheiratet war.
Aus dem gleichen Grunde wurde Herrn Schnitzlein das Wohnrecht in einer I.G.-Siedlung, die mit ermässigten Mietpreisen ausgestattet war, entzogen.

Nach Prüfung der Vorgänge bestehen bei uns keine Zweifel, dass Herr Anton Schnitzlein durch die seinerzeit getroffenen Massnahmen beträchtlichen Schaden erlitten hat.

UNITED STATES ADMINISTRATION
Control Office
I. G. Farbenindustrie A. C.
In Dissolution - In Auflösung
Bertha Schwartz
BERTHA SCHWARTZ
Captain WAC
Executive Director

Bestätigung der US-Kontrollbehörde, dass Anton Schnitzlein wegen seiner jüdischen Ehefrau Diskriminierungen durch die IG-Farben AG ausgesetzt war, HHStAW

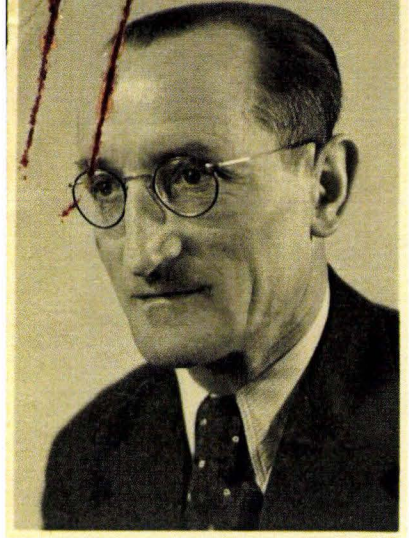


Foto von Anton Schnitzlein für den Ausweis der Betreuungsstelle für politisch, religiös und rassisch Verfolgte, HHStAW

Konzentrationslager Auschwitz
Kommandantur/ Abt. II

Auschwitz, den 11. Januar 1944

An Herrn

Anton Schnitzlein

Oberursel, Liebfrauenstr. 21

Hessen Nassau

Ihre Ehefrau Meta Sara Schnitzlein geb. Frank, geb am 23.9.1895

ist am 20. Dezember 1943 an den Folgen von Lungenentzündung

im hiesigen Krankenhaus verstorben.

Die Leiche wurde im staatlichen Krematorium eingeäschert.
Die Sterbeurkunde
~~Der Totenschein~~ ist anliegend beigefügt.

Der Lagerkommandant:
I.A.
½-Unterstürmführer

Anlage: 1

KL/67/4.43 100 000

Todesbescheinigung der Lagerkommandantur des KL Auschwitz für Meta Schnitzlein, HHStAW

Die wiederholt nahegelegte Scheidung abgelehnt

Familie Schnitzlein

Meta Frank stammte aus einer jüdischen Familie in Mannheim. Sie heiratete den ebenfalls aus Mannheim kommenden Anton Schnitzlein. Das Ehepaar hatte drei Kinder, die 1917 geborene Annemarie, den 1921 geborenen Sohn Hartwig und die 1919 geborene Tochter Ruth, die ein halbes Jahr nach ihrer Geburt starb. Beide Ehepartner waren laut Einwohnermeldekarte als religionslos geführt. Anton Schnitzlein war 1910 aus der katholischen Kirche ausgetreten, seine Frau Meta verließ 1927 die jüdische Gemeinde. 1930 zog die Familie nach Frankfurt am Main.

Zur Räumung der Firmenwohnung gezwungen

Anton Schnitzlein war bei den IG Farben in Frankfurt beschäftigt und wohnte mit seiner Familie in einer Siedlung der Firma. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich die Situation der Familie zunehmend. Auf Anton Schnitzlein wurde Druck ausgeübt, er solle sich von seiner Frau scheiden lassen. Er lehnte jedoch die ihm wiederholt nahegelegte Scheidung ab und stand zu seiner Familie. Diese entschiedene Haltung hatte gravierende Konsequenzen für ihn. Anton Schnitzlein wurde 1938 die Handlungsvollmacht bei der IG Farben-AG entzogen und zur Räumung der Firmenwohnung gezwungen.

Ungeachtet der Diskriminierungen, denen er bzw. seine Familie ausgesetzt war, lehnte Anton Schnitzlein es trotz mehrfacher Angebote ab, ins Ausland zu gehen, so berichtete sein Sohn Hartwig später. Die Familie zog nach Oberursel in die Liebfrauenstraße.

Tod in Auschwitz

1939/40 musste sich Schnitzlein mit der „Devisenstelle“ auseinandersetzen, die ihm eine „Sicherungsanordnung“ zuschickte, wonach er nicht mehr frei über sein Vermögen verfügen sollte. Anton Schnitzlein musste der Behörde nachweisen, dass er „Arier“ sei und seine Frau über kein eigenes Vermögen verfüge. Schließlich wurde die „Sicherungsanordnung“ wieder aufgehoben und „das Verfahren eingestellt“.

1943 ändert sich die Situation dramatisch. Meta Schnitzlein gehörte zu den jüdischen „Mischehepartnern", die im Mai 1943 zur Gestapo bestellt und anschließend inhaftiert wurden. Am 15. November 1943 wurde sie mit einem Sondertransport vom Polizeigefängnis in Frankfurt aus nach Auschwitz transportiert. Dort starb sie fünf Wochen später, am 20. Dezember 1943, angeblich durch „Lungenentzündung", wie der Familie am 11. Januar 1944 von der Lager-Kommandantur des Konzentrationslagers Auschwitz mitgeteilt wurde.

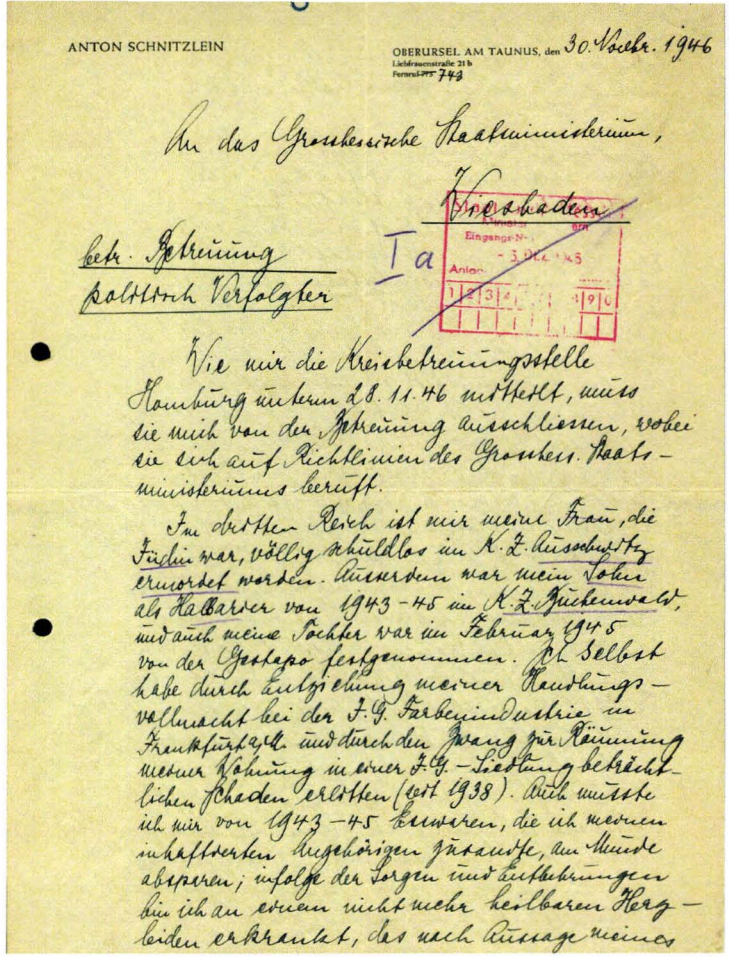
Meta Schnitzleins Mutter, Adele Frank, wurde ebenfalls Opfer des Holocaust. Sie wurde im Oktober 1940 ins Lager Gurs in Südfrankreich deportiert, wo sie am 4. Dezember 1940 starb.

Auch die beiden Kinder waren zunehmenden Diskriminierungen ausgesetzt. Hartwig Schnitzlein durfte nicht studieren. 1942/43 arbeitete er bei der Firma Faudi Feinbau, wo er auf Veranlassung des Betriebsobmanns der DAF nur als technische Hilfskraft geführt und bezahlt wurde.

Hausdurchsuchung in der Liebfrauenstraße

Wenige Wochen vor der Verhaftung der Mutter hatte es eine Hausdurchsuchung im Hause der Schnitzleins gegeben, bei der Bücher beschlagnahmt worden waren. Hartwig Schnitzlein wurde verhaftet und in das Polizeigefängnis in Frankfurt gebracht. Meta Schnitzlein, zu dieser Zeit ebenfalls in Haft in Frankfurt, bat am 29. September 1943 um Erlaubnis, ihren Sohn sprechen zu können. Begründung: „mein Gesundheitszustand". Ihr Sohn wurde im Oktober 1943 nach Buchenwald gebracht. Hartwig Schnitzlein überlebte das Konzentrationslager, das im April 1945 befreit wurde. Der Oberurseler hatte Typhus, war abgemagert und wog nur noch 34 Kilogramm.

Auch seiner Schwester Annemarie drohte noch im Februar 1945 der Abtransport „zum Arbeitseinsatz in Theresienstadt". Zusammen mit anderen jungen Oberurseler „Mischlingen", die ebenfalls eine solche Vorladung bekommen hatten, kam sie mit dem Schrecken davon. Nach kurzer Inhaftierung im Polizeigefängnis wurde die Gruppe noch am selben Tag wieder entlassen. Doch die Belastungen, denen die Familienmitglieder ausgesetzt waren, gingen nicht spurlos an der jungen Frau vorüber. Sie starb 1953 im Alter von nur 36 Jahren.



ANTON SCHNITZLEIN

OBERURSEL AM TAUNUS, den 30. Novbr. 1946

An das Großhessische Staatsministerium,

Wiesbaden

betr. Betreuung
politisch Verfolgter

Ia

Wie mir die Kreisbetreuungsstelle Homburg unterm 28.11.46 mitteilt, muss sie mich von der Betreuung ausschließen, wobei sie sich auf Richtlinien des Großhess. Staatsministeriums beruft.

Im dritten Reich ist mir meine Frau, die Jüdin war, völlig schuldlos im K.Z. Auschwitz ermordet worden. Außerdem war mein Sohn als Kalfaktor von 1943-45 im K.Z. Buchenwald, und auch meine Tochter war im Februar 1945 von der Gestapo festgenommen. Ich selbst habe durch Entziehung meiner Beschäftigungsmöglichkeit bei der I.G. Farbenindustrie in Frankfurt/Main und durch den Zwang zur Räumung meiner Wohnung in einer I.G.-Siedlung beträchtlichen Schaden erlitten (seit 1938). Auch musste ich mir von 1943-45 Entbehrungen auferlegen, die ich meinen inhaftierten Angehörigen zukommen ließ, um Mittel abzusparen; infolge der Sorgen und Aufregungen bin ich an einem nicht mehr heilbaren Herzleiden erkrankt, das nach Aussage meines

Brief von Anton Schnitzlein an das Großhessische Staatsministerium vom 20. November 1946, HHStAW

Kampf um Anerkennung der Verfolgung

Auch Anton Schnitzlein blieben in der Nachkriegszeit ernüchternde Erfahrungen nicht erspart. Er musste kämpfen, um als Verfolgter anerkannt zu werden. Bitterkeit kommt in seiner Korrespondenz mit der zuständigen Kreisbetreuungsstelle zum Ausdruck. Das Leid, das seine Familie erlebt hatte, konnte durch die Anerkennung als Verfolgter nicht „wiedergutgemacht" werden, aber wenigstens gelang es Anton Schnitzlein, das zuständige Ministerium von der Plausibilität seiner Ausführungen zu überzeugen und einen Betreuungsausweis zu erhalten.

Meta Schnitzlein, geborene Frank
23. September 1895 in Mannheim – 20. Dezember 1943 in Auschwitz



Homburger Straße 15, heute Eppsteiner Straße, das Geburts- und Wohnhaus von Josef Schwarzschild, Sammlung Bernd Ochs

he ich ..... Stück Durchschriften der Benachrichtigungsschreiben gemäß Abschnitt III
igsanordnung. Ich bin Fürsorge-Empfänger und habe kein eigenes Vermögen.

Josef Israel Schwarzschild
(Unterschrift des Ehemannes)

zugleich im Namen meine..... minderjährige..... Kinde.....

Den Erklärungen meines Ehemannes schließe ich mich an.

Selma Sara Schwarzschild
(Unterschrift der Ehefrau)

geborene Brandes

Unterschrift des Ehepaars Josef und Selma Schwarzschild unter die „Sicherungsanordnung", HHStAW

Beleg Nr. 13

S. SCHWARZSCHILD
WERKSTÄTTE FÜR GRABMAL-KUNST

FERNRUF: ZEPPELIN 56511
POSTSCHECK.: FRANKFURT 64419
BANKKONTO: DEUTSCHE BANK,
DEPOSITENKASSE C

FRANKFURT-MAIN
WEBERSTRASSE 39

Den 19. März 1928

Briefkopf der Firma S. Schwarzschild, HHStAW

„Bescheidene, ruhige und einfache Menschen"

Josef und Selma Schwarzschild

Josef Schwarzschild wurde am 22. Oktober 1869 in Oberursel geboren. Seine Familie lebte in der Eppsteiner Straße 15, damals Homburger Straße. Der Vater, Lazarus Schwarzschild, starb früh. Josefs Mutter Sophie heiratete 1876 den Handelsmann Daniel Faber und ist mit ihm auf dem jüdischen Friedhof in Oberursel beerdigt.

Von einigen kürzeren Aufenthalten an anderen Orten unterbrochen lebte Josef Schwarzschild bis zu seiner Heirat in der Homburger Straße, ebenso wie seine beiden Schwestern Henriette und Mathilde. Henriette heiratete den Kaufmann Siegfried Unger, mit dem sie das Textilgeschäft Unger-Schwarzschild in der Unteren Hainstraße in Oberursel führte.

S. Schwarzschild – Werkstätte für Grabmal-Kunst

Im Dezember 1907 heiratete Josef Schwarzschild die aus Peckelsheim, Kreis Warburg, stammende Selma Brandes und zog mit ihr nach Frankfurt am Main. Von Beruf war er Steinbildhauer und laut Protokollbuch des Oberurseler Kriegervereins einer der sieben Bewerber zur Gestaltung des Denkmals „zum Gedächtnis an den ruhmreichen Krieg mit Frankreich 1870/71". Den Zuschlag zur Realisierung des Denkmals bekam allerdings eine auswärtige Firma, die ein günstigeres Angebot unterbreitete.

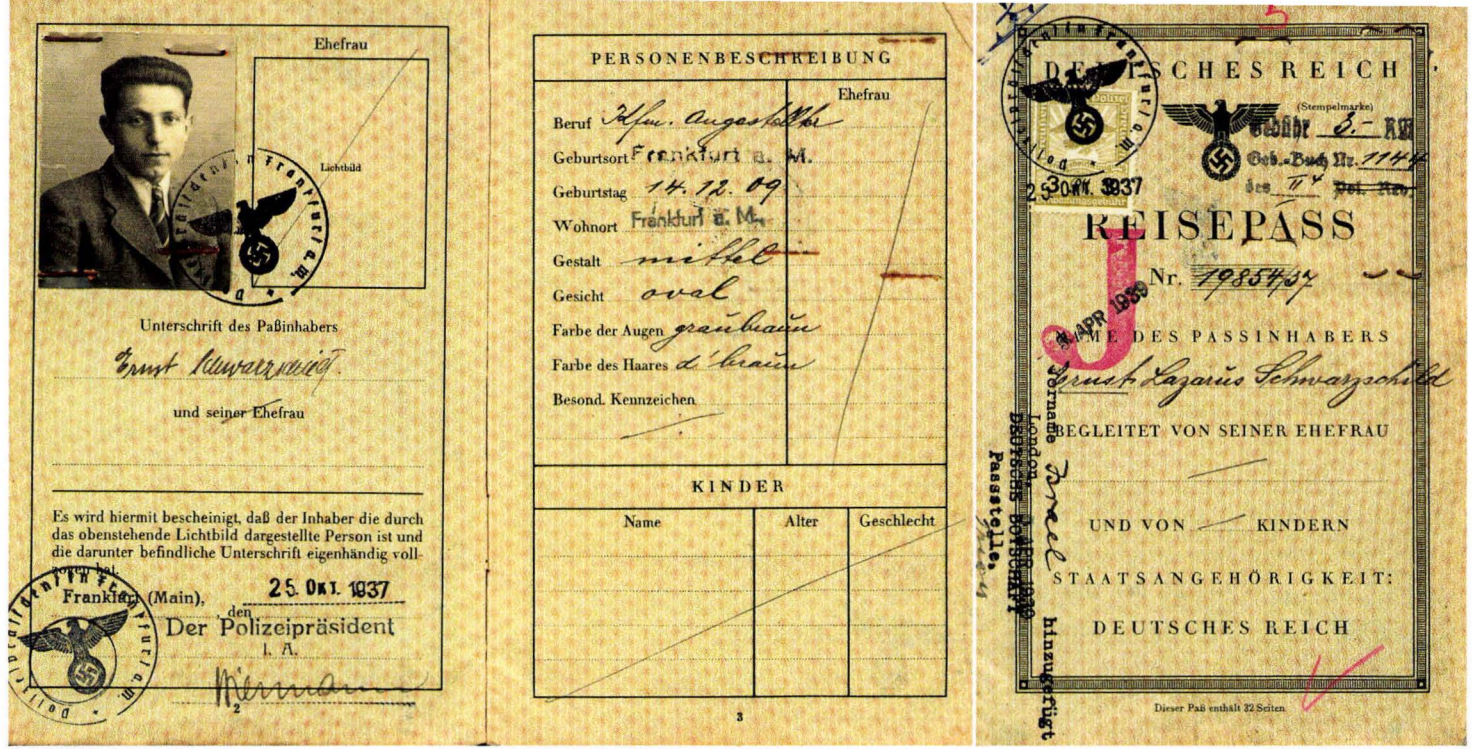
Zusammen mit seiner Frau war Josef Schwarzschild Inhaber des Grabsteingeschäftes „S. Schwarzschild" in der Rat-Beil-Straße, später in der Friedberger Landstraße in Frankfurt. Das Unternehmen arbeitete fast ausschließlich für den Jüdischen Friedhof und beschäftigte ein bis zwei Gesellen.

Aus dem ersten Weltkrieg war Josef Schwarzschild, wie aus Archivunterlagen hervorgeht, als Kriegsversehrter zurückgekehrt. Die Familie lebte in der Weberstraße in Frankfurt. Ein Mitbewohner des Hauses beschreibt Josef und Selma Schwarzschild als „bescheidene, ruhige und einfache Menschen".

Nach dem Beginn der NS-Zeit gingen die Geschäfte immer weiter zurück. In der 1934 erschienenen Broschüre „Antwort auf die Greuel und Boykotthetze der Juden im Ausland", mit der nichtjüdische Kunden davon abgehalten werden sollten, in Geschäften mit jüdischen Besitzern einzukaufen, werden der Bildhauer Josef Schwarzschild und sein Grabsteingeschäft aufgeführt.

„Ich bin Fürsorgeempfänger, habe kein eigenes Einkommen“

1935 zog das Ehepaar in eine kleinere Wohnung in die Eckenheimer Landstraße und musste 1941 in ein Ghettohaus in der Uhlandstraße 52 umsiedeln. Über die soziale Situation des Ehepaars nach dem Novemberpogrom 1938 gibt die sogenannte „Sicherungsanordnung“ Auskunft. „Ich bin Fürsorgeempfänger und habe kein eigenes Vermögen“, teilte Josef Schwarzschild der „Devisenstelle“ des Finanzamtes in Frankfurt am Main im Februar 1941 mit.



Reisepass von Ernst Schwarzschild, später Ernest Shaw, von 1937, HHStAW

Josef Schwarzschild wurde am 15. September 1942 im Alter von 72 Jahren mit seiner 68jährigen Ehefrau Selma bei der neunten großen Deportation (Transport XII/3) aus Frankfurt in das Durchgangs- und Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt, wo er knapp sechs Monate später, am 3. März 1943, starb. Die Ehefrau kam zwei Monate später zu Tode, am 14. Mai 1943.

„Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“

Der Sohn Ernst überlebte und konnte nach England fliehen. Ernst Schwarzschild wurde Opfer des politischen Terrors der Nationalsozialisten. 1908 geboren, besuchte er zunächst das Philantropin. Nach einer kaufmännischen Lehre begann er eine Ausbildung an der Kunstgewerbeschule in Offenbach. Er besuchte die Bildhauerklasse und hatte offensichtlich vor, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten. Ab 1929 war Ernst Schwarzschild bei der Deutsch-Russischen Naphta GmbH beschäftigt, wo er seine Frau Erna kennenlernte. Beide waren politisch engagiert. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten floh Ernst Schwarzschild im März 1933 ins Saargebiet, damals vom Völkerbund verwaltet. Seine Frau Erna hatte vom September 1931 bis Januar 1933 als Stenotypistin im Parteibüro der KPD gearbeitet. Sie folgte ihrem Mann kurze Zeit später, nachdem sie vier Tage in Gestapo-Haft festgehalten worden war. Dort versuchte man sie zu zwingen, den Aufenthaltsort ihres Mannes zu offenbaren. Das Ehepaar kehrte noch im selben Jahr nach Deutschland zurück, um dort gegen die Nationalsozialisten zu arbeiten. Zusammen mit anderen Aktivisten der KPD und der Roten Hilfe wurden sie verhaftet und vom Oberlandesgericht in Karlsruhe zu Haftstrafen verurteilt. Vorgeworfen wurde ihnen „Vergehen gegen das Reichspressegesetz“ und die „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“. Ernst Schwarzschild saß zunächst im Gefängnis in Mannheim und Karlsruhe, von 1935 – 1937 in Frankfurt-Preungesheim, zwischenzeitlich 1936 im Lager Bürgermoor im Emsland.

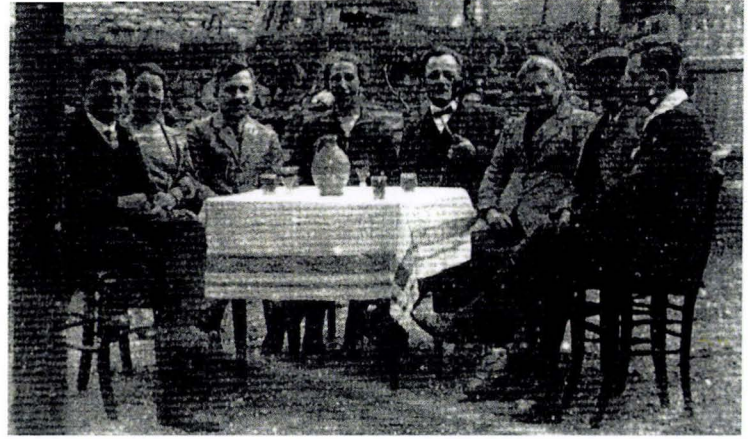
Nach seiner Haftzeit entschloss sich der Frankfurter im Oktober 1937 zur Emigration nach England. Seine Frau folgte ihm ein Jahr später.

Josef Schwarzschild
22. Oktober 1869 in Oberursel - 3. März 1943 in Theresienstadt

Selma Schwarzschild, geborene Brandes
16. Dezember 1873 in Pickelsheim, Kreis Warburg - 14. Mai 1943 in Theresienstadt



Josef Schwarzschild, privat



Josef Schwarzschild (rechts) mit Nachbarn in der Schwanengasse in Steinbach, privat



Nr. der Führerliste: 59 Jahrgang: 08

AUSWEIS

für Herrn Schwarzschild Josef

als Mitglied der Hilfsmannschaft

der Spritze Nr. .....

Der Führer: IV Bothe

Hessische Bürgermeisterei

Mitgliedsausweis der Steinbacher Feuerwehr, privat

„… durch Mörderhand umgebracht“

Josef Schwarzschild

Josef Schwarzschild, genannt „Seppl“, wurde am 21. November 1908 in Oberursel-Bommersheim als Sohn von Abraham Schwarzschild und Amalie, geb. Grünebaum, geboren. Abraham Schwarzschild war Bahnwärter der preußischen Eisenbahngesellschaft und wohnte mit seiner Familie in einem Bahnwärterhäuschen. Ab 1915 besuchte sein Sohn Josef die Schule in Steinbach und absolvierte anschließend eine Lehre als Maurer.

„Seppl“ war für seine große Hilfsbereitschaft bekannt

Josef Schwarzschild wurde Gewerkschaftsmitglied, war ab 1923 aktives Mitglied des Fußballclubs Germania und bis zu seinem Ausschluss 1935 Wasserfahrer bei der Feuerwehr mit der Mitgliedsnummer 145. „Seppl“, wie der Steinbacher von seinen Schulfreunden genannt wurde, war für seine große Hilfsbereitschaft bekannt.

1931 heiratete Josef Schwarzschild seine Schulfreundin Anna Maria Seitz und zog zu ihr in die Schwanengasse. Seine Ehefrau war nichtjüdisch. Trauzeugen waren die beiden Väter. Nach Definition der Nationalsozialisten war dies eine „Mischehe“. Sein Vater Abraham Schwarzschild starb 1935 und ist auf dem jüdischen Friedhof in Oberursel beerdigt.

Josef Schwarzschild arbeitete bis 1932 bei der Deutschen Reichsbahn. Nach Angaben seiner Ehefrau wurde er infolge der Weltwirtschaftskrise wegen „Arbeitsmangels“ entlassen und später aufgrund seiner jüdischen Abstammung nicht wieder eingestellt, weshalb er von 1932-1939 arbeitslos war. Eine jüdische Firma habe ihn ebenfalls abgelehnt, da seine Ehefrau Nichtjüdin war. Bis zu den Nürnberger Rassegesetzen 1935 konnte sich der Steinbacher noch als Feuerwehrmann in seiner Heimatstadt engagieren, bis ihm auch dies verboten wurde.

Konzentrationslager Auschwitz
Kommandantur/Abt.II.

Auschwitz, den 15. Januar 1944

An Frau

Maria Schwarzschild

Steinbach, Schwanengasse 5

Ihr Ehemann Josef Isr.Schwarzschild geb. 21. 11. 1908

ist am 10. 12. 1943 an den Folgen von Herzmuskelschwäche

im hiesigen Krankenhaus verstorben.

Die Leiche wurde im staatlichen Krematorium eingeäschert.

Die Sterbeurkunde
Der Totenschein ist anliegend beigefügt.

Der Lagerkommandant:
I.A.

Anlage: 1

SS-Untersturmführer

Todesmitteilung des KL Auschwitz an die Witwe von Josef Schwarzschild, privat



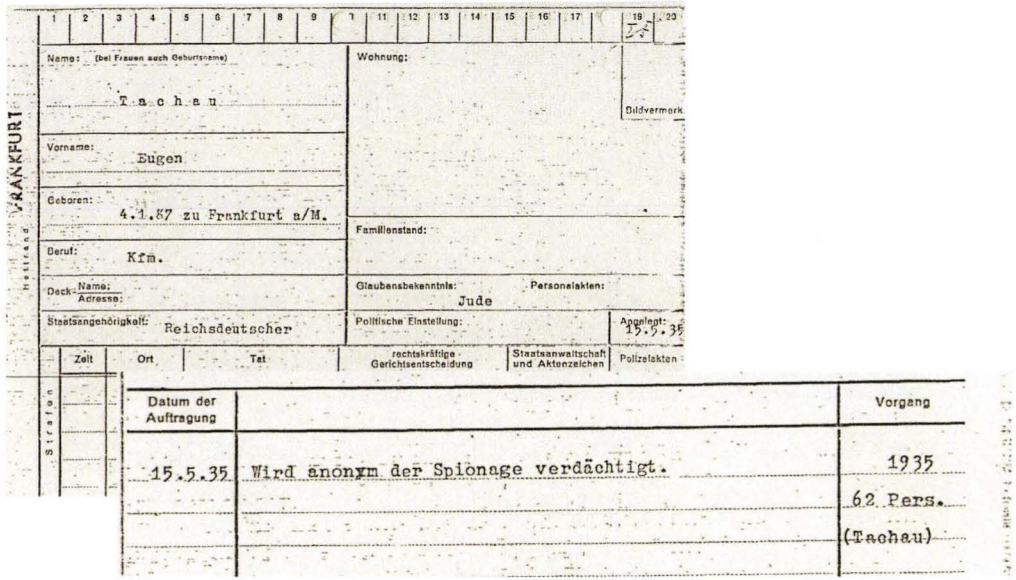
Gedenktafel am früheren Wohnhaus von Josef Schwarzschild in der Schwanengasse in Steinbach, Foto: Angelika Rieber

An Hitlers Geburtstag zur Gestapo geladen

Auf der Familie lastete seit den Nürnberger Rassegesetzen ein enormer Druck. Die nichtjüdischen Ehepartner wurden massiv unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen. Von den Deportationen in die Vernichtungslager 1941/42 blieben die jüdischen „Mischehepartner" zunächst ausgenommen. 1943 wurden im Gau Frankfurt jedoch im Rahmen einer gezielten Kriminalisierungswelle im April/Mai 1943 den jüdischen „Mischehepartnern" Verfehlungen unterstellt, die den Behörden den formalen Anlass für Verhaftungen gaben und den Betroffenen sowie den Angehörigen zudem noch das Gefühl vermittelten, ein möglicher eigener Fehler sei Anlass der Verhaftung gewesen. Im April 1943 wurde Josef Schwarzschild zur Gestapo geladen und verhaftet. Vorgeworfen wurde ihm, er habe den gelben Stern, mit dem die jüdische Bevölkerung ab dem 1. September 1941 gekennzeichnet worden war, nicht ordnungsgemäß getragen. In Wirklichkeit wurde Josef Schwarzschild Opfer einer gezielten Verhaftungswelle. Am 20. April 1943 wurde der Steinbacher zunächst in das Gefängnis in Offenbach gebracht, dann nach Darmstadt und später in das „Arbeitserziehungslager" Frankfurt-Heddernheim. Von dort aus wurde er am 3. September 1943 nach Auschwitz deportiert, wo er zu Tode kam.

Dazu seine Ehefrau:
An „Hitlers Geburtstag wurde er zur Geheimen Staatspolizei Darmstadt geladen und ist von dort aus nicht mehr zurückgekehrt. Am 15. Jan. 1944 erhielt ich die Nachricht, dass mein Mann am 10.12.43 infolge von Herzmuskelschwäche verstorben sei. … Das ist er auf keinen Fall, sondern er wurde durch Mörderhand umgebracht."

Josef Schwarzschild
21. November 1908 in Oberursel-Bommersheim – 10. Dezember 1943 in Auschwitz



FRANKFURT

Name: (bei Frauen auch Geburtsname)
Tachau

Wohnung:

Bildvermerk

Vorname:
Eugen

Geboren:
4.1.87 zu Frankfurt a/M.

Familienstand:

Beruf:
Kfm.

Deck-Name:
Adresse:

Glaubensbekenntnis:
Jude

Personalakten:

Staatsangehörigkeit:
Reichsdeutscher

Politische Einstellung:

Angelegt:
15.9.35

Zeit	Ort	Tat	rechtskräftige Gerichtsentscheidung	Staatsanwaltschaft und Aktenzeichen	Polizeiakten

Strafen

Datum der Auftragung		Vorgang
15.5.35	Wird anonym der Spionage verdächtigt.	1935 62 Pers. (Tachau)

Gestapokarteikarte für Eugen Tachau aufgrund einer anonymen Anzeige wegen Spionage, HHStAW



Grabstein auf dem Jüdischen Friedhof in der Eckenheimer Landstraße in Frankfurt: Friedhof Block 5 Gruppe C Grab 94, Foto: Majer Szanckower

„Wirf alle Sorgen von dir“

Familie Tachau

Eugen Tachau, 1887 geboren, ließ sich 1912 in der evangelischen Christuskirche in Oberursel taufen. Seine Eltern, Adele und Albert Tachau, waren nach der Eintragung im Taufbuch israelitischer Religion. Wenige Tage später heiratete Eugen Tachau die aus Oberstedten stammende Emma Caroline Dillenburg. Das Ehepaar und die beiden Kinder wohnten in der Hohemarkstraße in Oberursel. Der Ehe war offensichtlich wenig Glück beschert. Bereits 1918 ließ sich das Ehepaar scheiden. Danach zog Eugen Tachau wieder nach Frankfurt am Main zurück.

„Wird anonym der Spionage verdächtigt“

1934 entschloss sich Eugen Tachau nach langer Arbeitslosigkeit, sich im Ausland eine neue Existenz aufzubauen und lebte in Holland und in Frankreich. Kurzzeitig war er 1935/36 wieder zu Hause. In dieser Zeit gab es eine anonyme Anzeige gegen ihn wegen angeblicher Spionage. Am 15. Mai 1935 wurde diesbezüglich eine Gestapo-Karteikarte angelegt (HHStAW).

1937 ging Eugen Tachau wieder nach Frankreich. Von dort aus wurde er am 12. August 1942 mit dem Transport Nr. 18 von Drancy aus nach Auschwitz-Birkenau deportiert, wo er ermordet wurde.

„Er verschwieg, daß er Jude ist, wozu er so weit ging, daß er als Jude den deutschen Gruß anwendete“

Auch seine Eltern, Albert und Adele Tachau, wurden Opfer der Shoa. Adele Tachau, 1864 in Heddernheim geboren, heute ein Stadtteil von Frankfurt am Main, heiratete 1886 den Kaufmann und Bankbeamten Albert Tachau, der aus Hamburg-Harburg stammte. Das Ehepaar zog 1910 vorübergehend nach Oberursel in die Hohemarkstraße und drei Jahre später wieder zurück in die Mainmetropole. Der Frankfurter Sparkasse, bei der Albert Tachau von 1929 bis 1938 arbeitete, war seine jüdische Herkunft offensichtlich nicht bekannt. Im Oktober 1938 wurde er aufgefordert, einen „Ariernachweis“ zu erbringen. Da er diesen aufgrund seiner jüdischen Herkunft nicht vorlegen konnte, wurde er entlassen und darüber hinaus der Unterschlagung und Urkundenfälschung bezichtigt. Tachau wurde 1938 verhaftet, da die Ermittlungen ergeben hätten, dass Tachau seine Stellung bis in die jüngste Zeit nur hätte halten können, „indem er verschwieg, daß er Jude ist, wozu er so weit ging, daß er als Jude den deutschen Gruß anwendete“. Vermutlich handelte es sich bei der unterstellten Unterschlagung um eine bewusste Kriminalisierung, um damit die Entlassung zu legitimieren. Insbesondere Christen jüdischer Herkunft sowie nichtjüdische Ehepartner aus sogenannten „Mischehen“ wurden in dieser Zeit häufig Opfer von Denunziationen und falschen Anschuldigungen.

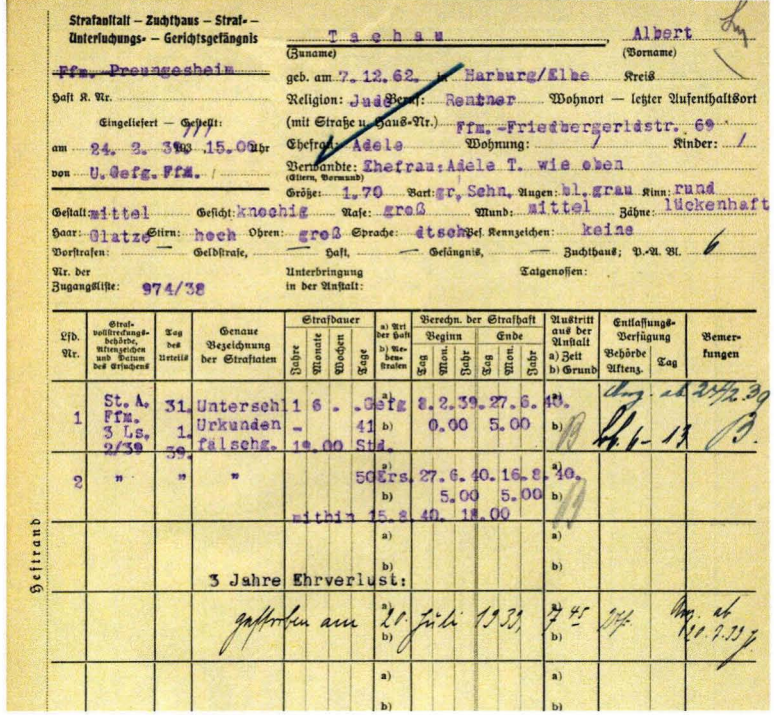
„Mein lieber, bester Albert“

Nach seiner Verurteilung kam Albert Tachau in das Strafgefängnis in Frankfurt-Preungesheim.

Da es bislang keine Fotos von ihm gibt, können wir uns ansatzweise eine Vorstellung vom Aussehen Albert Tachaus anhand der in Preungesheim angelegten Karteikarte machen. Der Bankbeamte war demnach von mittlerer Gestalt, 1,70 m groß, hatte einen großen Schnurrbart und eine Glatze.

Interessanterweise ist die Aufnahmekarte nicht mit dem Zusatznamen „Israel“ versehen, den Juden ab 1938 führen mussten.

In den Unterlagen des Gefängnisses sind neben den monatlichen Besuchen seiner Ehefrau Adele auch die erhaltenen Briefe dokumentiert.



Strafanstalt – Zuchthaus – Straf- – Untersuchungs- – Gerichtsgefängnis

Tachau (Zuname) Albert (Vorname)

Ffm. Preungesheim

geb. am 7. 12. 62. in Harburg/Elbe Kreis

Haft A. Nr. Religion: Jud Beruf: Rentner Wohnort — letzter Aufenthaltsort

Eingeliefert — Gehaft: (mit Straße u. Haus-Nr.) Ffm. -Friedbergerlstr. 69

am 24. 2. 39 15.00 Uhr Ehefrau: Adele Wohnung: / Kinder: /

von U. Gefg. Ffm. / Verwandte: Ehefrau: Adele T. wie oben (Eltern, Vormund)

Größe: 1.70 Bart: gr. Schn. Augen: bl. grau Kinn: rund

Gestalt: mittel Gesicht: knochig Nase: groß Mund: mittel Zähne: lückenhaft

Haar: Glatze Stirn: hoch Ohren: groß Sprache: dtsch Bes. Kennzeichen: keine

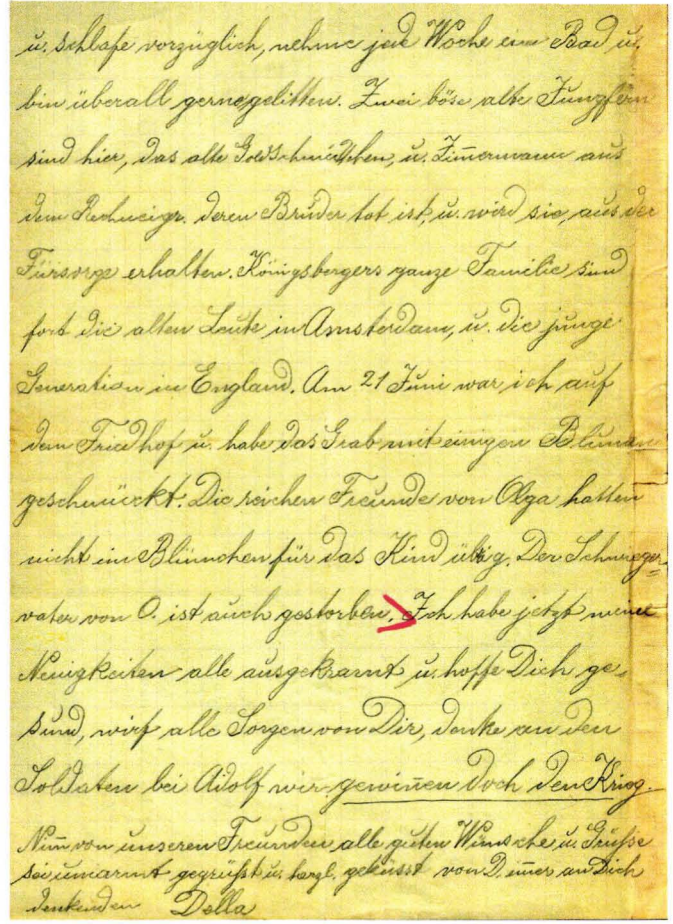
Vorstrafen: — Geldstrafe, — Haft, — Gefängnis, — Zuchthaus; P.-A. Bl. 6

Nr. der Zugangsliste: 974/38 Unterbringung in der Anstalt: Tatgenossen:

Gestrandt

Lfd. Nr.	Strafvollstreckungsbehörde, Aktenzeichen und Datum des Urteils	Tag des Urteils	Genaue Bezeichnung der Straftaten	Strafdauer Jahre	Monate	Wochen	Tage	a) Art der Haft b) Nebenstrafen	Berechn. der Strafhaft Beginn Tag	Mon.	Jahr	Ende Tag	Mon.	Jahr	Austritt aus der Anstalt a) Zeit b) Grund	Entlassungs-Verfügung Behörde Aktenz.	Tag	Bemerkungen
1	St. A. Ffm. 3 Ls. 2/39	31. 1. 39	Unterschl Urkunden fälschg.	1	6	-	3 41	a) Gefg b)	8. 2. 39	27. 6.	39	0.00	5.00		a) 18. b)			Ang. 25.2.39
2	"	"	"				50	a) Frs. b)	27. 6. 39	16. 8.	40.	5.00	5.00		a) 10. b)			
				mithin					15. 8. 40.			10.00						
			3 Jahre Ehrverlust:					a) b)							a) b)			
			gestorben am					a) 20. Juli 1939 b)							a) 7.45 b)			Mg. ab 21.7.39
								a) b)							a) b)			

Karteikarte für den Häftling Albert Tachau, HHStAW



Brief von Adele Tachau an ihren Mann, HHStAW

„Mein lieber, bester Albert,
Deinen lieben Brief habe ich erhalten und mich sehr gefreut, daß ich Dir mit den guten Nachrichten einen Lichtblick in Dein einsames Dasein schaffen konnte. Aus Frankreich erhielt ich gute Nachrichten und tausend Grüße für Dich....
Ich habe jetzt meine Neuigkeiten alle ausgekramt und hoffe Dich gesund. ...
Nun von unseren Freunden alle guten Wünsche und Grüße. Sei umarmt, gegrüßt und herzlich geküsst von Deiner an Dich denkenden Della.“

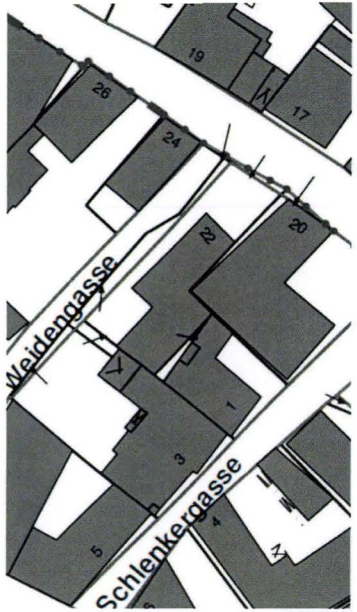
Adele Tachau, die mit ihren Zeilen ihrem Mann Mut zusprechen wollte, lebte seit seiner Verhaftung im Jüdischen Altersheim in der Niedenau 25 in Frankfurt am Main. Ihrem Mann ging es nicht gut. Ab dem 17. Juli 1939 war Albert Tachau krank gemeldet. Drei Tage später vermerkt die Gefängnisleitung den Tod des Frankfurters, möglicherweise durch Suizid.

Adele Tachau wurde im August 1942 nach Theresienstadt deportiert. Als Todesdatum nennt das Bundesarchiv den 8. Mai 1943.

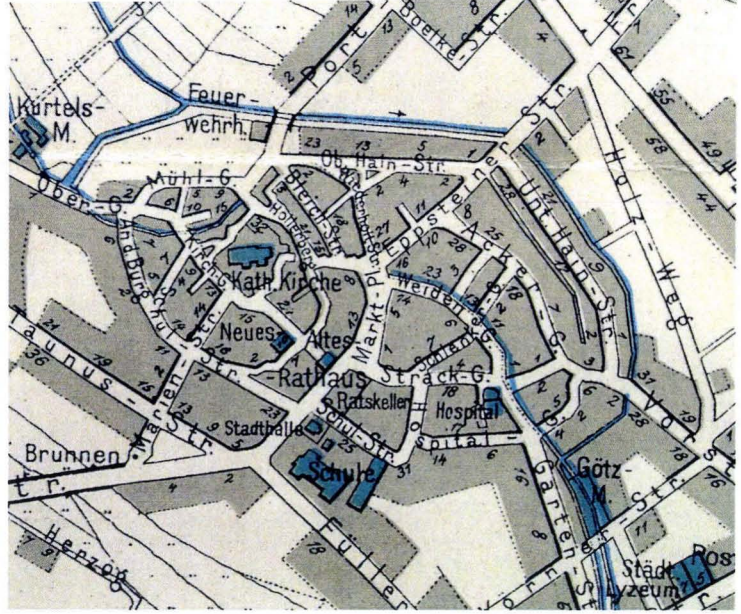
Adele Tachau, geborene Oppenheimer
30. Januar 1864 in Frankfurt - Heddernheim – 8. Mai 1943 in Theresienstadt

Albert Tachau
7. Dezember 1862 in Hamburg - Harburg – 20. Juli 1939 in Frankfurt am Main

Eugen Tachau
4. Januar 1887 in Frankfurt am Main – 12. August 1942 in Auschwitz



Ausschnitt aus Lageplan der Stadtverwaltung Oberursel, 2011, mit der heutigen Numerierung



Stadtplan von Oberursel von 1931, Stadtarchiv Oberursel

„...weil er verschwiegen hatte, jüdischer Abstammung zu sein“

Familie Vos

Isaac Vos, Handelsmann, so wird der Oberurseler in den Geburtsanzeigen seiner Kinder gekennzeichnet. Seine erste Ehefrau Margarete Hess, genannt Gretchen, stammte ebenfalls aus Oberursel. Die Familie lebte in der Ackergasse 34, heute 22. Das Ehepaar hatte sechs Kinder, die Töchter Caroline (1874), Dina (1875), Emma (1877) und Luise (1878), die nur ein Jahr nach ihrer Geburt starb, sowie die Söhne Albert (1880) und Leopold (1882). Gretchen Vos starb 1882 im Alter von 39 Jahren. Nach ihrem Tod heiratete Isaac Vos wieder. Mit Mina Rothschild hatte er noch zwei weitere Töchter, Bertha (1886) und Johanna (1887). Zu dieser Zeit lebte die Familie in der Bleichstraße 2, heute 13.

Über die weiteren Lebenswege der Familienmitglieder ist nur wenig bekannt.

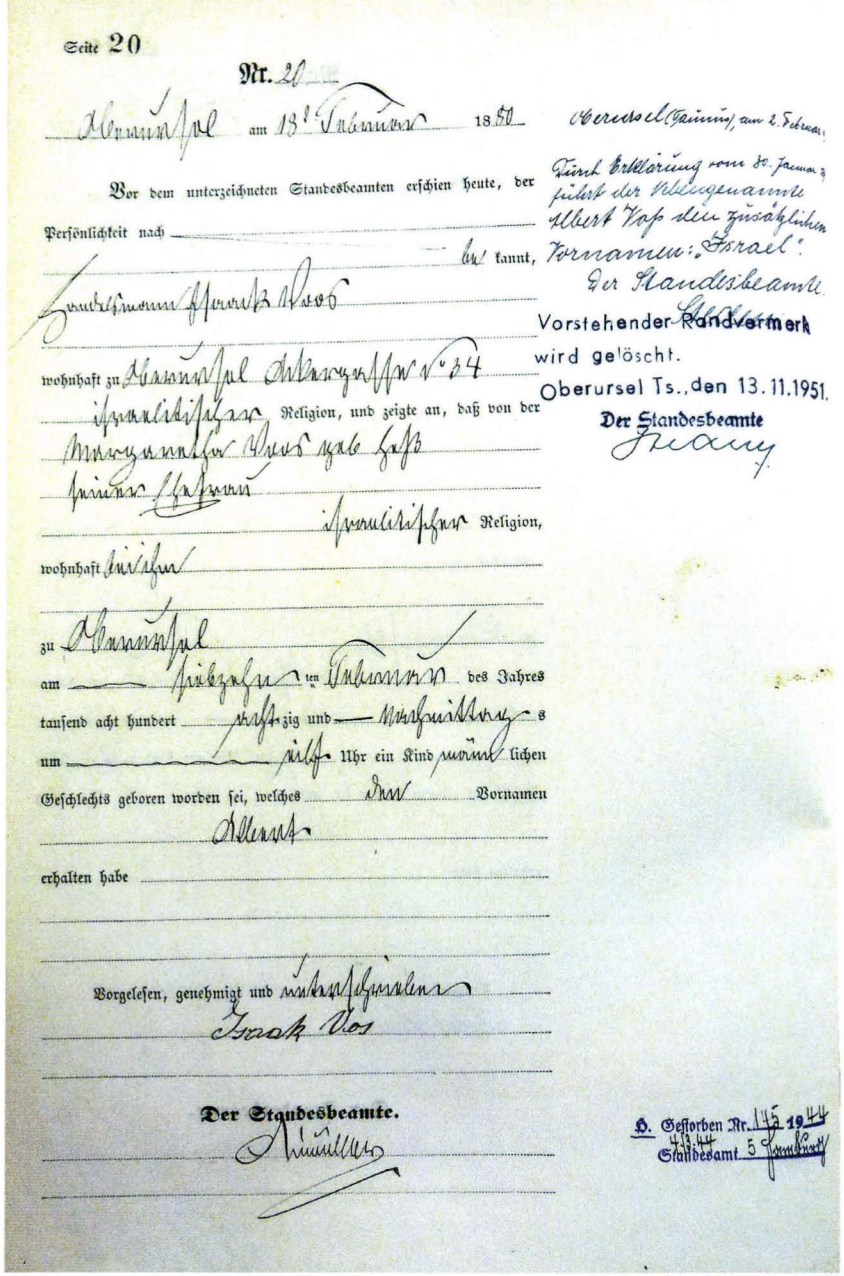
Dies gilt insbesondere für die Schicksale der drei Töchter aus der ersten Ehe sowie für Mina Vos, die zweite Ehefrau von Isaac Vos. Belegt ist, dass die beiden Söhne Leopold und Albert sowie die Töchter Bertha und Johanna Opfer der NS-Herrschaft wurden.

„Vergehen gegen die Judengesetzgebung“

Albert Vos

Albert Vos wurde am 17. Februar 1880 als Sohn von Isaak und Margarete Vos in Oberursel geboren. Seine Geburtsurkunde im Stadtarchiv Oberursel enthält den Vermerk, dass er 1944 in Hamburg zu Tode kam. Dort lebte er mit seiner Frau Henriette. Sie war Christin. Albert Vos konvertierte und wurde mit der Religionsangabe römisch-katholisch geführt. Das Ehepaar heiratete 1904 und hatte 5 Kinder, die zwischen 1903 und 1911 geboren wurden.

Von Beruf war Albert Vos Schneider. Er hatte einen eigenen Betrieb, den er 1936 aufgab, und arbeitete anschließend bei verschiedenen Firmen als Zuschneider. Offenbar war seine jüdische Herkunft in Hamburg zunächst nicht bekannt. Dies änderte sich 1942. „Durch Erklärung vom 30. Januar 1942 führt der Nebengenannte den zusätzlichen Vornamen ‚Israel‘ “, vermerkte der Oberurseler Standesbeamte am 2. Februar 1943. Eigentlich wäre Albert Vos seit Januar 1939 verpflichtet gewesen, diesen Zusatznamen anzugeben. Mit dieser Eintragung war die jüdische Herkunft amtlich. Am 20. August 1942 wurde Albert Vos von der Gestapo an seinem Arbeitsplatz



Seite 20

Nr. 20

Homburg am 18. Januar 1850

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach ___ bekannt, Handelsmann Israel Vos

wohnhaft zu Homburg Obergasse No 34 israelitischer Religion, und zeigte an, daß von der Marianne Vos geb. Loeb seiner Ehefrau israelitischer Religion, wohnhaft hierher zu Homburg am siebzehnten des Januars des Jahres tausend acht hundert fünfzig und neunundvierzig um zehn Uhr ein Kind männlichen Geschlechts geboren worden sei, welches den Vornamen Albert erhalten habe

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Israel Vos

Der Standesbeamte.

Homburg, den 2. Februar 1850

Nach Erklärung vom 30. Januar d. J. führt der Vorstehende den zusätzlichen Vornamen: Israel.

Der Standesbeamte

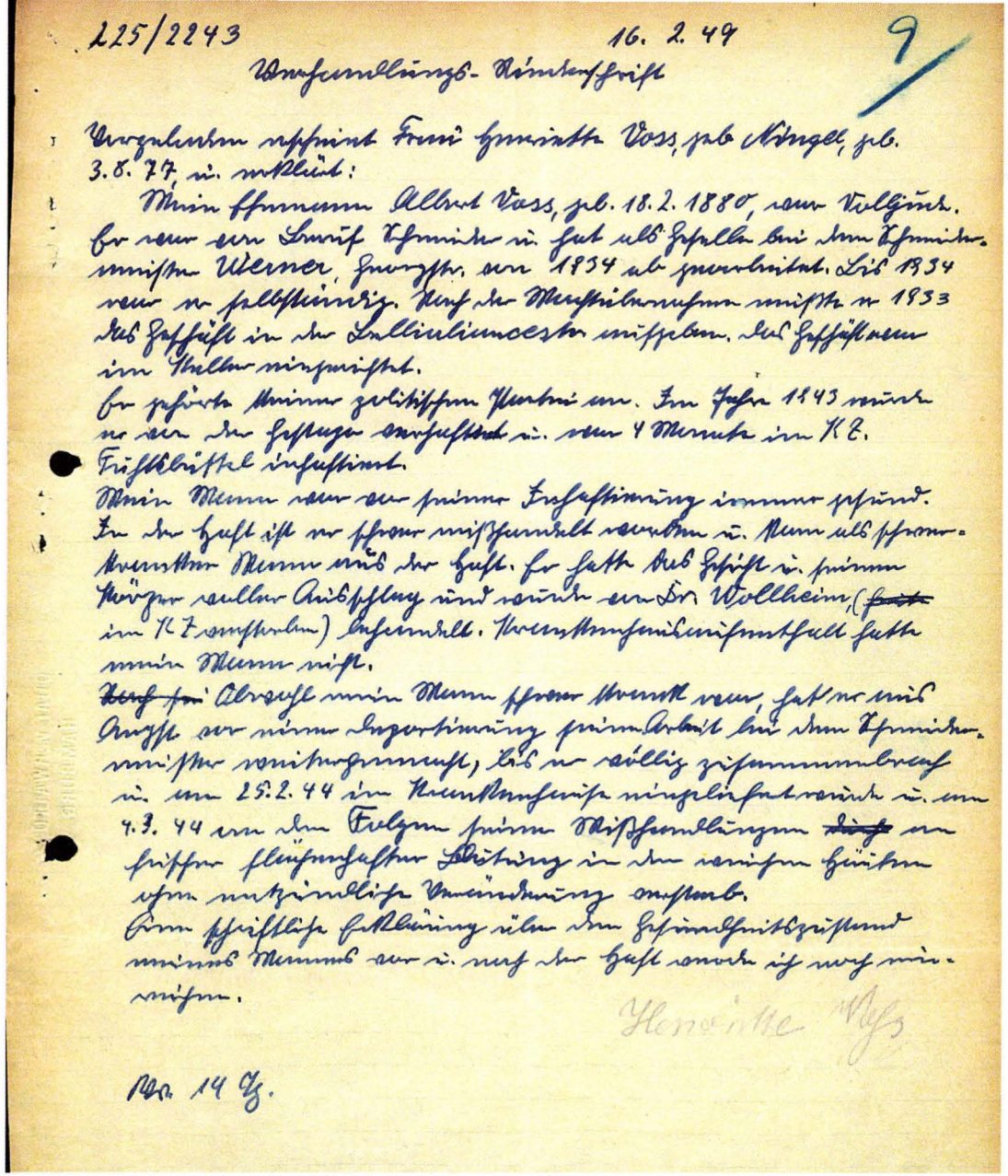
Vorstehender Randvermerk wird gelöscht.

Oberursel Ts., den 13. 11. 1951.

Der Standesbeamte

H. Gestorben Nr. 145 1944 Standesamt 5 Hamburg

Geburtsurkunde von Albert Vos mit dem Vermerk zur Annahme des Zusatznamens Israels, Stadtarchiv Oberursel



225/2243 16. 2. 49

Vernehmungs-Niederschrift

9

Vorgeladen erscheint Frau Henriette Voss, geb. Nagel, geb. 3.8.77 u. erklärt:

Mein Ehemann Albert Voss, geb. 18.2.1880, war Volljude. Er war ein Zweig Schneider u. hat als Geselle bei dem Schneidermeister Werner, Juergstr. von 1834 ab gearbeitet. Bis 1934 war er selbständig. Auf der Meldebescheinigung müßte er 1933 das Geschäft in der Lallinkircherstr. angegeben haben. Das Geschäft war im Keller eingerichtet.

Er erhielt seinen gelblichen Pass am. Im Jahre 1943 wurde er von der Gestapo vorgeladen u. war 4 Wochen im KZ. Fröhlichstr. inhaftiert.

Mein Mann war vor seiner Inhaftierung immer gesund. In der Haft ist er schwer misshandelt worden u. kam als schwerkranker Mann aus der Haft. Er hatte das Gefühl u. seinem Körper sollen Ausspülung und wurde von Dr. Wollheim (Jude im KZ. angestellt) behandelt. Krankenhausbehandlung hatte mein Mann nicht.

Ab Juli Anfang wurde mein Mann schwer krank, sodass er nicht mehr in der Lage war seine Arbeit bei dem Schneider weiterzuführen, bis er völlig zusammenbrach u. am 25.2.44 in das Krankenhaus eingeliefert wurde u. am 4.3.44 von den Folgen seiner Misshandlungen durch die Gestapo [illegible] Schädigung in der rechten Hüfte mit tödlicher Verletzung starb.

Eine schriftliche Erklärung über den Sachverhalt meines Mannes war u. nach der Haft wurde ich nicht mehr.

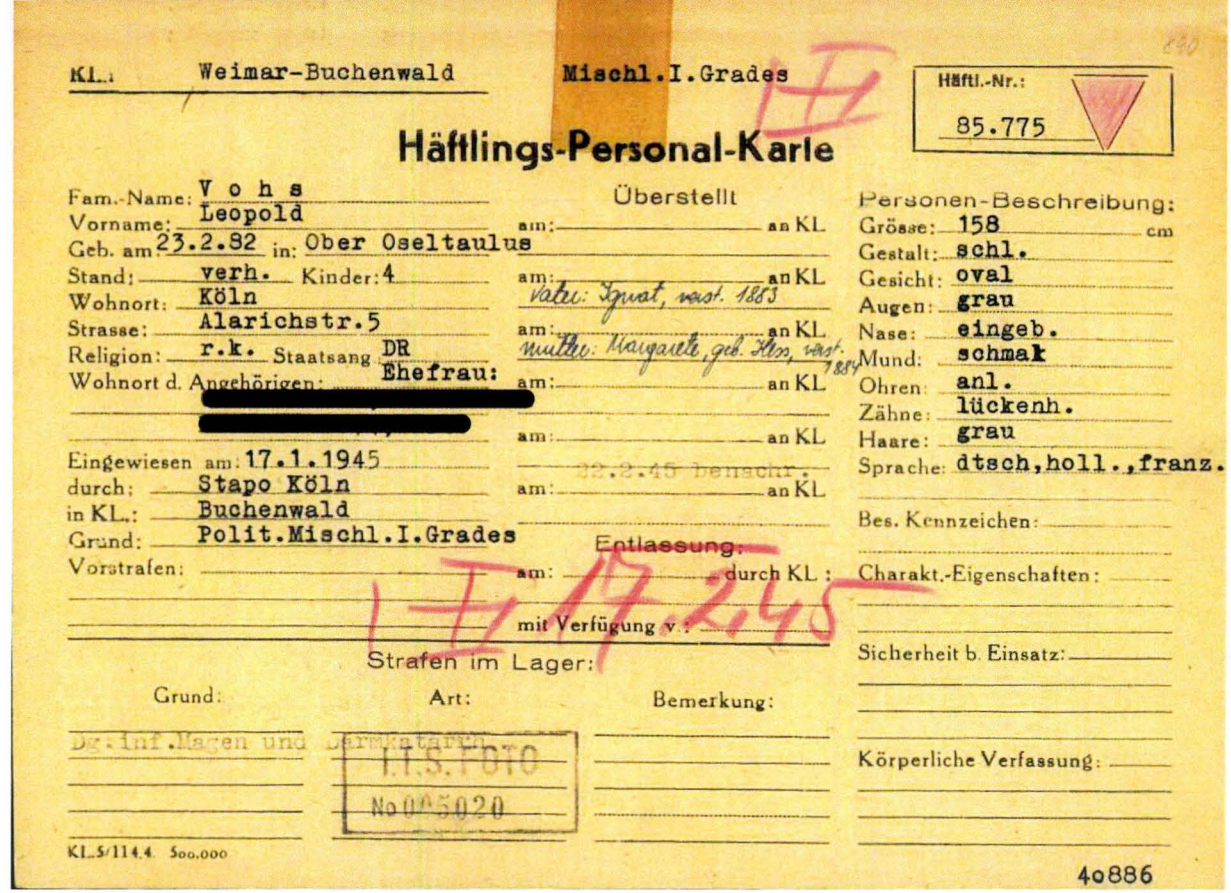
Henriette Voss

Bs. 14 Oz.

Erklärung von Henriette Voss am 16.2.1949, Staatsarchiv Hamburg, 351-1-3361

verhaftet. Er wurde umgehend von einem Schnellgericht wegen Vergehens gegen die Judengesetzgebung und das „Blutschutzgesetz“ angeklagt, weil er verschwiegen hatte, dass er „volljüdischer“ Abstammung war und auch nicht den zusätzlichen Namen Israel geführt hatte. Zu einer Verurteilung kam es jedoch nicht.

Vom 20. August 1942 bis 20. November 1942 saß Albert Vos in Haft im Gefängnis und KZ Fuhlsbüttel. Dort wurde er wohl schwer misshandelt. Der ganze Körper soll voll Ausschlag gewesen sein, berichtete seine Frau. Nach seiner Entlassung aus dem KZ war Albert Vos körperlich angegriffen und auch seelisch zermürbt.



KL.: Weimar-Buchenwald Mischl.I.Grades

Häftl.-Nr.: 85.775

Häftlings-Personal-Karte

Fam.-Name: V o h s
Vorname: Leopold
Geb. am: 23.2.82 in: Ober Oseltaulus
Stand: verh. Kinder: 4
Wohnort: Köln
Strasse: Alarichstr.5
Religion: r.k. Staatsang.: DR
Wohnort d. Angehörigen: Ehefrau: [redacted]

Eingewiesen am: 17.1.1945
durch: Stapo Köln
in KL.: Buchenwald
Grund: Polit.Mischl.I.Grades
Vorstrafen:

Überstellt
am: an KL
am: an KL
Vater: Ignat, verst. 1885
am: an KL
Mutter: Margarete, geb. Hess, verst. 1884
am: an KL
am: an KL
22.3.45 benachr.
am: an KL

Entlassung:
am: durch KL:
mit Verfügung v.:

Strafen im Lager:

Grund:	Art:	Bemerkung:
Dg.inf.Magen und Darmkatarrh		

I.T.S. FOTO No 0[illegible]5020

KL.5/114.4. 500.000

Personen-Beschreibung:
Grösse: 158 cm
Gestalt: schl.
Gesicht: oval
Augen: grau
Nase: eingeb.
Mund: schmal
Ohren: anl.
Zähne: lückenh.
Haare: grau
Sprache: dtsch,holl.,franz.

Bes. Kennzeichen:
Charakt.-Eigenschaften:
Sicherheit b. Einsatz:
Körperliche Verfassung:

I-H-17.245

40886

Häftlings-Personal-Karte Leopold Vohs, Konzentrationslager Buchenwald, 1.1.5.3./7350699, ITS Digital Archive, Bad Arolsen

Aus Angst vor einer Deportierung nahm er wieder eine Arbeit auf, trotz seines angegriffenen Gesundheitszustandes. Kurz vor seiner Einweisung ins Krankenhaus brach er dann völlig zusammen. Albert Vos starb am 4. März 1944 in einem Krankenhaus in Hamburg.

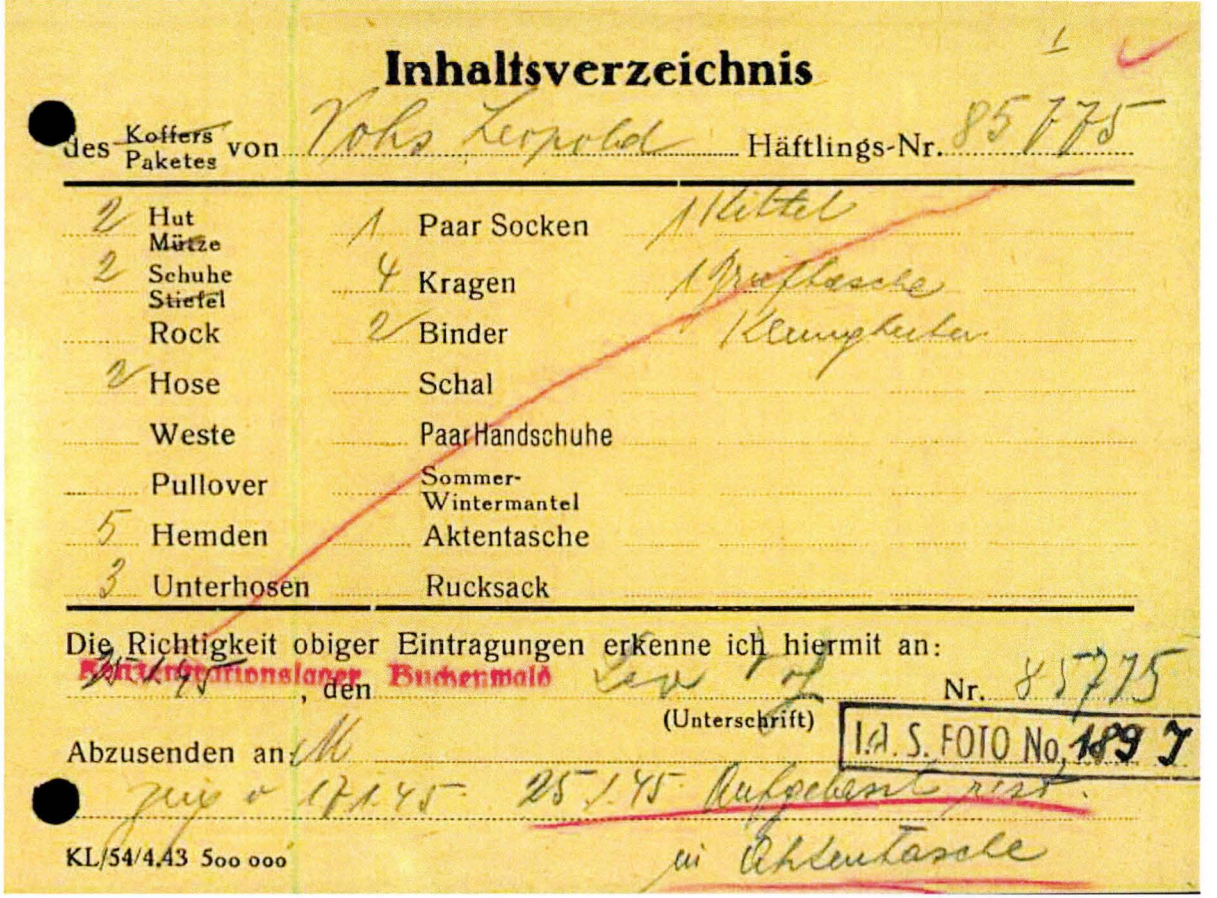
1948/49 beschäftigten sich die Hamburger Behörden mit mit der Frage, ob Albert Vos als Opfer der NS-Verfolgung anzusehen sei. Während der Stationsarzt des Krankenhauses am 15.3.1949 in der von ihm angeforderten Stellungnahme keinen Zusammenhang zwischen dem Tod des Hamburgers und der Haft und den Misshandlungen sah, stellte derselbe fünf Wochen später auf Rückfrage fest: „Durch die mögliche Verschlimmerung des Leidens infolge Inhaftierung kann der Tod des Voss durchaus vorzeitig eingetreten sein.“ Schließlich wurde Albert Vos als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung anerkannt und Henriette Vos als Hinterbliebener eine Rente nach dem „Sonderhilfsrentengesetz“ bewilligt.

„Nichtbefolgen einer Staatspol. Auflage“

Leopold Vos

Der 1882 in Oberursel geborene Kellner Leopold Vos wohnte in Köln. Er war wie sein älterer Bruder mit einer Christin verheiratet. Das Ehepaar hatte vier Kinder. Leopold Vos war laut Stadtarchiv Köln katholischer Konfession.

Unterlagen der Gedenkstätte Buchenwald geben Aufschlüsse über das Schicksal von Leopold Vos. Zunächst fällt auf, dass die Schreibweise des Namens sehr unterschiedlich ist. Neben Vos wird er als Vohs, Voos, Voss und Voß geführt. Da es bislang kein Foto



Inhaltsverzeichnis

des ~~Koffers~~ Paketes von Vohs Leopold Häftlings-Nr. 85775

2	Hut / Mütze	1	Paar Socken
2	Schuhe / ~~Stiefel~~	4	Kragen
	Rock	2	Binder
2	Hose		Schal
	Weste		Paar Handschuhe
	Pullover		Sommer-Wintermantel
5	Hemden		Aktentasche
3	Unterhosen		Rucksack

1 Kittel
1 Brieftasche
1 Kamm

Die Richtigkeit obiger Eintragungen erkenne ich hiermit an:

~~Konzentrationslager~~ Buchenwald, den [illegible] Nr. 85775

(Unterschrift)

I.d.S. FOTO No. 189 7

Abzusenden an: M

[illegible] 25.1.45 Aufgehoben mit

m Aktentasche

KL/54/4.43 500 000

Inhaltsverzeichnis des Paketes von Leopold Vohs, Konzentrationslager Buchenwald, 1.1.5.3./7350701, IST Digital Archive, Bad Arolsen

von Leopold Vos gibt, vermittelt die Personalbeschreibung in der Häftlingsakte eine Vorstellung vom Aussehen des gebürtigen Oberurselers: 1,58 m groß, schlank und graue Haare. Vos sprach laut dieser Personenbeschreibung Französisch und Holländisch, letzteres möglicherweise durch die Tatsache bedingt, dass die beiden Schwestern Johanna und Bertha seit ihrer Heirat in Holland lebten. Der Hinweis auf eine gebrochene Nase und lückenhafte Zähne könnte darauf hindeuten, dass Leopold Vos möglicherweise in der Haft gefoltert worden war.

Laut Fragebogen des Konzentrationslagers Buchenwald wurde Leopold Vos im Oktober 1944 in Köln verhaftet und am 15. Januar 1945 mit einem Sondertransport nach Buchenwald gebracht, wo er einen Monat später, am 17. Februar 1945, verstarb.

Der Fragebogen vermerkt, Vos sei „Mischling 1. Grades". Das Verzeichnis der männlichen Häftlinge, die im Polizeigefängnis Klingelpütz einsaßen, offenbart jedoch den tatsächlichen Hintergrund: „Jude, Haftgrund 1V4b, Nichtbefolgen einer Staatspol. Auflage". Die Geburtsurkunde gibt weitere Aufschlüsse. „Der Nebengenannte hat nach Mitteilung vom Polizeipräsidenten Köln… vom 28. Februar 1942 den zusätzlichen Namen Ísrael` angenommen". Das Verzeichnis der am 15.1.1945 mit einem Sondertransport nach Buchenwald gebrachten Häftlinge führt ihn mit dem verbindlichen zusätzlichen Vornamen als Leopold Israel Voss. In Buchenwald erhält Vos die Häftlingsnummer 85775. Der Personalbogen weist noch weitere Auffälligkeiten auf. Als Vater wird ein Ignaz V. genannt, angeblich 1883 gestorben, der Geburtsort heißt Ober Oseltaulus.

Diese Angaben lassen die Vermutung zu, dass Leopold Vos, ähnlich wie sein älterer Bruder, auf verschiedene Weise, jedoch erfolglos, versuchte, seine Herkunft als „Volljude" zu verbergen und möglicherweise durch ungenaue Angaben Nachforschungen über seine Herkunft zu verhindern.

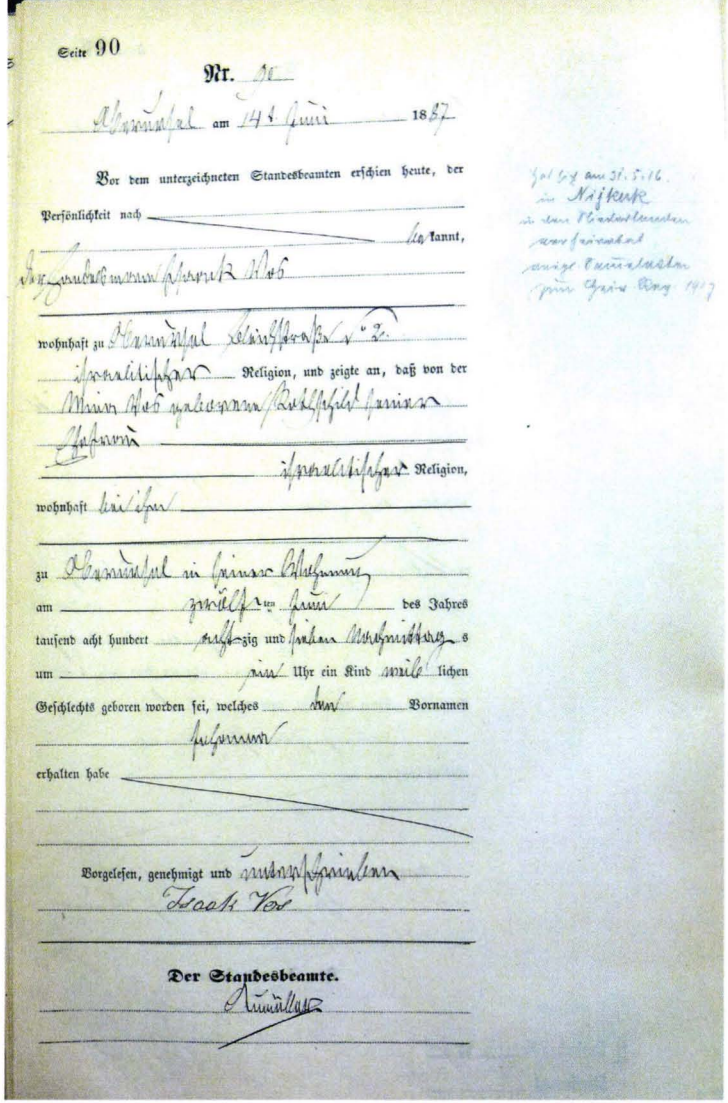
An Leopold Vos und sein Schicksal erinnert heute ein Stolperstein in Köln.

בע״ה op Sjabbos שלח לך,
26 Siwon (21 Juni) 5701
Barmitswo-feest
van onzen jongsten Zoon
JOZEF THEODOOR.
Receptie: 15—17½ uur, Onbekende Gracht 1. 1409
S. HAMMELBURG
J. HAMMELBURG—VOS
Kaarten worden niet verzonden

Ankündigung der Bar-Mizwa von Jozef Theodor Hammelburg, Quelle: Het Joodsche Weekblad vom 13.6.1941, abgedruckt in: www.joodsmonument.nl

ב״ה Sjabbos פ׳ שלח לך, 26 Siewon 5701, hopen onze Ouders hun **ZILVEREN BRUILOFT** te vieren.
Receptie van 15—17½ uur,
Onbekende Gracht 1. 1416
Kinderen HAMMELBURG

Ankündigung der Feier anlässlich der silbernen Hochzeit von Johanna und Simon Hammelburg, Het Joodsche Weekblad, 13. Juni 1941, abgedruckt in: www.joodsmonument.nl


Seite 90
Nr. 56
Oberursel am 14. Juni 1887
Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der
Persönlichkeit nach — bekannt,
wohnhaft zu Oberursel Schulstraße No 2.
israelitischer Religion, und zeigte an, daß von der
israelitischer Religion,
wohnhaft hierselbst
zu Oberursel in seiner Behausung
am zwölften Juni des Jahres
tausend acht hundert sieben und siebenundachtzig
um neun Uhr ein Kind weiblichen
Geschlechts geboren worden sei, welches den Vornamen
Johanna
erhalten habe
Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben
Isaak Vos
Der Standesbeamte.
Schmidt

Geburtsurkunde von Johanna Hammelburg, geb. Vos, Stadtarchiv Oberursel

Zwei Schwestern heiraten zwei Brüder

Johanna und Bertha Hammelburg

Ein ganz anderes Schicksal als ihre beiden Brüder hatten Bertha und Johanna Vos. Die Liebe hatte die beiden Schwestern nach Holland gebracht. Dort mussten sie den Überfall der deutschen Truppen im Mai 1940 auf die Niederlande erleben. Schritt für Schritt setzten die Behörden in dem besetzten Land die bereits in Deutschland geltenden antisemitischen Gesetze um. Ab Mai 1942 wurde die Kennzeichnung der Juden mit dem gelben Stern verordnet. Wenige Woche später begannen die Deportationen aus Holland. Über das Durchgangslager Westerbork wurden die holländischen Juden ebenso wie die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert.

Johanna Hammelburg, geborene Vos

Johanna Hammelburg war die jüngere der beiden Töchter der zweiten Ehefrau von Isaak Vos. Sie wurde 1887 in Oberursel geboren. Einige wenige Informationen über ihr Leben sind in der Gedenkstätte joodsmonument zu erfahren.

1916 heiratete Johanna Vos in Nijkerk den Religionslehrer Simon Hammelburg. Später lebte die Familie in Amsterdam in der Onbekendegracht. Das Ehepaar hatte sechs Kinder: Mina (1917), Hartog (1922), Abraham (1923), Betsy (1924), Emanuel (1926) und Jozef Theodor (1928).

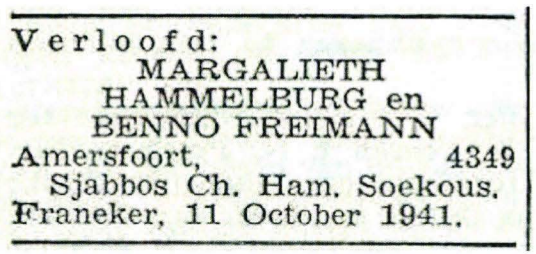
Aus Anzeigen des Jüdischen Wochenblattes erhalten wir kleine Einblicke in das Leben der Familie. Eine Ankündigung gibt die Bar-Mizwa von Josef Theodor, dem Jüngsten, bekannt. Karten wurden nicht versandt, wie wir aus dieser Anzeige erfahren. 1941 feierte das Paar außerdem seine silberne Hochzeit. Darüber informierten die Kinder und luden hierzu ein.



Bertha Hammelburg, geborene Vos, Quelle: Yad Vashem



Margot Freimann-Hammelburg, Tochter von Bertha Hammelburg, Quelle: Yad Vashem, Jerusalem



Verloofd:
MARGALIETH
HAMMELBURG en
BENNO FREIMANN
Amersfoort, 4349
Sjabbos Ch. Ham. Soekous.
Franeker, 11 October 1941.

Verlobung von Margot und Benno Freimann, Het Joodsche Weekblad, 3 Oktober 1941, abgedruckt in: www.joodsmonument.nl

Traurig ist das weitere Schicksal der Familienmitglieder. Johanna Hammelburg wurde laut Bundesarchiv über Westerbork am 30.3./1.4.1943 nach Sobibor deportiert. Sie wurde für tot erklärt. Mögliches Todesdatum von Johanna und Simon Hammelburg sowie der Kinder Josef Theodor, Emanuel und Hartog ist der 4. Juni 1943. Auch die Kinder Betsy, Mina und Abraham wurden Opfer des Holocaust.

Bertha Hammelburg, geborene Vos

Bertha und Johanna hatten zwei Brüder geheiratet. Bertha heiratete den jüngeren Bruder von Simon, Louis Hammelburg, geboren 1891 in Nijkerk. Beide, Bertha und Johanna, bekamen ein Jahr später ihr erstes Kind. Durch ein Gedenkblatt in Yad Vashem ist bekannt, dass es noch einen Sohn gab, der nach Israel ausgewandert war. Bertha Hammelburg lebte mit ihrer Familie in Amersfoort in der Nieuwestraat. Über die Schicksale von Bertha Hammelburg und ihren Mann Louis ist bekannt, dass sie im September 1942 nach Auschwitz deportiert wurden. Dort wurden sie vermutlich am 19. November 1942 ermordet.

Die 1917 geborene Tochter Margot war Krankenschwester in einem deutsch-jüdischen Altersheim. Im Oktober 1941 gab sie ihre Verlobung mit dem aus Treuchtlingen stammenden Emigranten Benno Freimann bekannt. Das Ehepaar Benno und Margot Freimann wurde zunächst in Westerbork interniert. Dort bekam Margot am 12. Januar 1944 einen Sohn, Jechavel. Mutter und Sohn fanden am 19. Oktober 1944 in Auschwitz den Tod. Benno Freimann starb am 18. Januar 1945 in Kaufering, einem Außenlager des KZ Dachau.

Albert Vos
17. Februar 1880 in Oberursel – 4. März 1944 in Hamburg

Leopold Vos
23. Februar 1882 in Oberursel – 17. Februar 1945 in Buchenwald

Bertha Hammelburg, geborene Vos
18. August 1886 in Oberursel – 19. November 1942 Auschwitz

Johanna Hammelburg, geborene Vos
12. Juni 1887 in Oberursel – 4. Juni 1943 Sobibor

FRAGEBOGEN

Betreuungsstelle

ehemalig politisch Verfolgter und deren Hinterbliebenen

Lagerausweis Nr. — Vorname Katharina — geboren am 27. Nov. 18[illegible] / 20.12.84.

Nr. Rescroth — Religion: evangel.

Rexroth — Spengler — Kinder: —

verheiratet/verwitwet/geschieden: —

der Kinder: —

ied der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen: ~~xx~~/nein

Untersuchungshaft gestorben Fr. Starke[illegible]

bis wo:

urteilt wegen: — bis — wo:

chthaus: von — bis — wo:

bis wo:

bis in:

96.

Oberursel (Taunus), den 5. Oktober 1

Die Katharina Rexroth geborene Lüft evangelisch

nhaft in Oberursel (Taunus), Im Köbener 44

am 4. Oktober 1948 um 15 Uhr 25

Oberursel (Taunus), Im Köbener 52

Die Verstorbene war geboren am 27. November 1877

Frankfurt am Main

ndesamt Frankfurt am Main I Nr. 3648

Vater: Peter Lüft

Katharina Josefine Friederike Lüft g

Lager:

Emigration: von

Stellung als Häftling: Entlassen am

Block Nr. Häftlings-Nr.

Bürgen: Johann M e t z , Oberursel (Taunus), Vors

Jean Elsenheimer, Oberursel (Taunus), Allee

Grund der Verhaftung: Polizei Vorbereitung zum Hoc

Vorstrafen: —

Im Lager zugezogene Krankheiten: —

Im Lager verstorbene Angehörige: —

tützung durch Haft: —

Der Gene[illegible]

O.Js. 142/37 u. 144/37

A n k l a g e s c h r i f t !

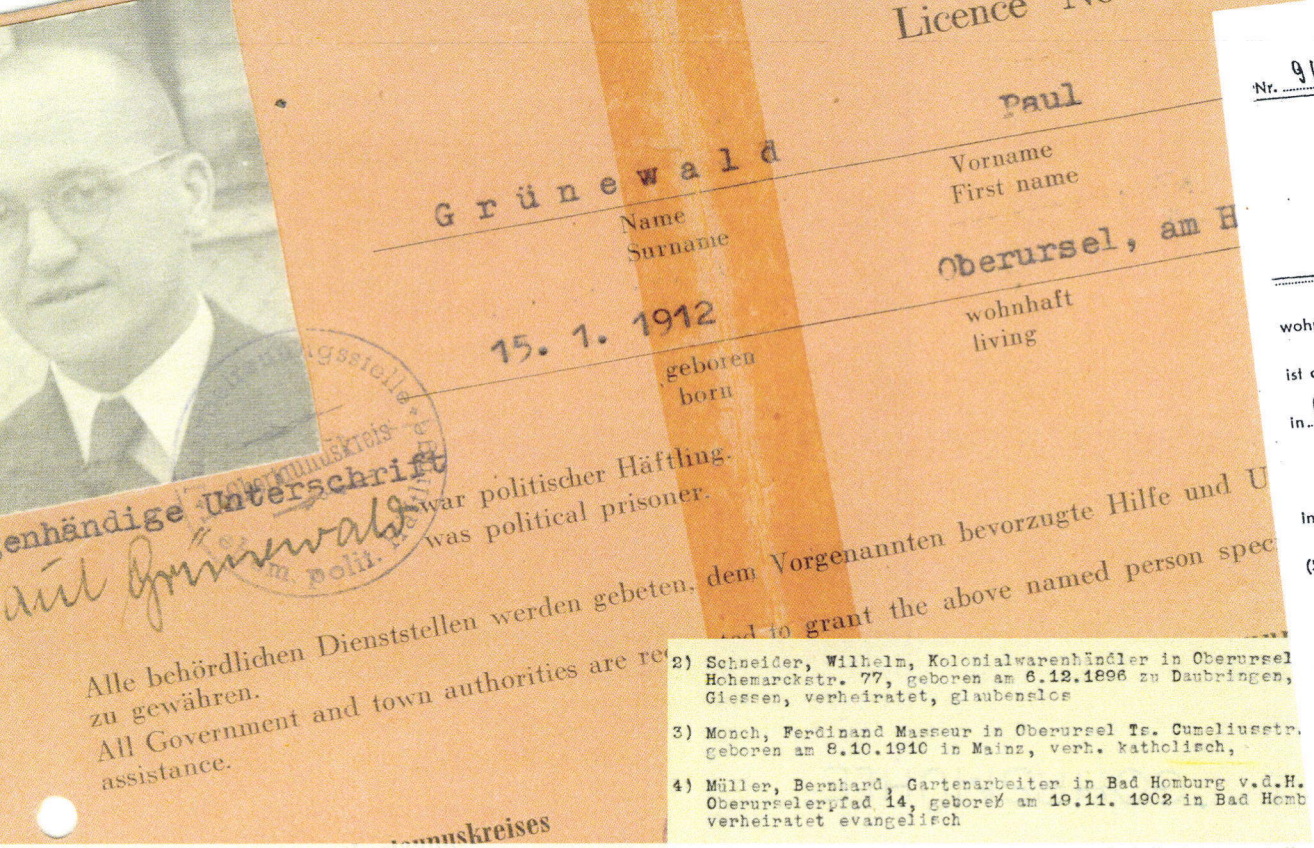
Bl. 33 1) R ü c k, Friedrich, Bautechniker u. Architekt in Oberurs
i. Ts. Im Köbener 52 geboren am 18.12.1898 zu Frankfurt
verheirate, glaubenslos

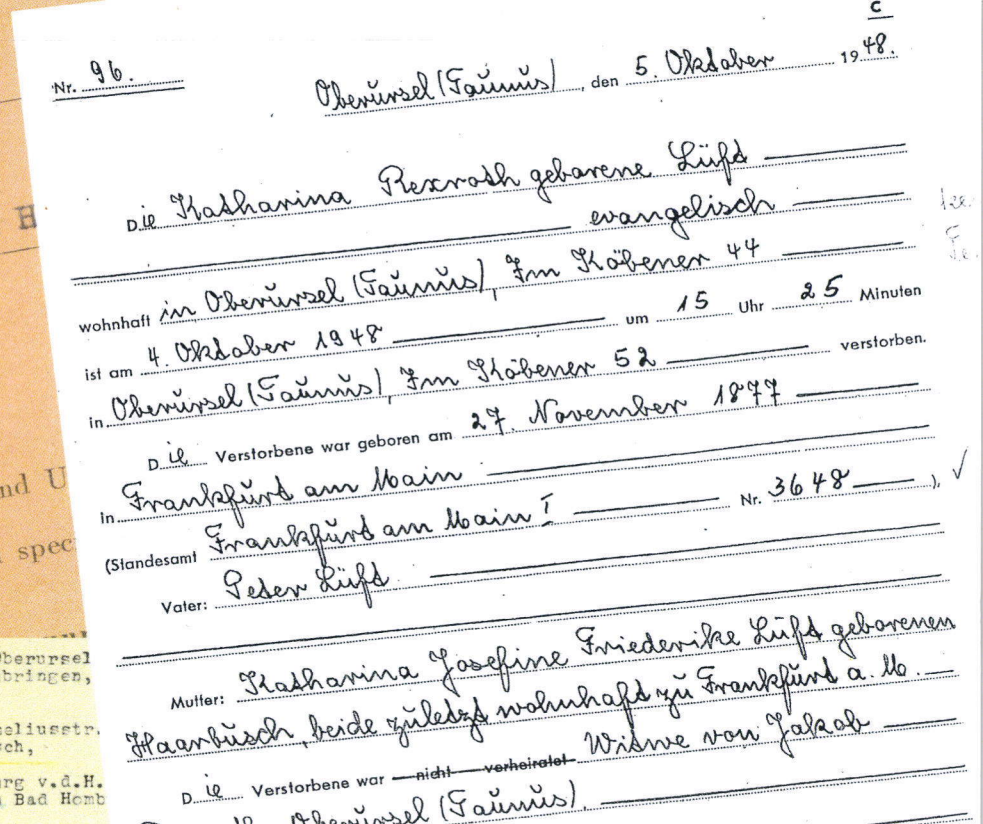
Bl. 42 2) Schneider, Wilhelm, Kolonialwarenhändler in Oberursel i
Hohemarckstr. 77, geboren am 6.12.1896 zu Daubringen, K
Giessen, verheiratet, glaubenslos

Bl. 45 3) Monch, Ferdinand Masseur in Oberursel Ts. Cumeliusstr.
geboren am 8.10.1910 in Mainz, verh. katholisch,

Bl.48 4) Müller, Bernhard, Gartenarbeiter in Bad Homburg v.d.H.
Oberurselerpfad 14, geboren am 19.11. 1902 in Bad Homb
verheiratet evangelisch

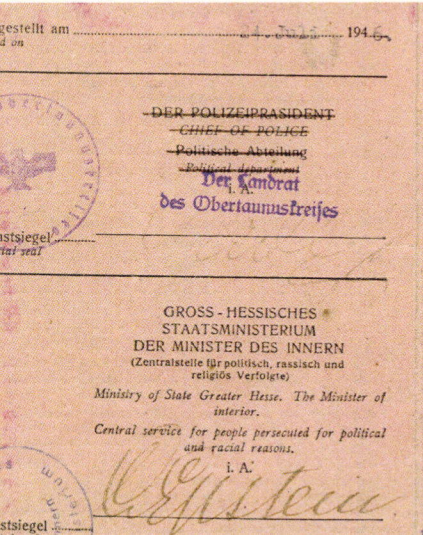
Bl. 51 5) Riedel, Konrad, Wäschereibesitzer in Bad Homburg v.d.H
Mariannenweg 40, geb. am 12.3. 1892 zu Wiesentheit in
verheiratet, glaubenslos

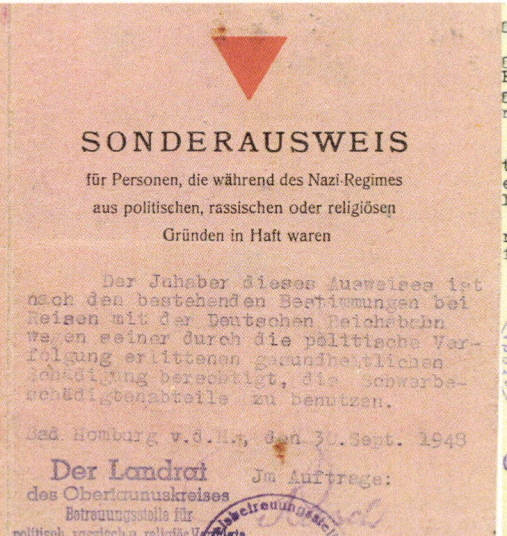


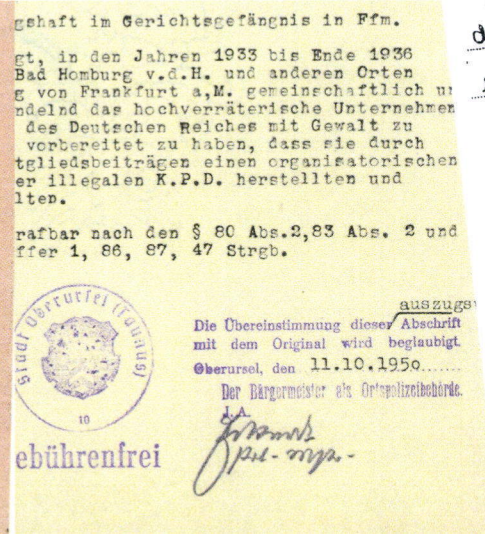


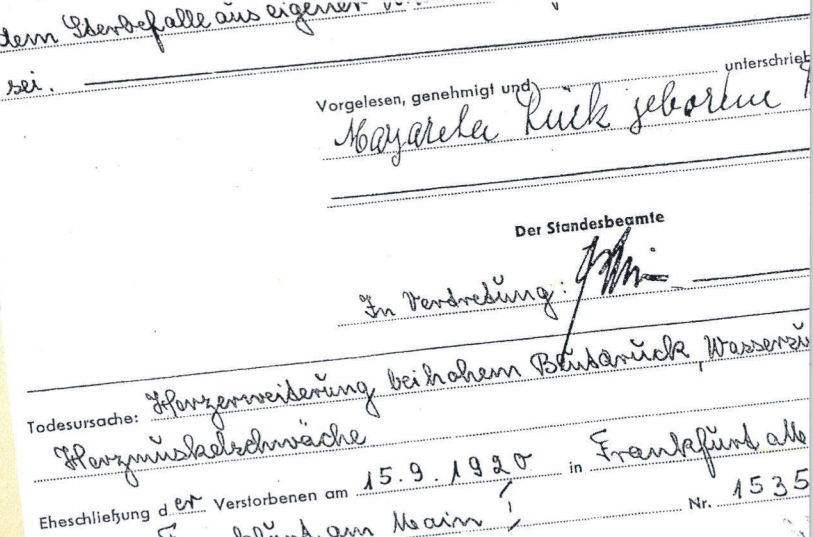
Angelika Rieber

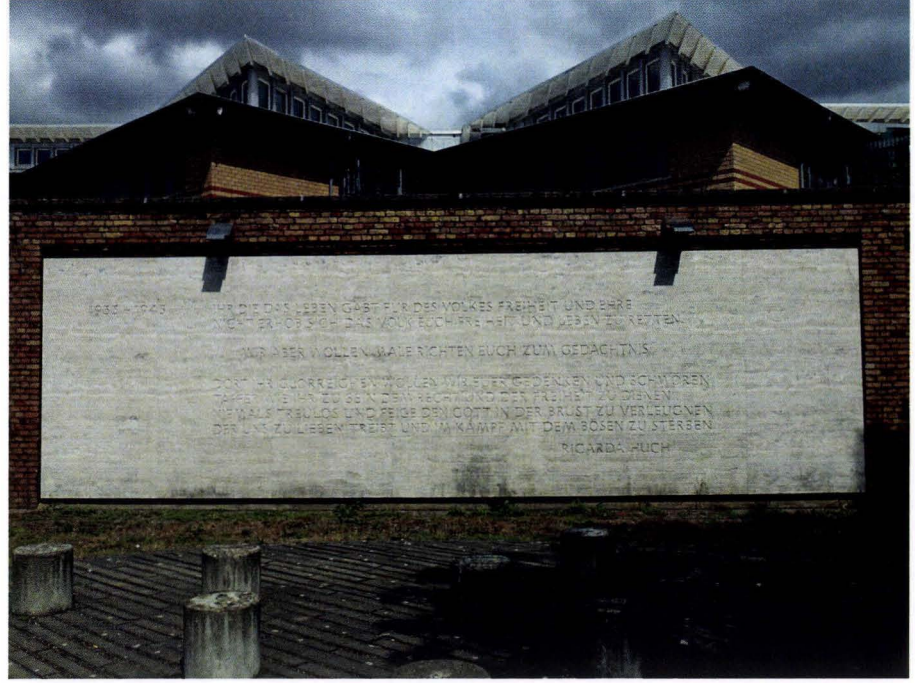
Opfer politischer Verfolgung











Gedenktafel an der Justizvollzugsanstalt in Frankfurt-Preungesheim, Foto: Angelika Rieber

„Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“

Jacob Rexroth

Anhand des Fragebogens der Betreuungsstelle für ehemalige politisch Verfolgte und deren Hinterbliebene, den Katharina Rexroth am 8. Dezember 1945 ausfüllte, erfahren wir etwas über das Schicksal ihres Mannes Jacob Rexroth. 1884 geboren, starb dieser am 31. Januar 1937 in der Untersuchungshaft im Gefängnis in Frankfurt-Preungesheim. Jacob Rexroth, von Beruf Spengler, und seine Frau Katharina gehörten der KPD an.

„Reichstagsbrandverordnung“

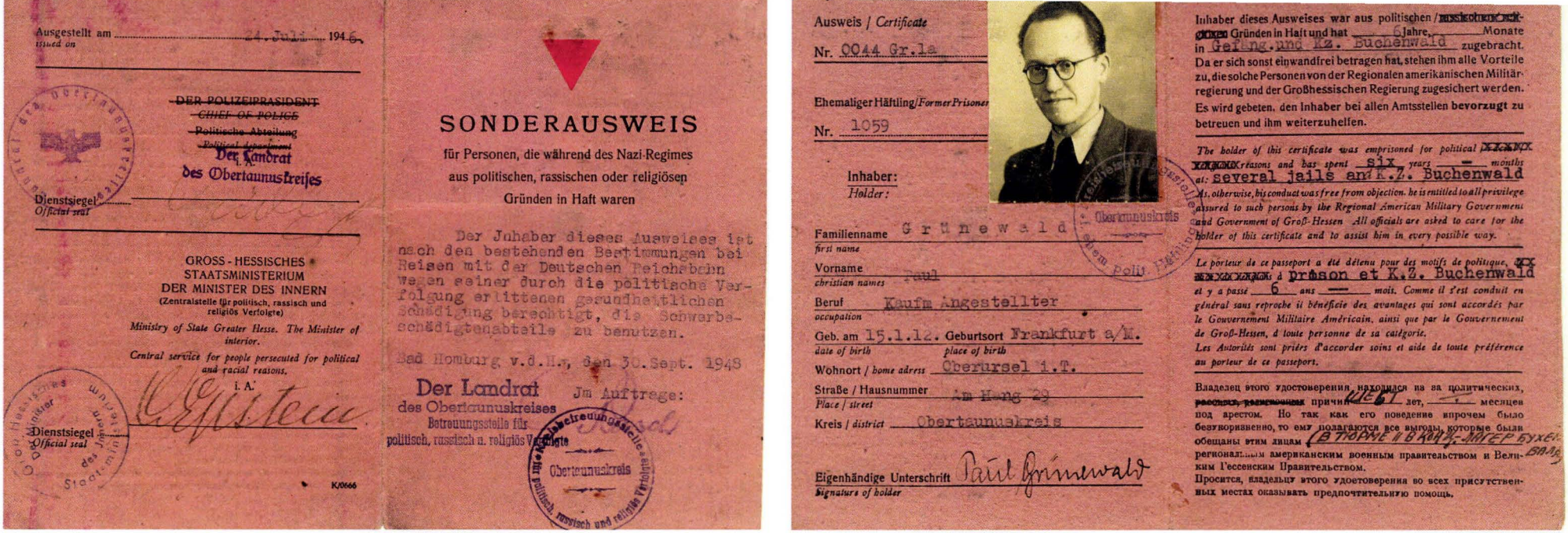
Kommunisten gehörten zu den ersten politischen Opfern der Nationalsozialisten. Legitimiert wurde die systematische Verfolgung der Kommunisten durch die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, die die KPD als staatsfeindlich darstellte und Versammlungen und Publikationen der Partei verbot. Zwar konnte die KPD trotz des Verbotes der öffentlichen Arbeit noch am 5. März 1933 bei der Reichstagswahl kandidieren. Unter Berufung auf die Reichstagsbrandverordnung wurden die 81 Reichstagssitze der Kommunisten jedoch annulliert. Dieses galt auch für die Mandate der beiden kommunistischen Abgeordneten der Oberurseler KPD, Johann Metz und Theodor Schmidt, die bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 noch 11,1 % der Stimmen erringen konnten.

Mehrere tausend Funktionäre der KPD wurden innerhalb weniger Wochen verhaftet und „in Schutzhaft“ genommen, ermordet oder zur Flucht ins Ausland gezwungen. Im Untergrund und vom Ausland aus versuchte die KPD den Widerstand gegen das NS-System aufrechtzuerhalten.

Widerstand gegen die NS-Diktatur

Auch in Oberursel gab es eine Untergrundzelle der KPD. 1937 kam es dann zu einer größeren Verhaftungswelle. Mehrere Oberurseler wurden zu längeren Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.
Jacob Rexroth wurde am 17. Januar 1937 verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Frankfurt-Preungesheim eingeliefert. Zwei Wochen später, am 31. Januar 1937, war der Oberurseler tot. Festgenommen wurde Rexroth anlässlich einer Haussuchung, bei der auch das Radio beschlagnahmt worden war. Als Begründung der Inhaftierung wurde „Hochverrat“ genannt.

Zwei Monate später wurden vier weitere Oberurseler, Friedrich Rück, Wilhelm Marx, Ferdinand Munch und Wilhelm Schneider, zusammen mit zwei aus Bad Homburg stammenden Männern verhaftet und noch im selben Jahr vom Oberlandesgericht



Ausgestellt am 24. Juli 1946
issued on

DER POLIZEIPRASIDENT
CHIEF OF POLICE
Politische Abteilung
Political department
Der Landrat
des Obertaunuskreises

Dienstsiegel
Official seal

GROSS - HESSISCHES
STAATSMINISTERIUM
DER MINISTER DES INNERN
(Zentralstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte)
Ministry of State Greater Hesse. The Minister of interior.
Central service for people persecuted for political and racial reasons.
i. A.

K/0666

SONDERAUSWEIS

für Personen, die während des Nazi-Regimes
aus politischen, rassischen oder religiösen
Gründen in Haft waren

Der Inhaber dieses Ausweises ist nach den bestehenden Bestimmungen bei Reisen mit der Deutschen Reichsbahn wegen seiner durch die politische Verfolgung erlittenen gesundheitlichen Schädigung berechtigt, die Schwerbeschädigtenabteile zu benutzen.

Bad Homburg v.d.H., den 30. Sept. 1948

Der Landrat
des Obertaunuskreises
Betreuungsstelle für
politisch, rassisch u. religiös Verfolgte

Im Auftrage:

Obertaunuskreis

Ausweis / Certificate
Nr. 0044 Gr.la

Ehemaliger Häftling / Former Prisoner
Nr. 1059

Inhaber:
Holder:

Familienname Grünewald
first name
Vorname Paul
christian names
Beruf Kaufm. Angestellter
occupation
Geb. am 15.1.12. Geburtsort Frankfurt a/M.
date of birth place of birth
Wohnort / home adress Oberursel i.T.
Straße / Hausnummer Am Hang 29
Place / street
Kreis / district Obertaunuskreis

Eigenhändige Unterschrift Paul Grünewald
Signature of holder

Inhaber dieses Ausweises war aus politischen / [illegible] Gründen in Haft und hat 6 Jahre, — Monate in Gefängnis und K.Z. Buchenwald zugebracht. Da er sich sonst einwandfrei betragen hat, stehen ihm alle Vorteile zu, die solche Personen von der Regionalen amerikanischen Militärregierung und der Großhessischen Regierung zugesichert werden. Es wird gebeten, den Inhaber bei allen Amtsstellen **bevorzugt** zu betreuen und ihm weiterzuhelfen.

The holder of this certificate was emprisoned for political [illegible] reasons and has spent six years — months at: several jails and K.Z. Buchenwald. As, otherwise, his conduct was free from objection, he is entitled to all privilege assured to such persons by the Regional American Military Government and Government of Groß-Hessen. All officials are asked to care for the holder of this certificate and to assist him in every possible way.

Le porteur de ce passeport a été détenu pour des motifs de politique, [illegible] à prison et K.Z. Buchenwald et y a passé 6 ans — mois. Comme il s'est conduit en général sans reproche il bénéficie des avantages qui sont accordés par le Gouvernement Militaire Américain, ainsi que par le Gouvernement de Groß-Hessen, à toute personne de sa catégorie. Les Autorités sont priées d'accorder soins et aide de toute préférence au porteur de ce passeport.

Владелец этого удостоверения находился на за политических, расовых, религиозных причин 6 лет, — месяцев под арестом. Но так как его поведение впрочем было безупречным, то ему полагаются все выгоды, которые были обещаны этим лицам (В ТЮРЬМЕ И В КОНЦ. ЛАГЕР БУХЕНВАЛЬД) региональным американским военным правительством и Великим Гессенским Правительством.
Просится, владельцу этого удостоверения во всех присутственных местах оказывать предпочтительную помощь.

Sonderausweis für Personen, die während des Nazi-Regimes aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Haft waren, hier für Paul Grünewald, privat

in Kassel verurteilt. Die Anklageschrift warf ihnen vor, „in den Jahren 1933-1936 in Oberursel, Bad Homburg v.d.H. und anderen Orten in der Umgebung von Frankfurt gemeinschaftlich und fortgesetzt handelnd das hochverräterische Unternehmen, die Verfassung des Deutschen Reiches mit Gewalt zu ändern, dadurch vorbereitet zu haben, dass sie durch Zahlung von Mitgliedsbeiträgen einen organisatorischen Zusammenhalt der illegalen KPD herstellten und aufrecht erhielten".
Bis zu drei Jahren mussten die Oberurseler im Zuchthaus Freiendiez bzw. im Gefängnis einsitzen und zudem noch einen „Ehrverlust" von 5 Jahren erleiden.

Der Anklage- bzw. der Urteilsschrift ist zu entnehmen, dass Jacob Rexroth verdächtigt wurde, Kassierer der illegalen KPD in Oberursel gewesen zu sein. Da viele Kommunisten aufgrund von Entlassungen oder Berufsverboten arbeitslos waren, gab es neben den Mitgliedsbeiträgen, die der Roten Hilfe zugutekamen, auch ein Netzwerk von gegenseitigen Unterstützungsleistungen. Der Angeklagte Rück wurde beispielsweise beschuldigt, „baulustigen Kommunisten" Zeichnungen geliefert zu haben, während „arbeitslose Kommunisten" ihm beim Bau seines Hauses geholfen hätten. Auch der „inzwischen aus dem Leben geschiedene Funktionär Rexroth" soll mit Spenglerarbeiten ausgeholfen haben. Diese Formulierung lässt den Schluss zu, dass Rexroth möglicherweise gefoltert worden war und Suizid begangen hatte.

Neugründung der KPD und erneutes Verbot

Nach dem Ende des Krieges engagierten sich viele Verfolgte des Naziregimes wie der Oberurseler Paul Grünewald tatkräftig beim Aufbau einer Demokratie. Dieser unterstützte die Witwe von Jacob Rexroth mit Erfolg dabei, finanzielle Unterstützung „zur Abwehr eines Notstandes" durch die Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte zu erhalten. Paul Grünewald wurde Mitbegründer der KPD Obertaunus. Von 1948 bis 1952 war er Kreistagsabgeordneter der KPD im Obertaunuskreis und Abgeordneter im Oberurseler Stadtparlament. Erneut musste der frühere Häftling des KZ Buchenwald 1956 erleben, dass die KPD verboten wurde. 1991 wurde Paul Grünewald für sein gesellschaftliches Engagement mit der Johanna-Kirchner-Medaille der Stadt Frankfurt am Main ausgezeichnet.

Jacob Rexroth
20. Dezember 1884 – 31. Januar1937 im Untersuchungsgefängnis
in Frankfurt-Preungesheim

COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE
AGENCE CENTRALE DES PRISONNIERS DE GUERRE

Rappeler dans la réponse :

EBWZ 661 Ne

GENÈVE, 19.11.1943.

An den Chefarzt
der
Landesheilanstalt HADAMAR,
Nassau,
Deutschland.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Mit verbindlichstem Dank bestätige ich hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 12.10.1943, worin Sie mir freundlichst mitteilen, dass die [illegible] Zivilinternierte [illegible]

Rotes Kreuz
um
stab
I/3e Bg.

Berlin SW 61
Blücherplatz 2

Betr.: Britische Zivilinternierte Emily Elise W [redacted].

Bezug: -

An den
Herrn Kommandanten des I l a g Liebenau
Kr. Tettnang/Württ.

Nach einer Mitteilung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf soll die obengenannte britische Staatsangehörige Anfang 1942 in das dortige Lager eingeliefert und angeblich im April d.J. nach der Heilanstalt für Geisteskranke in Weissenau verbracht worden sein.
Es wird daher höfl. um Nachricht gebeten, ob diese Angaben zutreffen. Bejahendenfalls wird gebeten, wenn möglich, der Frau W [redacted] folgende Nachricht ihres Ehemannes zu übermitteln:
"I miss you very much. All may love and kisses, Alb."
Es wird ausserdem noch um einen Bericht über ihren derzeitigen Gesundheitszustand gebeten.
Voraus für die Bemühungen.
Heil Hitler!
Amtes Auslandsdienst
Unterschrift



COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE
AGENCE CENTRALE DES PRISONNIERS DE GUERRE

Rappeler dans la réponse :

EBWZ 661 Ne

GENÈVE, 31.1.1944.

An den Chefarzt
der
Landesheilanstalt

[illegible] Hoffnung auf eine Besserung nicht mehr besteht.

II

Name: (bei Frauen auch Geburtsname) W [redacted]
Vorname: Emilie
Geburtstag u. -ort: 19.4.1900 Oberursel/Ts.
Beruf: Hausangestellte
Familienstand: verheiratet
Staatsangehörigkeit: England
Deck-Name: / Adresse:
Politische Einstellung:
Glaubensbekenntnis: evgl.

Wohnung: (Zeit d. Eintragung einsehen) 6.3.42
Wiesbaden., Sonnenbergerstr.6-12.

Personalakte: 6. März 1942
Bildvermerk:
Finger-Abdruck-Karte:
Schriftprobe:

Datum der Auftragung | Sachverhalt | Staatspolizeistelle Geschäftszeichen

FRANKFURT

hiermit bestätige ich bestens dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 31.12.1943, worin Sie mir freundlichst mitteilen, dass die britische Zivilinternierte :

Frau Emilie Elise W [redacted], geb. 19.4.09

an weit fortgeschrittener Schizophrenie leidet. Sollten Sie eines endgültigen Entscheides zwecks Eintragung der Genannten in eine Heimsendungsliste gewahr werden, wäre ich Ihnen um diesbezügliche Nachrichten sehr erkenntlich.

Für Ihre Mühewaltung spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus und zeichne, mit kollegialer Hochachtung.

Dr. Alec CRAMER
p.o. Mitglied des D.K.R.K.

Wiesbaden, den 9.11.1942

Landes-Heilanstalt Eichberg im Rheingau
Eing. 12. NOV. 1942
Anl.

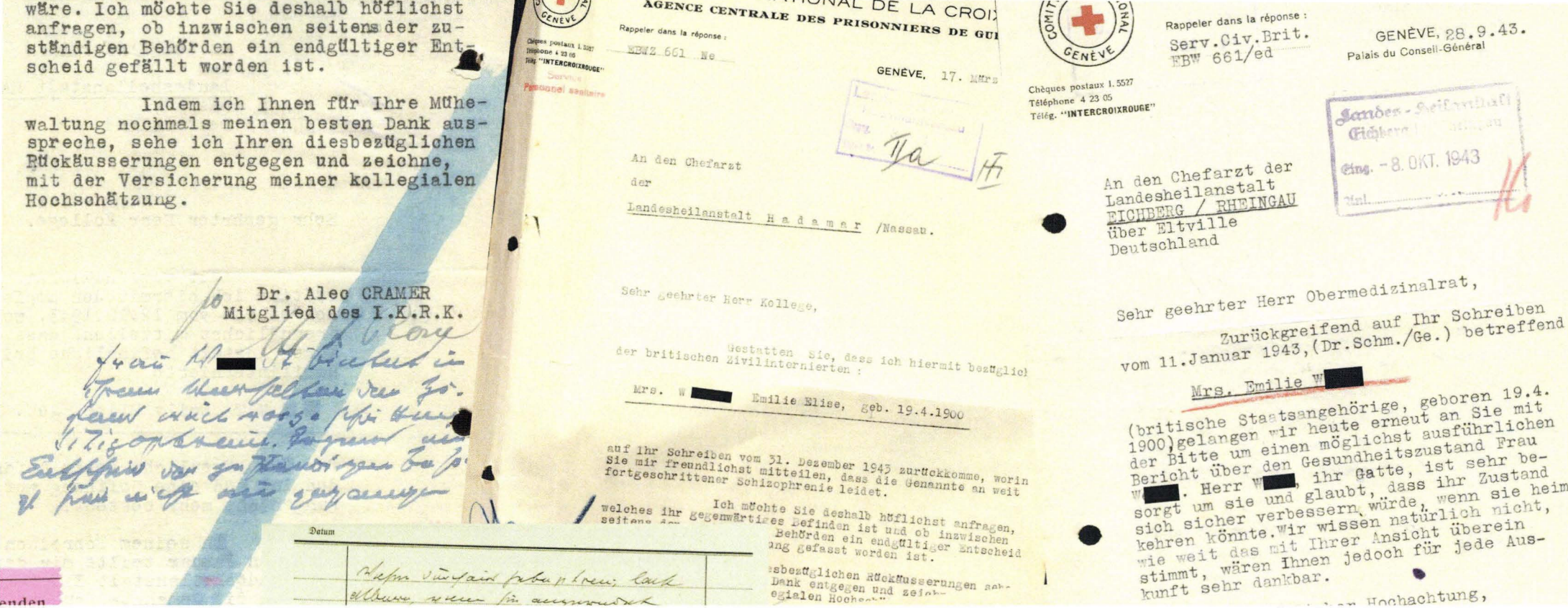
[illegible] /Rhg.

Staatsangehörige Emilie W [redacted], geb. 19.4.19

[illegible] umstehend Abschrift des Schreibens des Deutsc[illegible] mit der Bitte, der Frau W [redacted] die Nachricht i[illegible] teilen. Den in dem Schreiben angeforderten Be[illegible] den Gesundheitszustand der p.W [redacted] bitte ich an [illegible] ugendamt (Anstaltsfürsorge) zu senden.

[illegible] eichzeitig um Feststellung gebeten, ob die p.W [redacted] [illegible] ersichert war. Gegebenenfalls wird um Aushändigu[illegible] [illegible] Quittungskarte hierher gebeten.

Im Auftrag.



wäre. Ich möchte Sie deshalb höflichst anfragen, ob inzwischen seitens der zuständigen Behörden ein endgültiger Entscheid gefällt worden ist.

Indem ich Ihnen für Ihre Mühewaltung nochmals meinen besten Dank ausspreche, sehe ich Ihren diesbezüglichen Rückäusserungen entgegen und zeichne, mit der Versicherung meiner kollegialen Hochschätzung.

Dr. Alec CRAMER
Mitglied des I.K.R.K.

AGENCE CENTRALE DES PRISONNIERS DE GU

Rappeler dans la réponse :
EBWZ 661 Ne

GENÈVE, 17. März

An den Chefarzt
der
Landesheilanstalt H a d a m a r /Nassau.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Gestatten Sie, dass ich hiermit bezüglich der britischen Zivilinternierten :

Mrs. W [redacted] Emilie Elise, geb. 19.4.1900

auf Ihr Schreiben vom 31. Dezember 1943 zurückkomme, worin Sie mir freundlichst mitteilen, dass die Genannte an weit fortgeschrittener Schizophrenie leidet.

Ich möchte Sie deshalb höflichst anfragen, welches ihr gegenwärtiges Befinden ist und ob inzwischen seitens der zuständigen Behörden ein endgültiger Entscheid gefasst worden ist.

...sbezüglichen Rückäusserungen ge... Dank entgegen und zeich... egialen Hoch...

Chèques postaux I. 5527
Téléphone 4 23 05
Télég. "INTERCROIXROUGE"

Rappeler dans la réponse :
Serv.Civ.Brit.
EBW 661/ed

GENÈVE, 28.9.43.
Palais du Conseil-Général

An den Chefarzt der
Landesheilanstalt
EICHBERG / RHEINGAU
über Eltville
Deutschland

Sehr geehrter Herr Obermedizinalrat,

Zurückgreifend auf Ihr Schreiben vom 11.Januar 1943,(Dr.Schm./Ge.) betreffend

Mrs. Emilie W [redacted]

(britische Staatsangehörige, geboren 19.4. 1900)gelangen wir heute erneut an Sie mit der Bitte um einen möglichst ausführlichen Bericht über den Gesundheitszustand Frau W [redacted]. Herr W [redacted], ihr Gatte, ist sehr besorgt um sie und glaubt, dass ihr Zustand sich sicher verbessern würde, wenn sie heimkehren könnte.Wir wissen natürlich nicht, wie weit das mit Ihrer Ansicht überein stimmt, wären Ihnen jedoch für jede Auskunft sehr dankbar.

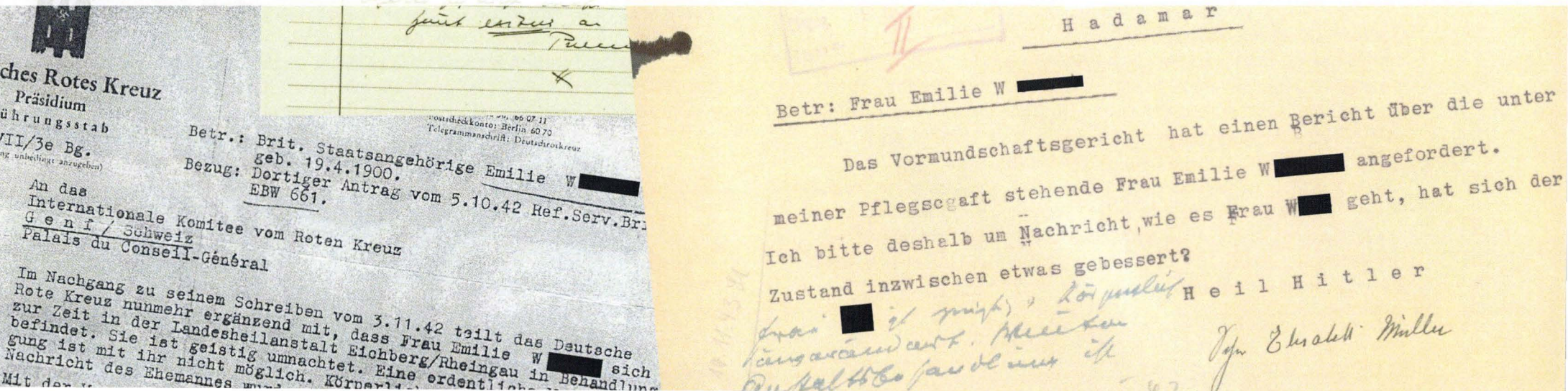
...r Hochachtung,

Datum

Eingang - 8. OKT. 1943

Eberhard Laeuen

Lebensbilder von Opfern des NS-Euthanasie



ches Rotes Kreuz
Präsidium
ührungsstab
VII/3e Bg.
...unbedingt anzugeben)

Postscheckkonto: Berlin 60 70
Telegrammanschrift: Deutschrotkreuz

Betr.: Brit. Staatsangehörige Emilie W [redacted]
geb. 19.4.1900.
Bezug: Dortiger Antrag vom 5.10.42 Ref.Serv.Br...
EBW 661.

An das
Internationale Komitee vom Roten Kreuz
G e n f / Schweiz
Palais du Conseil-Général

Im Nachgang zu seinem Schreiben vom 3.11.42 teilt das Deutsche Rote Kreuz nunmehr ergänzend mit, dass Frau Emilie W [redacted] sich zur Zeit in der Landesheilanstalt Eichberg/Rheingau in Behandlung befindet. Sie ist geistig umnachtet. Eine ordentliche Nachricht des Ehemannes ... nicht möglich. Körperlich ...

H a d a m a r

Betr: Frau Emilie W [redacted]

Das Vormundschaftsgericht hat einen Bericht über die unter meiner Pflegscgaft stehende Frau Emilie W [redacted] angefordert. Ich bitte deshalb um Nachricht, wie es Frau W [redacted] geht, hat sich der Zustand inzwischen etwas gebessert?

H e i l H i t l e r

Joh. Elisabeth Müller

Meiner Großmutter Frieda Lemme
die meine Eltern aus einer Anstalt herausholten

Krankenmorde in der NS-Zeit – die Vernichtung „Lebensunwerten Lebens"

Euthanasie – das aus dem Altgriechischen kommende Wort meinte ursprünglich „schöner, leichter Tod", nach heutigem medizinischen Verständnis laut Duden „Erleichterung des Sterbens" bzw. „absichtliche Herbeiführung des Todes bei unheilbar Kranken". Die NS-Ideologie verstand hierunter die systematische Ermordung psychisch kranker, geistig und körperlich behinderter Menschen. Sie galten als „Ballastexistenzen", als unnütze Esser, als lebensunwert, als „Schlacken menschlicher Gesellschaft", deren Beseitigung für sie selbst und die Volksgemeinschaft eine Wohltat sei. Rassenpolitisches Ziel war ein „Aufartungsprozess unseres Volkes".

„Lebensunwerte ausmerzen"

Die Überlegung, „Lebensunwerte" als „Ballastexistenzen" und „nutzlose Esser" aus der Gesellschaft „auszumerzen", das heißt die „Ausschaltung minderwertiger Menschengruppen" und die Verhinderung ihrer Fortpflanzung, war keine Erfindung der Nazis. Aber sie setzten diesen Gedanken in die Tat um, zunächst durch Vergasung, dann durch Medikamente, Nahrungsentzug und gezielte Vernachlässigung. Die Gasmorde wurden durch drei Tarnbehörden gelenkt, die in der Kanzlei des Führers angesiedelt waren. Sie hatten ihren Sitz in Berlin in der Tiergartenstraße 4 in der Nähe der heutigen Philharmonie. Diese Adresse gab dem von dort aus organisierten staatlichen Töten den Decknamen „Aktion T4". Die Zahl der durch die „Aktion T4" zu Tode Gekommenen wird auf 300 000 Patienten geschätzt.

Tötungsanstalt Hadamar

In der ersten Phase der „T4-Aktionen" wurde Gas verwendet. Hierzu wurden sechs Heil- und Pflegeanstalten in Tötungsanstalten umgewandelt. In den Tötungsanstalten wurden Gaskammern gebaut, in denen die Patienten mit Kohlenmonoxid getötet wurden. Die letzte in eine Tötungsanstalt „verwandelte" Heil- und Pflegeanstalt war die Anstalt Hadamar.

Die Stadt Hadamar liegt im heutigen Landkreis Limburg-Weilburg in Hessen zwischen Köln und Frankfurt am Main am Südrand des Westerwaldes. Auf dem in der Stadt gelegenen Mönchsberg, ehemals Standort eines Franziskanerklosters, hatte die vormals „Bezirks-Irrenanstalt", nunmehr Landesheilanstalt im Regierungsbezirk Wiesbaden, ihren Standort. Von 1939 bis 1940 war in der Anstalt ein Reservelazarett der Wehrmacht eingerichtet. Anschließend übergab der Bezirksverband die Anstalt an die „T4"-Zentrale in Berlin. Die Heilanstalt wurde aufgelöst und das Gebäude zu einer Tötungsanstalt umgebaut: eine Gaskammer (getarnt als Dusche), ein Krematorium, ein Sonderstandesamt.

Töten durch Gas

Die Opfer wurden in Gruppen bis zu 60 Patienten in die als Duschraum getarnte Gaskammer gebracht. Ein Zeuge vor Gericht: „Ein Arzt ließ das tödliche Gas in die durch den Raum laufende Rohrleitung strömen, das zum Erstickungstod der Opfer führte. Der Tötungsarzt beobachtete das Sterben der Menschen durch ein kleines Fenster in der Wand." Auf diese Weise wurden im damaligen Reichsgebiet an die 70 000 psychisch Kranke und geistig Behinderte umgebracht. Die Angehörigen erhielten gefälschte Todesnachrichten (siehe der Fall der Oberurselerin Anna H.). In der Gaskammer von Hadamar starben in der Zeit von Januar bis August 1941 über 10 000 Menschen.

Probelauf für den Holocaust

Im August 1941 befahl Hitler, die Gasmorde einzustellen. Es drang zu viel in die Öffentlichkeit. In der Bevölkerung kam es zu erheblicher Beunruhigung. Ein Teil des „eingearbeiteten" Tötungspersonals wechselte in die Massenvernichtungslager Treblinka, Belzec und Sobibor und brachte dort seine Erfahrungen aus den Tötungsanstalten ein.



Hadamar mit rauchendem Schornstein 1941; Bild: LWV-Archiv, Fotosammlung

Die Gasmordaktion an Psychatriepatienten ist auch als Probelauf für den Holocaust anzusehen. Der Anfang war ein Experiment im Januar 1940 im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg. Nach einem Demonstrationsversuch, bei dem einige Opfer mit Gas und andere mit Medikamenten umgebracht wurden, wurde die Entscheidung zugunsten von Kohlenmonoxidgas getroffen. Am Ende standen die Massenmorde an Juden, Sinti und Roma, „Gemeinschaftsfremden" und „Fremdvölkischen".

Die Tötungsmethoden ändern sich

Die NS-Euthanasie mit Gas wurde zwar 1941 beendet, aber das Morden ging weiter. Ab Sommer 1942 begann die zweite Mordphase: Das Töten geschah jetzt mittels Medikamenten und durch gezielte Mangelernährung und Vernachlässigung der Patienten. Zugleich erweiterte sich der Kreis möglicher Opfer auf die Bewohner von Altersheimen, auf die Insassen von Arbeitshäusern und auf „nichtbildungsfähige" Jugendliche in Fürsorgeheimen. An der Vernichtung von Menschen durch überdosierte Medikamente und Hungerkost waren nicht nur die bisherigen Tötungsanstalten (nunmehr wieder in Landesheilanstalten zurückverwandelt) beteiligt, sondern auch andere Anstalten der Psychiatrie. Das Motiv war neben „rassehygienischen" Gründen auch die Schaffung von Lazarettplätzen für verwundete Soldaten der Wehrmacht. Diese Phase der NS-Euthanasie zog sich bis zum Kriegsende hin. Allein in Hadamar waren bis zur Befreiung 1945 mehr als 4 400 Opfer zu beklagen.
Die Gesamtzahl der NS-Euthanasieopfer im damaligen Reichsgebiet wird auf über 200 000 geschätzt.

Zwischenanstalten

Die in den einzelnen Heilanstalten für die Tötung ausgewählten Menschen wurden zunächst ohne vorherige Information der Angehörigen in anderen Anstalten für einige Tage oder Wochen „zwischengelagert". Von dort ging es je nach vorhandener Kapazität bei den zuständigen Tötungsanstalten mit Sammeltransporten zur gezielten Ermordung in der jeweiligen „Heil- und Pflegeanstalt", sprich Mordfabrik.
Die „Einlagerung" der Opfer in Zwischenanstalten (die Patienten wurden in manchen Zwischenanstalten wie Transportgut behandelt) diente der Tarnung gegenüber den Angehörigen, um es ihnen zu erschweren, nach ihren verschleppten Angehörigen zu forschen.
Zwischenanstalten für die Tötungsanstalt Hadamar waren unter anderem die ca. 60 km entfernte Landes-Heil- und Pflegeanstalt Eichberg/Eltville am Rhein (Rheingaukreis, Hessen-Nassau) (siehe das Schicksal der Emilie W.) und die Landes-Heilanstalt Weilmünster (Oberlahnkreis, Hessen-Nassau), ca. 30 km westlich von Hadamar (siehe das Los der Anna H.).

NS-Euthanasieopfer mit Bezug zu Oberursel

Bisher sind 23 NS-Euthanasieopfer namentlich bekannt, die einen Bezug zu Oberursel haben. Es handelt sich dabei um Menschen aus altoberurseler Familien, um hier Geborene, um Zugezogene, um hier lediglich Gemeldete, und um Patienten aus der in Oberursel gelegenen damaligen Kuranstalt Hohe Mark.

Die Namen der Opfer

Das Ziel, die Euthanasieopfer aus ihrer Anonymität zu holen, sie als Individuen zu würdigen und ihrer Einzelschicksale zu gedenken, kann nur bedingt erreicht werden. Zum einen sind nur spärliche Reste an Unterlagen vorhanden. Eine Biografie anhand der noch vorhandenen Bestände ist nicht möglich. Sie reichen bestenfalls für bruchstückhafte Lebensbilder aus. Zum anderen verbietet es der Respekt vor den noch lebenden Verwandten der Opfer, die Klarnamen der Getöteten ohne Einwilligung der Nachkommen zu nennen. Ebenso unsensibel wäre es, ohne Vorbereitung, quasi überfallartig auf die Familien zuzugehen und die Erlaubnis einzuholen. Die auch heute noch oftmals vorhandene Scham, einen „Geisteskranken" in der Familie gehabt zu haben, sollte jenseits aller straf-, zivil- und archivrechtlichen Überlegungen respektiert werden.

Von der Wehrmacht nach Hadamar

Bernhard K. ist wehruntauglich

Über den 1900 in Siegen geborenen Bernhard K. ist wenig bekannt. Er gehört zuletzt der Betriebskrankenkasse der damaligen Brauerei Binding-Schöfferhof in Frankfurt am Main an. Er ist dort als Arbeiter beschäftigt, ist verheiratet und lebt mit seiner Frau und einem Sohn (Jahrgang 1939) in Frankfurt. Im Januar 1941 wird er als Schütze zur Wehrmacht eingezogen und am 12.03.1943 aus dem Wehrdienst entlassen.

Bernhard ist „geisteskrank". Psychisch kranke Soldaten gelten als erbkrank, als minderwertig. Sie sind demnach als wehruntauglich zu entlassen.

Der psychisch kranke Bernhard wird zunächst in das „Reserve Lazarett Oberursel/Ts Kuranstalt Hohemark" eingewiesen. Dort diagnostiziert ein Zivilarzt eine psychische Erkrankung, die aber „nicht die Folge des Wehrdienstes" sei. Es erfolgt seine Verlegung in die zuständige Heil- und Pflegeanstalt, in diesem Falle Weilmünster, „zur weiteren fachärztlichen Behandlung".

Weilmünster, ein Marktflecken im Weiltal, ist eine Gemeinde im Landkreis Limburg-Weilburg in Hessen.

Am Tag seiner Einweisung in die Anstalt Weilmünster folgt die Entlassung Bernhards aus der Wehrmacht. Nach über einem Jahr Aufenthalt in Weilmünster kommt er in die ca. 30 km westlich von Weilmünster entfernt liegende Anstalt Hadamar. Vier Wochen später ist er tot.

Sein Tod ist im Zusammenhang mit der zweiten Mordphase des NS-Euthanasieprogramms zu sehen, in deren Verlauf die Patienten durch gezielten Nahrungsentzug, durch mangelnde Hygiene, mangelnde Pflege und auch durch überdosierte Medikamente umkommen.

Bernhard K.
8. April 1900 in Siegen – 22. November 1944 in Hadamar

Das Kind Theodor E. vergast mit 14 Jahren

Über Theodor E., geboren am 9. Januar 1927, zuletzt wohnhaft vermutlich in Oberursel/Ts., liegen nur sehr spärliche Informationen vor. In Oberursel sind keine Spuren über ihn zu finden. Er wird am 23.08.1930 als Kleinkind in die Anstalt Scheuern aufgenommen.

Scheuern, ein Stadtteil von Nassau an der Lahn im Rhein-Lahn-Kreis in Rheinland-Pfalz, beherbergte damals eine Bildungsanstalt für geistig zurückgebliebene und epileptische Knaben und Mädchen.

1941 werden insgesamt 481 Bewohnerinnen und Bewohner von Scheuern zu Tötungsanstalten des Euthanasie-Mordprogramms der Nationalsozialisten gebracht. Der Transport geschieht mit Bussen der Gekrat (Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft), eine Tarnorganisation, deren einzige Aufgabe darin besteht, die zur Tötung bestimmten Kranken in die Tötungsanstalten zu transportieren. Die Busse sind grau angemalt und die Fenster verhängt oder überstrichen.

Am 19. März 1941 gehen von Scheuern Transporte mit 89 Patienten zur Tötungsanstalt Hadamar. Unter ihnen der Knabe Theodor E.

Die Patienten eines solchen Transportes werden in der Regel noch am gleichen Tag der Ankunft in die im Keller der Anstalt eingebaute Gaskammer geschickt und dort ermordet. So auch der nunmehr 14 Jahre alte Jugendliche Theodor E.

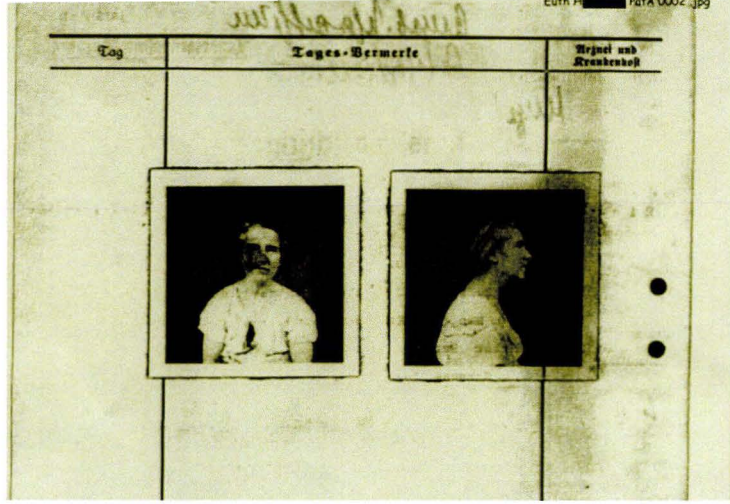


Zeichnung, entstanden auf einer Referendar-Fortbildung in der Gedenkstätte Hadamar. Mit freundlicher Genehmigung des LWV Hessen, „Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen"

Theodor E.
9. Januar 1927 – 19. März 1941 in Hadamar vergast



Das Geburtshaus von Anna Bild: Eberhard Laeuen



Anna H., Aufnahmedatum unbekannt Bild: Kopie aus ihrer Krankenakte

„Arbeitet ganz fleißig, ist sehr ansprachebedürftig“

Die Geschichte der Anna H.

Die in Oberursel (Taunus) geborene Anna H. ist 38 Jahre alt, als sie 1926 in die Landes-Heilanstalt Eichberg im Rheingau eingewiesen wird. Ihr Geburts-und Elternhaus steht unmittelbar an der Bleiche, ein Platz, auf dem früher die Wäsche gewaschen und ausgelegt wurde. Heute dient er überwiegend als Parkplatz.

Annas Vater ist Landwirt. Der Anlass ihrer Einweisung in die Anstalt Eichberg ist nicht bekannt. Der Eichberg ist eine renommierte und traditionsreiche Einrichtung der Psychiatrie. Anna verbringt hier über elf Jahre ihres Lebens. In dieser Zeit erhöht sich die Zahl der Betten in der Anstalt auf dem Eichberg auf 900. Wie es Anna in all den Jahren ergeht, ist nicht bekannt. Die Diagnose lautet Schizophrenie, ein Begriff, unter dem damals vieles subsumiert wurde.

„Ist durch freundliches Zureden leicht zufrieden zu stellen“

1937 wird Anna aus unbekannten Gründen in die Landesheilanstalt Marburg verlegt.

Auf dem Transport an den neuen Ort „bot sie unterwegs nichts besonders“, so ein Vermerk bei der Aufnahme in Marburg. Nach knapp drei Wochen heißt es über sie: „Nachts zeitweise unruhig, muß fast regelmäßig Mittel erhalten. Geht mit in die Schälküche der St. III., arbeitet ganz fleißig, ist sehr ansprachebedürftig, läuft dem Arzt bei jeder Visite nach, spricht auf ihn ein, doch kann man kaum verstehen, was sie sagt.“ Ein Luftröhrenschnitt behindert sie beim Sprechen. Sie ist eine pflegeleichte Patientin: „Ist durch freundliches Zureden leicht zufrieden zu stellen“, lautet ein Vermerk über sie.

Ihr Zustand wechselt

Das bleibt nicht immer so. Ihre Unruhe wird immer stärker. Sie klagt jetzt ständig über Kopfschmerzen, weint zeitweise laut und wird regelmäßig mit Paraldehyd ruhig gestellt.

Dieses Mittel galt in der damaligen Zeit als vorzügliches Beruhigungs-und Schlafmittel. Das Mittel war bekanntermaßen gefährlich. Durch irrtümliche Überschreitung der erlaubten Dosen, hauptsächlich bei Verwechselungen in „Heilanstalten für Geisteskranke“, kam es mehrmals zu Todesfällen. Es wird heute nicht mehr verwendet.
Anfang November 1937 scheint es mit Anna wieder aufwärts zu gehen. Sie arbeitet im Gemüsegarten. „Die Arbeit dort scheint ihr gut zu bekommen. Sie schläft nachts besser und ist auch auf der Abteilung nicht so laut.“ Bald verschlimmert sich jedoch wieder ihr Zustand. Sie hat ein schmerzhaftes Geschwulst am Knie und bleibt im Bett liegen. Sie ist jetzt tagsüber im Nähzimmer, Silberpapier verlesen. Sie ist meist freundlich, und zutraulich. Sie lächelt den Arzt mit strahlenden Augen an und fasst ihn bei der Hand. Sie fühlt sich andererseits von Männern belästigt und halluziniert außerordentlich viel. Sie schimpft dann mit deren Stimmen.

Dann geht es ihr wieder schlechter. Sie klagt über Schmerzen im Leib, hat öfter mal Erbrechen, verweigert das Essen. Auf dem Weg zur Toilette hat sie einen Zusammenbruch. Sie sieht schlecht aus, hat eine blasse gelbliche Gesichtsfarbe. Meist ist sie jedoch freundlich und gutlaunig, steigert sich aber auf Grund ihrer Gehörtäuschungen immer wieder in schwere Erregungen. Sie hört schlecht, ihre Sprache ist verwaschen und kaum zu verstehen.

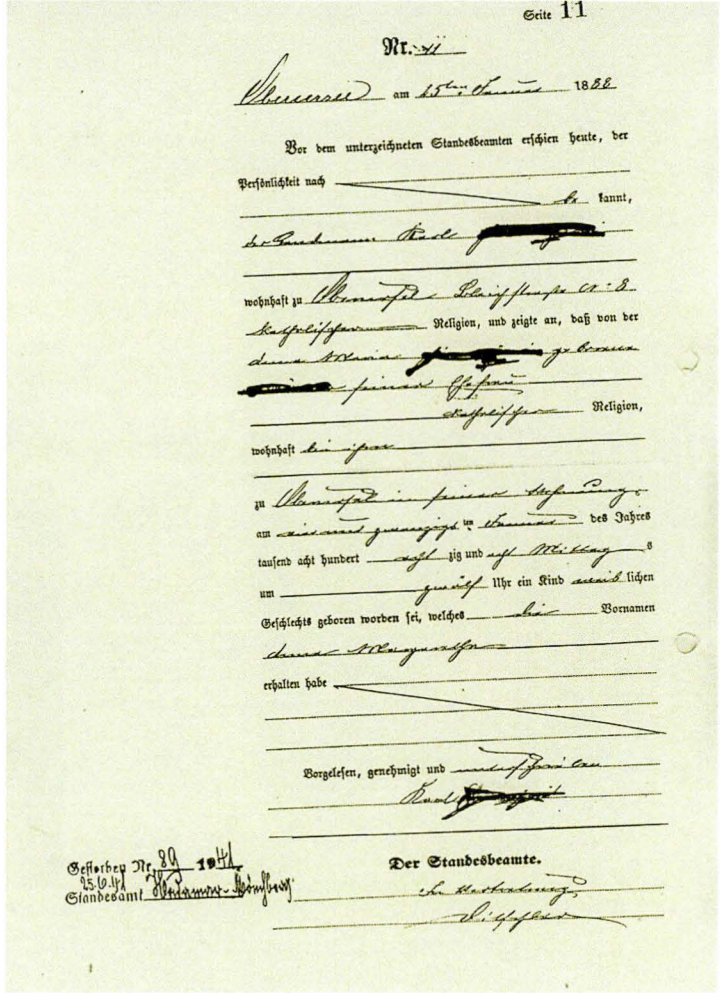
Das Ende

Die letzten Vermerke über Anna (zweite Aprilhälfte 1941): „Es wird versucht, die Patientin einige Zeit am Tage aufstehen zu lassen."... „Das Aufstehen bekommt ihr gut." Dann aber: „30.4.41: Wird nach Weilmünster verlegt."

Die „Klinik für Geisteskranke" in Weilmünster war eine der neun Zwischenanstalten, in der Patienten, die für die Tötungsanstalt in Hadamar bestimmt waren, zu Tarnzwecken „zwischengelagert" wurden.
Anna ist 53 Jahre alt, als sie von Marburg über die Zwischenanstalt Weilmünster am 12. Juni 1941 nach Hadamar verlegt und wie alle anderen Totgeweihten noch am Tage ihrer Ankunft in der Gaskammer ermordet wird.

Das fingierte Todesdatum

Im Geburtsregister von Anna wird als Todeshinweis vermerkt, sie sei in Hadamar gestorben.
Dieser Eintrag als solcher ist echt, das Sterbedatum („25.6.41") jedoch nicht, denn das Standesamt „Hadamar-Mönchberg" ist ein Sonderstandesamt, das nur im Jahre 1941 besteht. Sein einziger Zweck liegt darin, die Sterbefälle in der damaligen


Seite 11

Nr. 41

Oberursel am 25. Januar 1888

Vor dem unterzeichneten Standesbeamten erschien heute, der Persönlichkeit nach bekannt, der Landwirt Karl [redacted] wohnhaft zu Oberursel Philippstr. No. 8, katholischer Religion, und zeigte an, daß von der dessen Ehefrau Elisabethe geb. Braun katholischer Religion, wohnhaft hier zu Oberursel in seiner Behausung am fünfundzwanzigsten Januar des Jahres tausend acht hundert sechs und achtzig und acht Uhr Mittags um zwei Uhr ein Kind weiblichen Geschlechts geboren worden sei, welches die Vornamen Anna Margarethe erhalten habe. Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben. Karl [redacted]

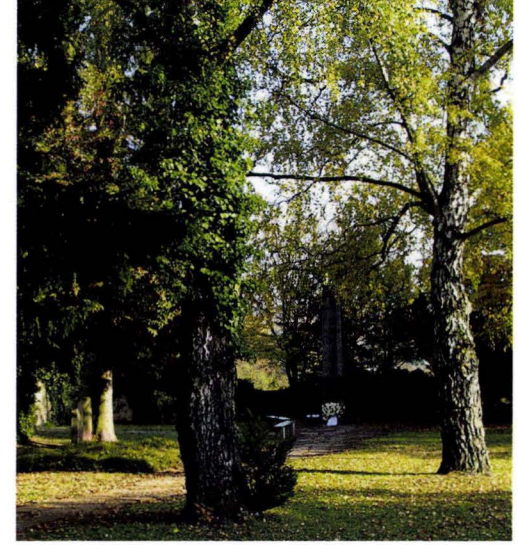
Der Standesbeamte. In Vertretung Wilhelm

Gestorben Nr. 89 1941 am 25.6.41 Standesamt Hadamar-Mönchberg

Im Geburtenregister von Oberursel enthält der Geburtseintrag von Anna den Todeshinweis:

„Landesheilanstalt" (in Wirklichkeit Tötungsanstalt) Hadamar mit erfundenen Daten zu beurkunden und die wahren Umstände gegenüber den Angehörigen zu verschleiern. Die Sterbeeintrags-Nummer („89 1941") des im Geburtseintrag vermerkten Todeshinweises ist fingiert, ebenso der Todestag.

Anna H.
24. Januar 1888 in Oberursel – 12. Juni 1941 in Hadamar vergast



Gedenkstätte Hadamar;
Foto: Rieber



Cäcilia Pagel, geb. Gotthardt, aufgenommen 1930
Bild: privat

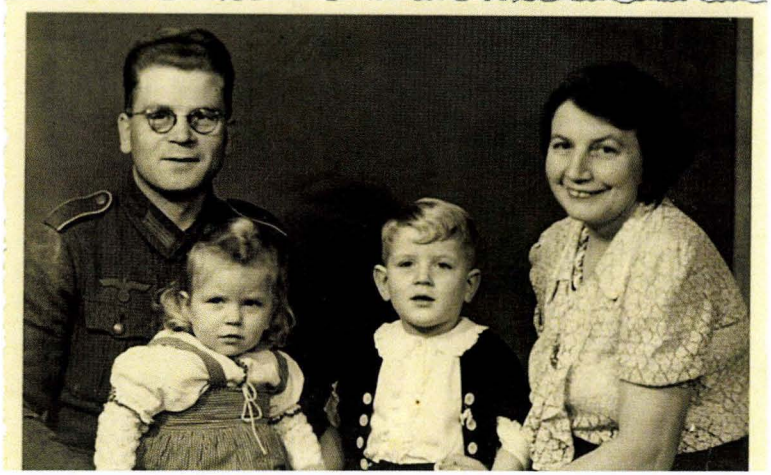
Ihre Grablage ist heute eine Gedenkstätte

Cäcilia Pagel

Cäcilia Pagel wird 1904 in dem Dorf Waldernbach im Westerwald unter dem Familiennamen Gotthardt geboren. Der Ort ist heute ein Ortsteil der Gemeinde Mengerskirchen im Landkreis Limburg-Weilburg in Hessen. Cäcilia wächst in der Familie ihrer Eltern auf, die dort einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb auf den eher kargen Böden betrieben.

Cäcilia Gotthard verlässt mit 22 Jahren ihr elterliches Dorf und arbeitet vier Jahre in einem Hotel in Köln.

1938 zieht sie nach Oberursel. Hier lernt sie ihren späteren Ehemann kennen, einen gelernten Sattler aus Stargard in Pommern. Die beiden heiraten 1939 und lassen sich in Oberursel nieder. Der Ehe entstammen drei Kinder – ein Junge und zwei Mädchen. Ihr zunächst unabkömmlicher Ehemann wird zum Schluss doch noch zum Militär eingezogen und gerät später nach der Geburt ihres dritten Kindes in angloamerikanische Kriegsgefangenschaft. Cäcilia Pagel sieht ihn nie wieder.



1943/44 Cäcilia Pagel mit ihren beiden ältesten Kindern und Ehemann auf Heimaturlaub; Bild: Privat

Wegen des Luftkrieges über dem nahe gelegenen Frankfurt am Main zieht Pagel 1944 mit ihrem Ältesten aufs Land zu ihren Eltern in Waldernbach. Die Tochter wird in Bad Soden bei einer Schwester von Cäcilia untergebracht. Im Oktober 1944 kommt das dritte Kind, ein Mädchen, im Hause ihrer Eltern in Waldernbach zur Welt.
Die Zeit dieser Schwangerschaft und insbesondere die Zeit danach sind nicht ohne Probleme. Sie habe, so später ihr Sohn Dieter, unter einer Schwangerschaftspsychose gelitten. Das Baby wird bei einer Schwester von Cäcilia Pagel im Dorf untergebracht und auch dort versorgt. Es hat Milchschorf.

In dem Elternhaus wohnt im ersten Stock eine Lehrerin. Sie ist Mitglied der NSDAP und eine der treibenden Kräfte, die Cäcilia in eine Anstalt abschieben will, ebenso eine im gleichen Hause wohnende Schwester von Cäcilia. Es hat wohl eine Art von Komplott gegeben, wie ihr Sohn Dieter vermutet, das schließlich zum Erfolg führt. Jedenfalls wird Cäcilia Pagel zwei Monate nach der Entbindung – es sind vier Tage vor Weihnachten 1944, ein Mittwoch, aufgrund eines ärztlichen Attestes in die 30 Kilometer südlich gelegene damalige Landes-Heilanstalt Weilmünster eingewiesen.

Die Umstände des Transports von Waldernbach nach Weilmünster sind der Zeit entsprechend. Ihr damals fünf Jahre alter Sohn Dieter erinnert sich:
„Mein Onkel Georg, ein Bruder meiner Mutter, kam mit einem von einem Holzvergaser betriebenen LKW, der mit Holzstücken beladen war. Es wurde ein Holzsack herausgenommen und irgendwo anders disponiert, um Platz zu schaffen für meine Mutter. Sie wurde in Decken gehüllt und abtransportiert. Das war das letzte Mal, dass ich sie sah."

Cäcilia Pagel ist zum ersten Mal in einer Anstalt. Die Aufnahme-Diagnose in Weilmünster ist mit Fragezeichen versehen. Sie sei „seit Samstag letzter Woche verwirrt", so der Vermerk im Aufnahmebericht, also seit fünf Tagen.

Sie bleibt drei Monate in der Anstalt Weilmünster. Am 20.03.1945 verlegt man sie nach Hadamar – „wegen Räumung", lautet der Eintrag in der Krankenakte. Eine Woche später marschiert die US-Armee in Limburg ein. US-Militärärzte untersuchen die vom Tode gezeichneten Patienten. Cäcilia Pagel ist durch die Anstaltsaufenthalte so entkräftet, dass sie nicht überlebt. Sie stirbt 11 Tage nach der Befreiung der Anstalt, angeblich an Lungenentzündung. Die Beisetzung erfolgt auf dem Anstaltsfriedhof, der später zu einer „Gedenkstätte" umgestaltet wird. Eine individuelle Grabstelle von Cäcilia Pagel suchen ihre Nachkommen vergebens.

Cäcilia Pagel
20. November1904 in Mengerskirchen-Waldernbach – 06. April 1945 in Hadamar an den Folgen der Anstaltsunterbringung



Das Geburtshaus von Margaretha R. heute
Bild: Inge Laeuen, 2015

„In polizeiliche Verwahrung genommen"

Das Schicksal der Margaretha R.

Margaretha R. ist fast 41 Jahre alt, als sie in Oberursel in „polizeiliche Verwahrung" genommen und zur damaligen Landesheilanstalt Hadamar gebracht wird. Sie habe, so die polizeiliche Meldung, „in ihrer Wohnung skandaliert" und sei als gemeingefährlich anzusehen, weswegen „die Überweisung in eine Heilanstalt unumgänglich ist".

Die Familie

Der Vater von Margaretha wächst in Niedergirmes auf, zu seiner Zeit ein aufstrebendes Dorf etwas oberhalb der Mündung der Dill in die Lahn und unweit von Wetzlar, von dem es heute ein Stadtteil ist. Die Mutter stammt aus Oberstedten, eine einst selbstständige Gemeinde mit damals rund 1 000 Einwohnern, 3 km westlich von Bad Homburg v.d.H. und ca. 3 km nördlich von Oberursel. Margarethas Eltern heiraten 1900 in Oberursel, der Vater ist 24 und die Mutter 28 Jahre alt.

Im Januar 1902 kommt Margaretha zur Welt und laut (berichtigter) standesamtlicher Eintragungen zwei Stunden später ihr Zwillingsbruder Friedrich Johann Peter. Die Familie lebt in der Altstadt von Oberursel in unmittelbarer Nähe des Marktplatzes. Die Stadt zählt damals knapp 6 000 Einwohner.

Der Vater ist Hilfsbahnwärter. Er übt zwar ständig Beamtentätigkeit aus, bleibt aber nach damaliger Praxis seiner Anstellung nach Arbeiter. Als die Kinder knapp vier Jahre alt sind, kommt der Vater „auf den Eichberg", d. h. in die Landes-Heilanstalt Eichberg in Eltville am Rhein. Er verbringt den Rest seines Lebens in Anstalten und stirbt mit 42 Jahren in der Landesheilanstalt Herborn im Lahn-Dill-Kreis in Hessen.
Die alleinerziehende Mutter wechselt im Laufe der Jahre mehrmals die Wohnung und lebt schließlich in einem Eckhaus an einer Hauptstraße in Oberursel.

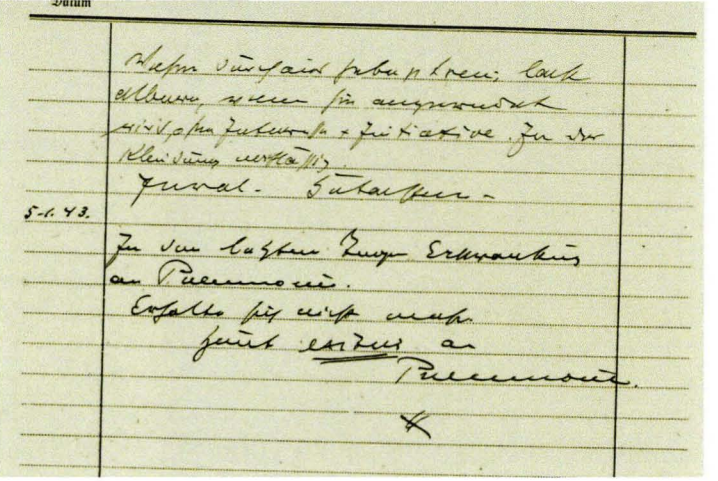
Das Verhältnis von Margaretha zu ihrer Mutter, bei der sie bis zu ihrer Festnahme lebt, ist nicht gut. Bei ihrer Einlieferung in Hadamar erzählt sie, „die Mutter war schuld, die hätte eine andere Heirat machen sollen, dann hätte sie bessere Kinder bekommen. … Mutter will uns nicht recht. Wir waren verstossen. Weiss nicht, was Mutter gegen uns hat." Über ihren Bruder berichtet sie, er sei von Beruf Schlosser und wohne in Frankfurt. Sie nennt seine Adresse und auch die Firma, bei der er arbeitet. Er sei verheiratet und habe zwei gesunde Mädels von 12 und 4 Jahren.

Festnahme und Aufnahme in Hadamar

Bei der Festnahme von Margaretha geht es turbulent zu. Sie wehrt sich so kräftig, dass sie nur „unter aller Körperkraft unter Mithilfe des PolReservisten Keller zur Wache gebracht werden konnte". Von hier aus bringt man sie zur Landesheilanstalt Hadamar. Dort ist sie bei ihrer Einlieferung durch zwei Polizisten zunächst „äusserst lebhaft". Sie antwortet jedoch „in ruhigem Ton, auch ganz geordnet", wie im Aufnahmebogen festgehalten wird. „Zeitlich sehr gut orientiert … Personell ebenfalls gut orientiert", lautet eine weitere Feststellung. Nein, Krankheiten habe sie keine. Sie sei mit acht Jahren eingeschult („Ich kam nur in die Volksschule … Bin ein Jahr zurückgeblieben.") und mit 16 Jahren ausgeschult worden. Nach der Schule „bin ich in die Munitionsfabrik



Letzter Wohnsitz von Margaretha
rechts das obere Eckhaus.
Von hier aus erfolgte die Festnahme;
Bild: Sammlung Bernd Ochs, Oberursel



Letzter Eintrag in Margarethas Krankenakte,

gegangen. Hatte Tag- und Nachtdienst gehabt." Später wird sie Zeitungsträgerin und bleibt dies 25 Jahre lang. Mit Männern habe sie es nicht so: „Ich gehe abends in mein Bett und habe mit Männern nichts zu tun."

Margarethas „Intellekt nicht wesentlich geschädigt"

Bei den Rechenaufgaben, wenn auch einfacher Art, die ihr gestellt werden, hat sie keine Schwierigkeiten. „Wie viel Zinsen bringen 400.- RM zu 5%?", wird sie gefragt, und sie antwortet: „20 RM". Und auf die Frage: „Was ist schwerer, 1 Pf. Federn oder Eisen?", nennt sie: „Eisen", ergänzt jedoch: „1 Pfund hat 500 Gr".
In Erdkunde ist sie recht bewandert: „Limburg liegt an der Lahn, die Lahn fließt in den Rhein. Nebenflüsse des Rheines sind Neckar, Main. Städte am Rhein sind Mainz, Köln und am Main liegt Frankfurt." Sie weiß Nord- und Ostsee zu unterscheiden („Nordsee, die ist auf der anderen Seite").

Das Gespräch strengt sie an. „Im Laufe der Unterhaltung tritt deutliches Stottern auf", heißt es im Protokoll. Und: „Man merkt jetzt schon ein deutliches Ermüden." Dennoch geht das Interview weiter. Martin Luther? „Reformator der evang. und kath. Geschichte." Geboren? „10.11.1483 zu Eisleben." Die Fangfrage: „Wie lange dauerte der 30jährige Krieg?", kann sie nicht beirren. „30 Jahre", lautet die Antwort. Sie soll jetzt Sprichwörter ergänzen: „Der Apfel fällt …?" Ihre Antwort: „Wenn die Kinder sind wie der Vater", – eine wahrlich originelle Antwort! Unterschied zwischen Teich und Bach? „Teich ist ein rundes Ding und Bach ist fließend."

Die Feststellung in dem Protokoll, „es besteht eine ausgesprochene Gedächtnisschwäche", wird nicht begründet. Der Interviewer kommt zu dem Ergebnis: „Der Intellekt scheint nicht wesentlich geschädigt zu sein." Auch für das Krankheitsbild des manisch depressiven „Irreseins" fehlen die Unterlagen. Jedoch: „Es liegt schwere erbliche Belastung vor."

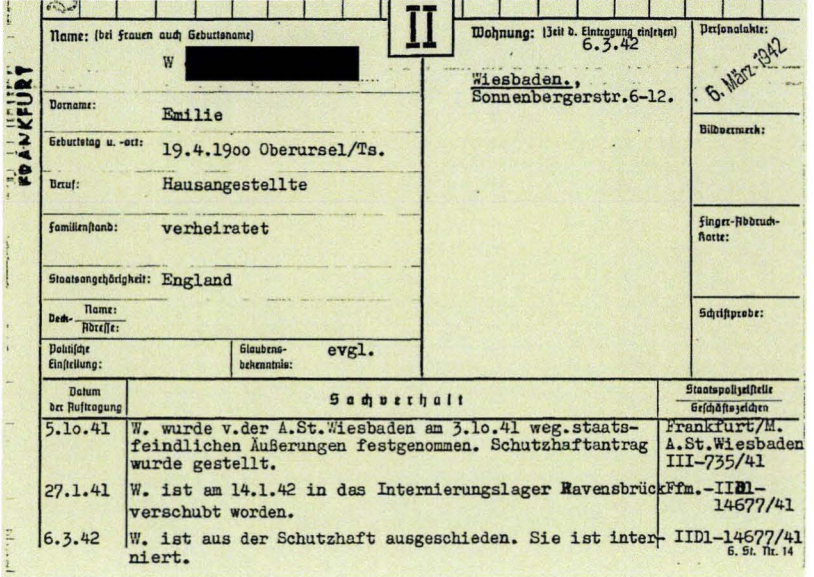
Das Ende

Margaretha wird in der Anstalt zu Hausarbeiten herangezogen. Sie gilt als „eigenartig verschroben". Wie es ihr in der Folgezeit in Hadamar ergeht, liegt im Dunkeln.
Bei ihrer Einlieferung ist sie körperlich gesund. Vier Monate später, im Januar 1943, ist sie tot. Ein Vermerk zu ihrem Ende ist erhalten geblieben: „In den letzten Tagen Erkrankung an Pneumonie. Erholte sich nicht mehr." Es spricht alles dafür, dass Margaretha durch gezielte Unterernährung und/oder andere Maßnahmen der zweiten NS-Euthanasie-Phase umgebracht wurde.

Margaretha R.
2. Januar 1902 in Oberursel – 5. Januar 1943 in Hadamar
an den Folgen der Anstaltsunterbringung



Emilie W., 38 Jahre



FRANKFURT

II

Name: (bei Frauen auch Geburtsname)
W [redacted]

Wohnung: (Zeit d. Eintragung einsetzen)
6.3.42
Wiesbaden.,
Sonnenbergerstr.6-12.

Personalakte:
6. März 1942

Vorname: Emilie

Geburtstag u. -ort: 19.4.1900 Oberursel/Ts.

Beruf: Hausangestellte

Bildvermerk:

Familienstand: verheiratet

Finger-Abdruck-Rolle:

Staatsangehörigkeit: England

Deck-Name: / Adresse:

Schriftprobe:

Politische Einstellung:

Glaubens-bekenntnis: evgl.

Datum der Auftragung	Sachverhalt	Staatspolizeistelle / Geschäftszeichen
5.10.41	W. wurde v.der A.St.Wiesbaden am 3.10.41 weg.staatsfeindlichen Äußerungen festgenommen. Schutzhaftantrag wurde gestellt.	Frankfurt/M. A.St.Wiesbaden III-735/41
27.1.41	W. ist am 14.1.42 in das Internierungslager Ravensbrück verschubt worden.	Ffm.-IID1-14677/41
6.3.42	W. ist aus der Schutzhaft ausgeschieden. Sie ist interniert.	IID1-14677/41

6. St. Nr. 14

Karteikarte der Gestapo Frankfurt

Das Los der Zivilinternierten

Emilie W.

Das Gelände der Lumpensortieranstalt in Oberursel (Recycling würde man es heute nennen) ist noch bis ins 21. Jahrhundert hinein nahezu unverändert. Hier wohnt um die Wende zum 19. Jahrhundert der Maschinist Philipp I. mit seiner Ehefrau Anna. Das Herkommen der beiden ist nicht bekannt. Vermutlich war er als Maschinist bei der Lumpensortieranstalt beschäftigt, die damals als Energiequelle unter anderem eine 120 PS Dampfmaschine benutzt.

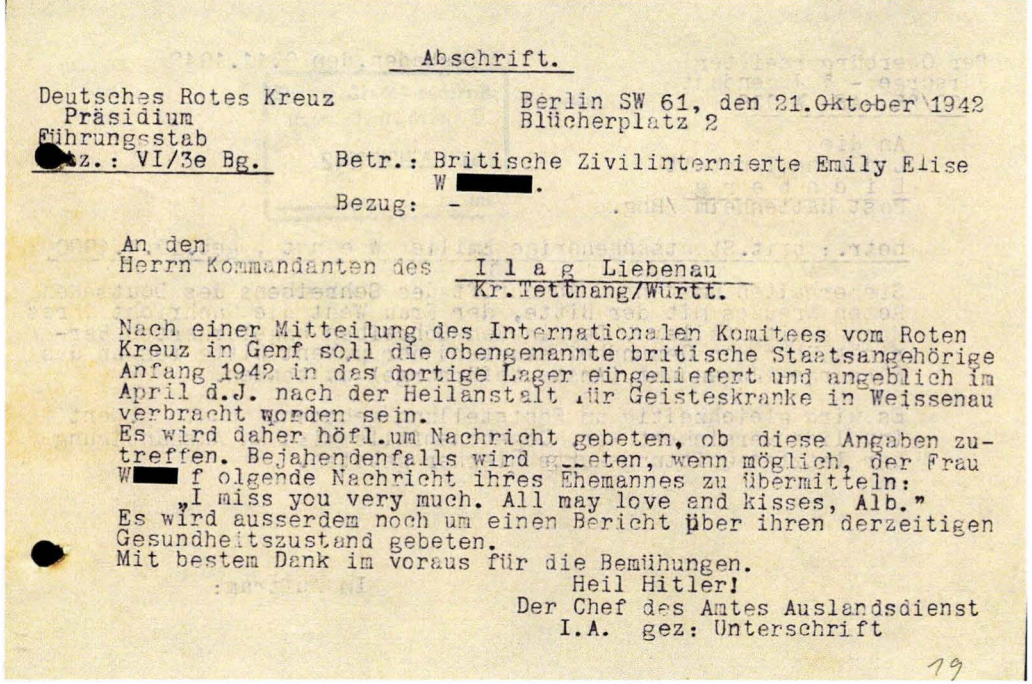
Philipp I. meldet am 19. April 1900 dem Standesamt Oberursel die Geburt einer Tochter mit den Vornamen Elise Emilie. Da er dem Standesbeamten nicht bekannt ist (offenbar war er ein Zugezogener), legitimiert er sich durch Vorlage einer polizeilichen Anmeldebescheinigung.

Mit 15 Jahren auf sich gestellt

Emilie wird früh Waise. Sie ist die Älteste von fünf Geschwistern. Als der Vater stirbt, ist sie zehn Jahre alt. Die Familie lebt jetzt im Raum Düsseldorf. Die Mutter wird in eine Nervenheilanstalt eingewiesen. Emilie ist mit 15 Jahren auf sich allein gestellt und muss sich früh ihr Brot verdienen. Sie schlägt sich als Hausangestellte durchs Leben und arbeitet zuletzt in einer Gärtnerei in Wiesbaden.

Durch Heirat britische Staatsangehörige

Wiesbaden im Jahre 1930: Es ist das letzte Jahr für das dort stationierte Hauptquartier der britischen Rheinarmee, eine Folge des Ersten Weltkrieges. Emilie lernt den zwei Jahre jüngeren Obergefreiten Albert Edward W. kennen. Sie folgt ihm mit dem Abzug der Briten aus Wiesbaden nach England. Das Paar heiratet in Aldershot, eine Stadt in der englischen Grafschaft Hampshire im Distrikt Rushmoor. Durch die Heirat wird sie britische Staatsangehörige.



Abschrift.

Deutsches Rotes Kreuz
Präsidium
Führungsstab
Az.: VI/3e Bg.

Berlin SW 61, den 21. Oktober 1942
Blücherplatz 2

Betr.: Britische Zivilinternierte Emily Elise W [redacted].

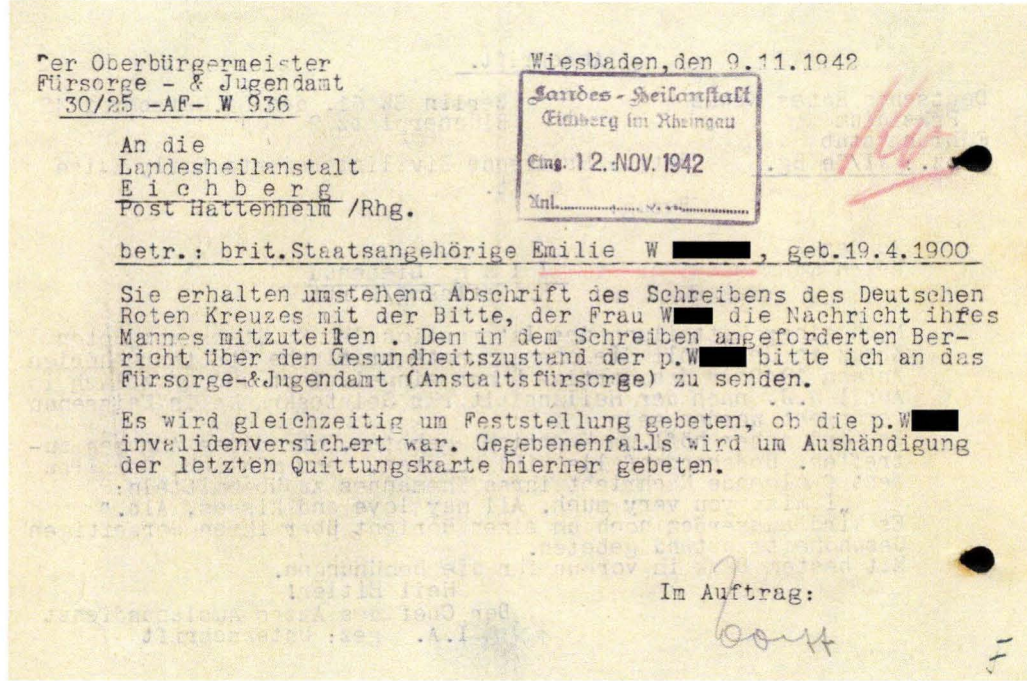
Bezug: -

An den
Herrn Kommandanten des I l a g Liebenau
Kr. Tettnang/Württ.

Nach einer Mitteilung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf soll die obengenannte britische Staatsangehörige Anfang 1942 in das dortige Lager eingeliefert und angeblich im April d.J. nach der Heilanstalt für Geisteskranke in Weissenau verbracht worden sein.
Es wird daher höfl. um Nachricht gebeten, ob diese Angaben zutreffen. Bejahendenfalls wird gebeten, wenn möglich, der Frau W [redacted] folgende Nachricht ihres Ehemannes zu übermitteln:
„I miss you very much. All may love and kisses, Alb."
Es wird ausserdem noch um einen Bericht über ihren derzeitigen Gesundheitszustand gebeten.
Mit bestem Dank im voraus für die Bemühungen.

Heil Hitler!
Der Chef des Amtes Auslandsdienst
I.A. gez: Unterschrift

19



Der Oberbürgermeister
Fürsorge - & Jugendamt
30/25 -AF- W 936

Wiesbaden, den 9.11.1942

Landes-Heilanstalt
Eichberg im Rheingau
Eing. 12. NOV. 1942
Anl.

An die
Landesheilanstalt
E i c h b e r g
Post Hattenheim /Rhg.

betr.: brit. Staatsangehörige Emilie W [redacted], geb. 19.4.1900

Sie erhalten umstehend Abschrift des Schreibens des Deutschen Roten Kreuzes mit der Bitte, der Frau W [redacted] die Nachricht ihres Mannes mitzuteilen. Den in dem Schreiben angeforderten Bericht über den Gesundheitszustand der p. W [redacted] bitte ich an das Fürsorge-&Jugendamt (Anstaltsfürsorge) zu senden.

Es wird gleichzeitig um Feststellung gebeten, ob die p. W [redacted] invalidenversichert war. Gegebenenfalls wird um Aushändigung der letzten Quittungskarte hierher gebeten.

Im Auftrag:

Eine Nachricht vom Ehemann, übermittelt vom CICR, Ilag Liebenau, Stadt Wiesbaden:
„I miss you very much. All my love and kisses. Alb."

Da ihr Ehemann nur ein geringes Einkommen hat, geht sie als Zimmermädchen und Serviererin arbeiten. Später, als ihr Mann in einem Büro genügend verdient, gibt sie die Arbeit auf. Das Paar wohnt nun sechs Jahre lang möbliert in Shrewsbury, einer Stadt in den West Midlands in England.

Albert Edward W. wird in die britische Kronkolonie Singapur versetzt, seine Frau bleibt alleine zurück. Nach seiner Rückkehr kaufen sie sich ein Haus.

Die Rückkehr nach Deutschland

Emilie fühlt sich in ihrer neuen Umgebung bedroht und schikaniert. Sie meint, überall eine antideutsche Stimmung und Feindseligkeiten gegen sich zu spüren. Ein halbes Jahr vor dem Zweiten Weltkrieg kehrt sie mit einem kurz vorher ausgestellten britischen Pass nach Deutschland zurück, zunächst nach Remscheid, dann nach Wiesbaden. Sie arbeitet als Zimmermädchen in verschiedenen Hotels.

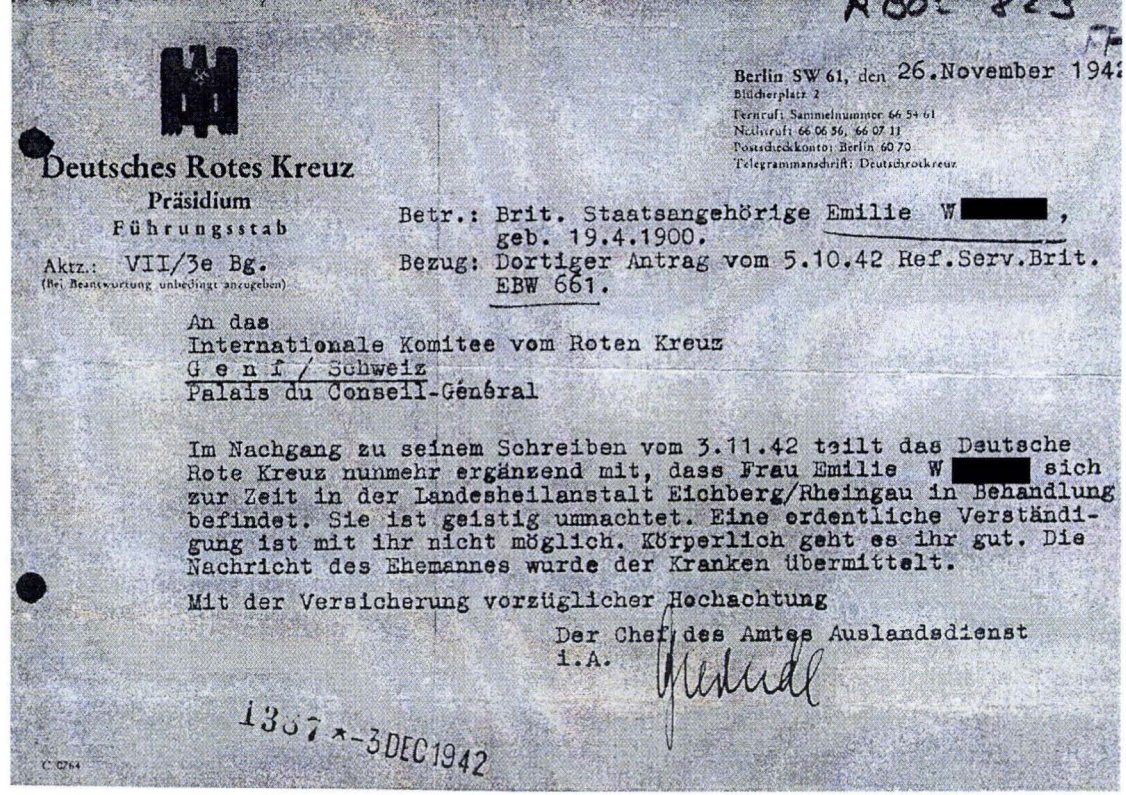
In den Fängen der Gestapo

1941 gerät Emilie in die Fänge der Gestapo.
Festgenommen „wg. staatsfeindlichen Äußerungen", kommt sie zunächst in sogenannte Schutzhaft.

Im Nationalsozialismus diente die Schutzhaft nicht dem Schutz der Betroffenen, sondern war in ihr Gegenteil verkehrt. Sie war ein Instrument der Verfolgung bzw. Vernichtung missliebig gewordener Personen. Die Anordnung der Schutzhaft geschah ausschließlich durch die Gestapo, eine gerichtliche Überprüfung war ausgeschlossen.

Nach Emilies durchaus glaubhaften Angaben macht sie nach ihrer Verhaftung eine Reise durch verschiedene Gefängnisse: Wiesbaden, Frankfurt am Main, Bruchsal, Stuttgart und schließlich das Internierungslager Liebenau in Baden-Württemberg.

Ihre Angaben decken sich nicht mit der Karteikarte der Gestapo Frankfurt.



Deutsches Rotes Kreuz
Präsidium
Führungsstab

Berlin SW 61, den 26. November 194
Blücherplatz 2
Fernruf: Sammelnummer 66 54 61
Nebenruf: 66 06 56, 66 07 11
Postscheckkonto: Berlin 60 70
Telegrammanschrift: Deutschrotkreuz

Aktz.: VII/3e Bg.
(Bei Beantwortung unbedingt anzugeben)

Betr.: Brit. Staatsangehörige Emilie W[redacted],
geb. 19.4.1900.
Bezug: Dortiger Antrag vom 5.10.42 Ref.Serv.Brit.
EBW 661.

An das
Internationale Komitee vom Roten Kreuz
G e n f / Schweiz
Palais du Conseil-Général

Im Nachgang zu seinem Schreiben vom 3.11.42 teilt das Deutsche Rote Kreuz nunmehr ergänzend mit, dass Frau Emilie W[redacted] sich zur Zeit in der Landesheilanstalt Eichberg/Rheingau in Behandlung befindet. Sie ist geistig umnachtet. Eine ordentliche Verständigung ist mit ihr nicht möglich. Körperlich geht es ihr gut. Die Nachricht des Ehemannes wurde der Kranken übermittelt.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung

Der Chef des Amtes Auslandsdienst
i.A.

1387 x-3 DEC 1942

C 0764

Das DRK an das CICR

Im Internierungslager Liebenau

Der Zweite Weltkrieg ist voll entflammt. Emilie hat auf Grund ihrer britischen Staatsangehörigkeit den Status einer sogenannten Zivilinternierten. Zivilinternierte sind Zivilisten, die von einer Kriegspartei in Gefangenschaft gehalten werden. Sie haben gemäß der Vierten Genfer Konvention einen speziellen Gefangenenstatus.
Belegt ist ihre Einweisung in das Internierungslager Liebenau, heute ein Ortsteil von Meckenbeuren im Bodenseekreis. Der Lagerarzt des Internierungslagers Liebenau folgt den Klagen der Gefangenen über Emilies Verhalten und ihre „krankhaften Ideen". Er konstatiert kurzerhand eine Geisteskrankheit und und stellte fest: „... ist ihre Überstellung in die Heilanstalt Weissenau notwendig".

In der Anstalt Weissenau

So wird Emilie, nach einem Monat Lageraufenthalt in Liebenau, im Oktober 1942 in die Württembergische Heilanstalt Weissenau bei Ravensburg gebracht. Hier hinterlässt Emilie einen guten Eindruck: „Klar und besonnen, wohl orientiert, korrekt in ihrem Verhalten, aufgeschlossen und zugänglich", jedoch „von ihren Wahnideen nicht abzubringen". „Sie ist", so ein weiterer Vermerk über sie, „wenn man auf ihre Eigenart Rücksicht nimmt, ganz gut zu haben".

Die Kosten ihrer Unterbringung in der Anstalt Weissenau werden bisher aus Internierungsmitteln bestritten. Mitte 1942 wird die Internierungshaft aufgehoben. Die Anstalt würde sie als Pflegling behalten. Es kommt jedoch anders

Nach einem halben Jahr Aufenthalt in Weissenau wird sie „als gebessert" entlassen und, da weiterhin Anstaltsbedürftigkeit bestehe, in die Anstalt Eichberg überführt.

Auf dem Eichberg

Bei der Aufnahme ist sie ruhig. Bald aber lehnt sie sich auf. Sie protestiert gegen ihre Anstaltsunterbringung. Sie rebelliert und und folgt nicht den Ermahnungen. Sie sei, so das Urteil der Anstalt über sie, „arrogant, nörgelnd und misstrauisch".

COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE
AGENCE CENTRALE DES PRISONNIERS DE GUERRE

Rappeler dans la réponse :
Serv.Civ.Brit.
FBW 661/ed

GENÈVE, 28.9.43.
Palais du Conseil-Général

Chèques postaux I. 5527
Téléphone 4 23 05
Télég. "INTERCROIXROUGE"

Landes-Heilanstalt Eichberg i. Rheingau
Eing. - 8. OKT. 1943
Anl.

An den Chefarzt der
Landesheilanstalt
EICHBERG / RHEINGAU
über Eltville
Deutschland

Sehr geehrter Herr Obermedizinalrat,

Zurückgreifend auf Ihr Schreiben vom 11.Januar 1943,(Dr.Schm./Ge.) betreffend

Mrs. Emilie W[redacted]

(britische Staatsangehörige, geboren 19.4. 1900),gelangen wir heute erneut an Sie mit der Bitte um einen möglichst ausführlichen Bericht über den Gesundheitszustand Frau W[redacted]. Herr W[redacted], ihr Gatte, ist sehr besorgt um sie und glaubt, dass ihr Zustand sich sicher verbessern würde, wenn sie heimkehren könnte. Wir wissen natürlich nicht, wie weit das mit Ihrer Ansicht überein stimmt, wären Ihnen jedoch für jede Auskunft sehr dankbar.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

19.4.43 nach Hadamar

Comité International de la Croix Rouge
1re Agence centrale des prisonniers de guerre
GENÈVE

39

Eine erneute Anfrage des CICR

Schw E.Müller

Wiesbaden den 9.Nov. 43
Schützenhofstr. 9 Telf. 25773

An die Landesheilanstalt

Hadamar

Betr: Frau Emilie W[redacted]

Das Vormundschaftsgericht hat einen Bericht über die unter meiner Pflegschaft stehende Frau Emilie W[redacted] angefordert. Ich bitte deshalb um Nachricht, wie es Frau W[redacted] geht, hat sich der Zustand inzwischen etwas gebessert?

Heil Hitler

Die Pflegerin erkundigt sich

Eine Nachricht von ihrem Mann

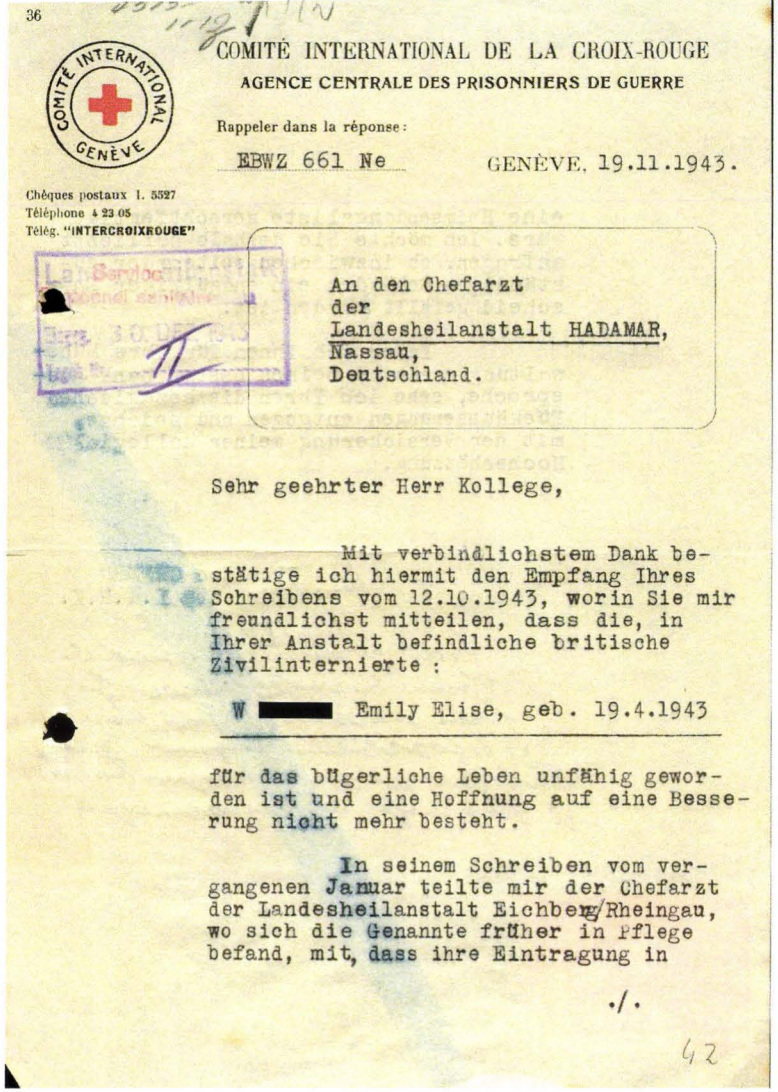
Emilie bekommt über das Rote Kreuz, das Internierungslager Liebenau und die Stadt Wiesbaden eine Nachricht von ihrem Mann übermittelt.

Das Rote Kreuz schaltet sich ein

Vergeblich versucht ihr britischer Ehemann, sie über das in Genf ansässige Comité International de la Croix-Rouge (Internationales Komitee vom Roten Kreuz [CICR]) nach Großbritannien zu holen. Sie sei geistig umnachtet, eine ordentliche Verständigung „ist mit ihr nicht möglich", teilt das Präsidium des Führungsstabs des Deutschen Roten Kreuz in Berlin mit.

Im Oktober 1943 erfolgt eine erneute Anfrage aus Genf mit der Bitte um einen möglichst ausführlichen Bericht über den Gesundheitszustand von Emilie. „Ihr Gatte ist sehr umsorgt um sie und glaubt, dass ihr Zustand sich sicher verbessern würde, wenn sie heimkehren könnte", so die Anfrage des CICR.

Die Antwort aus Deutschland, jetzt aus Hadamar, wohin Emilie im April 1943 verlegt wird, lautet: „Sie ist für das Leben außerhalb der Anstalt nicht mehr geeignet.... Eine Hoffnung auf eine Heilung besteht nicht mehr."



36

COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE
AGENCE CENTRALE DES PRISONNIERS DE GUERRE

Rappeler dans la réponse :
EBWZ 661 Ne GENÈVE, 19.11.1943.

Chèques postaux I. 5527
Téléphone 4 23 05
Télég. "INTERCROIXROUGE"

An den Chefarzt
der
Landesheilanstalt HADAMAR,
Nassau,
Deutschland.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Mit verbindlichstem Dank bestätige ich hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 12.10.1943, worin Sie mir freundlichst mitteilen, dass die, in Ihrer Anstalt befindliche britische Zivilinternierte :

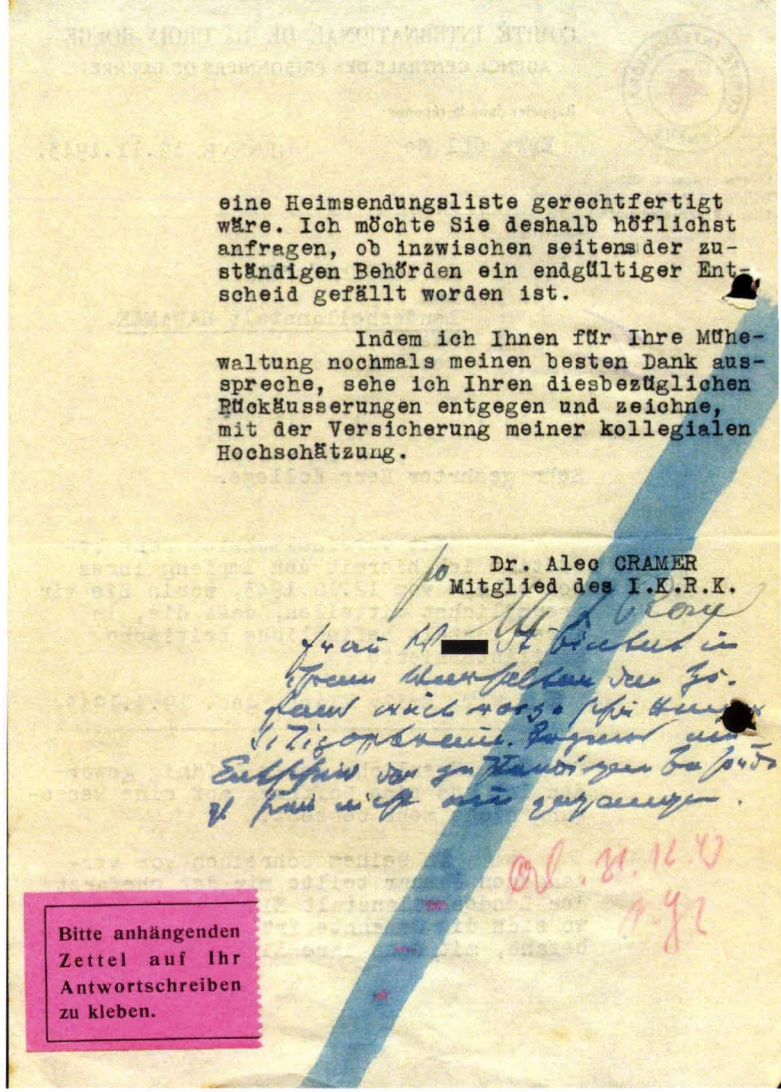
W [redacted] Emily Elise, geb. 19.4.1943

für das bügerliche Leben unfähig geworden ist und eine Hoffnung auf eine Besserung nicht mehr besteht.

In seinem Schreiben vom vergangenen Januar teilte mir der Chefarzt der Landesheilanstalt Eichberg/Rheingau, wo sich die Genannte früher in Pflege befand, mit, dass ihre Eintragung in

./.

42



eine Heimsendungsliste gerechtfertigt wäre. Ich möchte Sie deshalb höflichst anfragen, ob inzwischen seitens der zuständigen Behörden ein endgültiger Entscheid gefällt worden ist.

Indem ich Ihnen für Ihre Mühewaltung nochmals meinen besten Dank ausspreche, sehe ich Ihren diesbezüglichen Rückäusserungen entgegen und zeichne, mit der Versicherung meiner kollegialen Hochschätzung.

Dr. Aleo CRAMER
Mitglied des I.K.R.K.

Bitte anhängenden Zettel auf Ihr Antwortschreiben zu kleben.

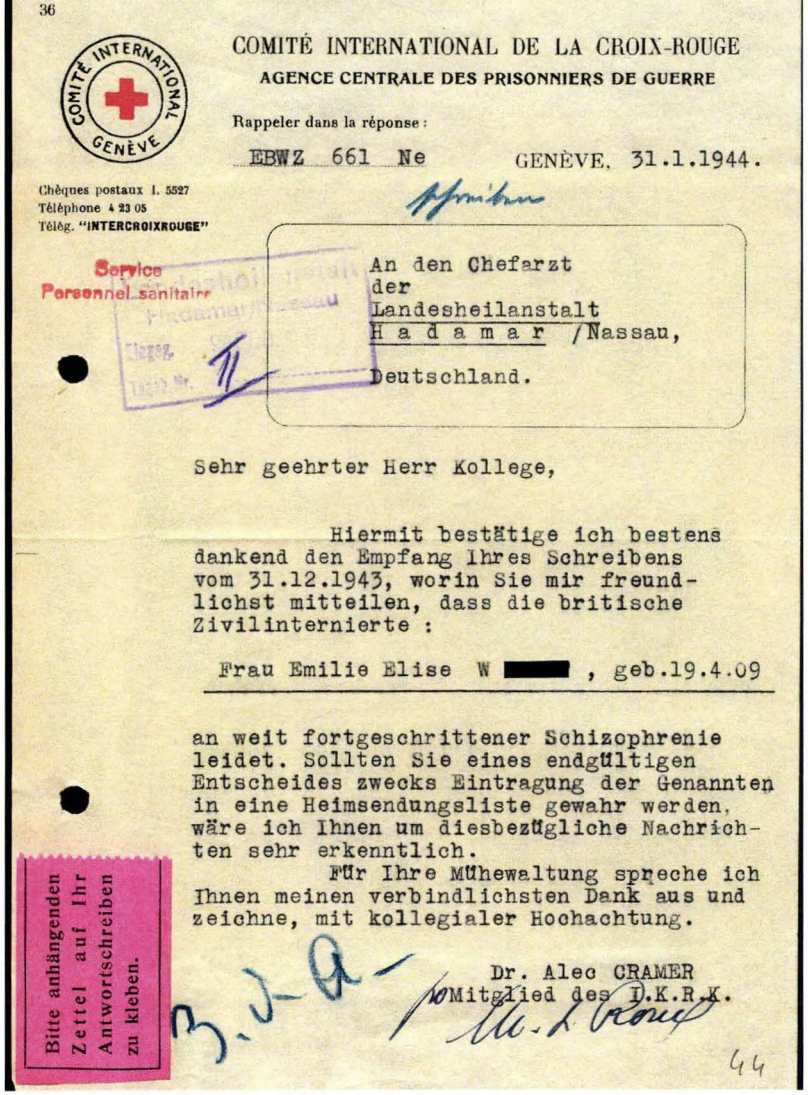
Das CICR fragt erneut an

„Weitere Anstaltsbehandlung ist erforderlich"

Das Vormundschaftsgericht in Wiesbaden hat die Pflegschaft über Emilie angeordnet und eine bei dem Evangelischen Verein für Innere Mission in Nassau (EVIM) tätige Schwester mit der Pflegschaft betraut. Auch diese erkundigt sich im November 1943 nach dem Zustand von Emilie und erhält aus Hadamar die Antwort: „Frau W. ist ruhig, körperlich unverändert. Weitere Anstaltsbehandlung ist erforderlich."
Um die gleiche Zeit wieder eine Erkundigung aus Genf, ob nicht eine Eintragung von Emilie in die Heimsendungsliste gerechtfertigt wäre. Die Antwort ist ablehnend.

Weitere Versuche

Ende Januar 1944 kommt ein weiteres Schreiben aus Genf. Es wird um Nachricht gebeten, falls endgültig über die Eintragung von Emilie in die Heimsendungsliste entschieden werde.
Das letzte Schreiben aus Genf geht kurz vor dem Tod von Emilie in Hadamar ein. Das CICR fragt wiederum nach ihrem Befinden und ob „ein endgültiger Entscheid zwecks ihrer Heimschaffung gefasst worden ist".
Das Schreiben bekommt in Hadamar den Todesvermerk (ein Krückenkreuz) mit dem



36

COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE
AGENCE CENTRALE DES PRISONNIERS DE GUERRE

Rappeler dans la réponse :

EBWZ 661 Ne GENÈVE, 31.1.1944.

Chèques postaux I. 5527
Téléphone 4 23 05
Télég. "INTERCROIXROUGE"

Service
Personnel sanitaire

An den Chefarzt
der
Landesheilanstalt
H a d a m a r /Nassau,
Deutschland.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Hiermit bestätige ich bestens dankend den Empfang Ihres Schreibens vom 31.12.1943, worin Sie mir freundlichst mitteilen, dass die britische Zivilinternierte :

Frau Emilie Elise W [redacted] , geb.19.4.09

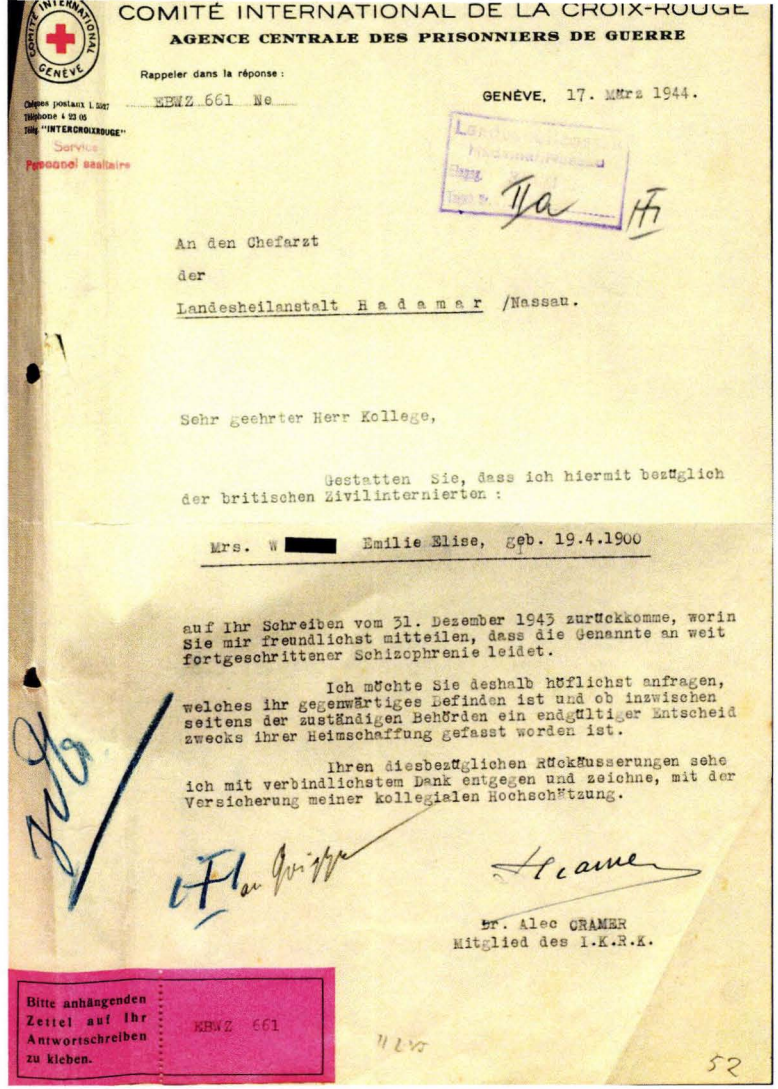
an weit fortgeschrittener Schizophrenie leidet. Sollten Sie eines endgültigen Entscheides zwecks Eintragung der Genannten in eine Heimsendungsliste gewahr werden, wäre ich Ihnen um diesbezügliche Nachrichten sehr erkenntlich.

Für Ihre Mühewaltung spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus und zeichne, mit kollegialer Hochachtung.

Dr. Alec CRAMER
Mitglied des I.K.R.K.

Bitte anhängenden Zettel auf Ihr Antwortschreiben zu kleben.

44



COMITÉ INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE
AGENCE CENTRALE DES PRISONNIERS DE GUERRE

Rappeler dans la réponse :

EBWZ 661 Ne GENÈVE, 17. März 1944.

Service
Personnel sanitaire

An den Chefarzt
der
Landesheilanstalt H a d a m a r /Nassau.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Gestatten Sie, dass ich hiermit bezüglich der britischen Zivilinternierten :

Mrs. W [redacted] Emilie Elise, geb. 19.4.1900

auf Ihr Schreiben vom 31. Dezember 1943 zurückkomme, worin Sie mir freundlichst mitteilen, dass die Genannte an weit fortgeschrittener Schizophrenie leidet.

Ich möchte Sie deshalb höflichst anfragen, welches ihr gegenwärtiges Befinden ist und ob inzwischen seitens der zuständigen Behörden ein endgültiger Entscheid zwecks ihrer Heimschaffung gefasst worden ist.

Ihren diesbezüglichen Rückäusserungen sehe ich mit verbindlichstem Dank entgegen und zeichne, mit der Versicherung meiner kollegialen Hochschätzung.

Dr. Alec CRAMER
Mitglied des I.K.R.K.

Bitte anhängenden Zettel auf Ihr Antwortschreiben zu kleben.

EBWZ 661

52

Das letzte Schreiben des CIC

Zusatz „an Grippe" verstorben, eine in den damaligen psychiatrischen Anstalten geläufige Benennung der Todesursache. In Wirklichkeit lässt man die Patienten absichtlich zugrunde gehen.

Das Ende

Emilie verbringt insgesamt 13 Monate in Hadamar. Sie verendet dort während der zweiten Mordphase im Alter von 44 Jahren.

Emilie W., geb I.
19. April 1900 – 17. Mai 1944 in Hadamar an den Folgen der Anstaltsunterbringung

NS-Euthanasieopfer mit Bezug zu Oberursel

Carmen B. geb. C.	18.06.1893	08.08.1941 Hadamar
Alfred B.	20.04.1887	27.01 1941 Hadamar
August Christian B.	10.06.1912	06.02.1943 Hadamar
Wilhelm D.	20.11.1883	06.05.1943 Hadamar
Theodor E.	09.01.1927	März 1941 Hadamar
Anna E.	16.03.1896	16.11.1944 Hadamar
Ludwig F.	01.10.1904	02.03.1945 Hadamar
Anna H.	24.01.1888	Juni 1941 Hadamar
Josef Ludwig J.	11.06 1884	03.04.1941 Hadamar
Jakob K.	03.12.1892	Februar 1941 Hadamar
Bernhard K.	08.04.1900	22.11.1944 Hadamar
Elisabeth K., geb W.	19.11.1866	16.10.1944 Hadamar
Karl M.	11. Juli 1900	03.02.1941 Hadamar
Johanna P.	25.05.1910	April 1941 Hadamar
Cäcilia Pagel, geb. Gotthardt	20.11.1904	06.04.1945 Hadamar
Margaretha R.	02.01.1902	05.01.1943 Hadamar
Jakob S.	15.07.1908	Juni 1941 Hadamar
Emilie S.	24.05.1917	März 1941 Hadamar
Margarethe S.	02.10.1874	März 1941 Hadamar
Emilie W., geb. I.	19.04.1900	17.05.1944 Hadamar
Adam Philipp Z.	21.12.1893	18.11.1944 Hadamar

Stand: 01.09.2015

Literatur zu „Euthanasie“

„Was geschah in Hadamar in der Nazizeit? — Ein Katalog in leichter Sprache. Uta George / Stefan Göthling (Hg.). Schriftenreihe „Geschichte verstehen“ des Vereins zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar e.V. und des Netzwerkes People First Deutschland e.V. Kassel 2005

Ich klage an —Tatsachen- und Erlebnisberichte der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten. Mit einem Vorwort von Klara Nowak. Herausgeber: Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. Detmold 1989
Die Tötung Geisteskranker in Deutschland. Alice Platen-Hallermund. Mabuse-Verlag, Frankfurt am Main 2006

„Euthanasie“ im NS-Staat — Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Ernst Klee. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1983

Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hrsg.): Verlegt nach Hadamar. Die Geschichte einer NS-“Euthanasie“-Anstalt (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kataloge Bd. 2), 4. Aufl., Kassel 2009

Erinnern und Gedenken — Historische Einrichtungen des LWV Hessen. Redaktion und Text: Archiv des LWV Hessen. LWV Hessen, Kassel 2008

Volk & Gesundheit —Heilen & Vernichten im Nationalsozialismus. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen. Herausgegeben von der Projektgruppe „Volk und Gesundheit“. Tübinger Vereinigung für Volkskunde e.V. Tübingen 1982

Im Namen des Deutschen Volkes – Justiz und Nationalsozialismus. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Bundesministers der Justiz. Seiten 199 ff. Köln 1989. ISBN 3-8046-8731-8

Aktion T4 – Die »Euthanasie«-Verbrechen im Nationalsozialismus 1933 bis 1945.Von Ingo Loose. http://www.gedenkort-t4.eu/de/vergangenheit/aktion-t4

„Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“ – Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“. Herausgegeben von Petra Fuchs, Maike Rotzoll, Ulrich Müller, Paul Richter und Gerrit Hohendorf. Wallstein Verlag, Göttingen 2007

Die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie-Aktion T4“ – Erste Ergebnisse eines Projektes zur Erschließung von Krankenakten getöteter Patienten im Bundesarchiv Berlin. Von G. Hohendorf, M. Rotzoll, P. Richter, W. Eckart, C. Mundt. In: „Der Nervenarzt“, 11, 2002, S. 1065 ff

Weitere Quellen

- Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
- Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
- Stadtarchiv Oberursel
- Gedenkstätte Hadamar
- Interview mit Dieter Pagel

Dank

Zu besonderem Dank bin ich den in alphabetischer Reihenfolge Genannten verpflichtet:
- Andrea Bott, Stadtarchiv Oberursel
- Archivoberrat Matthias Meissner, Bundesarchiv, Berlin
- Dr. med. Carl Meyer
- Bernd Ochs
- Dieter Pagel
- Dr. Bert Rauscher
- Angelika Rieber
- Claudia Schaaf, Gedenkstätte Hadamar

Anhang

zu den Kapiteln Opfer jüdischen Herkunft und der politischen Verfolgung

Quellen:

Abkürzungen:

HHStAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
StA	Stadtarchiv
StAOu	Stadtarchiv Oberursel
BA On	Bundesarchiv: Online Gedenkbuch
ITS	Internationaler Suchdienst, International Tracing Service:
Rieber (2004)	Rieber, Angelika: Wir bleiben hier. Lebenswege Oberurseler Familien jüdischer Herkunft, Frankfurt/Main 2004:

Quellen: Theodor Creizenach
HHStAW; StAOu; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/Main; Historisches Museum Frankfurt/Main; Archiv der Christuskirchengemeinde Oberursel; Universitätsarchiv Heidelberg;
Rieber, Angelika (2010): „Dem Wahren, Schönen, Guten". Die Creizenachs – eine Familie aus Oberursel, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel e.V. Nr. 49; Rieber, Angelika (2014): Kriminalisierung, in: www.juedisches-leben-frankfurt.de;
Gespräche mit Zeitzeugen;
Abbildungen: Imme Kress; Majer-Szanckower; HHStAW

Quellen: Familie Feinberg/Heilbronn
HHStAW; StAOu; StA Nürnberg;
Rieber (2004);
Berichte von Zeitzeugen; Private Dokumente von Familie Hehner und Manfred Kopp;
Abbildungen: Sammlung Bernd Ochs; StAOu; StA Nürnberg; IST; Schularchiv des Gymnasiums Oberursel; HHStAW; Manfred Kopp; Familie Hehner; Angelika Rieber

Quellen: Ludwig Wilhelm von Gans
HHStAW; StAOu; Archiv der Christuskirchengemeinde in Oberursel;
von Gans, Angela (2006): Die Familie Gans 1350-1963; Verlag Regionalkultur, Heidelberg; Baeumerth, Angelika (1991): Oberursel am Taunus. Eine Stadtgeschichte, Verlag Waldemar Kramer: Frankfurt/Main; Rieber, Angelika (2014): von Gans, in: www.juedisches-leben-frankfurt.de; Gespräche mit Peter von Gans;
Abbildungen: Archiv Angela von Gans; Angelika Rieber; Sammlung Bernd Ochs; StAOu

Quellen: Genesungsheim der Eduard und Adelheid Kann-Stiftung in Oberstedten
StAOu; StA Hannover; BA On; Deportiertendatenbank Frankfurt; HHStAW; Gedenkstätte Ahlem; Gedenkstätte Yad Vashem;
Bott, Andrea (2000): Vom Jüdischen Genesungsheim zur „Reformhaus-Fachakademie, in: Bauemerth, Angelika (Hrsg.): Oberstedten. Eine Ortsgeschichte, Frankfurt 2000, S. 238-241; Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945 (1963), Hrsg: Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt am Main 1963; Lustiger, Arno (Hrsg.): Jüdische Stiftungen in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1988, S. 142f; Der Israelit. Ein Centralorgan des orthodoxen Judentums, Jg. 1934; Schuldgefühle ein Leben lang, in: Taunuszeitung vom 08.06.2002; www.alemannia-judaica.de; www.juedische-pflegegeschichte.de; www.gerechte-der-pflege.net/wiki/index.php/Emilie Kranz;
Gespräche mit Zeitzeugen;
Abbildungen: Familie Scharlack; Angelika Rieber; Sammlung Bernd Ochs; Der Israelit; HHStAW

Quellen: Alfred Grünebaum
HHStAW; StAOu; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/Main; Yad Vashem;
Informationen zu Alfred, Gerson, Rosa, Arthur und Lilly Grünebaum unter: www.stolpersteine-frankfurt.de; unveröffentlichte Texte über die Familie von Alfred Grünebaum von Gisela und Hako Makatsch; Katalog der Ausstellung: „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt..." Deportationen aus Frankfurt am Main 1941-1945, Jüdisches Museum Frankfurt/Main, 2004 (S. 226-244);
Abbildungen: Michael Purucker; Familie Müller; Angelika Rieber;
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main

Quellen: Die Familien Grünebaum und Herzfeld
StAOu; StA Bad Homburg und Rostock; Max Samuel-Haus Rostock; HHStAW; Deportiertendatenbank Frankfurt, Jüdisches Museum/Zeitsprung; BAOn; Yad Vashem; Gedenkstätte Westerbork; Auskünfte des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen;

http://www.lwv-hessen.de/files/272/Gedenkfriedhof_Weilmuenster_Texttafeln.pdf;
http://www.vitos-weilmuenster.de/weilmuenster/unternehmen/historie.html; Schweriner Volkszeitung vom 3.4.2010: Gedanklich ins Stolpern geraten;
Stammbaum der Familien Herzfeld und Grünebaum (privat);
Abbildungen: Sammlung Bernd Ochs;Yad Vashem; Vitos Weilmünster; Max Samuel-Haus Rostock; StA Rostock; Angelika Rieber; StAOu; HHStAW

Quellen: Die sieben Töchter des Oberurselers Wolf Grünebaum
StAOu; StA Hanau und Aschaffenburg und Osnabrück; HHStAW;
Gemeinde Rimbach; ITS;
Festschrift zum 55jährigen Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr zu Oberursel, 1920;
Peter Körner: Bibliographisches Handbuch der Juden in Stadt und Altkreis Aschaffenburg;
Informationen, Fotos und Dokumente von Wolfgang Thörner und anderen Mitgliedern der Familie Grünebaum;
Abbildungen: Festschrift zum 55jährigen Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr zu Oberursel; Sammlung Bernd Ochs; Familie Grünebaum; StAOu; HHStAW;
Majer Szanckower; Angelika Rieber

Quellen: Henriette Seyferth
StAOu; Stadtarchiv Köln; Hessisches Staatsarchiv Darmstadt; BA On; Yad Vashem; Sonderstandesamt Bad Arolsen
Abbildungen: StAOu

Quellen: Clara Herzfeld und ihre Tochter Rosi
HHStAW; StAOu;
Rieber (2004); Lebenserinnerungen von Wilhelm Herzfeld;
Dokumente und Auskünfte von Siegfried Herzfeld;
Abbildungen: Sammlung Bernd Ochs; StAOu; Siegfried Herzfeld

Quellen: Leopold Hoffmann
HHStAW; ITS; StAOu; Hessisches Staatsarchiv Darmstadt; BA On;
Abbildungen: HHStAW, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

Quellen: Sophie Katz
Informationen der Gemeinde Guxhagen und des Hauptstaatsarchivs Marburg; StAOu; HHStAW; BAOn des Bundesarchivs;
Petran, Helmut (1980): Ursella II. Mühlen, Fabriken und Menschen am Urselbach, Frankfurt am Main 1980; Richter, Gunnar (2011): Novemberpogrom 1938 in Guxhagen, in: www.gedenkstaette-breitenau.de/rundbrief/RB-30-47.pdf;
Abbildungen: Archiv der Gedenkstätte Breitenau; Sammlung Projekt Jüdisches Leben in Frankfurt; StAOu

Quellen: Paul Katzenstein
StAOu; HHStAW; Algemeen Rijksarchief, Brüssel; Stadtarchiv Karlsruhe;
Abbildungen: Sammlung Bernd Ochs; HHStAW; Algemeen Rijksarchief

Quellen: Friedrich Kahn
HHStAW; StAOu; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt; Gedenkstätte Buchenwald;
Rieber (2004);
Berichte von Zeitzeugen;
Abbildungen: HHStAW; Der Israelit; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main

Quellen: Recha Mannheimer und Irene Kahn
HHStAW; Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück; Staatsarchiv Ludwigsburg; StAOu; BA On;
Rieber (2004); Rieber, Angelika (2012): „Kannst du mir nicht ein bisschen Mut machen?" Familie Kahn-Mannheimer; in: Mitteilung des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 51/2012;
Gespräche mit Zeitzeugen: Hans Stoll, Frau Arnold und Charlotte Leich; Private Dokumente von Natalia Janossy;
Abbildungen: Natalia Janossy; StAOu; HHStAW

Quellen: Walter Mannheimer
HHStAW; StAOu; Algemeen Rijksarchief, Brüssel;
Gedenkblatt für die Familie Mannheimer, „Aktives Museum Spiegelgasse";
Auskünfte von Elisabeth Schaub und Karl-Heinz Wahl;
Abbildungen: Karl-Heinz Wahl; HHStAW; Algemeen Rijksarchief, Brüssel

Quellen: Marjanna Mikolajczyk
StAOu; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt/Main; HHStAW; Bundesarchiv Berlin; Gedenkstätte Ravensbrück; ITS;

Buber-Agassi, Judith (2010): Die jüdischen Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück – Wer waren sie?, Berlin, 2010;
Abbildungen: Angelika Rieber; StAOu; HHStAW

Quellen: Abraham und Lina Rapp
StAOu; Stadtarchiv Groß-Umstadt; HHStAW;
Groß-Umstadt. Zur Geschichte der Juden und ihrer Synagoge, 1988;
Lebenserinnerungen von Wilhelm Herzfeld, privat, veröffentlicht in Auszügen in: Ostend. Blick in ein jüdisches Viertel, Hrsg.: Jüdisches Museum, Frankfurt am Main 2000;
Abbildungen: Siegfried Herzfeld/Sammlung Angelika Rieber; StA Groß-Umstadt; Männergesangsverein Groß-Umstadt; HHStAW

Quellen: Bertha Röder
HHStAW; StAOu;
Rieber (2004); Rieber, Angelika (2014): Bertha Röder, in: www.juedisches-leben-frankfurt.de.;
Gespräche mit Ernst, Max und Richard Röder sowie dem Enkel Günther Röder und weiteren Zeitzeugen; Private Dokumente der Familie Röder;
Abbildungen: Familie Röder

Quellen: Zerline Rohrbach
HHStAW; StAOu;
Rieber (2004); Rieber, Angelika (2014): „Ohne Zweifel liegt Selbstmord vor", in: www.juedisches-leben-frankfurt.de;
Abbildungen: HHStAW

Quellen: Walter und Elise Roth
StAOu; StA Kronberg; Gedenkstätte Buchenwald; HHStAW;
Abbildungen: StA Kronberg; Angelika Rieber; HHStAW

Quellen: Eugen Rothschild
HHStAW; Gedenkstätte Buchenwald; StAOu;
Rieber (2004); Baeumerth, Angelika (1991): Oberursel am Taunus, Frankfurt am Main 1991;
Abbildungen: StAOu, Gedenkstätte Buchenwald

Quellen: Meta Schnitzlein
HHStAW; StAOu; StA Mannheim; Gedenkstätte Buchenwald;
Rieber, Angelika: Zwischen den Stühlen: Christen jüdischer Herkunft in Oberursel, in: Getauft, ausgestoßen – und vergessen?, Hanau 2013;
Berichte von Oberurseler Zeitzeugen;
Abbildungen: HHStAW

Quellen: Josef und Selma Schwarzschild
HHStAW; StAOu;
Abbildungen: Sammlung Bernd Ochs; HHStAW

Quellen: Josef Schwarzschild
HHStAW; StAOu; Stadtarchiv Eschborn;
Hundt, Manfred (2002): Querbeet 1. Ein Lesebuch nicht nur für echte Oberurseler, Steinbach 2002; Rieber (2004); Rieber, Angelika (2014): Josef Schwarzschild, in: www.juedisches-leben-frankfurt.de; Vorläufer-Germer, Bernd (2001): Josef Schwarzschild aus Steinbach, das AEL Heddernheim, sein Arbeitskommando Köppern und die „Aktion Brandt"; in: Chronik des Waldkrankenhauses Köppern, Kassel 2001;
Gespräche mit Zeitzeugen;
Abbildungen: Sammlung Bernd Ochs; Ilse Tesch; Stefan Naas; Angelika Rieber

Quellen: Familie Tachau
StAOu; Archiv der Christuskirche Oberursel; HHStAW; BA On;
Abbildungen: HHStAW; Verwaltung der jüdischen Friedhöfe in Frankfurt: Majer Szanckower

Quellen: Familie Vos
StAOu; StA Hamburg, Köln; Staatsarchiv Hamburg; BA On; Yad Vashem; ITS; www.joodsmonument.nl;
Abbildungen: StAOu; Stadtverwaltung Oberursel; Staatsarchiv Hamburg; ITS; www.joodsmonument.nl; Yad Vashem

Quellen: Jacob Rexroth
HHStAW; Forschungs- und Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse, Marburg; StAOu; Private Informationen und Dokumente von Kristin Becker-Grünewald;
Abbildungen: Kristin Becker-Grünewald; Angelika Rieber

Literatur

zur Geschichte von Oberurseler Familien jüdischer Herkunft

Baeumerth, Angelika

Oberursel am Taunus. Eine Stadtgeschichte, v.a. Kapitel „Jüdisches Leben in Oberursel", Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt 1991

Gymnasium Oberursel

Berichte und Dokumente über die Begegnungswoche im März 2004, in: Gymnasium Oberursel — Chronik 2004, S. 129 – 140.

Rieber, Angelika

- „Wir kommen nach Auschwitz", in: Jahrbuch Hochtaunuskreis 2000, Societätsverlag, Frankfurt 1999

- „Anständig gebeten?" Das Novemberpogrom 1938 in Oberursel, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 40/2001

- Wir bleiben hier! Lebenswege Oberurseler Familien jüdischer Herkunft, mit einem Beitrag von Eberhard Laeuen, Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt 2004

- „Wir zweifelten zu keiner Zeit, dass wir genauso Deutsche waren wie alle anderen in diesem Land". Zur Geschichte jüdischer Mitbürger: Familie Leo, in: Jahrbuch Hochtaunuskreis 2007, Societätsverlag, Frankfurt 2006

- „Auf einmal waren wir Juden". Christen jüdischer Herkunft in Oberursel, in: Jahrbuch Hochtaunuskreis 2011, Societätsverlag, Frankfurt 2010

- „Dem Wahren, Schönen, Guten". Die Creizenachs – eine Familie aus Oberursel, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 49 /2010

- „Kannst du mir nicht ein bisschen Mut machen?" Familie Kahn-Mannheimer; in: Mitteilung des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 51/2012

- „Die Judenfrage wird dem Volksempfinden entsprechend gelöst" - Das Novemberpogrom 1938 im Spiegel des „Oberurseler Bürgerfreundes", in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 2013

- Zwischen den Stühlen: Christen jüdischer Herkunft in Oberursel, in: Getauft, ausgestoßen – und vergessen?, Cocon-Verlag, Hanau 2013

- 1933-1945 NS-Zeit – Schule zwischen Alltag und Indoktrination, in: Festschrift 100 Jahre Gymnasium Oberursel, Oberursel 2014

- Die Texte der Ausstellung „Plötzlich und unerwartet fand ich mich ausgeschlossen. Evangelische Christen jüdischer Herkunft im Hochtaunuskreis" in Oberursel im September/Oktober 2014 sind auf folgender Webseite zu finden: www.juedisches-leben-frankfurt.de

- Zuflucht in der Türkei. Wolfgang Gleissberg, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel , Heft 53, 2014

Von Gans, Angela

- Die Familie Gans 1350-1963. Ursprung und Schicksal einer wiederentdeckten Gelehrten- und Wirtschaftsdynastie, Verlag Regionalkultur, Heidelberg 2006

Zink, Wolfgang

- Die Friedhöfe von Oberursel, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 28/1986

- Frömmigkeit in schweren Zeiten – Die ersten Juden in Oberursel, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 37/1997

- Konfirmationen, deutsche Gebete und Choralgesänge im jüdischen Gottesdienst. Die Oberurseler Synagoge und Gemeinde 1803-1925 zwischen Tradition und Reform, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Heimatkunde Oberursel, 38/1998

Daten – Ereignisse – Prozesse

Zeittafel Nationalsozialismus

1933

30. Januar:	Hitler wird zum Reichskanzler ernannt
27. Februar:	Reichstagsbrand
28. Februar:	Reichstagsbrandverordnung „zum Schutz von Volk und Staat", Massenverhaftungen
8. März:	Ausschluss der KPD-Abgeordneten nach der Reichstagswahl vom 5. März; die gewählten KPD-Abgeordneten durften ihre Mandate nicht antreten
20. März:	Errichtung des ersten „offiziellen" KZ Dachau bei München
24. März:	„Ermächtigungsgesetz"
1. April:	„April-Boykott" gegen jüdische Geschäfte
7. April:	Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"; Entlassung von Beamten aus „rassischen" oder politischen Gründen
25. April:	Juden werden von Sport- und Turnvereinen ausgeschlossen
10. Mai:	Bücherverbrennung
14. Juli:	„Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses"
14. Oktober:	Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

1934

2. August:	Tod des Reichspräsidenten Hindenburg

1935

1. März:	„Anschluss" des Saarlandes an das Deutsche Reich nach einer Volksabstimmung
21. Mai:	Neufassung des Wehrgesetzes Juden werden vom Militärdienst ausgeschlossen
10. September:	Der Reichserziehungsminister fordert ab dem Schuljahr 1936 eine möglichst vollständige „Rassentrennung" an allen Schulen
15. September:	Nürnberger Rassengesetze / Reichsbürgergesetz; Heiratsverbote zwischen Angehörigen „deutschen und artverwandten Blutes" und Juden

1936

	Aufrüstung Deutschlands mit dem Vierjahresplan
7. März:	Einmarsch deutscher Truppen in das entmilitarisierte Rheinland
1.- 16. August:	Olympische Spiele in Berlin

1937

26. Januar:	Beamte, die einen jüdischen Ehepartner haben, werden entlassen
15. April:	Juden werden nicht mehr zur Doktorprüfung zugelassen
16. Juli:	Errichtung des KZ Buchenwald

1938

12. - 13. März:	„Anschluss" Österreichs
26. April:	Alle Juden und deren nichtjüdische Ehepartner müssen bis zum 30. Juni 1938 ihr in- und ausländisches Vermögen offen legen, wenn es 5 000 RM übersteigt
6. Juli:	Konferenz von Evian über die Flüchtlingssituation in Europa
17. August:	Juden müssen ab 1. Januar 1939 als zusätzlichen Vornamen „Israel" bzw. „Sara" annehmen

27. September:	Juden dürfen nicht mehr als Rechtsanwälte tätig sein; Zulassungen enden am 30. November
29. September:	Münchner Konferenz beschließt Abtretung des Sudentenlands an das Deutsche Reich
5. Oktober:	Die Reisepässe aller deutschen Juden werden für ungültig erklärt. Die Inhaber sind verpflichtet, sie binnen zwei Wochen einzureichen, damit ihre Pässe mit dem „J" versehen werden
28. - 29. Oktober:	Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit werden ausgewiesen
7. November:	Attentat von Herschel Grynszpan auf den deutschen Legationssekretär Ernst von Rath in Paris
9. - 10. November:	Novemberpogrom, als „Kristallnacht" bekannt, Synagogen werden zerstört, etwa 30 000 männliche Juden in Konzentrationslager verschleppt
12. November:	„Verordnungen zum Schutz der deutschen Rasse" und „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben"; Entzug der Lebensgrundlagen

1939

5. Januar:	Jüdische Organisationen werden aufgelöst. An ihre Stelle tritt die „Reichsvereinigung der Juden"
16. Januar:	Jüdischen Auswanderern wird grundsätzlich verboten, Schmuck und Wertsachen mitzunehmen. Erlaubt ist die Mitnahme von einem Besteck Tafelsilber pro Person, des Eherings und einer Uhr im Anschaffungswert bis 100 RM
24. Januar:	Jüdische „Auswanderung" soll vorangetrieben werden; Göring beauftragt Heydrich, „die Judenfrage einer den Zeitumständen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen"
4. März:	Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung: Arbeitslose Juden sollen zu Zwangsarbeit herangezogen werden, jedoch abgesondert von anderen Beschäftigten
15. März:	Die deutsche Wehrmacht besetzt den westlichen Landesteil der Tschechoslowakei inklusive Prags (Böhmen und Mähren)
30. April:	Juden verlieren weitgehend den gesetzlichen Mieterschutz. In der Folge werden viele Wohnungen von jüdischen Mietern beschlagnahmt und „Judenhäuser" eingerichtet
15. Mai:	Errichtung des KZ Ravensbrück
16. August:	Juden müssen ihr gesamtes Vermögen auf Konten bei zugelassenen Devisenbanken einzahlen; Abhebungen werden genehmigungspflichtig
1. September:	Deutscher Überfall auf Polen; Beginn des Zweiten Weltkrieges
Ab Oktober:	Beginn der Ermordung geistig Behinderter und Geisteskranker („Euthanasie" / Aktion T4)
26. Oktober:	Alle Juden zwischen 14 und 60 Jahren werden im besetzten Polen zur Zwangsarbeit verpflichtet

1940

8. Februar:	Anordnung zur Errichtung eines Ghettos in Lodz
9. April:	Deutscher Überfall auf Dänemark und Norwegen
Mai.:	Errichtung des Konzentrationslagers Auschwitz
10. Mai:	Beginn des deutschen Angriffs auf Frankreich, Belgien und die Niederlande

Oktober:	Enteignungsvorbereitungen für jüdische Firmen in den Niederlanden. In Norwegen verbieten die deutschen Behörden den Juden die Ausübung sämtlicher akademischer sowie weiterer Berufe
3. Oktober:	Erstes „Juden-Statut" der Vichy-Regierung in Südfrankreich
16. Oktober:	Errichtung des Warschauer Ghettos
28. Oktober:	Die deutsche Militärverwaltung in Belgien ordnet als erste Maßnahme gegen Juden deren Registrierung an
12. Dezember:	Anordnung des Reichsinnenministeriums, alle Juden aus Heil- und Pflegeanstalten in die Anstalt Bendorf-Sayn bei Koblenz zu verlegen

1941

Frühjahr:	Einführung der „Arbeitspflicht" in Belgien und den Niederlanden
10. Januar:	Meldepflicht für Juden in den Niederlanden
18. Februar:	Anordnung Görings, alle arbeitsfähigen Juden zum Arbeitseinsatz heranzuziehen
29. März:	Die Vichy-Regierung richtet in Südfrankreich ein „Generalkommissariat für Judenfragen" ein
April:	Start der „Euthanasie"-Aktion 14f13; in KZs inhaftierte psychisch Kranke und andere Häftlinge werden ausgesondert und ermordet
22. Juni:	„Operation Barbarossa" – Deutscher Überfall auf die Sowjetunion
Juli:	Die südfranzösische Vichy-Regierung erlässt ein Gesetz zur Enteignung der jüdischen Vermögen und Unternehmen
24. August:	„Offizielles" Ende der „Euthanasie" als Reaktion auf die öffentlichen Proteste insbesondere von Geistlichen, z.B. Bischof von Galen (Münster)
August:	Eröffnung des Durchgangslagers Drancy bei Paris
1. September:	Im Deutschen Reich wird der „Judenstern" für alle Juden vom 6. Lebensjahr an eingeführt
16. Okt. - 4. Nov.:	Beginn der Deportationen aus Deutschland, Österreich und dem „Protektorat" Böhmen und Mähren
19. Oktober:	Erste Deportation von von Frankfurt am Main nach Lodz/ Litzmannstadt
23. Oktober:	Auswanderungsverbot für Juden aus dem Reich
25. November:	Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz; Juden, die sich im Ausland aufhalten, verlieren ihre deutsche Staatsangehörigkeit. Ihr Vermögen fällt an das Reich
November:	Das Ghetto Theresienstadt wird in Betrieb genommen
Dezember:	Errichtung von Auschwitz-Birkenau
Dezember:	Überfall auf Pearl Harbour, Kriegseintritt der USA und deutsche Kriegserklärung an die USA
8. Dezember:	Beginn der Massentötungen in Chelmno/Kulmhof

1942

Januar:	Inbetriebnahme der ersten Gaskammer in Auschwitz-Birkenau
14. Januar:	Niederlande: Vorbereitung der Deportationen von Juden (Transit Westerbork)
20. Januar:	Wannsee-Konferenz, Planung der Ausführung des Holocaust, der „Endlösung der Judenfrage"
27. März – 28. Juni:	Beginn der Deportationen aus Frankreich
Ende April /Anfang Mai:	Beginn der Massenmorde in Sobibor
15. Juli: Niederlande:	Erste Deportationen von Juden aus den Niederlanden
16. – 17. Juli:	Rafle du Vélodrome d'Hiver in Paris; Razzia insbesondere gegen osteuropäische und staatenlose Juden; Deportation nach Auschwitz

19. Juli:	Himmler ordnet die „Umsiedlung" aller Juden des Generalgouvernements an („Aktion Reinhard"). Bis Oktober 1943 werden mehr als zwei Millionen Juden sowie rund 50.000 Sinti und Roma ermordet
27. Juli:	Errichtung des KZ Malines in Belgien
Ab August:	„Wilde Euthanasie" durch Medikamente und „Hungerkuren"
4. August:	Erste Deportation von Juden aus Belgien nach Auschwitz
5. November:	Himmler ordnet an, die im Deutschen Reich gelegenen Konzentrationslager „judenfrei" zu machen; alle jüdischen Gefangenen sollen nach Auschwitz verlegt werden
Dezember:	Einstellung der Transporte in das Vernichtungslager Belzec und Schließung des Lagers
Dezember - Spätsommer 1943:	„Aktion Meerschaum": Deportation von Franzosen im Zuge des „Nacht- und Nebel-Erlasses"

1943

2. Februar:	Kapitulation der 6. Armee bei Stalingrad
22. Februar:	Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst werden als Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose" durch das Fallbeil hingerichtet
März:	Beginn der Rettungsaktion von Oskar Schindler in Krakau. Er wird 1200 Juden vor der Vernichtung bewahren
19. April:	Beginn der „Liquidierung" des Warschauer Ghetto; Warschauer Ghettoaufstand bis 16. Mai
April/Mai:	Aktion gegen jüdische „Mischehepartner" im Gau Frankfurt
2. August:	Aufstand in Treblinka
1. Oktober:	Die geplante Deportation der Juden aus Dänemark wird vom dänischen Widerstand weitgehend verhindert

1944

19. Januar:	Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis" wird mit der Verhaftung von Helmuth James Graf von Moltke zerschlagen
Sommer:	„Aktion Frühlingswind": Deportation von Franzosen und Belgiern im Zuge des „Nacht- und Nebel-Erlasses"
20. Juli:	Attentats- und Putschversuch gegen Hitler, der durch eine Bombe nur leicht verletzt wird. Die Köpfe des 20. Juli werden verhaftet und hingerichtet, unter ihnen Graf von Stauffenberg
23. Juli:	Befreiung des KZ/ Vernichtungslagers Maydanek durch die Rote Armee

1945

27. Januar:	Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee
9. - 13. März:	Konvoi der ersten 36 Weißen Busse des Schwedischen Roten Kreuzes, mit denen skandinavische KZ-Häftlinge nach Schweden gebracht werden
11. April:	Befreiung des KZ Buchenwald durch amerikanische Truppen
30. April:	Befreiung des KZ Ravensbrück durch die Rote Armee
8. Mai:	Kapitulation der deutschen Wehrmacht
20. November:	Beginn der ersten Nürnberger Prozesse

Kurzfassung einer Zeitleiste des International Tracing Service Bad Arolsen mit Ergänzungen
www.its-arolsen.org/de/forschung-und-bildung/historischer-hintergrund/zeitleiste/index.html